

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

189



Volker Braun: Ende Oktober im August

Alternativen im High-Tech-Kapitalismus

Stuart Hall, Frigga Haug, Alain Lipietz,
Christian Salazar-Volkmann

W.F. Haug: Gorbatschow und Perestrojka

Ethik in der Abtreibungsdebatte

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

1989/90 schrieben unter anderen

Günther Anders, Etienne Balibar, Volker Braun, Michael Brie, Cynthia Cockburn, Irene Dölling, André Gunder Frank, Heiner Goebbels, Stuart Hall, Sandra Harding, Heiko Haumann, Klaus Heinrich, Eckard Holler, Pierre Juquin, Wilhelm Kempf, Heiner Keupp, Klaus Peter Kisker, Helga Königsdorf, Annette Kuhn, Georges Labica, Eberhard Lämmert, Norman Levine, Alain Lipietz, Kaspar Maase, Oskar Negt, Wolfgang Nitsch, Hans-Heinrich Nolte, Claudia Pinl, Sybille Raasch, Ruth Rehmann, Peter Ruben, Karen Ruoff, Christina Schenk, Klaus Segbers, Su Shaozhi, Christian Sigrist, Dorothee Sölle, Eckhard Stratmann, Karl Hermann Tjaden, Bernd Jürgen Warneken, Inge Wettig-Danielmeier, Paul Willis

Redaktion

Wolfgang Bialas, Sibylle Haberditzl, Alexander Honold, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jan Rehmann, Jo Rodejohann, Werner van Treeck, Thomas Weber, Frieder O. Wolf, Gerhard Zimmer

Atonome Frauenredaktion

Sünne Andresen, Soja Fiedler, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Barbara Ketelhut, Christina Klenner, Eva Kreisky, Jutta Meyer-Siebert, Eva Schäfer, Eva Stäbler, Ellen Woll

Korrespondierende Redaktionsmitglieder

Georg Auernheimer, Claudia Gdaniec, Karl-Heinz Götze, Michael Krätke, Dieter Kramer, Hans-Jürgen Pandel, Ulrich Schmitz, Erich Wulff

Redaktionsanschrift: Onkel-Tom-Straße 64a, 1000 Berlin 37, Tel.: (030) 813 50 24

Verlagsleitung: Georg Stenzaly

Umschlag: Johannes Nawrath *Foto:* © Dominique Issermann

Argument-Verlag, Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13,
Tel. (040) 45 60 18 und 45 36 80, Fax: (040) 44 51 89

Auslieferung

Interabo, Wendenstr. 25, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1, Tel.: (040) 23 09 92
Buchhandel: Rotation, Mehringdamm 51c, 1000 Berlin 61, Tel.: (030) 692 79 34

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1991 in 6 Hefen (alle 2 Monate), Jahresumfang 1056 (ca. 980 + LXXVI) Seiten. — Einzelheft 14,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 11,- DM. Jahresabo 72,- DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57,- DM zzgl. Versand. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2-fache Ausfertigung). Autoren, die mit MS-DOS PC arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine 5 1/4- oder 3 1/2-Zoll-Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postgiroamt Berlin West 5745-108. Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BfG) 11 141 300, BLZ 100 101 11. Satz: Fata Morgana, Berlin. Druck: alfa Druck, Göttingen. — September/Oktober 1991. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 5

Editorial	661
Volker Braun: Ende Oktober im August	663
Georges Labica: Zum Tod von Henri Lefebvre	664

Alternativen im High-Tech-Kapitalismus

Stuart Hall	
Das Ökologie-Problem und die Notwendigkeiten linker Politik	665
Alain Lipietz	
Demokratie nach dem Fordismus	677
Frigga Haug	
Leistung muß sich wieder lohnen	695
Christian Salazar-Volkman	
Die Unternehmensphilosophien transnationaler Konzerne	711

* * *

Wolfgang Fritz Haug	
Mutmaßungen über Gorbatschow und Perestrojka	725
Susan Willis	
Die »Erdbeben-Ausrüstung«. Zur Politik des Trivialen	735
Martin Damus	
Heinrich Vogeler, die hohe Kunst und die große Politik	749
Christine Schindler	
§ 218 – eine nachholende Debatte	761
Johann S. Ach	
Feministische Positionen in der Abtreibungsdebatte	767

Kongreßberichte	
Sozialistisch-Feministische Konferenz; Arbeit-Technik-Politik	777

Besprechungen	
Transzendentalpragmatik; Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte; Textoptimierung; Zeiterfahrung; Militärgeschichte; NS-Frauenge- schichte; Demokratie, Markt, Sozialismus; Sowjetunion	781

VerfasserInnen; Zeitschriftenschau; Summaries	823
---	-----

Besprechungen**Philosophie**

<i>Hösle, Vittorio</i> : Die Krise der Gegenwart und die Verantwortung der Philosophie. Transzendentalpragmatik, Letztbegründung, Ethik (<i>H.Fallschessel</i>) .	781
<i>Lübbe, Herrmann</i> : Der Lebenssinn der Industriegesellschaft. Über die moralische Verfassung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation (<i>B.Lukoschik</i>)	783
<i>Ebersberg, Thomas</i> : Abschied vom Absoluten. Wider die Einfalt des Denkens (<i>Th.Dietrich</i>)	784
<i>Schneider, Ulrich Johannes</i> : Die Vergangenheit des Geistes. Eine Archäologie der Philosophiegeschichte (<i>M.Reiter</i>)	785
<i>Fleischer, Margot (Hrsg.)</i> : Philosophen des 20. Jahrhunderts. Eine Einführung (<i>O.Burger</i>)	787
<i>Priest, Stephen</i> : The British Empiricists. Hobbes to Ayer (<i>M.Drees</i>)	788
<i>Bialas, Völker</i> : Allgemeine Wissenschaftsgeschichte. Philosophische Orientierungen (<i>M.Drees</i>)	789
<i>Mehrtens, Herbert</i> : Moderne – Sprache – Mathematik. Eine Geschichte des Streits um die Grundlagen der Disziplin und des Subjekts formaler Systeme (<i>H.Breger</i>)	790
<i>Varela, Francisco J.</i> : Kognitionswissenschaft – Kognitionstechnik. Eine Skizze aktueller Perspektiven (<i>T.Kirchner</i>)	792

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Zimmermann, Peter</i> : »Interkulturelle Germanistik«. Dialog der Kulturen auf Deutsch? (<i>H.W.Giese</i>)	793
<i>Glück, Helmut, und Wolfgang Werner Sauer</i> : Gegenwartsdeutsch (<i>H.Yamashita</i>)	794
<i>Antos, Gerd, und Gerhard Augst</i> : Textoptimierung. Das Verständlichmachen von Texten als linguistisches, psychologisches und praktisches Problem (<i>W.Kühnert</i>)	795
<i>Biere, Bernd Ulrich</i> : Verständlich-Machen. Hermeneutische Tradition – Historische Praxis – Sprachtheoretische Begründung (<i>W.Kühnert</i>)	795

Soziologie

<i>Luhmann, Niklas</i> : Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Bd. 3 (<i>M.Hinz</i>)	797
<i>Wanning, Frank</i> : Diskursivität und Aphoristik. Untersuchungen zum Formen- und Wertewandel in der höfische Moralistik (<i>M.Hinz</i>)	797
<i>Auer, Frank von, Karlheinz Geißler und Helmut Schauer</i> : Auf der Suche nach der gewonnenen Zeit (<i>P.Dobner</i>)	799
<i>Kantel, Heinz-Dieter</i> : Computer im Sozialamt. Die elektronische Verwaltung der Armut (<i>St.Katz</i>)	801
<i>Roloff, Christine</i> : Von der Schmiegsamkeit zur Einmischung. Professionalisierung der Chemikerinnen und Informatikerinnen (<i>H.Dörr</i>)	802

Editorial

Die Perestrojka ist als sozialistisches Umbauprojekt gescheitert, und die Sowjetunion zerfällt. Westliche Kommentatoren stehen wie selbstverständlich auf dem Standpunkt von Siegern. Im Blitzlichtgewitter der neuesten Ansichten bleibt geschichtliche Erinnerung meist im Dunkeln. Wir bringen Auszüge aus *Wolfgang Fritz Haugs* Fortschreibung des »Perestrojka-Journals«. Sie reichen vom Golfkrieg bis zu jenen Ereignissen im August, mit denen die Epoche des Sowjetkommunismus mitsamt des Versuchs seiner Erneuerung beendet wurde.

Die Perestrojka ist gescheitert, als Projekt muß sie bleiben, soweit die Problemlagen, auf die sie zu antworten versuchte, in ihrer globalen Dimension genommen werden. Das Ende der Systemkonkurrenz bedeutet kein Ende des »Exterminismus«. Der Kampf um die wirtschaftliche Neuaufteilung der Welt hat begonnen, das Nord-Süd-Gefälle wird steiler, Naturausbeutung und Energieverschwendung nehmen zu. Wirtschaftskriege, Völkerwanderungen, drohender »Ökologischer Infarkt« — der »globalen Revolution«, von der im jüngsten Bericht des Club of Rome die Rede ist, stehen keine adäquaten Steuerungsinstanzen gegenüber. Angesichts dessen »braucht man sich um Utopien keine Sorgen zu machen, höchstens um Apokalypsen«, sagt etwa Heiner Müller. Der Kapitalismus hat keinen »Feind« mehr, besiegt er nun sich selbst? In der Tat kann es eine »Erneuerung des Sozialismusverständnisses« (Gorz) nur über ein erneuertes Verständnis des Kapitalismus geben. Wird es gelingen, ihn jetzt, wo er »absolut« geworden ist, theoretisch-politisch zu relativieren? Weder die Anrufung eines jenseitigen Sozialismus noch die Beschwörung der Katastrophe bieten hierfür Gewähr.

Immer noch steht die Linke erst am Anfang, den »neuen« Kapitalismus zu begreifen. Symptomatisch ist die Konjunktur eines Verlegenheitsbegriffs wie »Postfordismus«. Wir sprechen von »transnationalem High-Tech-Kapitalismus«, wohl wissend, daß damit nur eine Richtung angegeben ist.

Lassen sich die hochtechnologischen Produktivkräfte emanzipatorisch nutzen? Wie und mit welchen Kräften kann der Kapitalismus überhaupt ökologisch, sozial und demokratisch (um)gestaltet werden? Das ist die Leitfrage im Heftschwerpunkt. *Stuart Hall* plädiert dafür, den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft offensiv anzugehen und nicht zu verleugnen, daß dies nur durch Verminderung des (privaten) Wohlstands im Westen gehen kann — mit erbitterten Verteilungskämpfen. Wirksame Umweltpolitik verlangt einen stark regulativ einwirkenden Staat und erheblich höhere Lasten, auch für jeden Einzelnen. Wird diese Notwendigkeit sich unkontrolliert durchsetzen, als eine von Katastrophen erzwungene Öko-Diktatur? Oder wird sie beherrschbar werden, indem es gelingt, die Formen demokratischer Regulierung und Kontrolle zu erweitern? Der theoretische Ort der Demokratie-Frage wird von *Alain Lipietz* im Rahmen der von ihm mitbegründeten »Regulationstheorie« bestimmt. Lipietz versucht, vor dem Hintergrund der »Krise des Fordismus« eine Alternative zum »liberalen Produktivismus« aufzuzeigen. Er sieht sie vor allem in der Entwicklung neuer zivilgesellschaftlicher Institutionen im ökonomischen Bereich.

»Leistung muß sich wieder lohnen«, diese Leitformel des neoliberalen Paradigmas erhält im Beitrag von *Frigga Haug* eine unvermutet subversive Bedeutung für Frauen. Zwar gibt der Kapitalismus sich als »Leistungsgesellschaft«, doch steht allenfalls ein Zehntel der führenden Positionen einem wirklichen Leistungswettbewerb offen. Die Quotendiskussion hat endgültig offenbart, wie sich in der herrschenden Leistungsideologie die Männerherrschaft reproduziert. Frigga Haug arbeitet mit der Methode von »Erinnerungsarbeit« heraus, daß Frauen sinnvolle Arbeit, selbstbestimmtes Tun nicht als »Leistung« aussprechen. In der Fremdheit, die diese Kategorie für sie hat, artikuliert sich auf diese Weise ein befreiendes Moment, aber auch eine Fesselung an die Verhältnisse.

Wie andererseits das Kapital »Leistung« oder »soziale Verantwortung« reklamiert, zeigt *Christian Salazar-Volkman* am Material der Hochglanzbroschüren, in denen sich transnationale Konzerne der Öffentlichkeit präsentieren. Die von ihm analysierten »Unternehmensphilosophien« vermitteln einen Einblick in die unternehmerischen Strategien, die bemüht sind, Arbeits- und Lebensweise den Anforderungen der neuen Produktivkräfte anzupassen. Deutlich wird dabei auch, wie bislang linke Themen wie »Umweltbewußtsein« und »Sozialverträglichkeit« in einer Ideologie entfremdeter Leistung zu funktionieren beginnen, deren Verfechter das Problem haben, in verschärften Konkurrenzverhältnissen Gemeinschaftsbindungen und zuverlässige »Mitarbeiter« zu erzeugen.

Die US-amerikanische Kulturwissenschaftlerin *Susan Willis* sucht einen Zugang zu den widersprüchlichen sozialen Bedeutungen von Alltagsphänomenen. Eltern in Kalifornien müssen ihre Kinder neuerdings mit einer »Erdbebensausrüstung« zur Schule schicken, einem kleinen Überlebens-Tornister mit Obstkonserven, Saft, Würstchen, Plastiklöffeln. Willis untersucht ihn als eine soziale Metapher, die das Überleben dem Überleben der Warenform gleichsetzt. Verblüffenderweise liest sie ihn auch als den ver-rückt utopischen Vorbegriff einer klassenlosen Gesellschaft.

Kontrovers sind die beiden Interventionen in die Abtreibungsdebatte. *Christiane Schindler* gibt einen Rückblick auf die Situation in der DDR. Sie zeigt, daß die liberalere Regelung keineswegs genügend war und mit einer Art von Abtreibungstabu einherging. Johann S. Ach kritisiert moralphilosophische Defizite bei der Art und Weise, wie Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht zu »begründen« versuchen. Keiner der von ihm untersuchten feministischen Ansätze hat, wie er meint, dem Tötungsvorwurf der Abtreibungsgegner plausible Argumente entgegenzusetzen.

Der Beitrag von *Martin Damus* behandelt die verblüffende Konvergenz zwischen einem bestimmten Typ von sozialistischer und von bürgerlicher Kunst, die beide in der Idyllenmalerei eines *Heinrich Vogeler* repräsentiert sind — die Extreme berühren sich.

T.W./T.L.

Volker Braun

Ende Oktober im August

Die Denkmäler Stricke am Hals, die Kaderabteilung
Der Nachwelt wechselt die Unpersonen: Gorbatschow
Der Zerstreuer des Reichs, der Leichnam Stalins
Besucht ihn früh halb fünf auf der Krim
Auf nüchternen Magen des Volks, und diniert
Danach mit Jelzin, das Tischtuch die Trikolore
DIE EISERNE RATION DES BEWUSSTSEINS, AUFGEFRESSEN
DAS IST DIE MAHLZEIT, GENOSSEN, DER FREIHEIT
Vor der Blendwand aus Weißblechdosen;
So gewiß wie die Kamele in die Sonne
Werden wir in die Wahrheit blicken oder das Ende
Wissen in der Wüste des Widerstands.

Zum Tod von Henri Lefebvre*

Henri Lefebvre starb am 29. Juni im Haus seiner Familie in Navarrenx (Pyrenäen). Er war gerade 90 Jahre alt geworden. An der Universität Nanterre (Paris-X) hatte er bis zu seiner Emeritierung zuletzt gelehrt. Eine Zeitlang hat er auch das Amt des Alterspräsidenten unserer Universität ausgeübt. Man wird ihn, neben einem Ernst Bloch oder einem Georg Lukács, in unserem Jahrhundert durchaus als einen *Giganten* bezeichnen dürfen, auch zum Mißfallen derer, denen ideologische Aversionen den Blick nach wie vor trüben. Er hat als ein freier, kämpferischer, großzügiger Geist, der allem sich öffnete, was neu und jung sein mochte, vielleicht so weit, daß es ihn manchmal betrog, an allen politischen und theoretischen Kämpfen teilgenommen, von seinen ersten Werken wie dem *Nietzsche* von 1938 bis zu den letzten (*Etre marxiste aujourd'hui* und *Retour à la dialectique*, 1986; seine *Erinnerungen* werden demnächst erscheinen). Ganze Generationen in aller Welt, von Dubrovnik bis nach Mexiko, von Tokio bis San Francisco, wissen auch dann, wenn sie es verleugnet haben, sehr wohl, was sie ihm schulden. In der geistigen und persönlichen Entscheidung für den Marxismus, der er sein Leben lang treu blieb, war er vor allem ein rastloser *Entdecker*. Von seinen philosophiegeschichtlichen Studien (über Pascal, Descartes, Rabelais, Hegel, Lenin ...) bis zur Einführung des Marxismus in Frankreich, der Reflexion über das Ländliche, das Städtische, das Alltagsleben, die staatliche Produktionsweise oder die »Katastrophentheorie« hat er Wege bereitet, auf denen viele der bedeutendsten Forscher weiter tätig sind. »Ich liebe diese Philosophie, welche die Menschheit voranschreiten läßt«, hätte er im Anschluß an Diderot sagen können. Dieser Philosoph war gleichzeitig auch ein Dichter, der Logiker hat die Natur geliebt (es gibt ein schönes Buch über seine Heimat: *La vallée de Campan*), und die Menschen aus Fleisch und Blut waren diesem Soziologen nie fremd. Er war ein Fels. Die Menschlichkeit dieses Mannes, seine Fähigkeit zum Zuhören, seine Lebensfreude, all das läßt mich wünschen, daß wir ihn als großen Lehrer zu ehren wissen, und daß über einem unserer Hörsäle bald dieser beispielhafte Name steht: Henri Lefebvre.

Georges Labica

* Erschienen unter dem Titel »Henri Lefebvre, un géant« im *Infotix* der Universität Paris-X Nanterre. Aus dem Französischen.

Das Ökologie-Problem und die Notwendigkeiten linker Politik

Ein Interview mit Stuart Hall*

Welche Kombinationen von grüner und linker Politik sind hier und jetzt möglich? Muß die Linke im Interesse der Erhaltung der Umwelt eine Beschränkung oder gar Verminderung der materiellen Wohlfahrt predigen? Läßt sich die Kluft zwischen der sozialdemokratischen und der grünen Linken überbrücken?

»Es liegt auf der Hand«, sagt Stuart Hall, »daß die traditionellen linken Parteien wie Labour, die sich ausschließlich im Blick auf Probleme der ökonomischen (Un)gleichheit profiliert haben, ihren historischen Beruf noch längst nicht verloren haben. Soziale und ökonomische Ungleichheit besteht noch immer. Aber es ist nicht länger möglich, Menschen einzig und allein zu mobilisieren im Hinblick auf soziale Identitäten, die durch die Folgen des industriellen Kapitalismus geformt worden sind.« Inzwischen hat sich uns eine Reihe von Themen aufgedrängt, die mit sehr viel mehr zu tun haben als allein mit der ökonomischen Dynamik der modernen Gesellschaft. »Derartige Faktoren beeinflussen die Lebensqualität, den Gebrauch — oder Mißbrauch — der Grundstoffe auf der Erde, die Entwicklungsmodelle, die Ideen über den Fortschritt und immer so weiter.«

Hall macht sich lustig über den uralten *linken Fortschrittsglauben*, dem er selbst auch so lange angehangen hat. Er wendet sich mit seinem Zorn gegen die »ganze Linke«, die sozialdemokratische und die radikale Linke: »Wir gingen davon aus, daß der Fortschritt an und für sich gut war. Wir wußten ganz genau, worum es ging, die Früchte des Fortschritts waren schlecht verteilt unter den Klassen, das war das Problem. Jetzt merken wir, daß auch noch ein paar andere Dinge nicht stimmen, die man nicht auf diese Weise benennen oder gar lösen kann. Alle Klassen werden Opfer der Art und Weise, wie die hochentwickelte industrielle Gesellschaft die natürlichen Ressourcen nutzt, und der ökologischen Folgen dieser Nutzung. Jeder hat ein Interesse an der Umwelt.«

Die Grünen am Rande

Das Mehrparteiensystem bietet den Ländern auf dem Europäischen Kontinent einen Vorteil gegenüber Großbritannien, meint Hall. In seinem Land verhindert die Logik des Zweiparteiensystems — wobei pro Wahlkreis die (relative) Mehrheit erreicht werden muß, um Abgeordnete zu bekommen — daß sich grüne Themen wirklich entwickeln. So wie auch die Allianz von Sozialdemokraten und Liberalen faktisch kein Bein auf Boden bekommt. Bei den Wahlen zum Europa-Parlament haben sich die britischen Grünen zwar gut gehalten, aber die Stimmen die sie erhielten, waren vor allem Proteststimmen. Als es wirklich darauf ankommt, kehren die Wähler in großen Massen zurück in den Schoß der zwei

* Das Interview mit Stuart Hall führte der niederländische Journalist Rinke van den Brink. Es wurde zuerst in der niederländischen Zeitschrift *De Helling* veröffentlicht, die vom wissenschaftlichen Büro der neuen Partei Groen-Links in Amsterdam herausgegeben wird. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von *De Helling*. Die Übersetzung besorgte Michael Krätke.

großen Parteien, die sich jeweils auf »die Arbeiterbewegung« bzw. »das Kapital« orientieren und die sich mehr oder weniger in der Regierung abwechseln. »Die Besorgnis über die Umwelt, die in den Wahlkreisen durchaus vorhanden ist, kommt so nur mühsam zum Ausdruck. Trotz der paar kleinen Erfolge gelingt es noch nicht, die *Green Party* aus der Marginalität herauszuziehen. Die Umwelt bleibt den *echten* Problemen untergeordnet, auch wenn die großen Parteien alle Schritte in die ökologische Richtung getan haben. Die Grünen haben als soziale Bewegung wohl Einfluß, aber noch kaum in einem organisierten politischen Zusammenhang.«

Hall findet es zu früh, um zu sagen, ob es der Umweltbewegung gelingen wird, der großen Politik eine programmatische Transformation aufzuzwingen. Er konstatiert, daß alle politischen Parteien in den letzten drei, vier Jahren gezwungen gewesen sind, über Umweltprobleme nachzudenken, so wie das noch nie zuvor der Fall war. »Das ist zum Teil das Werk von Pressure-groups, zum Teil die Folge von Tschernobyl und zum Teil die Folge von fünf aufeinanderfolgenden langen, heißen Sommern. Nach fünf solchen Sommern weiß man, daß in England etwas nicht in Ordnung ist, daß sich einiges verändert. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß diese Themen politisch immer wichtiger werden. Überall, also auch in England. Die Frage ist mehr, wie schnell das gehen wird, wie tief das gehen wird und ob es durch eine *Sensibilisierung* der vorhandenen Parteien geschehen wird oder ob ein neues, organisiertes Forum dafür entstehen wird.« Die wichtigsten Dilemmas für radikal- und grün-linke politische Gruppierungen sind in den Augen von Hall dieselben wie die aller neuen sozialen Bewegungen. Kommt es zu einer wirklichen Pluralisierung des politischen Feldes? Wird wirklich anerkannt, daß neue soziale Gegensätze und Probleme auf uns zukommen, die sich nicht in die Schemas pressen lassen, mit denen man solche Themen früher zu behandeln pflegte? »Dienen die feministische, die Friedens- und die Umweltbewegung dazu, das Bewußtsein der Arbeiterbewegung zu erweitern und gehen sie danach in der Arbeiterbewegung auf, oder können sie irgendeine Form von autonomem *Einfluß* bewahren? Werden sie tatsächlich die Tagesordnung, das Denken, die Modelle der sozialen Veränderung, die Reihenfolge der Prioritäten verändern, also die Politik tiefgreifend beeinflussen? Verändert sich wirklich etwas, oder gehen die traditionellen politischen Kräfte nur taktische Verbindungen mit ihnen ein, um ihnen den Schneid abzukaufen?«

Veraltete Organisationsformen

Stuart Hall meint, daß bereits ein Umschlag stattgefunden habe. Die alten sozialen Bewegungen waren oft *one-issue*-Bewegungen, die von den großen modernen Parteien leicht absorbiert werden konnten. »Die neuen sozialen Bewegungen sind anders. Sie stellen Themen zur Diskussion, die quer zu allen vorhandenen politischen Formationen liegen. Sie appellieren an andere Identitäten als Labour oder andere traditionelle Linksparteien. Werden sie instande sein, das Denken, die Organisationsform und das Parteiprogramm der Gruppierungen zu verändern, mit denen sie sich verbünden, oder werden sie zum soundsovielsten *Problem* am Ende der politischen Diskurse dieser Vereine? Alle neuen sozialen Bewegungen stehen vor derselben Frage. Wenn der Feminismus zum Beispiel in

Labour aufgeht, dann bedeutet das, daß die alten, *männlichen* Organisationsformen einfach nicht mehr bestehen bleiben können. Denn die Aufnahme des Feminismus bedeutet nicht, einen fünfzehnten oder sechzehnten Punkt zum Parteistatut der Labour Party hinzufügen. Es wird ein Überdenken der ganzen Art und Weise, wie Politik gedacht und betrieben wird, bedeuten müssen. Dasselbe gilt für die Bewegung der Schwarzen. Die kann man nicht in Labour aufnehmen, indem man die Organisation um einige *black sections* (Abteilungen für Farbige) erweitert, so wie es auch schon *workers sections* und *womens sections* gibt. Es geht darum, wie die gesamte Partei die politische Organisation einer Wählerschaft anpackt, die rassistisch gespalten ist. Genau dasselbe gilt für Umwelthemen.«

Labour würde nach Hall die *Grünen* nur zu gern in ihren Reihen aufnehmen. Er lacht: »Wenn sie es alle nur richtig kapiert hätten, würden sie Labour wählen, so betrachtet die Labour Party die Grünen.« Um sie an sich heranzuziehen, kündigt Labour an, daß sie sich stärker um Umweltprobleme kümmern werden, daß sie eine Öko-Steuer einführen werden. »Das kann schon alles sein, aber noch stets bilden Gewerkschaften den Kern der Labour Party. Die verteidigen die Interessen von Leuten, deren Lebensunterhalt von Praktiken abhängig ist, die ökologisch gesprochen verhängnisvoll sind! Es geht darum, ob die *alten* Institutionen hinreichend umgestaltet werden können, so daß sie wirklich fundamental anders aussehen dank ihrer Verbindung mit den neuen sozialen Bewegungen. Oder ob sie diese Bewegungen schlucken, ein paar Punkte zur vorhandenen politischen Tagesordnung hinzufügen und weiter marschieren.«

Hall sieht wohl, daß er ein ziemlich britisches Bild beschreibt. »In Großbritannien sind wir natürlich nicht so weit wie auf dem Kontinent, aber ich glaube nicht, daß die Situation so sehr verschieden ist. Wenn ich so eine mögliche Entwicklung skizziere, will ich nicht sagen, daß es nur darum geschieht, weil der *big brother* sein kleines Schwesterchen verschlingen will. Das kleine Schwesterchen will verschlungen werden, um zu denen zu gehören, die sie als die Machthaber betrachtet. So wirkt Macht nun einmal. Man muß zur parlamentarischen Mehrheit gehören, man muß Minister haben, man muß wissen, wie man ein Ministerium leitet. Das ist der moderne Staat und den müssen wir genauso verwalten wie die anderen. Alle neuen sozialen Bewegungen stehen vor derselben Wahl, auch wenn diese sich in wechselnden Formen präsentiert.« Hall — er spricht jeweils von *wir* — sagt, daß er nur zu gern ein grün-sozialistisches Bündnis in England hätte. Das würde sehr dazu beitragen, daß sich viele Leute der Umweltprobleme bewußt werden. »Aber ich glaube nicht, daß das Problem, wie man Bündnisse einget, zu lösen ist, wenn man gleichzeitig doch ein gewisses Maß von Autonomie bewahren will. Das geht nicht.«

Alle sind sich wohl darin einig, daß der ökologische Umbau der Gesellschaft viel Geld kosten wird und nach aller Wahrscheinlichkeit nicht ohne eine allgemeine Einkommensenkung gelingen wird. Soziale Gleichheit auf einem niedrigeren Niveau — Wohlstandsniveau vor allem — scheint denn auch das Ziel zu sein, wonach grün-linke Gruppierungen streben müssen.

»Die Linke hat immer gedacht, daß Gleichheit ganz bestimmt Gleichheit auf einem hohen Niveau sein müsse. Das ist natürlich ganz und gar nicht so. Aber

wir brauchen nicht utopistisch zu werden. Große Gruppen von Menschen haben sich an einen bestimmten Lebensstandard gewöhnt und die werden nicht so einfach sagen: 'Laßt uns den Wohlstand mal abschaffen.' Es ist wirklich eine sehr delikate Frage. Es wird viel einfacher sein, über spezifische Punkte Konsens zu erreichen als über eine allgemeine Wohlstandsverminderung.«

Hall erwähnt den soundsovielten Fall von Kindern, die im vergangenen Sommer in Gewässern geschwommen sind, wo die Abwasserleitungen von Industriebetrieben direkt einmündeten. Laut Regierung war kein Grund zur Sorge, nach Ansicht etlicher Ärzte wurden die Kinder krank davon. »Sobald die Leute davor Angst bekommen, wollen sie auch, daß etwas getan wird. Auch wenn das Geld kostet. Aber wenn man sagt: *diese Gesellschaft muß von jetzt an ihren Lebensstandard auf Dauer senken, um die durch Umweltprobleme verursachten Kosten aufbringen zu können*, dann sprechen wir über viel größere Dinge. Und ich weiß nicht, ob gegenwärtig das Umweltbewußtsein schon so weit verbreitet ist. In England sicher nicht«, sagt Stuart Hall.

»Es kann sehr gut sein, daß die eine oder andere große, umfassende Veränderung in der Natur selbst auf lange Sicht das einzige ist, was schnell und tiefgreifend genug geht, um die Mentalitätsveränderung zuwege zu bringen. Wir kämpfen gegen die Zeit. Das wissen wir. Im Blick auf eine ganze Reihe von weltumspannenden Fragen kämpfen wir gegen die Zeit. Wir tun zu wenig, wir tun es zu langsam, und der größte Übeltäter, nämlich die hochentwickelte industrielle Welt selbst, bleibt das größte Problem. Ich warne vor utopischen Gedanken. Es kann sehr gut sein, daß wir noch nicht wissen, wie wir ein massenhaftes Umweltbewußtsein zustande bringen, das stark genug ist, um eine politisch organisierte Ausdrucksform zu finden — wodurch eine parlamentarische Regierung die Macht bekommen könnte, um es in Politik umzusetzen.«

Höhere Steuern

Wir berühren einen heiklen Punkt. Die Rolle des Staates steht in wechselndem Maße überall in Europa zur Diskussion. In West-Europa besteht noch immer ein solider Konsens darüber, daß der Staat zumindest eine regulierende Rolle im ökonomischen Prozeß zu spielen habe. Die soziale Marktwirtschaft ist hier bei uns unumstritten. In den Ländern Mittel- und Ost-Europas, die sich gerade mühsam vom Kommunismus befreit haben oder noch dabei sind, das zu tun, betrachtet man den Staat mit sehr viel mehr Mißtrauen. Mehr als vierzig Jahre lang war der Staat schließlich gleichbedeutend mit Unterdrückung, Unfreiheit, Mangel an Wohlstand und oft selbst am Lebensnotwendigen. Und in England ist seit den Jahren der Thatcher-Regierungen jede Form von Staatsintervention auch verächtlich. »Zehn Jahre lang hat man den Leuten hier eingehämmert, daß Staatintervention in die freie Marktwirtschaft der schlimmste aller denkbaren Fehler ist. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und anderer alternativer Modelle und der völlig richtige Widerstand von links gegen zentralistische Planung haben das Vertrauen in den Staat als Regulator des ökonomischen Prozesses geschwächt. Und damit seine Macht, um zu regulieren. Sobald jemand sagt, daß die Unternehmen *im allgemeinen Interesse* zwei Jahre lang eine Verminderung ihrer Ge-

winne hinnehmen müßten, um der Zukunft unserer Kinder willen, haben wir den Staat nötig. Das Kapital hat noch niemals etwas derartiges aus eigenem Antrieb getan. Wenn es am Kapital gelegen hätte, würden heute noch Kinder in den Bergwerken arbeiten. Es war ein politischer Wille nötig, um das zu beenden. Der drückte sich in einer Bewegung aus, in Gesetzen und in einem Staat, der dazu gebracht wurde, gegen die puren Marktinteressen im Namen des kollektiven Interesses vorzugehen. Aber wir haben nun zehn Jahre lang unter Thatcher, gelebt, und die sagte: *Das Kollektiv gibt es nicht. Es gibt nur Individuen und deren Familien.* Wenn man nicht an das Kollektiv glaubt, dann kann man eine Staatsintervention gegen die freien Marktkräfte nicht legitimieren. Und dann gibt es keinen Spielraum, um für höhere Steuern zu plädieren, um mehr Geld für die Reparatur der Umwelt ausgeben zu können.«

Der beschränkte Blick der Umweltbewegung

»Eines der Probleme mit grün-linken Politikern ist, und ich weiß, daß ich sehr paternalistisch klinge, daß sie sich manchmal wie Neubekehrte aufführen. *Ich habe das Licht gesehen, warum wollt ihr anderen es nicht sehen?* Sie haben vergessen, wie sehr die Entwicklungsmuster, die uns an den Rand des ökologischen Abgrunds gebracht haben, in den Strukturen der politischen und ökonomischen Macht festgeschrieben sind, in den ökonomischen Verkehrsformen, in der Art der industriell-kapitalistischen Entwicklung, in der Art der Abhängigkeit der Dritten Welt usw. Darum denke ich, daß die neuen sozialen Bewegungen keinen politischen Einfluß gewinnen werden, indem sie sich selbst von anderen Themen fernhalten. Die sind eben auch ihre Themen. Sie wollen doch kein Bündnis mit der Arbeiterbewegung aus rein taktischen Gründen schließen? Sie müssen das tun, weil sie ein sehr großes Interesse haben am Gleichgewicht zwischen Regierung und Privatsphäre, zwischen der sozialen Sphäre und dem Markt, zwischen Markt und Staat. Darüber schreibt die Umweltbewegung sehr viel weniger. Ich bin schon bekehrt, aber die Thatcher-Anhänger noch nicht. Die halten noch immer an ihrer Logik fest, daß man, *wenn man heute den Staat dazuholt, morgen in sibirischen Straflagern sitzt.* In England hat man zum Beispiel die Wasserwerke schlicht und einfach privatisiert. Einfach verkauft, das öffentliche Wasser! Sogar ohne die Käufer zu verpflichten, die Verantwortung für das Sauberhalten und Reinigen der Flüsse zuübernehmen«, berichtet Hall.

»Weil dies die Fahrtrichtung des ganzen Systems ist, ist es außerordentlich schwierig, mehr zu erreichen als gelegentlich ein paar grüne Maßnahmen durchzusetzen. Wenn es zu schlimm wird, wenn die Kinder im Dreck schwimmen, dann gelingt es, etwas dagegen zu tun. Aber ein grünes Konzept von Marktpolitik oder ein grünes Konzept vom Gleichgewicht zwischen Markt und Staat zu entwickeln, das ist sehr schwierig. Doch ist das sehr notwendig.«

Veränderungen des politischen Theaters

Hall beschreibt sehr bewußt ein düsteres und negatives, aber nach seiner Ansicht realistisches Bild. Weil es, wie er meint, allen Grund gibt, sich keine Illusionen zu machen.

»Wir haben über die andere Dimension meines Pessimismus noch gar nicht gesprochen, über das Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt. Wir treiben die Dritte Welt zur Verzweiflung und brandmarken dann die Menschen, die Bäume im Amazonas-Gebiet fällen, weil sie keine anderen Existenzmöglichkeiten haben. Wie läßt sich der Teufelskreis aufbrechen, in dem Abhängigkeit immer wieder zu Praktiken führt, die die Umwelt schädigen?«

Aber Hall sieht auch positivere Entwicklungen, die ihn einigermaßen optimistisch stimmen. »Obwohl es uns nicht gelingt, Wege zu finden, wie wir grüne Themen in politisch effektive Ausdrücke übersetzen können, verändert sich das politische Theater doch. Die alten Parteien tun schlicht und einfach nicht genug mit den neuen Themen, um uns sehr viel weiter zu bringen. Die Art der gesellschaftlichen Gegensätze und der politische Unterbau verändern sich sehr rasch. Und die alten und veralteten Parteien sitzen obenauf, völlig festgefahren, und versuchen die Veränderungen aufzuhalten, mit ihren alten Tagesordnungen und ihrer eigenen Organisationsform und ihren eigenen Formen von Massenbewußtsein. Die sind alle entstanden zu Zeiten der Entstehung des Gegners, der hochentwickelten industriellen Gesellschaft. Ihre Rolle war es, die Arbeiter gegen das Kapital zu verteidigen. Aber als das Kapital Massencharakter annahm, tat die Gewerkschaftsbewegung das auch. Und die politischen Parteien ebenso.«

Es geht Hall nicht darum, die zentrale historische Rolle der Gewerkschaftsbewegung zu verkleinern. Sie hat ihre großen Verdienste erworben bei der Verteidigung der Armen und der Arbeiter, bei der Verbesserung der ökonomischen Bedingungen, der Arbeitsverhältnisse, als geistiger Vater des Wohlfahrtsstaats, und indem sie die Idee ökonomischer Gerechtigkeit und Gleichheit lebendig hielt. »Das sind alles sehr wichtige und grundlegende Dinge. Das ändert aber nichts daran, daß die politische Form, die derartige Bestrebungen annahm, einen Aspekt hatten, wodurch sie den Organisationen ihrer Gegner ähnlich wurden. Um sich auf Kämpfe mit großen Industrieunternehmen einzulassen, hatte man nun einmal große Industriegewerkschaften nötig. Obwohl sie gegeneinander standen, gehörten sie doch derselben Zeit an. Jetzt geht es darum, wie wir mit dem Besten aus dieser Tradition den Schritt in die neue Zeit schaffen können«, fährt er fort. »Ich bin nicht so dumm um zu sagen, daß mich Gleichheit nicht mehr interessiert oder daß Klassengegensätze nicht mehr zählen. Im Gegenteil, die wiegen sehr schwer. Aber sie decken nicht mehr das ganze Feld ab. Wir müssen unsere politischen Ziele nun neu bedenken — zusammen mit denjenigen, die nur darum auf die politische Tagesordnung kommen konnten, weil soziale Bewegungen ihnen einen autonomen Ausdruck gaben.«

Mehr Staat

Um den notwendigen grünen Durchbruch zu bewerkstelligen, ist mehr staatliche Regulierung eine absolute Voraussetzung, meint Hall. Mehr Staat also, in einem Moment, wo überall auf der Welt die Fehler von Staatsinterventionen mitleidslos ans Licht gekommen sind.

»Das Problem zentralisierter Autorität kennen wir in zwei Erscheinungsformen: der Stalinismus als Grundlage des *real existierenden Sozialismus* und die

bürokratische Variante der sozialdemokratischen Massenparteien, ihrer Verstaatlichungspolitik usw. Beide sind Formen einer vom Staat beherrschten gesellschaftlichen Veränderung. Wie müssen wir mit dem neuen Dilemma umgehen: ein Staat, der dem gesellschaftlichen Interesse an einer ökologischen Veränderung Ausdruck gibt? Ein Staat, der die Macht und die Legitimität hat, um im Privatsektor und gegen die freien Marktkräfte zu intervenieren und diese im Interesse der Umwelt zu regulieren. Und der das alles tut, ohne daß wir die Wiedergeburt des Monsters *übermäßiger* Staat erleben. Darum geht es.«

Hall konstatiert, daß beide Versionen des 'Staatssozialismus' der Vergangenheit, Stalinismus und traditionelle sozialdemokratische Linke, tatsächlich zu ein und derselben Form der politischen Mobilisierung der einfachen Leute geführt haben. »Im stalinistischen Modell wurde die *Klasse* durch die *Partei* ersetzt. Und im sozialdemokratischen Modell verrückterweise durch *Spezialisten*. Die Mobilisierung der einfachen Leute, die völlig außerhalb der Macht standen, gelang nicht. Und die ist nun gerade die Garantie dafür, daß der regulierende Staat keine autoritäre oder mehr oder weniger selbständig operierende Einrichtung wird. Mit anderen Worten, die Kraft und Vitalität der Umweltbewegung, die sich nicht einsperren läßt im Parlament und in den staatlichen Strukturen, sondern als unabhängige Bewegung von Freiwilligen weitermacht, sind ein Teil von dem, was mir als unsere einzige Garantie dafür erscheint, daß wir einen Ausweg aus dem Dilemma Staat versus Markt finden. Nämlich durch die Bewegung der Gesellschaft selbst, durch mehr Demokratie.«

Hall nuanciert seinen Optimismus sofort. »Es sind Demokratien denkbar, die sich entscheiden, heute zu leben und morgen unterzugehen. Demokratie allein ist also nicht genug. Ich glaube wohl, daß wir einen Rückfall in die eine oder andere Form von Staatszentrismus vermeiden können, wenn es Spielraum gibt für Umweltschutzaktivisten, um an einer Bewußtseinsveränderung bei der Mehrheit der Menschen zu arbeiten, wenn die *zivile Gesellschaft* sich aktiv damit befaßt, wenn sie weiterhin Druck auf die bürokratischen Parteien, auf die Regierung und auf die Industriellen ausüben. Sonst nicht.«

Globalisierung

Ohne einen Durchbruch grüner Ideen sieht Hall eine Folge von großen und kleinen Tschernobyls voraus — in verschiedenen Erscheinungsformen wie Temperaturanstieg, Ausdünnung der Ozonschicht oder Ölkatastrophen wie unlängst im Golf. »Und das wird zwei Dinge deutlich machen. Zum ersten, daß Umweltprobleme sich um nationale Grenzen nicht scheren. Das bedeutet das Ende des massenpsychologischen Sicherheitsgefühls, das der Nationalstaat der Gesellschaft gibt. Die Wolke Giftgas, die in Dover ankommt, braucht keinen Paß. Das zweite, positivere Resultat davon ist, daß es den Anfang einer neuen Interdependenz bedeutet. Umweltprobleme sind in diesem Sinn das letzte Beispiel von Universalismus. An andere Gebiete, wo Universalismus noch wirksam sein könnte, glaube ich nicht mehr. Das einzige Gebiet, auf dem wir noch immer eine universelle humanistische Sprache sprechen, ist die Umweltproblematik. Die hat nämlich nur ein Subjekt, und das ist jeder. Das einzige Subjekt eines ökologischen

Satzes dieser Welt. Das ist alles, was von den universellen Hoffnungen politischer Bewegungen unserer Sorte übrig geblieben ist«.

Kurze Zeit — von Oktober 1989 bis Februar 1991 — dachte jeder, daß *eine neue Weltordnung* die andere universelle Sprache sei. »Die Hoffnung haben wir gerade in die Luft gejagt.« Hall lacht, als er das sagt. »Gorbatschow auf der einen und Bush auf der anderen Seite. Wir sind wieder bei der alten, vertrauten Weltordnung, die durch Macht und Uneinigkeit bestimmt wird.« Immer mehr Leute begreifen, daß die USA eine wichtige Rolle spielen müssen. »Wenn man ernsthaft darüber nachdenkt, dann begreift man, daß das auf dem Gebiet der Umweltproblematik geschehen muß.«

Hall ist nicht sonderlich optimistisch hinsichtlich der Chance, daß Staaten sich im Blick auf die ökologischen Probleme plötzlich ganz anders verhalten werden, als sie das bisher immer getan haben, in dem sie ihren eigenen kurzfristigen Interessen Vorrang gaben. Er nimmt aber einige Faktoren wahr, die eine Politik der *splendid isolation* in Zukunft erschweren.

»Der Nationalstaat wird sicher nicht verschwinden, aber er erhält einen ganz anderen Charakter. Die Art der Weltökonomie, die weltweite Verflechtung der Finanzsysteme, der sehr schnelle Umlauf von Informationen, Technologie, Kapital und Kredit, die wechselseitige Verflechtung und Abhängigkeit von Märkten, all diese Dinge zusammengenommen werden den Nationalstaat schwächen. Das gilt selbst für Großbritannien mit seiner langen Geschichte als Inselstaat. Die Briten reden oft von Souveränität. Weil sie wissen, daß sie dabei sind, ihre Souveränität zu verlieren. Es sind alles nicht rein objektive ökonomische Fragen, sondern auch Fragen der Identität. Denn in dem Maße, wie die Welt interdependenter wird, nehmen auch die Einwanderungswellen zu. Der Nationalstaat wird nicht verschwinden, ebenso wenig wie die nationale Identität, aber die Zeit, in der die Geschichte als Geschichte von Nationalstaaten geschrieben werden konnte, ist vorbei. Auch wenn noch Nationen hinzukommen werden, sicher in Ost- Europa.«

Die ökonomischen Blöcke und Konglomerate, die auch wegen der oben umrissenen Internationalisierung zustande kommen werden, sind ein Schritt in die richtige Richtung, meint Stuart Hall. »Die Kontrollsysteme, die in einer so viel mehr *globalisierten* Ökonomie notwendig sind, fangen an, in die Nähe der Sorte von Systemen zu kommen, die notwendig sind, um Umweltprobleme anzupacken und zu regulieren. Nehmen wir das Gebiet der Kommunikation. Es hat überhaupt keinen Sinn, in London ein Gesetz zu beschließen, das das regelt, weil jeder einen Satelliten über den Kanal in Umlauf bringen kann und jeder imstande ist, einen Umschaltknopf zu bedienen. Wenn man auf diesem Gebiet regulieren will, dann muß das auf einer ganz anderen Ebene geschehen. Je mehr von solchen supranationalen Institutionen und Regelungen entsteht, desto einfacher wird es werden, eine Reihe der miteinander verknüpften Fragen zu regeln, die mit der ökologischen Krise zusammenhängen. Die Einsicht, daß der Nationalstaat unsere Geschicke nicht länger mehr bestimmen kann, ist im Blick auf die Umweltprobleme noch nicht vorhanden. Aber sie ist meiner Ansicht nach wohl die Grundlage für die Hoffnung, daß es möglich sein wird, Umweltbewußtsein und die Einsicht in die neuen weltweiten Probleme sowie die Suche nach ebenso

weltweiten Lösungen dafür miteinander zu verbinden. Das ist ein Grund zum Hoffen. Wie schnell das gehen wird, wie erfolgreich, wie stark der Widerstand dagegen sein wird, das weiß ich alles nicht.«

Interdependenz

Die Internationalisierung der Probleme, die Hall als einen Grund zum Hoffen betrachtet, ist zugleich auch ein erhebliches Hindernis. In vielen Ländern steht die Umwelt eben noch nicht auf der politischen Tagesordnung, einfach weil man es sich nicht erlauben kann, damit vorsichtig umzugehen. Ein Umweltbewußtsein in der Dritten Welt zu entwickeln, wird noch viel mühsamer sein als es bei uns schon ist. Und es wird obendrein enorme Kosten mit sich bringen, die nur auf eine einzige Art und Weise bezahlbar scheinen, und das ist mittels Transfer von Reichtum aus der Ersten in die Dritte Welt.

»Ich will mich beileibe nicht zu optimistisch stellen, aber die Internationalisierung ist ein positiver Punkt, finde ich. Gesellschaften werden gezwungen sein, stärker transnational zu denken. Die Strukturen dafür sind vorhanden, dank der Mondialisierung des ökonomischen Prozesses. Die Welt verändert sich so, daß wir Interdependenzen einfach mehr akzeptieren werden müssen. Wir werden mehr als früher einen weltweiten Bezugsrahmen akzeptieren müssen. Das bietet uns eine Chance, um von den materiellen Veränderungen Gebrauch zu machen und die Umweltpolitik besser zu verankern. Mehr sage ich gar nicht. Ich will nicht behaupten, daß Kapitalisten sich daran machen, die Welt wieder sauber zu machen, weil sie zufällig nach Tokyo fliegen. Ich sage nur, daß es sinnvoll ist, die Interdependenz zu betonen in einer Welt, in der die Menschen daran gewöhnt sind, daß ihre Ökonomie mit der Ökonomie Japans zusammenhängt und ihre Kultur damit, was die amerikanischen Kommunikationsindustrie treibt. Es ist ein Muster, das nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis besteht, in der Weise, in der die Gesellschaft organisiert ist und in der Menschen leben. Vielleicht verlieren wir die Schlacht, aber der weltweite Rahmen — in dem die Grenzen nach und nach ihre Bedeutung verlieren — ist ein Vorteil für uns, wie klein auch immer.«

Verteilung des Wohlstands

Die allgemeine Neuverteilung des Wohlstands, die im reichen Westen nötig ist, um es den Ländern der Dritten Welt zu ermöglichen, auch eine Umweltpolitik zu betreiben, macht es für politische Parteien und soziale Bewegungen, die sich für eine ökologische Politik einsetzen, sehr schwierig. Anhänger für ihre Politik zu gewinnen. Welche Partei gewinnt Wahlen mit dem Versprechen, daß sie das Wohlstandsniveau senken wird?

»Darum fällt die zugrundeliegende Berechnung pessimistisch aus. In der Politik geht es nun einmal vor allem um konkrete Belohnungen und kurzfristige Interessen, daran ändern intellektuelle Debatten nichts, so wichtig die auch sind. Ich kann mir auch noch nicht viel beim Begriff grüne politische Macht vorstellen. Es ist immer noch zu intellektuell.«

Doch sieht Hall in seinem eigenen Land Möglichkeiten für die Umweltpolitik,

ganz sicher dort, wo es um konkrete Probleme geht. Die Straßen in den Städten verschmutzen, im Wasser von Flüssen und Seen kann man oft nicht mehr schwimmen. Im Gegensatz etwa zur Ozonschicht sind die Leute für derlei Dinge wohl empfänglich. »Das Problem ist, daß die Labour Party sich nie getraut hat, den Kampf um die Steuern auszufechten. Bei jeder Wahl tappen sie in dieselbe Falle. Die Konservativen sagen den Wählern, daß der Staat ihr Geld nicht ausgeben darf, und unter dieser Maske brechen sie den Sozialstaat ab. Labour ist dagegen und verspricht daher mehr Schulen, mehr Krankenhäuser, mehr Sozialstaat. *Wie werdet Ihr das denn bezahlen: höhere Steuern, den Leuten das Geld aus der Tasche ziehen?* fragen die Konservativen. Und Labour bleibt die Antwort schuldig. Denn die Partei traut sich einfach nicht, laut und deutlich zu erklären, daß ein größerer kollektiver Wohlstand mit mehr Steuern bezahlt werden muß und daher weniger persönlichen Wohlstand bedeutet.«

»Dasselbe«, fährt Hall fort, »gilt natürlich in der Umweltpolitik. Unter der Voraussetzung, daß die Eingriffe noch viel größer sein werden. Wir sind noch ein ganzes Stück weit von dem entfernt, was wirklich nötig ist, nämlich daß der entwickelte industrielle Westen einen deutlich niedrigeren Lebensstandard für jedermann akzeptiert. Den Stier bei den Hörnern zu packen, ist nur möglich indem die Frage der Neuverteilung des Wohlstands voll einbezogen wird. Denn innerhalb des heutigen Systems bestehen immense Unterschiede zwischen den *Besitzenden* und den *Habenichtsen*. Da liegt vielleicht noch ein Spielraum. Ein niedrigerer Lebensstandard für jeden und dazu eine gleichere Verteilung des verfügbaren Reichtums. Also weniger für alle, aber für die Reichen mehr weniger. Unter dem Motto eines niedrigeren individuellen Lebensstandards zugunsten eines höheren ökologischen Lebensstandards. Aber ich sehe noch keine Massenpartei, die bereit ist, das zu sagen. Es richtet sich direkt gegen die herrschende politische Kultur des kurzfristigen Materialismus, von den Wählern zu verlangen, daß sie einer Senkung ihres individuellen Lebensstandards zustimmen zugunsten des höheren kollektiven Wohlstands, der sich aus einer saubereren Umwelt ergibt.«

Auch im Blick auf die internationale Zusammenarbeit zwischen grün- linken und verwandten politischen Gruppierungen ist Hall nicht besonders optimistisch. Er sieht deren Bedeutung, findet auch, daß Versuche in dieser Richtung fortgesetzt werden müssen, aber er weist auf die großen internen Gegensätze hin, mit denen alle linken Parteien — grün-linke wie sozialdemokratische — zu kämpfen haben. Dazu kommen dann noch einmal die Meinungsverschiedenheiten zwischen den diversen Parteien, die oftmals mit den verschiedenen nationalen Kontexten zusammenhängen. »Es entsteht dann rasch eine Situation, wo die internationale Zusammenarbeit stattfindet zwischen Gruppen aus den Parteien, die vergleichbare Ansichten haben, während die Zusammenarbeit zwischen den Parteien selbst höchstens formell ist. Wenn es nicht einmal gelingt, zu einer gemeinsamen linken Strategie in Europa zu kommen, warum sollte das dann mit der Umweltpolitik gelingen? Aber es wäre natürlich von allergrößtem Wert, wenn es gelänge. Denn dann könnte man z.B. verhindern, daß Fässer mit chemischem Abfall, die die Italiener nicht in der Adria haben wollen, statt dessen in der Nordsee abgeladen werden dürfen.«

Perspektiven des Anti/Ideologischen

Stuart Hall

**Ausgewählte
Schriften**



**Ideologie, Kultur,
Medien, Neue Rechte,
Rassismus**

Argument

Stuart Hall

Ausgewählte Schriften

*Herausgegeben von Nora Rätzchel
Mit einem Vorwort von
Gustav Klaus*

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum und zugleich ein gefragter Autor aktueller politischer Analysen.

Im Zentrum seiner Arbeiten steht das »Ideologieproblem«, die Frage nach der »Zustimmung« der Mehrzahl der Bevölkerung zum Kapitalismus in Europa. Daraus ergeben sich Untersuchungen über die Wirkungsweise der Massenmedien, das Eingreifen des Staates in die Massenkultur sowie, im Anschluß an Gramsci, die Entwicklung einer Theorie des Rassismus und einer kritischen Analyse des Thatcherismus.

Hall arbeitete mit an Filmen über die Konstitution von »Rasse« in den Medien, die im britischen Fernsehen zu heftigen Diskussionen führten.

Diese erste Auswahl seiner Werke enthält einen Querschnitt durch die verschiedenen Bereiche seines Schaffens. Es finden sich Studien zur Marxschen Theorie, zur Medien- und Massenkultur, zur Neuen Rechten und zum Rassismus sowie kritische Analysen linker Politik.

»Stuart Hall ... ist einer der klügsten Köpfe der englischen neuen Linken. ... Seine Analysen sind oft von bestechender Klarheit.«

Frankfurter Allgemeine Zeitung

»Die Linke muß nach Hall's Auffassung von der Gewohnheit Abstand nehmen, ihre Politik in erster Linie abstrakt vom Ziel her zu bestimmen.« *Deutsche Volkszeitung*
240 S., br., DM 28.—

Weitere Titel zum Thema:

Noam Chomsky

Die Fünfte Freiheit

*Über Macht und Ideologie
Vorlesungen in Managua*
176 S., br., DM 24.—

**Theorien über
Rassismus**

*Hrsg. von Otger Autrata.
Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht
und Cornelia Wolf*
AS 164, ca. 170 S., DM 18,50
(DM 15,50 für Stud.)

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Nahost-Konferenz

Grundlegende und aktuelle Literatur

**Deutsches Orient-Institut:
Der Golfkonflikt**

Konsequenzen. Perspektiven
„Analysen“, Bd. 41.
1991. Ca. 200 Seiten. Kart.
Ca. 19,80 DM.
ISBN: 3-8100-0947-4

**Friedrich Schreiber:
Aufstand der Palästinenser
— Die Intifada**

Fakten — Hintergründe —
Perspektiven
1990. 187 Seiten mit vielen
Fotos. Kart. 19,80 DM.
ISBN: 3-8100-0818-4

**Friedrich Schreiber /
Michael Wolffsohn:**

Nahost
Geschichte und Struktur des
Konflikts
2. aktualisierte Auflage 1989.
352 Seiten mit vielen Abbil-
dungen. Kart. 19,80 DM.
ISBN: 3-8100-0777-3

**Michael Wolffsohn:
Israel**

Geschichte — Politik —
Gesellschaft — Wirtschaft
„Grundwissen Länderkunden“,
Band 3. 3. völlig überarbeitete
Auflage 1991. 478 Seiten mit
zahlreichen Abbildungen und
Tabellen. Kart. 24,80 DM.
ISBN: 3-8100-0732-3

Nahost Jahrbuch 1990

Politik, Wirtschaft und Gesell-
schaft in Nordafrika und dem
Nahen und Mittleren Osten
Herausgeber: Deutsches
Orient-Institut —
Thomas Koszinowski /
Hanspeter Mattes
1991. 240 Seiten.
Kart. 29,— DM.
ISBN: 3-8100-0891-5

**Udo Steinbach / Rüdiger
Robert (Hrsg.):
Der Nahe und Mittlere
Osten**

Politik — Gesellschaft — Wirt-
schaft — Geschichte — Kultur
1988. 2 Bände. Zusammen
1392 Seiten. Ganzleinen, im
Schuber. 248,— DM.
ISBN: 3-8100-0601-7

Orient

Deutsche Zeitschrift für Politik
und Wirtschaft des Orient
Orient dokumentiert die politi-
sche, gesellschaftliche und
wirtschaftliche Entwicklung im
Nahen Osten.

**Zeitschrift für Türkeistudien
(ZfTS)**

Die ZfTS widmet sich den wirt-
schaftlichen, kulturellen und
sozialen Entwicklungen der
modernen Türkei und dem
türkischen Bevölkerungsanteil
in Deutschland.

Leske + Budrich

5090 Leverkusen 3

Alain Lipietz

Demokratie nach dem Fordismus*

In einer Reihe von anregenden Essays hat Macpherson (1967, 1983) verschiedene »Modelle« vorgestellt, in denen er die Entsprechung von Demokratievorstellungen und sozio-ökonomischen Realitäten deutlich macht. Man hat diesem Ansatz einen gewissen Reduktionismus vorwerfen können. Auf jeden Fall wäre es gewagt, ihn in die Zukunft zu verlängern, auch wenn er hilfreich war, um die politisch-ökonomischen Konfigurationen der Vergangenheit zu erklären.

Und doch scheint das Vorhaben von Macpherson, der eine von Montesquieu kommende und über Marx hinausgehende Denktradition weiterführt, zutiefst berechtigt. Es gibt durchaus so etwas wie ein »gemeinsames Prinzip«, das sowohl die sozio-ökonomischen Gegebenheiten wie die Formen der Demokratie zu regieren scheint. Dieses Prinzip ist sicher weder die Ursache des einen noch des anderen. Man könnte eher sagen, daß es einen wechselseitigen Einfluß in den Entwicklungen der verschiedenen Bereiche gibt, mit Momenten der »Harmonie«, in denen ein gemeinsames Prinzip der Gesellschaftlichkeit die Oberhand zu gewinnen scheint. Dieses Prinzip (oder besser dieses Bündel von Prinzipien) wollen wir als »gesellschaftliches Paradigma« bezeichnen.

Wenden wir uns nun der Zukunft zu, so geht es nicht mehr darum, dieses Paradigma zu »enthüllen«. Es geht, was den politisch Aktiven betrifft, um seine Durchsetzung und, was den Forscher betrifft, um die Identifizierung der kämpfenden Paradigmen.

In diesem Beitrag werden wir zunächst die gegenwärtig im Kampf liegenden Paradigmen identifizieren (das »liberal- produktivistische« und das »alternative«, um sie gleich beim Namen zu nennen), und dann einige der ökonomischen Grundlagen umreißen, die derjenigen Konzeption von Demokratie, die mit den Prinzipien der Alternative übereinstimmt, entsprechen könnten.

Im ersten Schritt soll kurz daran erinnert werden, wie die aus dem »Regulations-Ansatz« stammenden Arbeiten¹ die Erklärung der Korrespondenz von Ökonomie und »sozialem Paradigma« ermöglichen. Wir werden damit den Relativismus der Demokratiekonzeptionen hervorheben können. Im zweiten Abschnitt werden wir, ebenfalls kurz, auf die »Korrespondenz« eingehen, die dem gegenwärtig in die Krise geratenen fordistischen Entwicklungsmodell eigentümlich ist. Der dritte Abschnitt stellt den »liberalen Produktivismus« dar, der vierte behandelt die Alternative. Im fünften Teil betonen wir einen bestimmten Aspekt der alternativen Gesellschaftlichkeit: die Bedeutung, die sie den konkreten, territorialen Gemeinschaften beimißt.

* Erschienen unter dem Titel »Après-Fordismus et démocratie« in *Les temps modernes*, vol. 524. März 1990. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Soziales Paradigma und Entwicklungsmodell

Die Reproduktion einer kapitalistischen Warenökonomie über ihre Transformationen geschieht keineswegs von selbst. Wir stellen jedoch fest, daß diese Transformationen über längere Zeiträume hinweg regelmäßig bleiben, und daß die Akkumulation, das ökonomische Wachstum, keine großen Beeinträchtigungen erfährt. Wir bezeichnen eine solche mit Produktions-, Distributions- und Anwendungsnormen verbundene und verträgliche Transformationsweise als ein *Akkumulationsregime*. Dieses Regime beruht seinerseits auf allgemeinen Prinzipien der Arbeitsorganisation und der Technikverwendung, die wir *technologisches Paradigma* nennen können.

Ein Akkumulationsregime bezeichnet also eine makro-ökonomisch feststellbare Regelmäßigkeit. Diese Regelmäßigkeit ist selbst schon eine wertvolle Orientierung für die ökonomischen Agenten. Ihre Initiativen bleiben jedoch durch eine grundlegende Unsicherheit im Hinblick auf ihren künftigen globalen Zusammenhang bedroht. Es müssen sich deshalb Regulationsmechanismen einschalten. Wir bezeichnen als *Regulationsweise* das Ensemble der eingespielten oder expliziten Normen, der Institutionen, welche die individuellen Erwartungen und Verhaltensweisen beständig auf die Gesamtlogik des Akkumulationsregimes einstellen. Man kann sagen, daß die Regulationsweise die »Landschaft«, die praktische Welt, die »Landkarte« auf der Oberfläche bildet, nach der sich die individuell Handelnden derart orientieren, daß die Bedingungen einer ausgeglichenen Reproduktion und Akkumulation im Grunde respektiert werden (Lipietz 1985). Die Installierung einer Regulationsweise hängt aber ebenso wie ihre Konsolidierung sehr weitgehend von der politischen Sphäre ab. Wir befinden uns hier auf dem Gebiet der Kämpfe und der politisch-sozialen »Waffenstillstände«, der *institutionalisierten Kompromisse*.

Diese Kämpfe, Waffenstillstände und Kompromisse sind auf politischem Gebiet das Äquivalent zu dem, was die Konkurrenz, die Arbeitskämpfe und das Akkumulationsregime auf ökonomischem Gebiet darstellen. Die gesellschaftlichen Gruppen, die durch ihre alltäglichen Existenzbedingungen, insbesondere durch ihre Stellung in den ökonomischen Verhältnissen, bestimmt sind, geben sich nicht einem endlosen Kampf hin. Wir bezeichnen ein stabiles System von Herrschaftsverhältnissen, Bündnissen und Zugeständnissen zwischen unterschiedlichen (herrschenden wie untergeordneten) gesellschaftlichen Gruppen als einen *sozialen Block*, und ein sozialer Block ist *hegemonial*, wenn er durchsetzen kann, daß sein Dispositiv als mit dem Interesse der gesamten Nation übereinstimmend anerkannt wird. In einem hegemonialen Block muß derjenige Teil der Nation, dessen Interessen überhaupt keine Berücksichtigung finden, sehr minoritär sein.

Soweit in diesem Konsens, über den der hegemoniale Block sich herstellt und reproduziert, die Berücksichtigung ökonomischer Interessen auf dem Spiel steht, sieht man den Zusammenhang zwischen »hegemonialem Block«, »Akkumulationsregime« und »Regulationsweise« hervortreten. Aber wie werden die »Interessen« bestimmt, die legitim zu befriedigen sind? Wie bemißt sich die Gültigkeit und die Anerkennung der Kompromisse, die den hegemonialen Block

zusammenschweißen, und worauf berufen sich die innerhalb dieses Blocks kämpfenden Gruppen, wenn sie »Gerechtigkeit« fördern? Nötig ist die Annahme eines Universums der Repräsentationen und der politischen Diskurse (Jenson 1986), in dem sich die Individuen und Gruppen wiedererkennen und in dem sie ihre Identität, ihre Interessen und Meinungsverschiedenheiten ausdrücken können. Von der Formierung dieses Universums hängt die Möglichkeit des hegemonialen Blocks selbst ab.

Als *soziales Paradigma* (hier einfach »Paradigma«) bezeichnen wir eine bestimmte Strukturierungsweise von Identitäten und Interessen, die innerhalb des Universums der Diskurse und politischen Repräsentationen legitim vertretbar sind. Das Akkumulationsregime, die Regulationsweise, der hegemoniale Block und das soziale Paradigma sind allesamt Ergebnisse einer konfliktförmigen historischen Entwicklung. Es handelt sich jeweils um eine geschichtliche Fundsache, und ihre wechselseitige Angleichung innerhalb eines, wie wir es nennen können, *ökonomisch-sozialen Entwicklungsmodells* ist an sich schon so etwas wie ein Wunder. Ist dieser Zusammenhang erst einmal hergestellt, tendiert er sicher dazu, sich von selbst zu konsolidieren. Er wird aber auch unterminiert, und zwar einerseits durch die dem Modell eigentümlichen Widersprüche und auf der anderen Seite durch das, was »abseits« des Modells, von ihm ignoriert oder verdrängt, bestehen bleibt oder sich entwickelt.

Wir sehen auf diese Weise zwei Formen von Kämpfen auftreten:

- Den Kampf innerhalb desselben Paradigmas, einen Kampf, der die Differenzen über die Verteilungsgerechtigkeit oder über die tatsächliche Verteilung der wechselseitigen Vorteile zum Anlaß hat, die innerhalb der Akkumulationsweise als durch den hegemonialen Block garantiert gelten. Diese Kämpfe richten sich gegen das als »Übergriff«, »Regelwidrigkeit« oder sogar »Rückstand« Wahrgenommene, und sie zielen auf den Einsatz oder auf die Verbesserung der Regulationsmechanismen.
- Den Kampf gegen das hegemoniale Paradigma im Namen eines anderen Paradigmas, anderer Identitäten, anderer Interessen, namens einer anderen, vergangenen oder künftigen Auffassung über das Leben in der Gesellschaft, die ein anderes Akkumulationsregime, andere Regulationsformen implizieren und einen anderen gesellschaftlichen Block zusammenschweißen würde.

Hier können wir nun die Zweideutigkeit des Wortes »Demokratie« ermessen. Offenbar bezeichnet es eine politische Regulationsweise dieser beiden Konflikttypen: die Beteiligung der Bürger an der Vervollkommnung eines Paradigmas oder an den Entscheidungen innerhalb eines Paradigmas, aber genauso auch die Souveränität der Bürger in der Wahl des ökonomisch-sozialen Entwicklungsmodells. Nun ist dies keineswegs dasselbe, weil zum Beispiel die Definition des »Bürgers« selbst von dem geltenden Paradigma abhängt: Gehören die Frauen, die Proletarier, die Sklaven zu den »Bürgern«? Ebenso hängt das Feld der demokratischen Regulation auch vom jeweiligen Paradigma ab: ist die Arbeitsorganisation und die Aufteilung der Wachstumserträge von der demokratischen Souveränität abhängig?

Wir erkennen also, wie sich hinter das Wort »Demokratie« unterschiedliche

Bedeutungen schieben: es würde demnach eine graduelle Skala *zwischen* den Entwicklungsparadigmen und -modellen bezeichnen. Wäre ein Modell »demokratischer«, das den Bereich der (Staats-)Bürgerlichkeit und der Bürgerrechte ausweitet? Das ist die traditionelle Bedeutung des Gegensatzes von »Links« und »Rechts«. Leider hängt aber das Inventar der *sichtbaren* Rechte innerhalb des Universums der politischen Diskurse von nichts anderem ab als — vom jeweils geltenden Paradigma. Athen kann sich demokratisch fühlen, ungeachtet des Ausschlusses von Frauen und Sklaven. Die Vereinigten Staaten können ruhigen Gewissens die Gleichheit der Geschlechter aus ihrer Verfassung entfernen und die Achtung der »Privilegien der Stammebelegschaft« in den Unternehmen verkünden. Die kommunistischen Parteien zeigen sich »demokratisch«, indem sie den Taylorismus zulassen. Die Geburt eines neuen Paradigmas, das die Demokratie ausweitet, indem es neue Identitäten auftreten läßt, die ihre Bestrebungen berücksichtigt haben wollen, ist Sache der radikalen sozialen Bewegungen.

Selbst in dieser zweiten Bedeutung ist daher die Demokratie kein Bereich, der bloß zu verwalten oder zu erweitern ist. Sie ist ein in jedem Jahrhundert neu zu entdeckender Kontinent. Wir werden als Beispiel von derjenigen Demokratiekonzeption ausgehen, die in dem vom Regulationsansatz als »Fordismus«² bezeichneten Entwicklungsmodell vorherrschend ist.

Der Fordismus und seine Krise

Dieses Entwicklungsmodell, das in den entwickelten kapitalistischen Ländern nach 1945 hegemonial war, beruhte auf drei Säulen:

- einer dominanten Form der Arbeitsorganisation nach den »tayloristischen« Prinzipien der Trennung von Planung und Ausführung, wobei sich das von den Technikern vergesellschaftete Know-how in der automatischen Maschinenanlage verkörpert. Diese tayloristischen Prinzipien schlossen theoretisch die unmittelbaren Produzenten von jeglicher Einbindung in den intellektuellen Aspekt der Arbeit aus, setzten jedoch in der Realität stillschweigend einen gewissen »guten Willen« voraus, der hier und da (vom Führungspersonal wie von den Arbeitern) verweigert wurde: eine »paradoxe Einbindung«;
- einem Akkumulationsregime, das ein Wachstum des Massenkonsums, und folglich der Absatzmärkte, parallel zu den Produktivitätszuwächsen implizierte;
- einem Ensemble von Regulationsformen, das sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer zur Anpassung an dieses Modell führte. Zu dieser Regulationsweise gehörten insbesondere die Tarifverträge und der Wohlfahrtsstaat, die der großen Mehrheit der Arbeitnehmer ein regelmäßig wachsendes Einkommen garantierten.

Das fordistische Paradigma bot eine Fortschrittskonzeption, die selbst wiederum auf drei Beinen ruhte: dem technischen Fortschritt (verstanden als ein durch »Kopfarbeiter« uneingeschränkt vorangetriebener Fortschritt der Technologie), dem sozialen Fortschritt (verstanden als Kaufkraftzuwachs bei Gewährleistung der Vollbeschäftigung) und dem Fortschritt des Staates (verstanden als Garant des Allgemeininteresses gegen die »Übergriffe« individueller Interes-

sen). In diesem dreifachen Fortschritt sah man den Zusammenhalt der Gesellschaft, indem er ihr Ziele setzte, die es lohnten, gemeinsam verfolgt zu werden.

Von den Intellektuellen um Roosevelt bis zu den osteuropäischen Kommunisten wurde dieses Fortschrittsparadigma selbst »demokratisch« getauft. Dies weniger in der ersten Bedeutung des Begriffs (der Vorkriegs-Liberalismus war oft genauso »demokratisch«, nur daß den Frauen nicht immer das Wahlrecht zustand), sondern eben wegen seines »progressiven« Charakters. Der Primat von Wissenschaft und Technik schmeichelte einer bestimmten Konzeption von Humanismus, zumal das Akkumulationsregime eine allgemeine Umverteilung der »Fortschrittsdividenden« gewährleistete. Durch das Gewicht, das dem Staat und den nicht-marktförmigen Regulationsformen unterhalb des Staates (den Tarifverträgen) zukam, schien es schließlich auch die Verzerrungen durch ungleiche Verteilung der Reichtümer einzuschränken, von denen die Demokratie (in der ersten Bedeutung des Begriffs, d.h. der Fähigkeit aller, an der Beilegung der Differenzen mitzuwirken) diskreditiert wurde. Der Fortschritt der fordistischen Demokratie konnte auf diese Weise von den »Kräften der Arbeit und der Kultur« verteidigt werden.

Im Rückblick verdient jedoch diese »demokratische« Konzeption des sozialen Fortschritts allenfalls »hierarchischer Organizismus« genannt zu werden. Sie ist in dem Sinne »organizistisch«, daß niemand von der »Verteilung der Früchte des Fortschritts« prinzipiell ausgeschlossen wird (wobei in der Praxis klar ist, daß es immer Ausgeschlossene gibt). Dafür schließt sie aber systematisch die weniger qualifizierten Produzenten von der Beherrschung ihrer Tätigkeit und die Staatsbürger von der Entscheidung darüber aus, was sie (hinsichtlich des Verbrauchs, der öffentlichen Dienstleistungen, der Stadtplanung und generell im Hinblick auf die ökologischen Folgen) als Fortschritt akzeptieren müssen. Die vom Wohlfahrtsstaat organisierte Solidarität nimmt dadurch selbst eine strikt distributive und administrative Form an: es ist eine zugleich marktförmige und hierarchische Solidarität.

Dieses Modell ist in der gesamten entwickelten kapitalistischen Welt, in der es sich installiert hatte, in die Krise gekommen. Sicher, es handelt sich dabei um eine ökonomische Krise. Um eine Krise des industriellen Organisationsmodells, das auf der Parzellierung der Tätigkeiten, der Trennung von »Planern« und »Ausführenden« und der immer kostspieligeren Mechanisierung beruhte. Um die Krise eines »Wohlstands-Staates«, der auf Umverteilung der zentral organisierten Kaufkraft beruhte. Um eine Krise des Nationalstaates, der sich als unfähig erwies, eine zunehmend internationalisierte Ökonomie zu steuern.

Diese Krise wurde aber beispielsweise in Frankreich von einer anderen überlagert, die der ökonomischen Krise vorherging, von einer Krise der Zustimmung zur herrschenden Fortschrittskonzeption, zum sozialen Paradigma. Während das Gemeinsame Programm der Linken nichts anderes tat, als das fordistische Ideal der »Demokratisierung« (von oben!) auf die Spitze zu treiben, haben die neuen Arbeiter- und Volkskämpfe (Arbeiter, Bauern, Angestellte) und die neuen sozialen Bewegungen (Regionalisten, Feministinnen, Naturschützer), die seit dem Mai '68 aufgekommen sind, das Modell als solches abgelehnt. Über dem alten Fortschrittsdreieck leuchtete ein neuer Stern, ein sehr alter und sehr neuer Wert

auf: das Streben nach Autonomie, der Wunsch nach individueller und kollektiver Eigeninitiative. Es war das Verlangen, »seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen« und »zu sehen, wofür man arbeitet«. Dieser »vierte Pol« sollte wiederum das alte Dreieck auflösen, das die Modernisten von rechts und links so innig verband. Technischer Fortschritt? Nicht um den Preis einer Abstumpfung der Arbeit. Soziale Solidarität? Nicht in der anonymen, bürokratischen Form, die ihr der Wohlfahrtsstaat verlieh. Ein Staat, der Ansprüche und Pflichten in sich vereint? Aber kein Staat von Technokraten mit seiner eigenen Konzeption des Guten und Schönen, der zur Durchsetzung »des Fortschritts« notfalls das Militär schickt.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß die beiden ersten Jahre der Präsidentschaft von Mitterrand, in denen die linken Parteien sich zur Wiederbelebung eines Entwicklungsmodells abrackerten, das selbst in der Krise war — unterstützt weder von den Volksmassen noch von den Intellektuellen, die von einem solchen Modell nicht mehr viel erwarteten — fast auf der ganzen Linie in einem Mißerfolg endeten.

Der liberale Produktivismus

Was bleibt, wenn der Staat seine Ambitionen preisgibt, wenn es am Geld und der Zahlungsbereitschaft für die Solidarität mangelt, wenn man sich an die technologische Modernisierung klammert und die Initiative denen überläßt, die sie ergreifen können? Der ökonomische Liberalismus. Auf den Trümmern des vorherigen Modells und der alten Ideale der Linken wird die Renaissance der Eigeninitiative zum Kult des Unternehmens. Des Unternehmens, so wie es ist: mit einem, oder auch zehn, die entscheiden und den anderen, die gehorchen — entsprechend den Interessen der Firma, auch wenn dies nicht im Gemeinschaftsinteresse liegt. Was soll's! rief die gesamte westliche Intelligenz Mitte der 80er Jahre. Man muß konkurrenzfähig sein! Und deshalb ist es nötig, die unternehmerische Initiative freizusetzen. Und wenn die sozialen Auswirkungen ungünstig sind? Tut uns leid, man muß eben konkurrenzfähig sein. Aber wozu? Weil das freie Unternehmertum Konkurrenzfähigkeit erfordert, etc.

Früher wurde der technische Fortschritt mit dem sozialen Fortschritt gerechtfertigt. Früher nahm man an, das freie Unternehmertum sichere automatisch den Wohlstand aller. Aber der »liberale Produktivismus« genügt sich selbst, er hat keine gesellschaftliche Rechtfertigung mehr nötig. »Akkumuliert! Seid innovativ! Und nehmt Euch ein Beispiel an Silicon Valley!« Man sieht hin, aber man sieht trotzdem nicht alles. Häufig wird ignoriert, daß Silicon Valley keineswegs ein »spontanes« Produkt individueller Initiativen ist, sondern vor 40 Jahren durch die Stanford-Universität für ihre ehemaligen Studenten geschaffen wurde und bis heute im wesentlichen von öffentlichen Militär-Aufträgen lebt. Doch sieht man immerhin das Zusammenleben von Managern, von Technikern ... und von Angestellten, Arbeitern, die aus Mittelamerika geflüchtet sind, von Marsmenschen, die den Venusianern dienen; sie leben miteinander an den zwei Polen einer Gesellschaft ohne Mittelklasse, ohne Hoffnung, vom einen Planeten zum anderen hinüberwechseln zu können. Es ist eine »Sanduhr«-Ökonomie, in der

die Unteren vom Wohlstandsmüll der Oberen leben. Man sieht, wie sich die Städte der USA »brasilianisieren«. Diese »Sanduhr«-Gesellschaft breitet sich weltweit aus: Am einen Ende die Reichen und ihre Überkonsumtion (auf Pump), am anderen die industriellen Gulags der Freizonen. Dies ist eine mögliche Zukunft für den Kapitalismus.

Doch verbürgt kein technologischer Determinismus den letztendlichen Triumph des »liberalen Produktivismus« auf den Ruinen des Fordismus. Die logische und empirische Analyse der Entwürfe von neuen möglichen Entwicklungsmodellen (Leborgne/Lipietz 1987) enthüllt vielmehr in dreifacher Hinsicht seine Schwächen: die des technologischen Paradigmas, des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise. Seine »historische Chance« war eher der Zusammenbruch des fordistischen Paradigmas am Ende der 70er Jahre. Und trotz der ökonomischen und ökologischen Unordnung, die Ende der 80er Jahre immer deutlicher hervortritt, stützt sich der »liberale Produktivismus« heute immer noch auf die Schwäche seiner Konkurrenten.

Das »liberal-produktivistische« Paradigma könnte folgendermaßen zusammengefaßt werden:

- Betonung des »kategorisch« gewordenen produktivistischen technisch-ökonomischen Imperativs, mit dem Abschied von der Idee der expliziten Option für eine Gesellschaft, in der es wieder mehr Demokratie gibt (man investiert, weil man exportieren muß, man exportiert, weil man investieren muß);
- Fragmentierung des Gesellschaftlichen, wobei das Unternehmen unmittelbar die Rolle spielt, die einst dem Vaterland zufiel (man muß gegen die Konkurrenten zusammenhalten);
- große Verschiedenartigkeit der Integrationsformen des Individuums in das Unternehmen, von der reinen Disziplin bis zur vertraglichen Einbindung, aber immer individuell, mit dem Verschwinden der gesellschaftlichen Individualität vom »Klassen«-Typus;
- allgemeiner Rückgang der Solidaritäten administrativen Typs, die mit der Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft verbunden sind: die »Zivilgesellschaft« (d.h. einfach die Familie) soll übernehmen, was der Wohlfahrtsstaat nicht mehr garantieren kann.

Der liberale Produktivismus verzichtet mit anderen Worten freiwillig und ausdrücklich auf den Organizismus des fordistischen Modells. Aber er unterstreicht dessen »hierarchischen« Charakter: eine dezentralisierte Hierarchie. Der Unternehmer ist der Herr im eigenen Haus, die »Erfolgreichen« sind die Herren auf dem Markt und auch der Familienvater sollte nach Möglichkeit der Herr im Haus sein ... Die »Demokratie« zieht sich also, in beiden Bedeutungen, auf der ganzen Linie zurück. Politische Auseinandersetzungen und Wahlen sind durch die Allmacht der Kräfte des Weltmarktes ganz und gar gegenstandslos geworden. Der Teil der Menschheit, der in der Lage ist, für sich selbst aufzukommen, wird geringer.

Was den Rückgang des Organizismus (der Fähigkeit einer Gesellschaft, sich als lebendiges Ganzes vorzustellen) betrifft, so drückt er sich unmittelbar durch

die Entwicklung von Ausschließungen sowie durch das Anwachsen der ökologischen Spannungen und der internationalen Ungleichgewichte aus. Aber einen Hoffnungsschimmer gibt es: inmitten dieser Ungleichgewichte ziehen sich diejenigen Nationen und Regionen, die am »organischsten« geblieben sind, am besten aus der Affäre. Die Werkzeugmaschinenproduktion der Emilia Romagna in Italien, die ungebrochene Stärke von Deutschland und Schweden und die industrielle Vorherrschaft Japans zeigen, daß es *selbst vom kapitalistischen Standpunkt* der bessere Weg ist, zu verhandeln, sich zu organisieren, die Kooperationsbeziehungen zwischen Firmen, lokalen und regionalen Verbänden oder Universitäten zu vervielfachen und die Arbeiter durch Betriebsgruppen und gewerkschaftliche Vereinbarungen zu mobilisieren. Offenbar reicht aber die Tatsache, daß der Organizismus dem Liberalismus in der Leistungsfähigkeit überlegen ist, zur Bestimmung eines *alternativen* Paradigmas nicht aus, weil man erst noch sehen muß, was die BürgerInnen von dieser Überlegenheit eigentlich haben: Japan und Schweden gehen offenbar nicht den gleichen Weg. Kommen wir also nun von der Bestandsaufnahme zum Projekt.

Die Alternative

Was hat sie dem in den letzten Zügen liegenden fordistischen Paradigma und dem ans Licht drängenden liberal-produktivistischen Paradigma entgegenzusetzen — die gesellschaftliche Alternative, so wie sie in den sozialen Bewegungen zum Ausdruck kommt, die sich, vom französischen Mai bis zu den deutschen Grünen, seit Ende der 60er Jahre darauf berufen? Sicher nicht die Ablehnung des technischen Fortschritts, gewiß aber die Weigerung, diesen Fortschritt als einen Wert an sich aufzufassen. Drei Themen definieren die Elle, mit der jeder »Fortschritt« und alle Politik zu messen sind: die *Autonomie* der Individuen und Gruppen, die *Solidarität* zwischen Individuen und Gruppen, die *Ökologie* als das Prinzip der Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Produkt ihrer Tätigkeit und ihrer Umwelt. Kurz, es geht um einen nicht-hierarchischen Organizismus.

- Auf die Krise des fordistischen Paradigmas antwortet die Alternative also mit
- der Transformation der Arbeitsbeziehungen im Sinne einer erweiterten Kontrolle der Produzenten über ihre Tätigkeit;
 - der Verminderung des Zeiteils, der für Erwerbstätigkeit verwendet wird, und daher dem Rückzug der Warenbeziehungen aus der Konsum- und Freizeit-sphäre zugunsten freier Kreativität;
 - der systematischen Auswahl der ökologisch verträglichsten Technologien (mit möglichst wenig Raubbau an den natürlichen Ressourcen), der möglichst vollständigen Wiederverwertung der Abfallprodukte, der Wiederherstellung von industriellem und städtischen Brachland usw.;
 - der Transformation der sozialen Beziehungen außerhalb der Lohnarbeit im Sinne des Abbaus von Hierarchien, der Berücksichtigung von Gleichheit in der Differenz und vor allem im Sinne des Feminismus und des Antirassismus;
 - der Transformation der Solidaritätsformen innerhalb der nationalen Gemeinschaft, von einer rein monetären Umverteilung hin zur Subventionierung von Aktivitäten, die selbstorganisiert und zu einvernehmlichem gesellschaftlichen Nutzen sind;

- der Entwicklung zu Formen der Basisdemokratie, die »organischer« und weniger dem Delegationsprinzip verpflichtet sind;
- der Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den verschiedenen nationalen Gemeinschaften und der Herstellung von Beziehungen zum wechselseitigen Vorteil zwischen selbstbezüglichen Gemeinschaften.

Als neues Paradigma ordnet diese Alternative sich nicht in die Polarisierung von Links und Rechts (d.h. von »mehr oder weniger demokratisch«) ein, die dem vorherigen (fordistischen) Paradigma eigentümlich war. Wenn die so definierte Alternative in den nächsten zwanzig oder dreißig Jahren den Platz des »hegemonialen Paradigmas« erobert, dem sich die politischen Kräfte an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zuordnen, dann wird sie ihre eigene Rechte, ihre Mitte und ihre Linke haben, die ihre Differenzen »demokratisch« (in der ersten Bedeutung) regeln. Doch löst die Alternative als ein neues Modell, das sich als »Fortschritt« präsentiert, die »demokratischen« Bewegungen von früher ab. Im Kern sollte seine ursprüngliche soziale Basis die Unterdrückten, die Erniedrigten und die Ausgebeuteten zusammenbringen, die sich gegen die entfremdeten sozialen Verhältnisse zur Wehr setzen: Frauen, Arbeiter, die das Opfer von Umstrukturierungen oder von Technologien sind, welche die Arbeit entwerten, Arbeitslose und unsicher Beschäftigte, die multikulturelle Jugend der Ballungsgebiete, Bauern »außerhalb der Norm« usw. Sie tritt daher die Nachfolge aller Emanzipationsbewegungen an. In diesem (dem historischen) Sinne ist die Alternative eine »neue Linke«, eine »demokratische Alternative«.

Wie könnten im Zusammenhang mit einem solchen Projekt die ökonomischen Grundlagen der demokratischen Alternative aussehen? Welches technologische Paradigma, welches Akkumulationsregime, welche Regulationsweise? Es reicht nicht aus, »die Demokratie« (im ersten oder zweiten Sinne) in jedem Aspekt des Entwicklungsmodells ins Spiel zu bringen. Man muß diese Demokratie näher »qualifizieren«. Und man braucht eine Antwort auf die ökonomischen Sackgassen des in der Krise Befindlichen, des antiquierten Fordismus.

Erinnern wir uns, daß dieses Modell aus zwei Arten von Gründen in die Krise geraten ist. Auf der einen Seite wird durch die Internationalisierung der Produktion und der Märkte die Möglichkeit einer nationalen Regulation des fordistischen Entwicklungsmodell gestört. Zum anderen ist die dominante Form der Arbeitsorganisation an ihre Grenzen gestoßen. »Die paradoxe Einbindung« ermöglichte nur mehr abnehmende Produktivitätsgewinne bei wachsenden Pro-Kopf-Investitionen. Daher der Rentabilitätsschwund, die Investitionskrise, die Beschäftigungskrise, die Krise des Wohlfahrtsstaats.

Gegenwärtig stehen die teuflischen Verkettungen in der Weltwirtschaft im Vordergrund, aber damit befassen wir uns hier nicht. Vorausgesetzt, daß es überhaupt eine oder mehrere vorteilhafte Lösungen dieser Probleme gibt, bleibt zu untersuchen, ob es einen »demokratischen« Ausstieg in Bezug auf die internen Verkettungen gibt, die von der Krise der Arbeit bis zur Krise des Wohlfahrtsstaates reichen.³

Für einen produktivitätsorientierten neuen Lohnkompromiß. — An der Wurzel der derzeitigen ökonomischen Krise gibt es also eine Krise der Arbeit, die eine

Krise des Taylorismus ist, dieser Form der »paradoxen Nicht-Einbindung« des unmittelbaren Produzenten. Die Informationstechnologie stellt als solche keine Lösung dieser Krise dar. Deshalb stimmen die japanischen Unternehmer, die Berichte von Dalle und Riboud in Frankreich, die Theoretiker der Harvard Business School und die Initiatoren des Saturn-Projekts überein in ihrer Verurteilung der tayloristischen Prinzipien. Das Bedienungspersonal müßte sich mit allen seinen Vorstellungen, seiner Innovationsfähigkeit, seiner Qualifikation und seinem im Produktionsalltag erworbenen Know-how einbringen können, und zwar nicht nur zur Verbesserung des Produktionsablaufs, sondern auch zur Vergesellschaftung des erworbenen praktischen Wissens: eine Aufgabe, die Taylor dem Planungsbüro reserviert hatte.

Um es klar zu sagen: die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Bewegungen müssen die Herausforderung annehmen und das Terrain einer anti-tayloristischen Revolution besetzen. Dies nicht nur als »Kompromiß«, sondern als ersten Schritt zu historischen Zielen: einer demokratischeren, stärker »selbstverwalteten« Gesellschaft. Dies wäre ein Schritt zur Vermenschlichung der Gattung.

Aber es wird eben *auch* ein Kompromiß sein. Natürlich, welcher Unternehmer wäre nicht entzückt, wenn er Arbeitnehmer hätte, die mit Begeisterung und allen ihren intellektuellen Fähigkeiten zum höheren Ruhm des Unternehmens arbeiten. Wenn der Taylorismus sich entschieden hat, auf diese Möglichkeiten zu verzichten, dann aus politischen Gründen: aus mikro-politischen Gründen, wegen der Kontrolle des Fabriksystems, aber auch aus makro-politischen Gründen, aus Gründen der Staatsräson. Tatsächlich kann sich eine Gruppe hochqualifizierter, selbstbewußter und entschlossener Arbeiter gegen die Kontrolle auflehnen, die das Führungspersonal über die Intensität ihrer Arbeit, über die Aufteilung der Produktivität und über die Zweckmäßigkeit der Produkte ausübt. Und eine Arbeiterklasse, die um ihre Fähigkeiten zur Betriebsführung weiß, kann auch bestimmte Ambitionen entwickeln, was ihre Fähigkeit zu politischer und gesellschaftlicher Führung angeht.

Was könnte das Führungspersonal vorschlagen, wenn es das, was Taylor getrennt hat, wieder zusammenbringen möchte? Und was könnten die Beschäftigten dafür fördern?

Die erste Forderung ist natürlich die *größtmögliche Sicherheit des Arbeitsplatzes*. Kein/e Arbeitnehmer/in ist bereit, sich kooperativ um Produktivitätszuwächse zu bemühen — die seine/ihre eigene Entlassung zur Folge hätten. Das Problem ist, daß ein Betrieb mittelfristig für eine bestimmte Art von Arbeit keinen sicheren Arbeitsplatz garantieren kann. Die Arbeitsplatzgarantie muß also eine *dynamische* Garantie sein, die sowohl firmeninterne als auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigt. Dies wirft die Frage der »Mobilität« und der »Umstrukturierung« auf.

Der Großteil der Beschäftigten ist nicht bereit, die Mobilität zwischen verschiedenen Arbeiten und Regionen zu akzeptieren. Und sie haben recht. Die Arbeit ist nur ein Aspekt des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Die gefühlsmäßigen und familiären Beziehungen machen den Hauptteil der Bedingungen für individuelle Entfaltung und Glück aus und erfordern materielle Voraussetzungen: die Stabilität von Gemeinschaften, die an Territorien gebunden

sind. Der Kompromiß darf nicht einfach nur auf dem »Recht auf Arbeit« beruhen, er muß das Recht einschließen, »in der Region zu leben und arbeiten«. Das schließt ein kollektives Engagement der Gewerkschaften in der örtlichen Schaffung neuer Arbeitsplätze in dem Maße ein, wie die nutzlos gewordenen Arbeitsplätze verschwinden. Die Einbeziehung der Lohnabhängigen in die Frage des »Wie produzieren?« führt also auf die Frage des »Was produzieren?«.

An zwei Erfordernissen muß die Umstrukturierung des Produktionsapparates sich beständig orientieren:

Zunächst an der *Erhaltung und Bereicherung des praktischen Wissens*. Es ist nicht nur herabsetzend, sondern auch unvernünftig, das erworbene Know-how der Arbeiter nicht zu berücksichtigen. Deshalb müssen die Lohnabhängigen in die Entscheidungen über die Umstrukturierung einbezogen werden. Diese Männer und Frauen bringen ihr praktisches Wissen ein und haben Anspruch auf eine ergänzende Neuqualifizierung. Dieses Recht auf die erneute Qualifizierung und auf die Kontrolle über die Ziele der Umstrukturierung muß Bestandteil des Kompromisses sein, der über die dynamische Umstrukturierung erzielt wird.

Zweitens an der *demokratischen Festlegung der zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse*. Die Gewerkschaften erliegen leicht der Versuchung, die gegenwärtigen Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zu verteidigen. Diese Arbeitsplätze können jedoch für die Gemeinschaft gefährlich (Kernkraftwerke) oder von zweifelhaftem Nutzen sein (überalterte Zechen, die Rüstungsindustrien). Deshalb geht die Kontrolle über das »Was produzieren?« nicht nur die momentan Beschäftigten, sondern die ganze Gesellschaft an. Es bedarf der Einrichtung neuer Formen demokratischer Planung, die dem »Urteil des Marktes« vorhergehen. Dies wird vermutlich auf der Ebene der regionalen Beschäftigungszentren vor sich gehen können. Wir kommen darauf zurück.

Die Gewinnaufteilung. — Zuvor müssen wir jedoch einen anderen Punkt des Kompromisses präzisieren. Angenommen, die Einrichtung neuer beruflicher Verhältnisse, verbunden mit der »Informatik-Revolution«, zieht wieder höhere Produktivitätsgewinne nach sich — wer sollte von diesen Gewinnen profitieren? Zumindest sollten es die Lohnabhängigen im selben Maße wie die Unternehmen. Wäre dies nicht der Fall, so würde die stockende Nachfrage, die »hemmungslosen« Produktivitätsgewinnen gegenübersteht, zu Überproduktion und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Das neue Entwicklungsmodell könnte jedoch dieses Problem lösen: sei es über eine Erhöhung der Pro-Kopf-Kaufkraft jedes Arbeitnehmers (durch direkte Entlohnung oder über den Wohlfahrtsstaat) oder über eine Ausdehnung der arbeitsfreien Zeit jedes Beschäftigten. Nach meiner Auffassung wird der Kompromiß (und das ist der wesentliche Punkt) vor allem zu einer *Verkürzung der Arbeitszeit* führen müssen, nicht so sehr zu einer Steigerung der Kaufkraft für Waren. Für diese Option gibt es viele Argumente.

Zunächst ist die drastische Senkung der Arbeitszeit das wirksamste Mittel für einen schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Ferner hat der größte Teil der Bevölkerung in unseren entwickelten kapitalistischen Ländern (in der Dritten Welt sieht es anders aus) in quantitativer Hinsicht

einen derartigen Lebensstandard erreicht, daß das Recht auf Glückssuche künftig mehr durch einen »Mangel an Sein« als durch einen »Mangel am Haben« eingeschränkt wird. Schon vor der ökonomischen Krise, um 1968, begann das Modell des Massenkonsums seine existentiellen Schwächen zu offenbaren. Die Menschen brauchen Zeit, um mit dem, was sie haben, zu leben, sie wollen neue soziale Verhältnisse und selbstbestimmte kreative Tätigkeiten ausprobieren. Gerade die neuen Waren, die wie HiFi, Video oder Heimcomputer durch die elektronische Revolution hervorgebracht wurden, beanspruchen Zeit, wohingegen durch die typisch fordistischen Waren (Autos, Waschmaschinen) Zeit gewonnen werden sollte.

Darüberhinaus legt diese Logik nahe, daß Lohnabhängige, die sich in ihrer Arbeitszeit aktiv einbringen, auf lange Sicht auch aktive BürgerInnen im demokratischen Leben sein müssen, mit freier Zeit für das kulturelle Leben und die Steigerung ihres Bildungsniveaus.

Schließlich ist ein Entwicklungsmodell, in dem die Vollbeschäftigung auf einem langsameren Wachstum der Warenbeziehungen und auf der Ausweitung der Freizeit, der nicht-warenformigen Verhältnisse, beruht, weniger den ökonomischen Störungen ausgesetzt, die der internationalen Konkurrenz entspringen. Der »Freizeitkonsum« ruft keinen Import hervor, und um die Möglichkeit zu schaffen, Musik machen oder Theater spielen, Romane zu lesen oder zu lieben, bedarf es keines Protektionismus. Die »Steigerung des Lebensglücks« erlaubt ein ausgeglicheneres Wachstum und vergrößert die demokratische Regulationsfähigkeit der nationalen Ökonomien.

Nun beinhaltet ein solches Modell gewiß auch Kompromisse auf seiten der Lohnempfänger. So wie es Minderheiten gibt, die momentan weit davon entfernt sind, über eine Kaufkraft zu verfügen, die in der Gesellschaft, in der sie leben, angemessen ist, so wird auch der dieser Arbeitszeitverkürzung entsprechende Lohnverzicht ungleich sein müssen. Man muß, mit anderen Worten, den Umfang der Lohn-Hierarchie abbauen. Und wenn auch möglicherweise die neuen Arbeitsbeziehungen, die auf Einbeziehung der ArbeiterInnen beruhen, weniger Pro-Kopf-Investitionen verschlingen, so wäre doch immer noch fixes Kapital nötig, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die massenhafte Erzeugung von Beschäftigungen durch Arbeitszeitverkürzung wird deshalb kurzfristig nicht möglich sein, sofern nicht mehr Lohnabhängige an den bestehenden Anlagen arbeiten. Die Verkürzung der menschlichen Arbeitszeit muß, anders gesagt, mit einer Ausweitung der maschinellen Arbeitszeit einhergehen; also Schichtarbeit. Eine Schichtarbeit, die, im Falle der Dienstleistungen, vielleicht selbst wieder erwünscht ist durch die Kunden — die in der Hauptsache selbst Lohnabhängige sind. Kurz, der »neue Kompromiß« ist nicht nur ein Kompromiß zwischen »den Oberen und den Unteren«, dem Führungspersonal und den Arbeitern. Es ist auch ein Kompromiß innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Damit stellt sich das Problem der Solidarität, die im fordistischen Modell durch den Wohlfahrtsstaat verkörpert wurde.

Die Krise des Wohlfahrtsstaats meistern. — So, wie er aus einem Jahrhundert von gewerkschaftlichen Kämpfen hervorgegangen ist — mit den Siegen der Sozial-

demokratie in Europa, der Berücksichtigung der makro-ökonomischen und sozialen Erfordernisse durch die konservativen und christlich-sozialen Regierungen — erscheint der Wohlfahrtsstaat als eine sehr leistungsfähige, aber auch sehr eigentümliche Form von Solidarität.⁴ Im wesentlichen handelt es sich um eine Kompromißform zwischen Kapital und Arbeit in der Form eines Kompromisses zwischen Staatsbürgern. Ein Teil des zu verteilenden Einkommens wird von der Kaufkraft, die den Individuen direkt zufließt, abgezogen und in einen finanziellen Topf gelenkt. Dieser Topf fließt in Geldform wieder als Einkommen an diejenigen zurück, die, aus »legitimen« Gründen, »ihren Lebensunterhalt nicht auf normale Weise durch Arbeit verdienen können«. Diese »Norm« zieht sowohl für die Erwerbstätigen als auch für die Nicht- Erwerbstätigen schizophrene, sogar kafkaeske Konsequenzen nach sich.

Die Erwerbstätigen, d.h. sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zahlen an den Wohlfahrtsstaat Steuern und Beiträge, um den »Geldtopf« zu unterhalten. Wird nun diese Abschöpfung zu drückend, beginnen diese Erwerbstätigen zu protestieren: sie würden für »Faulenzer« zahlen, für Leute, die nicht arbeiten. Tatsächlich würden diese Leute gern arbeiten, bloß können sie es eben nicht gegen Entlohnung, und sie dürfen es auch nicht, solange sie Sozialleistungen erhalten. Auch tragen sie die psychologischen Kosten dieser Unlogik. Wenn sie keine Arbeit haben, fühlen sie sich gesellschaftlich zurückgestoßen, wie Kinder, für deren Unterhalt man aufkommen muß. Wenn sie eine Arbeit haben (Nachbarschaftshilfe, Schwarzarbeit) und gleichzeitig ihre Unterstützung erhalten, werden sie als Doppelverdiener, als Betrüger angesehen, können bestraft werden und ihre Unterstützung verlieren ...

Es gibt ein Mittel, um diese doppelte Schizophrenie des Wohlfahrtsstaates fordristischer Prägung zu vermeiden. Das ist die Einrichtung eines *neuen Tätigkeitssektors* von begrenztem Umfang (in der Größenordnung von 10 % der erwerbstätigen Bevölkerung, also der gegenwärtigen Arbeitslosenrate). Die ArbeiterInnen dieses Sektors, oder besser die Einrichtungen, die sie bezahlen (nennen wir sie »intermediäre Einrichtungen für gesellschaftlich-nützliche Arbeiten«), erhielten vom Wohlfahrtsstaat weiterhin Subventionen in Höhe der Arbeitslosenunterstützung (die übrigens durch ein wirklich allgemeines Sozialeinkommen verbessert werden müßte)⁵ und hätten nicht mehr Beiträge zu entrichten als die Arbeitslosen auch: dies käme für den Wohlfahrtsstaat auf das gleiche heraus. Die in diesem Sektor Beschäftigten erhielten von diesen Einrichtungen einen normalen Lohn auf der gesellschaftlich üblichen Rechtsgrundlage. Ihre auf diese Weise subventionierte Tätigkeit könnte sich gesellschaftlich-nützlichen Arbeiten widmen, und zwar

- Arbeiten, die derzeit zu erhöhten Kosten (weil nicht subventioniert) durch bestimmte Sektoren des Wohlfahrtsstaates selbst geleistet werden (Krankenpflege, Rekonvaleszenz);
- Arbeiten, die gegenwärtig in Form unbezahlter Frauenarbeit geleistet werden;
- Arbeiten, die überhaupt nicht gemacht werden, weil sie zu teuer wären (Verbesserung der Umwelt, vor allem in den ärmeren Stadtvierteln etc.).

Weil der gesellschaftlich nützliche Sektor subventioniert und frei von Abgaben ist, wären diese Dienstleistungen in der Tat weniger kostspielig: neue Aktivitäts-

felder könnten so eröffnet werden. Sie würden nicht in Konkurrenz zu denen anderer Sektoren (dem privaten oder administrativen Sektor) stehen, denn diese übernehmen solche Tätigkeiten nicht oder nur zum geringen Teil, weil sie keine zahlungskräftige Nachfrage finden oder es nicht wagen, sie durch entsprechend höhere Steuern zu finanzieren. Sie würden eigentlich nur mit der unbezahlten Frauenarbeit und der Schwarzarbeit konkurrieren: eine ausgezeichnete Sache! Und sie würden dem Wohlfahrtsstaat nicht mehr zur Last fallen als die Arbeitslosigkeit, die sie zu beseitigen helfen, natürlich unter dem Vorbehalt, daß dieser »dritte Sektor« die Größenordnung der zur Zeit bestehenden Arbeitslosigkeit nicht übersteigt.

Wie wir sehen, beseitigt die Entwicklung dieses »dritten Sektors der gesellschaftlich nützlichen Arbeit« die meisten Mängel des fordistischen Wohlfahrtsstaates. Damit erledigt sich der »Schizophrenie«-Vorwurf. Die beitragszahlenden Erwerbstätigen aus den beiden ersten Sektoren wüßten, wofür sie zahlen: für gesellschaftlich nützliche Arbeiten. Die Beschäftigten des dritten Sektors hätten eine Tätigkeit, die gesellschaftlich besser anerkannt und ihrer Selbstachtung förderlicher wäre als die Schwarzarbeit oder ungewisse »Jobs«. Die Mikro-Ökonomie würde durch eine Beschäftigungsentwicklung berücksichtigt, die für die zahlenden Organismen weniger kostspielig wäre, dabei jedoch den Erwerbstätigen ein stabiles Einkommen sichert und sie zudem nicht in Konkurrenz zu anderen geraten ließe. Mehr noch, in diesem neuen ökonomischen Sektor könnten neue soziale »demokratische« Beziehungen erprobt werden. Zunächst innerhalb des Sektors. Er könnte sich in kleinen selbstverwalteten Kooperativen organisieren, welche die Ausbildung und, mit Hilfe von Psycho-Soziologen, die Arbeit von Ausbildern verbinden. Ferner könnte er in seinen Beziehungen zu den »Verbrauchern« Neuerungen in der Suche nach neuen *vertraglichen* (weder warenförmigen noch patriarchalischen oder administrativen) Dienstleistungs-Verhältnissen einführen, mit einer ständigen Kontrolle der »gesellschaftlichen Nützlichkeit« dieser Tätigkeiten seitens der Empfänger (Städte oder Gemeinden, Umweltschutzbehörden, Krankenkassen etc.).

Auf diese Weise könnte der neue »alternative« Sektor in der Bestimmung seiner Aufgaben eine Schule der Selbstverwaltung, der Gleichheit der Geschlechter und der Demokratie sein. Obgleich er in den Markt und in die Lohnarbeitsverhältnisse eingebettet (aber dabei durch seine Beziehung zum Wohlfahrtsstaat geschützt) ist, könnte er einen neuen Schritt in der Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse bedeuten.

Eigeninitiative und Solidarität: Die gemeinschaftliche Synthese

Im Vergleich zum alternativen Paradigma erscheint das fordistische Paradigma, selbst in seinen linken Variationen, als sehr wenig demokratisch (in der zweiten Bedeutung). Tatsächlich hat es einfach grundlegende Dimensionen der Demokratie ignoriert, genauso wie der von mir vorgelegte Entwurf wegen seines Ökonomismus offenbar grundlegende Dimensionen (wie die Ethik der Geschlechterdifferenz — und nicht der bloßen Gleichheit) ignoriert. Im Fordismus wurde die Initiative der Arbeiter im gleichen Maße durch den »mitbestimmungsfeindlichen« Syndikalismus wie durch das tayloristische Führungspersonal zurückge-

drängt. Im Fordismus war die Umverteilung der Segnungen des Wohlfahrtsstaates abstrakt, anonym, formalistisch und bürokratisch, und die gewerkschaftliche Verwaltung der Sozialversicherungseinrichtungen hat es nicht besser gemacht. Diese abstrakte Fürsorglichkeit ist nach und nach zu einer griesgrämigen, kastrierten Milchkuh geworden, die sowohl für die Beitragszahler wie für die Unterstützungsempfänger verschwenderisch und schikanierend ist.

In Großbritannien, dem Mutterland der Sozialversicherung, ist mit Frau Thatcher zum ersten Mal eine Fanatikerin des Individualismus zur Macht gelangt. Die fordistische Linke ist daran zugrunde gegangen, daß sie die Leidenschaft der Eigeninitiative und die Begeisterung fürs Konkrete nicht die Solidarität einbringen konnte. Sie hat lange Zeit geglaubt, dem Kapitalismus die Solidarität allein über den Staat, von oben her, aufzwingen zu können. Sie hat die Bedeutung der direkten Initiative der Arbeiter und der Bürger nicht erkannt. Und sie hat den Geschmack an der Autonomie nur wiedergefunden, um sie dem Unternehmen zu überlassen. Kann man sich heute die Solidarität anders als administrativ vorstellen? Gibt es eine andere Form von Eigeninitiative als das freie Unternehmertum?

Sich ein neues Bündnis von Eigeninitiative und Solidarität vorzustellen, darin liegt die Schwierigkeit. Darin scheint sogar ein Widerspruch zu liegen. Es setzt das Gegenüber, den Kontakt, das Aushandeln an der Basis voraus. Kurz, es privilegiert das Lokale⁶ als den Ort demokratischer Regulation in der ersten Bedeutung: einerseits die unmittelbare Auseinandersetzung um die Ressourcen, um das praktische Wissen, um den Geist der Initiative, um die Phantasie, und andererseits eine Bestandsaufnahme der nicht befriedigten Bedürfnisse, der notwendigen Kompromisse. Das schließt ein, daß man sich zusammensetzt und die manchmal divergierenden Interessen auf den Tisch legt. Hier kann man sich nicht mehr sagen, man müsse nur bezahlen oder zahlen lassen. Hier weiß man, auf wen welches Opfer zurückfällt, und wägt auch die wechselseitigen Vorteile ab. Man kann hier nicht mehr ignorieren, daß eine Industriemüll produzierende Fabrik zwar Arbeitsplätze schafft, aber damit einen Fluß verreckt, daß eine besser geschnittene Hecke mehr wert ist als eine Ortsdurchfahrt für Sattelschlepper. Hier spürt man hinter den Geldflüssen das Gewicht der materiellen und menschlichen Wirklichkeit. An die Stelle einer Finanzökonomie tritt eine globale Ökologie, im ländlichen wie im städtischen Bereich. Darin wird die Kollektiv-Fürsorge greifbar zu einer fürsorglichen Gemeinschaft.

Doch Vorsicht! Die lokale Entwicklung, die lokale Demokratie ist kein Paradies, wo alle Brüder sind. Die Gegensätze bleiben. Aber das wechselseitige Interesse am Weiterkommen ertrinkt nicht mehr in der hohlen Rhetorik des »Kollektivinteresses«. Der Kampf für Gleichheit und Gerechtigkeit wird schärfer. »Heute verdienst Du mehr als ich daran, aber ich verdiene auch, und morgen erinnere ich Dich daran, daß Du mich brauchst.« Es wird kein »großes Äußeres« (den Zentralstaat) mehr geben, in dem alle Rechnungen sich begleichen. Es wird jedem zu Bewußtsein kommen, daß die Mißachtung des anderen sich nicht auszahlt. Und nach und nach erfolgt der Übergang vom wohlverstandenen Eigeninteresse zur echten Solidarität: das Bewußtsein, daß die eigene Handlungsfreiheit, das eigene Wohlergehen vom Fortschreiten der Freiheit, vom Erfolg, vom Wohlergehen des Gegenüber abhängt.

Wir sind dem Lokalen, Regionalen zuerst im Zusammenhang mit dem neuen Lohn-Abkommen, der dynamischen Beschäftigungsgarantie begegnet, als wir die entscheidende Rolle der Partnerschaft zwischen Gewerkschaften, Unternehmern, den örtlichen Verwaltungen und dem Ausbildungssystem hervorgehoben haben. Das Netz der sich am Ort wechselseitig helfenden Unternehmen (unterstützt von einer Bevölkerung, die von ihnen Gegenleistungen in Form von Arbeitsplätzen bei Berücksichtigung ökologischer Normen verlangt) haben wir sodann um die »intermediären Einrichtungen« zum kollektiven Nutzen der lokalen Bevölkerung ergänzt. Darüberhinaus gibt es keine chinesische Mauer zwischen diesen Einrichtungen und den lokal initiierten Privatunternehmen, die von der lokalen Öffentlichkeit Starthilfe erhalten. Die Individuen können den Sektor wechseln, und die aufgrund einer besonderen Marktlücke rentabel gewordenen Einrichtungen der gesellschaftlich nützlichen Arbeit können zu nicht-subventionierten Privatunternehmen werden.

Doch wer bestimmt den gesellschaftliche Nutzen? Wer wird ihm seinen Bereich zuweisen, um zu vermeiden, daß die Unternehmen des dritten Sektors sich mit den nicht-subventionierten Tätigkeiten »beißen«? Wer, wenn nicht die Verbraucher, die örtlichen Instanzen? Die radikale Reform des Wohlfahrtsstaates wird, was die Verwaltung betrifft, eine radikal dezentralisierte Reform sein, selbst wenn die Finanzierung weitgehend global, national bleibt.⁷ Denn die Risiken bleiben auch: das bloße Sich-Durchwursteln; die Unfähigkeit zur Bereitstellung von Fonds zur Bewirtschaftung der Initiativen; die Konkurrenz anderer Regionen; die Versuchung, den Status des Unterstützung empfangenden Konsumenten beizubehalten. Die Solidarität und die lokale Initiative werden sich nur dann entfalten können, wenn sie ihren Horizont weltweit ausdehnen, und zwar zunächst auf denjenigen Ort des Sozialvertrags, an dem die Spielregeln festgelegt werden: auf den Nationalstaat, selbst wenn dieser sich kontinental ausgeweitet hat. Ohne diese überregionalen Instanzen, die die Spielregeln fixieren, laufen die Regionen, die »Länder«, leicht Gefahr, in einen Zustand der »freien Konkurrenz« zurückzufallen, bei dem diejenigen, die am schlechtesten dran sind, das Nachsehen haben. Keine lokale Entwicklung ohne nationale und internationale Solidarität. Es ist vernünftig, davon auszugehen, daß die Regulation der Spielregeln und der Finanzausgleich zwischen den Regionen in der Kompetenz der repräsentativen Demokratie (auf Grundlage von Wahlen) bleiben wird, wobei diese wohl auf die europäische Ebene ausgeweitet sein dürfte, und daß die Errichtung einer nicht aggressiven Weltordnung eine Sache der Kräfteverhältnisse und der Diplomatie bleiben wird.

Aber die Hierarchien wälzen sich um. Wir erwarten die Veränderung an der Basis nicht mehr von der Veränderung an der Spitze. Wir fördern die Veränderung an der Spitze deshalb, um die Errungenschaften der Initiativen von unten zu festigen und zu fördern. »Vielleicht,« sagte ein Initiator einer jener lokalen Initiativen zur Wiedergeburt des »Rustbelt«, des 'Rostgürtels' im Nordosten der USA, »vielleicht wird man uns in zehn Jahren als Pioniere betrachten. Vielleicht werden wir von den makro-ökonomischen Kräften, auf die wir keinen Einfluß haben, weggefegt. Aber jedenfalls scheint mir das, was wir versuchen, in der jetzigen Situation das einzig ehrenvolle Verhalten zu sein.«

Schluß

Die Demokratie erscheint bei genauer Prüfung als ein Begriff mit doppelter Konnotation. Innerhalb eines gegebenen sozialen Paradigmas zeigt sie sich als Mitwirkung der Bevölkerung bei der Regelung von Differenzen bezüglich der geltend gemachten Ansprüche. Zwischen den Paradigmen erscheint sie als eine Werteskala, an der die Erweiterung der wirklichen Rechte sich bemißt. Da diese »Rechte« sich auf Bereiche ausdehnen können, die innerhalb der früheren Paradigmen unvorstellbar waren, wird Demokratie in dieser Bedeutung von jedem Jahrhundert neu erfunden.

Der fordistische Kompromiß, in den die westeuropäische Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingemündet ist, sicherte ein Recht auf »organische« Verteilung der Früchte des technischen Fortschritts. Aber er hat auch den hierarchischen Charakter der Arbeitsteilung und der Gesellschaft befestigt, indem er die Macht an technokratische Kasten delegierte. Die Krise des Fordismus eröffnet die Möglichkeit zu einer Regression, die faktisch nicht weniger hierarchisch, aber viel weniger organisch ist: zum liberalen Produktivismus.

Dieser Weg ist an der Wegkreuzung zum Ende des 20. Jahrhunderts nicht der einzig mögliche. Eine demokratische Alternative, die den Organismus mit dem Abbau der Hierarchien verbindet und die Demokratie auf die Arbeitsorganisation und die Solidarität ausweitet, bleibt möglich. Sie basiert auf der kollektiv ausgehandelten Einbeziehung der Produzenten, auf der dynamischen Beschäftigungsgarantie und der Arbeitszeitverkürzung. Sie umfaßt eine grundlegende Transformation des Wohlfahrtsstaates oder Fürsorge-Staats (*Etat-Providence*) zu einer fürsorglichen Gemeinschaft (*Communauté-Providence*). Die direkten demokratischen Regulationsformen, die von Angesicht zu Angesicht erfolgen, also lokal sind, werden dabei eine bestimmende Rolle spielen. Macpherson (1983) hat sich mit seiner »partizipativen Demokratie« der gleichen Vorstellung angenähert.

Aber eine solche Alternative wird sich nicht außerhalb des Kontextes einer »nicht-aggressiven« Weltwirtschaftsordnung festigen können. Ihre Bestimmung und ihre Mittel sprengen den Rahmen dieses Beitrags, und leider auch den der Demokratie ...

Aus dem Französischen von Hans-Peter Krebs

Anmerkungen

- 1 Die Arbeiten der »Regulations-Schule« richteten ihren Blick zunächst auf die Ökonomie (Aglietta 1976; CEPREMAP 1977). Der internationale Kongreß in Barcelona 1988 hat die mögliche Ausdehnung dieses Ansatzes auf andere Disziplinen der Sozialwissenschaften gezeigt (vgl. Lipietz 1988a). Ich werde hier eine Methodik darstellen, die ich kürzlich mit Jane Jenson auf dem Gebiet der Politikwissenschaft entwickelt habe (Jenson 1987, 1988, 1989; Lipietz 1986, 1988b).
- 2 Als kurze Darstellung des Fordismus und seiner Krise siehe z.B. Lipietz 1989.
- 3 Zur vollständigeren Darstellung der demokratischen Alternative mit Einschluß der internationalen Aspekte vgl. Lipietz 1989.

- 4 Zum Wohlfahrtsstaat und seiner Kritik (von rechts und links) siehe Gough 1983, Lipietz 1983, Rowbotham et al. 1979.
- 5 Zum Sozialeinkommen siehe die Debatten in den *Cahiers du MAUSS* Nr.23,1987.
- 6 Zur erneuerten Bedeutung des »Lokalen« vgl. Eschagne/Romefort 1987.
- 7 Zu diesen »vertraglichen« Beziehungen vgl. Eme/Laville 1988.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, M., 1976: *Régulation et Crises du capitalisme*. Paris
- CEPREMAP, 1977: *Approches de l'inflation: l'exemple français*. Rapport au Cordes par J.-P. Benassy, R. Boyer, R.M.Gelpi, A. Lipietz, J. Mistral, J. Munoz, C.Ominami. Paris
- Eme, B., und J.-L.Laville, 1988: »Les Petits Boulots« en question. Paris
- Eschagne, M. und A. de Romefort, 1987: *Initiative et Solidarité: l'affaire de tous*. Paris
- Gough, I., 1983: Thatcherism, the New Right and the Welfare State. In: *Cahiers de l'ACFAS* 16
- Jenson J., 1987: Gender and Reproduction: Or. Babies and the State. In: *Studies in Political Economy* 20, 9-46
- dies., 1988: Paradigmes and Political Discourses: Labour and Social Policy in the USA and France before 1914. In: C.E.S. Working Papers Series, Harvard Univ.
- dies., 1989: »Different« but not »Exceptional«: Canada's Permeable Fordism. In: *Canadian Review of Sociology and Anthropology*, Special Issue (Winter)
- Leborgne, D., und A.Lipietz., 1988: L'Après-Fordisme et son espace. In: *Les temps modernes* (April)
- Lipietz, A., 1983: Crise de l'Etat-Providence. In: *Les temps modernes* (November)
- dies., 1985: Reflexions autour d'une fable. Pour un statut marxiste des concepts de régulation et d'accumulation. In: *Couverture orange CEPREMAP* Nr. 8530
- dies., 1986: Les conditions de la création d'un mouvement alternatif en France. In: *Les Enjeux institutionnels et politiques de mars 1986* (Januar)
- dies., 1988a: La trame, la chaîne et la régulation: outils pour les sciences sociales. Intervention au Colloque international sur la théorie de la Régulation, Barcelone, 16-18 juin. In: *Couverture orange CEPREMAP* Nr. 8816
- dies., 1988b: Gouverner l'économie, face aux défis internationaux: développementisme nationaliste à la crise nationale. Intervention à la Conférence In Search of the New France, Brandeis Univ., 13-15 mai. In: *Couverture orange CEPREMAP* Nr. 8815.
- dies., 1989: *Choisir l'audace. Une alternative pour le XXe siècle*. Paris
- Macpherson, C.B., 1967: *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*. Frankfurt/M.
- dies., 1983: *Nachruf auf die liberale Demokratie*. Frankfurt/M.
- Rowbotham, S., u.a., 1979: *Beyond the fragments*. London

Frigga Haug

Leistung muß sich wieder lohnen*

Der Satz ist nicht nur ein Gemeinplatz, erfolgreiches Motto für die Politik des früheren Ministerpräsidenten Späth in Baden-Württemberg. Er ist auch ein Sprengkörper unausgesprochener Gefühle. Natürlich gab es zunächst Schwierigkeiten, ihn als überzeugenden Titel in die Volksuni-Vorbereitungsgruppe einzubringen. »Wie Frauen in die Leistungsgesellschaft kommen« schien da viel geeigneter. Ich aber möchte zu eben diesem Slogan sprechen: Leistung muß sich wieder lohnen.

Legen wir die Betonung auf das erste Wort im Satz: *Leistung* muß sich wieder lohnen. Da steckt Triumph drin im Vollgefühl eigener Leistung und der entsprechenden Fähigkeit, dazu Ressentiment gegen jene, die ohne etwas zu leisten auf Lohn zählen können. Das Gefühl richtet sich gegen falsche Gleichbehandlung. Legen wir die Betonung auf das letzte Wort: Leistung muß sich wieder *lohnen*. Jetzt ist es trotzige Wut, wieder in der Sicherheit eigener Leistung, aber mit der Beschwerde, daß es lange nichts brachte. Das Gefühl geht gegen erlittenes Unrecht. Nun betonen wir die kleinen Hilfsworte — *wieder* z.B: Leistung muß sich *wieder* lohnen. Das Gefühl geht auf Distanz. Jetzt geht es nur um andere, die in einem gesellschaftlichen Zusammenhang lebten, in dem vorübergehend nicht auf Leistung geachtet wurde; das muß geändert werden, das ganze System — sagen wir die ehemalige DDR — sollte zu neuen Bundesländern in einer Leistungsgesellschaft werden. Das Gefühl wird sozial verantwortlich und hat Großes im Sinn. Es findet sich im Einklang zum Beispiel mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), wenn etwa das Rentensystem für die neuen Bundesländer diskutiert wird. Da heißt es z.B. Ende April, gegen einen Vorschlag aus der SPD — die im Gefühl neuer Stärke nach einigen gewonnenen Kommunalwahlen und gleichzeitigem Oppositionsstatus Politik zu machen beginnt —, zur Verbesserung des Rentensystems in Ost und West:

»Deshalb wird den Frauen suggeriert, über Mindestrenten seien nachhaltig ihre Alterseinkommen zu verbessern. Da ... die Koalition den Abbau des Sozialzuschlags und der Mindestrenten weit hinausschieben will, ist die Gefahr groß, daß auf diesem Wege das leistungsbezogene Rentensystem ausgehöhlt wird. Dieses System fügt sich in die marktwirtschaftliche Ordnung ein. Wer den Leistungsbezug schwächt, der muß den Leistungsträgern des Systems, vor allem der Masse der Arbeitnehmer, sagen, daß sie dies mit höheren Beiträgen oder niedrigeren Leistungen zu bezahlen habe.« (FAZ 27.4.91)

Das Wort »Leistung« kommt viermal vor, und gleich zu Anfang findet sich schon der ein wenig unangenehm klingende Bezug zu Frauen. Irgendwie steht die Verbesserung ihrer Lage gegen Leistung. Das Gefühl Nr. 1 — gegen falsche Gleichbehandlung — wird angerufen: da wollen offenbar Frauen etwas, das sie nicht verdient haben. Das Gefühl mit dieser unangenehmen Positionierung zieht glücklich an uns Frauen vorbei, richtet sich auf die SPD. Wir Frauen sind es gar nicht, es ist die SPD, die »suggeriert« — also sie redet den Frauen ein —, daß

* Vortrag auf der 11. Volksuni, Berlin 1991

ihre Lage verbessert werden könnte. In der Entlastung, wütendes Ressentiment nicht auf unser eigenes Geschlecht richten zu müssen, geht unbeachtet unter, daß im FAZ- Artikel gar nicht die Verbesserung der Frauenlage bezweifelt wurde, sondern die Vernunft der SPD, wenn sie vom Leistungsprinzip abginge. Dieses zeichnet nämlich auch unser Rentensystem aus — es ist »leistungsbezogen«. Drücken wir für einen Augenblick beide Augen zu und denken nicht an die unglaublichen Unterschiede in den Rentenhöhen, die uns ja nahelegen, daß es Menschen gibt, die 20mal soviel leisten wie andere, die bloß ihr Leben lang arbeiteten, eine Differenz, die auf eine höchst eigentümliche Elastizität des Leistungsbegriffs schließen läßt; sehen wir also nicht auf diese Differenz, sondern sogleich auf die Frage des Rentenrechts für Frauen, so beginnt auch hier der Leistungsbegriff mit eigenartigen und zugleich erhellenden Verrenkungen. Bei diesem Streit um die Anpassung des ehemaligen Ost-Rentenrechts auf das westliche oder umgekehrt geht es nämlich u.a. darum, ob Frauen eine Rente haben sollen, von der sie auch leben können, oder ob dies — wie im Westmodell — nur dann der Fall sein soll, wenn ihr Auskommen über die Rente des Ehemannes (Witwenrente) berechnet wird. Nachdrücklich möchte der West-Gesetzgeber uns klarmachen: eine Frau leistet mehr, wenn sie verheiratet war, als wenn sie bloß auf dem Arbeitsmarkt sich tummelte. Am meisten aber leistet sie, wenn der Mann gestorben ist. Der Arbeitsbegriff scheint dem Rentenrecht in stark revolutionierter Gestalt zugrundezuliegen: Trauerarbeit, Beziehungsarbeit, Reproduktionsarbeit zählen also als Leistung? Oder wird nur umgekehrt bestraft, wer nicht als Frau für eine längere Zeit der Leistung entsagt hat, um einem leistungsstarken Ehemann den Haushalt zu führen?

Der Leistungsbegriff gerät auf abschüssiges Gelände. Prüfen wir noch einmal, womit er verbunden war, und was gefährdet wird, wenn das »leistungsbezogene Rentensystem ausgehöhlt« wird: da ist, was wir uns schon dachten, die marktwirtschaftliche Ordnung — sie beruht auf Leistung, heißt es da. Bevor wir diesen Zusammenhang beleuchten, noch schnell die beiden letzten — bei näherem Hinsehen ebenfalls höchst merkwürdigen — Aussagen: »Wer den Leistungsbezug schwächt, der muß den Leistungsträgern des Systems, vor allem der Masse der Arbeitnehmer, sagen, daß sie dies mit höheren Beiträgen oder niedrigeren Leistungen zu bezahlen habe.« Wer also Frauen eine Mindestrente geben will, die ihnen individuelles Überleben sichert, so können wir übersetzen, der muß der Masse der Arbeitnehmer — zu denen Frauen jetzt wiederum offenbar nicht gehören — sagen — wer übrigens sind die anderen Leistungsträger, die nicht Arbeit nehmen? — daß sie das mit niedrigeren Leistungen zu bezahlen haben. Ich habe an diesem Satz offengestanden eine Weile herumgekaut. Schon dachte ich, daß der Verfasser uns klarmachen möchte, daß eine Art Leistungsentmutigung — wie wir dies aus den Analysen zum ehemaligen Sozialismus kennen — das Resultat für viele sei, und konnte dies zugleich auch nicht richtig als Drohung an »die Masse der Arbeitnehmer« erkennen, die vielleicht gerne ein wenig fauler sein würden, wenn die Kasse dennoch stimmte. Daß aber gerade dies in Frage gestellt sein soll, gab mir endlich des Rätsels Lösung. Und dabei fand ich auch einen weiteren Leistungsträger: den Staat. Er nämlich hält Leistung zurück, wenn der Leistungsbezug geschwächt wird, Frauen also eine Mindest-

rente bekommen. Das, was die einzelnen als Rentenversicherung leisteten, wird ihnen von oben wiederum ein zweites Mal geleistet — sie erhalten Leistungen, von denen sie dann leben. Eine Leistungsgesellschaft zeichnet sich also durch eine doppelte Leistungsverpflichtung aus: eine individuelle und eine redistributive staatliche. Das Bindeglied ist der Arbeitslohn — wenigstens bei »der Masse der Arbeitnehmer«. Sie geben von ihrem Lohn an den Staat, um es von diesem als Rente im Alter zurückzubekommen. So gesprochen ist die Sache wieder ganz einfach. Wer einen kleinen Lohn hat, bekommt eine kleine Rente, wer einen großen, eine große. Warum soviel und kompliziert über Leistung sprechen? Auch die Erklärung für diese Komplikation ist vergleichsweise einfach: es gibt Menschen in unserer Gesellschaft, die nie oder nicht die ganze der »normalen« Arbeitslebenszeit oder nicht ganztags erwerbstätig waren oder aber zu kleine Löhne bezogen, um Renten zu erhalten, die zum Überleben ausreichen: Frauen. Sie haben einige Zeit damit verbracht, etwas zu tun, was irgendwie privat mit Männern zu tun hat oder zu tun hätte haben können — sie haben sich um die sogenannte Reproduktionsarbeit gekümmert. Der Gesetzgeber zögert, in solche Intimsphäre zu tief einzudringen, und beschließt: sollen sie es doch weiter privat hinschaukeln — eine männerbezogene Rente muß die Probleme lösen. Wenn Frauen da nicht überlebensfähig sind, warum waren sie es dann vorher?

Mit unserem Einverständnis, daß das gute Leben der Lohn der Leistung sei und dieselbe wiederum zur marktwirtschaftlichen Ordnung gehöre wie die Disziplin zur Schule, stehen wir jetzt vor folgenden noch zu lösenden Fragen: Wieso leisten Frauen wenig oder nichts, wenn doch — wie es bei dem Arbeitspsychologen Herzberg (1968, 174) heißt — der Mensch arbeitet, um die Bedeutung zu genießen, die von seiner Leistung ausgeht? In welcher Weise gleichen Frauen damit den bisherigen DDR-Bewohnern beiderlei Geschlechts, bevor diese in unsere Leistungsgesellschaft kamen? Und was hat Leistung mit Marktordnung wirklich zu tun, bzw. ist unsere Gesellschaft eigentlich eine Leistungsgesellschaft? Kurz: es sind im Grunde alle Fragen offen, und das gefühlsmäßig so fest verankerte Leistungswort steht in eigentümlichem Zwielficht. Für Frauen bedeutet es gar Dunkelheit, denn — das ist nun wiederum mehr oder weniger Common-sense — Frauen leisten doch wirklich nichts.

Dies wurde wörtlich so verfochten und im allgemeinen Bewußtsein breit belebt und aktualisiert in den nun seit der Einverleibung der ehemaligen DDR fast vergessenen Quotenkämpfen (vgl. dazu F. Haug 1990). Da ging es um die Frage, ob Frauen den Männern wirklich gleichgestellt werden sollten, und falls ja, ob dies dann nicht eine Benachteiligung des männlichen weil Bevorzugung des weiblichen Geschlechts sei. Um diesen Gedankengang, der selbst eine intellektuelle Leistung ist, wirklich zu verstehen, muß man sich das Einfache vergegenwärtigen: solch kunstvolle Verdrehung entspricht der Realität, solange Einverständnis herrscht, daß Frauen weniger wert sind, eben weil sie weniger leisten. Ich erinnere kurz an die damalige Argumentation, deren Analyse uns zugleich eine erste Antwort geben kann auf die Frage, ob wir denn wirklich in einer Leistungsgesellschaft leben, die westliche Marktordnung in der BRD also nach dem Leistungsprinzip geregelt ist.

Abstrakt war schon bekannt, daß die Auffassung, jeder, der etwas leiste in

unserer Gesellschaft, könne es zu etwas bringen, und umgekehrt, wer es zu nichts bringe, habe eben nichts geleistet, zu den tragenden Ideologemen gehört: es ist das bekannte Märchen vom Tellerwäscher, der Präsident der Vereinigten Staaten wird aufgrund seiner großen Leistung. Was aber in den Kämpfen um die Frauenquote neu jetzt entschlüsselbar wird, ist der Stellenwert, den diese Ideologie in der Reproduktion der Männergesellschaft hat. Zunächst droht die Quote, wäre sie als allgemein notwendig eingestanden, offenbar werden zu lassen, daß die Mär, jeder sei seines Glückes Schmied, doch nie gestimmt hat, und daß der Darwinismus des Marktes schließlich doch nicht zur Gerechtigkeit führt, und zwar nicht einmal zur »Leistungsgerechtigkeit«. Dahinter steckt auch die Angst, daß andere Ungerechtigkeiten als natürliches Ergebnis dieses liberalen Jeder-gegen-Jeden — bei dem dann einige Männer siegen und viele unterliegen — sichtbar werden könnten oder gar anklagbar, wenn erst der Quote zugestimmt wird.

Daß diese Geschichte von dem Lohn der Tüchtigsten selber als Märchen bzw. als nicht stimmig aufgefaßt werden kann, hindert ja doch nicht, nach dieser Maxime zu leben und zu streben, vor allem aber zu legitimieren. Frauen sind da als Sozialcharaktere von vornherein ausgenommen — wer könnte sonst die Verantwortung für Kinder und Mann tragen, wenn auch Frauen sich immerzu als *tüchtig-nach-außen* erweisen müßten, jede tüchtiger als jede andere? Frauen sollten lediglich der Aufgabe nachkommen, die Leistungsideologie selbst auf Mann und Kinder zu übertragen, diese beim Rennen halten.

Wirklich überraschende Enthüllungen aber brachte die in allen Zeitungen groß aufgemachte Niederlage zweier bekannter SPD-Politiker (Glötz und Apel) bei der Wahl des 35-köpfigen Vorstands ihrer Partei. Die strategischen Bedeutungen steckten im Detail, in der Wortwahl und dem Arrangement der Sätze. Da erfuhren wir zunächst, daß nur 10 Männer, aber zwölf Frauen auf Anhieb gewählt wurden und sorgten uns bereits über solche offensichtliche Benachteiligung, welche die Quote sofort für Männer mit sich bringt. Der Grund: vier Männer (die Vorsitzenden) waren schon da; die bestehenden Ordnungen bringen das erste Unrecht. Es setzt sich fort in der harten Konkurrenz. Nur vier Männer erhalten im ersten Wahlgang die erforderlichen Stimmen, während es bei den Frauen 10 sind. Der Informationswert: bei den Frauen geht es wie's Brötchenbacken; keine wirkliche Auswahl, sie werden genommen, wie sie kommen. Bei der freien Wahl, in der geschlechtsunabhängig kandidiert und gewählt wurde, konkurrierten nur Männer. Es gelingt dem Kommentator selbst dieses als Nachteil für Männer darzustellen: gewählt wurden nur die »Landesfürsten«. Die Vokabeln der Feudalzeit besagen: Männer kämpfen schwer mit Vergangenheit, Frauen sind als Natur bloß Gegenwart. Hier gehe »Geschlecht vor Qualifikation« wird als Grund dafür behauptet, daß die »wichtigen und zuständigen Fachpolitiker« es schwer hatten oder durchfielen, wogegen eine erstmals kandidierende »Jungsozialistin« (man denkt an einen Teenager, sie ist aber eine 34jährige Lehrerin) auf Anhieb gewählt wurde.

Was wird über die SPD gesagt? Daß sie »Fachpolitiker und wichtige Leute« nicht gerne wählt, daß sie anders strukturiert ist — nach Landesfürsten, Hinterland, Vergangenheit, und daß Frauen da eindringen, ins Hinterland des Nepo-

tismus, daß die Quote also dieses Feld der Pfründe angreift und nicht im ohnehin schmalen freien Feld der Qualifikationen streitet, wo sie hingehört hätte.

Also reproduziert sich die Partei in ihren hierarchischen Strukturen: 88 Prozent sind Erbe, bodenständig, feudal geregelt. Und die Regelung nach Qualifikation hätte denn auch eigentlich maximal 6 Prozent für die Frauen erbringen dürfen — mehr geht an die wirkliche Substanz, an die Struktur.

Wir können aus diesem überraschenden Rechenexempel relativ unschwer auf das Funktionieren und den Realitätsgehalt der Leistungsideologie in der Gesamtgesellschaft schließen, da auch die unverhofft auftauchenden maximal 6 Prozent für die Frauen in etwa dem entsprechen, was sie nach 70 Jahren Gleichberechtigung in höheren Positionen des öffentlichen Lebens oder der Wirtschaft erzielen können. Wir sind belehrt: die Auffassung, daß Leistung belohnt werde, ist nicht ganz und gar Ideologie. Sie hat einen Realitätsgehalt für etwa 12 Prozent der Positionen in der Gesellschaft. Das macht, daß alle daran glauben, alle danach streben können. Das macht auch, daß Frauen diese magischen 4-6 Prozent Beteiligungen an Gesellschaft einfach nicht überschreiten können. (So stellen sie etwa 6 Prozent der Chefärzte, des Führungspersonals in Industrien und Banken, weniger noch an den Universitäten, die Zahlen sind rückläufig.) Die übrige Gesellschaft ist schon verteilt und wird nach den angestammten Herr und Diener-Prinzipien weitergereicht. Klar und zutreffend wird in einem anderen größeren Beitrag (Hans-Peter Schneider, FAZ vom 17.9.88) festgestellt: »Das Diskriminierungsverbot .. gewährt den Männern keinen Anspruch auf Beibehaltung ihrer bis jetzt noch privilegierten Bewerberposition für Parteiämter und Mandate.« Der Autor fährt fort, daß allerdings die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die Absprachen nach Listen etc. enorm erschwert würden, weil andere Bündnisse zwingend werden.

Daß nicht nur im Feld des unmittelbar Politischen, sondern auch in den kühlen Realitäten des Wirtschaftslebens Maßstäbe gelten, die die Frauen disqualifizieren, kann argumentativ einbezogen werden. Neutral zitiert der Kommentator die Aussage eines »Topmanagers« zur Seltenheit von Frauen in Chefetagen: sie hielten ihr Privatleben für wichtiger als die Karriereplanung, sie hätten kein Durchsetzungsvermögen, schwache Taktiken.

Sind Frauen also qua Geschlecht ein Synonym für Nicht-Leistung, und funktioniert diese Gesellschaft auch nur höchst eingeschränkt nach dem Leistungsprinzip, so sind Frauen doch auch Mitglieder dieser Gesellschaft, deren Ideologien und Selbstverständnissen so unterworfen wie diese mitproduzierend. Oder anders: die anfänglich vorgestellten Gefühle über den Satz »Leistung muß sich wieder lohnen« können ja auch von Frauen empfunden werden; und der mögliche theoretische Zweifel kann mit dem Einverständnis einhergehen, daß Frauen — soweit sie nicht in der Erwerbsarbeit engagiert sind — tatsächlich nichts leisten und daß, wo sie es sind, ihre Arbeit auch nicht eigentlich als Leistung gewertet werden kann.

Dieses gefühlsmäßige und theoretische Durcheinander, welches ja auch politische Konsequenzen hat, führte uns in einer größeren Frauengruppe dazu (Frauenseminar Hamburg 1991), den Versuch zu machen, einige Einblicke in unsere eigene spezifische Aneignung des Leistungsbegriffs zu gewinnen. Wann leisteten wir nach unserer Erinnerung etwas und wann nichts? Oder wann lohnte es sich eigentlich, etwas geleistet zu haben? Wir schrieben Alltagsszenen zu solchen Fragen. Eine erste Schwierigkeit war, uns klar zu machen, daß wir nach der Bedeutung des Leistungsbegriffs und seines Schicksals in unserer Sozialisation suchten und nicht etwa uns auffordern wollten, heute daran zu gehen, gewisse Taten in unserer Kindheit als Leistung zu bewerten oder nicht. Es ging uns also um Begegnungen mit dem Wort Leistung und der entsprechenden Verknüpfung, die dieses Wort mit unseren Taten in eigener damaliger Bewertung erfuhr.

Den Begriff »Leistung« mit Erfahrung zu füllen, machte mir selbst enorme Schwierigkeiten. Kalt und bürokratisch, schulmeisterlich und papieren steht er vor mir. Das Gefühl, in einem dunklen Raum mit einer zu hellen Lampe zu sitzen, wie im Physiksaal in der Schule bei einem Experiment. Unzugänglich sperrt er sich zunächst der Erinnerung. Dabei weiß ich doch, daß Sätze wie: »Leistung muß sich wieder lohnen« auch bei mir unvermittelt Zorn aus Erfahrung hervorrufen. Die Erfahrung scheint theoretisch zu sein. Ich weiß, daß Leistung sich nicht lohnt, wie ich auch weiß, daß Leistungsgesellschaft ein ideologischer Begriff ist. Wir sollen denken, wenn wir etwas leisten, würde sich das für uns lohnen oder anders, wir lebten in einer Meritokratie. Wer was leistet, wird belohnt.

Aber wenn das gar nicht stimmen würde, müßte doch wenigstens der Verankerung dieses Gedankens in unseren Seelen und Köpfen nachgespürt werden können. Zudem stimmt es ja ein wenig: Manchmal wird Leistung belohnt, zum Beispiel im Akkordlohn. Manchmal ist es auch eine spezifische Leistung, die belohnt wird, die ich nicht unbedingt als Leistung ansehen würde: z. B. wie sich einer herausstellt, inseriert, präsentiert. Ich habe spontan offenbar einen puristischen Leistungsbegriff. Nur das, was ich für eine Leistung halte, soll belohnt werden. Aber was halte ich für eine Leistung? Und woher kommt der naive Glaube, daß ich und die Belohnenden, also gesellschaftliche Mächte oder auch nur Mechanismen, den gleichen Leistungsgedanken haben könnten? Diese Naivität muß irgendwie gegen mein theoretisches Wissen Dauer haben. Also, wie kommt dieser eigentümliche Leistungsgedanke in mich und auf was bezieht er sich?

Die Redewendungen, zu denen wir Erinnerungen aufrufen wollten: »eine Leistung, die sich gelohnt hat«; »eine Leistung, mit der ich zufrieden war«; »ich leistete etwas«; »ich leistete nichts« — sie alle können nur mit großer Mühe auf Erfahrung kommen. Lediglich das Stichwort »die anderen leisten nichts« würde eine Menge Geschichten zu Kollektiven, in denen es Schwierigkeiten mit der Erstellung eines gemeinsamen Produktes gab, erbringen.

Nicht einmal die direkten Verweise auf Leistung etwa in Schulzeugnissen (die in kritischer Pädagogik ausführlich analysiert und als ideologische Hauptmächte entlarvt worden sind) kommen mir wie Leistungserlebnisse vor; immer schon scheinen sie mir Formeln für etwas anderes gewesen zu sein, das ich nicht mehr

recht weiß. Nach langem Hin und Her erinnere ich zu der Wendung: »eine Leistung, die sich gelohnt hat«, die folgende Begebenheit:

Englischunterricht

In Englisch hatten wir eine Lehrerin, die ich sehr verehrte. Zwar ging ich ihr nicht heimlich nach oder stand gar unter ihrem Fenster am Abend, wie viele meiner Mitschülerinnen. Jedoch fühlte ich mich ihr gerade darum irgendwie noch enger verbunden, hatte den Eindruck, daß ein geheimes Bündnis zwischen uns bestand. Darum machte ich ausnahmsweise alle Schularbeiten, die sie aufgab, wollte auf gar keinen Fall von ihr erwischt werden, wie ich irgendwo enttäuschend war.

Jetzt war Englischstunde und wie immer klopfte mein Herz, als sie eintrat. Aber es klopfte nicht wie sonst freudig, sondern ganz plötzlich schrecklich beklemmend und entsetzlich. Jäh fiel mir ein, daß wir Vokabeln aufgehört hatten und daß ich die nicht gelernt hatte, wie üblich, im Zug, sondern es einfach vergessen hatte. Meine Hände zitterten, als ich das Vokabelheft aus der Tasche riß, und das Englischbuch, und fieberhaft begann, unter der Bank Wörter aus dem Buch in das Heft zu übertragen. Die Aufgabe war, seit wir in die Mittelstufe gekommen waren, nicht mehr, alle Worte abzuschreiben, sondern nur die, die wir noch nicht kannten. Wahllos schrieb ich jedes dritte Wort. Ich erinnere mich wie heute, daß ich mich ertappte, wie ich das blöde Wort »Warmingpan = Wärmepfanne« eintrug, ausgerechnet, Zeit vergeudet. Niemand würde glauben, daß ich das nicht gekannt hätte, besonders sie nicht. Schon seit einigen Sekunden hatte sie aufgehört, die Eintragung über den Stundenstoff ins Klassenbuch zu tragen, war aufgestanden, hatte »Vokabeln« gerufen und schaute nun in ihr eignes kleines Heft, wer wohl am längsten nicht dran gewesen war. Meine Hände schwitzten jetzt, sieben Worte standen im Heft von ca 30, aber vielleicht würde ich nicht dran kommen. Da rief sie meinen Namen. Irgendwie kam ich nach vorn, übergab mein feuchtes Vokabelheftchen und wankte zur Tafel. »So wenig?« fragte sie, und ich log mit stockender Stimme: »ich kannte alle anderen« und flehte irgendwohin, schon überzeugt, daß ich damit nicht durchkommen würde, daß sie nicht das Buch, sondern eben mein Heft zur Grundlage der Prüfung machen würde. Tatsächlich: warmingpan. Dieses wie die anderen wenigen Worte konnte ich natürlich, hatte ich sie doch gerade noch notiert. Ich schrieb sie fast bewußtlos an die Tafel; nahm gesenkten Blickes mein Heft in Empfang, erhielt eine »eins« in Vokabellernen und Fleiß und landete voll erleichterter Scham in meiner Bank. Ich war so erschöpft, wie ich kaum je war. Aber es hatte sich gelohnt, daß ich noch versucht hatte, diese Worte ins Heft zu kritzeln. Dies empfand ich als Leistung. Sie hatte wahrscheinlich nicht gemerkt, daß ich meine Aufgaben nicht gemacht hatte.

Weg und Ziel

Eine erste Verunsicherung gilt hier wie in anderen Frauengeschichten zur Leistung dem eigentümlichen Verhältnis von Weg und Ziel. Oder anders: die Anstrengung, als die wir Leistung empfinden, scheint inhaltlich gar nichts mit dem erstrebten Ziel zu tun zu haben. Zunächst hört es sich noch vertraut an — sie bekommt eine Eins in Englisch und hat dafür — nein sie hat nicht — gelernt und gebüffelt. Die erste Auskunft lautet vielmehr: sie bekommt eine Eins, obwohl sie nichts dafür gearbeitet hat. War denn die Eins überhaupt das Leistungsziel? So wie die Autorin die Szene konstruiert, legt sie uns nahe, daß es das Ziel der Handlungskette war, die Lehrerin nicht zu enttäuschen, beim Mogeln nicht erwischt zu werden. Das Lernen der englischen Sprache oder die damit

zusammenhängende Benotung ihrer diesbezüglichen »Leistung« spielen im Gegenteil eine höchst untergeordnete Rolle.

In einer zweiten Szene begibt sich eine andere Autorin aus ihrem Hausfrauen-dasein hinaus in die Universität, »um die Welt in ihren Zusammenhängen zu verstehen«. Dabei bezeichnet sie als Leistung jeweils die Überwindung der verschiedenen Ängste, die vor dem Entschluß, der Prüfung, dem Studium etc. stehen; nicht aber das Studieren selber. In einer dritten Szene möchte die Schreiberin eine Stereoanlage zur Konfirmation bekommen, erhält statt dessen ein Sparbuch und begibt sich selbst in die Lohnarbeit, um sich den Wunsch zu erfüllen. Als Leistung bezeichnet sie dabei dann die Einhaltung von Disziplin, nicht die Tätigkeiten, die sie zu vollbringen hat.

Alle Szenen sprechen davon, daß die Schreiberinnen Ziele haben, die durch Leistung nicht zu erreichen sind. Wenn sie in diesem Kontext dennoch von Leistung sprechen, so meinen sie jeweils, daß eher zufällig, unvermutet, ein Hindernis auftaucht, das durch die bewußte Überwindung von Gefühlen beiseite geräumt werden muß. Von Leistung sprechen sie also immer dann, wenn sie etwas Unangenehmes im Handlungsverlauf tun müssen, wenn sie gegen ihr spontanes Wohlbefinden handeln. So muß die Studentin Schwellenangst überwinden, denn alle Eingänge zum Wissen sind für sie als Initiationsriten konstruiert; die Konfirmandin muß einige Wochen lang jeden Morgen früh aufstehen, und die Schülerin muß schwitzend unter der Bank in großer Schnelligkeit Worte in ein Heft kritzeln und darf dabei nicht ertappt werden. Dies bezeichnen die Schreiberinnen als Leistungen, weil es allesamt Taten sind, die ihnen gegen den Strich gehen. Hindernisse auf dem Weg zum Ziel, nicht etwa logische Schritte, die selbst schon sinnvolle Stufen wären.

Von der Geringschätzung weiblicher Leistung

Diese eigenartige Konstruktion zieht eine weitere nach sich. Wenn es Leistung ist, sich zu überwinden, dies nicht aber selber Weg zum Ziel ist, wie beurteilen Frauen dann die Schritte, die wirklich zu den erstrebten oder gesellschaftlich erwarteten Zielen führen? Soweit wir unseren Szenen Allgemeinheitswert zuerkennen wollen, können wir sagen: sie beurteilen sie nicht als Leistung. Wo sie im landläufigen Sinne Leistung erbringen, finden sie solches nicht erwähnenswert, es scheint als natürliches und selbstverständliches Tun oder gar als Zauberei oder als Täuschung wie in der obigen Szene die Eins als sogenannter Leistungsnachweis. Auch ist es z.B. in der selben Szene, die ja vom Spracherwerb handelt, so, daß das eigentliche Lernen der Vokabeln etwa durch Abschreiben als natürliches Beiprodukt jener Handlung erscheint, die im Vordergrund stand, nämlich, die Lehrerin nicht zu enttäuschen. In einer anderen Szene soll das Mädchen Lesen lernen. Ihr eigentliches Ziel ist es, nach draußen zum Spielen zu gehen. Sie kann dies erst, wenn sie Lesen geübt hat — die Übung aber mißlingt und führt keineswegs dazu, Zusammenhänge in den Worten zu entdecken. In der Nacht legt sie auf den Rat der Nachbarin das Buch unter das Kopfkissen. Am Morgen kann sie lesen. Das Lernziel ist erreicht durch Zauberei. Einer allgemeinen Heiterkeit im Seminar bei dieser Enthüllung folgte die Erinnerung, daß viele Frauen Leistung durch solche Magie erbracht hatten, bzw. dies so erinnerten. Die Folge ist: wo

Frauen etwas tun, was gesellschaftlich als Leistung bezeichnet werden würde, empfinden sie dies als Nichtleistung, als selbstverständliches Tun oder als Glück, Zufall, Zauberei — jedenfalls nicht als etwas, das ihnen entlohnt werden sollte, so daß sie ihrem selbstgewählten Ziel näher kämen. Ihre eigentlichen Ziele erreichen sie durch eine Reihe von Tätigkeiten, die sie als notwendig betrachten. Notwendigkeit und Leistung stehen in einem Nichtverhältnis. Wo etwas getan werden muß, wird es getan. Als Leistung wird dagegen aufgefaßt, wenn man gegen die eigenen Sinne/Gefühle handelt. Und schließlich können wir entziffern: Leistung scheint in unseren Szenen auf jeden Fall gleichgültig gegen den Inhalt des Tuns.

Die ersten Blicke in unsere Erinnerungsgeschichten zu Leistung geben uns einige eigentümliche Antworten und neue Fragen:

1. In der Art, wie Frauen auf ihre kindlichen Taten blicken, unterstützen sie den gesellschaftlichen Konsens, daß Frauen nichts leisten. 2. Diese Zustimmung ist selbst Kritik am Leistungsbegriff, so wie sie ihn verstehen. In halbbewußter Erkenntnis empfinden sie, daß gesellschaftlich von Leistung immer dann die Rede ist, wenn es sich um pure Verausgabung von Kraft, um Überwindung eigenen Wollens, um Abstumpfung der Sinne handelt in Zusammenhängen, die den eigenen Zielen gegenüber gleichgültig sind. Leistung, so erkennen sie, ist eine Dimension von Fremdbestimmung. 3. Dabei werden nicht so sehr die produktiven Tätigkeiten z.B. in Lohnarbeitszusammenhängen als Leistung kritisiert, sondern ein Schritt davor: die Leistung bestünde in der aktiven Zustimmung der Frauen zum Eintritt in Lohnarbeit, Studium, Schule, Unterricht usw. 4. Leistung als solche Handlung gegen die eigenen Sinne erscheint als isolierte Tat, nicht kollektiv. Selbst wo am Fließband gearbeitet wurde in einer Szene, sieht sich die Schreiberin allein. 5. In dieser Weise können Frauen auf Anerkennung ihrer Leistung der Selbstüberwindung hoffen, aber sie erwarten keineswegs einen Lohn für gesellschaftlich erbrachte Arbeit oder gar Laufbahn und Karriere für das, was herkömmlich als Leistung bezeichnet wird, wenn sie es vollbringen. 6. Insofern sind Frauen bei aller kritischen Einsicht in die Eigentümlichkeit des Leistungsbegriffs vollkommen bereit, die Gesellschaft im Ganzen als Leistungsgesellschaft zu denken und selber keine Unruhe zu verspüren, wenn sie für ihre tatsächlichen Leistungen keinen Lohn erhalten.

Vielleicht kann man das vorläufige Ergebnis so formulieren: Frauen kommen widerständig unterworfen als Quereinsteigerinnen in die Leistungsgesellschaft. Wo sie eine ist, also Leistung belohnt wird, erreichen sie nichts; wo sie dies nicht ist, also Seilschaften, Betrug und Macht bestimmen, welche Stufe man erreicht, welches Gehalt man bekommt, was man besitzt usw., erreichen sie auch nichts, aber dies widerspricht auch nicht ihren Vorannahmen. Im Verfolgen ihrer eigenen Ziele ist Leistung das Attribut, das sie dem Handeln gegen ihr spontanes Wohlbefinden zu anderen Zwecken beimessen. »Leistung muß sich wieder lohnen«, ist in dieser Weise kein Satz, der in Frauenohren irgendwie sinnvoll klingen kann. Ihre Aneignung des Leistungsbegriffs, seine Anmessung an eigenes Verhalten scheinen mir zugleich subversiv und anspruchslos fügsam. Ich blende hier, obwohl natürlich eine einzige Szene kaum verallgemeinerbare Aussagekraft hat, die Szene eines Mannes ein:

Englisch 2

Wie jedes Wochenende war er (etwa 14 Jahre alt) mit seinen Eltern irgendwo in die Umgebung gefahren. Sie gingen spazieren, und auf dem Rückweg schauten sie sich aus dem Auto heraus neugebaute Eigenheime an: die Eltern wollten bald selber bauen. Er saß hinten im Auto, war traurig und hatte ein schlechtes Gewissen. Morgen, am Montag, würde die Lehrerein die Englischarbeit korrigiert zurückgeben. Er vermutete, daß sie für ihn schlecht ausgefallen sein würde. Immer wieder versuchte er, sich an mögliche Fehler zu erinnern, sie zu zählen und eine mögliche Note zu kalkulieren, während er lustlos aus dem Autofenster starrte. Warum sollte er sich neue Eigenheime betrachten oder nach seltenen, teuren Autos Ausschau halten, was er sonst sehr gerne tat? Später, wenn er erwachsen sein würde, könnte er sich beides ja doch nicht leisten, da er in der Schule zu schlecht gewesen sein würde. Zwar hatte er bisher immer hervorragende Noten erzielt, aber die wahrscheinlich schlecht ausgefallene Englischarbeit erschien ihm als Anfang eines drohenden Abstiegs in die Bedeutungslosigkeit und Erfolglosigkeit. Er hatte ein schlechtes Gewissen, weil er durch die Gegend fuhr, anstatt zuhause Englisch zu lernen oder für andere Klassenarbeiten zu lernen, damit er wenigstens bei diesen gute Noten erzielen würde. Schon die Tatsache, daß seine Eltern einen Mercedes fuhren, bereite ihm jetzt Unbehagen; er wußte, daß nur Menschen, die gute Leistungen erbringen, sich so etwas kaufen konnten. Mit seinen Eltern redete er lieber nicht über seine Sorgen.

Am Montag morgen, während die Englischlehrerin die Arbeit besprach, versuchte er möglichst schlecht, krank und nervös auszusehen und hoffte, die Lehrerin würde es bemerken. Er mochte sie. Sie sollte wissen, daß er unter seiner schlechten Leistung selber, und sogar körperlich, litt, daß er die Sache nicht zu einfach nähme. Und außerdem hoffte er, obwohl er wußte, wie kindisch es war, daß sich vielleicht noch etwas zum Guten wenden würde, wenn er nur deutlich genug zeigte, wie sehr er litt. Am Ende der Stunde gab die Lehrerin die Arbeiten zurück; er hatte eine 2-3. Er war sehr unzufrieden, aber seine schlimmsten Befürchtungen waren ein wenig beruhigt. Seine Mutter nahm die Note zur Kenntnis, auch sie beruhigte ihn ein wenig. Sie gab ihm sogar noch ein wenig Geld, weil noch eine »2« in der Note enthalten war. Seinem Vater erzählte er von der Note nichts.

Diese Szene löste in der Frauengruppe so lebhaftige Heiterkeit aus, daß eine Bearbeitung zunächst schwierig wurde, ja, wir nahmen an, dies sei eine für uns erfundene Geschichte, welche direkt die herkömmliche Leistungsideologie in erlebte Rede übersetzt hätte.

Zunächst können wir festhalten, daß hier ebenfalls eine Trennung zwischen Weg und Ziel vorgenommen wird: das Englischlernen führt zum Besitz von Autos und Eigenheim, nicht etwa zur anderen Sprache und dazugehörigem Erleben. Aber es wird hier eine direkte Verbindung zwischen Schulleistung und späterem Eigentum, ja Erfolg und Bedeutung für wahr gehalten, eine Verbindung, die wir in keiner Frauenszene gefunden haben. Der Junge spielt sogar mit der Doppelbedeutung des Wortes, daß nur, wer etwas leistet, sich etwas leisten kann, z.B. teure Autos. Im Unterschied zur Mädchen-Szene aus dem Englischunterricht wird hier eine zweimalige Stimmigkeit von Einsatz und Belohnung angenommen. Der Junge lernt und bekommt eine gute Note; die gute Note führt zu gesellschaftlichem Erfolg. Dieser Erfolg ist sein Ziel, und der Junge kennt die Stufen dorthin, bzw. vermeint sie zu kennen; um sie zu erklimmen, ist er bereit, auf unmittelbares Wohlleben zu verzichten. Erst an diesem Punkt gibt es einen kleinen Bruch: seine Erfahrung mit weiblichen Personen in seiner Sozialisation

— mit der Mutter, mit der Lehrerin — lassen ihn auf ungerechtfertigte Gnade hoffen. Allerdings bezieht er diese wiederum auf die Zielgröße Geld, das ihm die Mutter zusteckt, und auf die Einsicht in die Unabdingbarkeit guter Leistungen, derer er sich auch körperlich leidend fähig zeigen will. Er zeigt sich als ehrgeizig, und angesichts einer nicht guten Leistung fühlt er: Müßiggang ist aller Laster Anfang.

Warum Frauen nichts leisten

Diese rohen Ergebnisse sind ebenso unerwartet wie im Grund auch selbstverständlich. Warum sollten Jungen nicht annehmen, daß zähes Verfolgen der an sie gerichteten Aufgaben nicht doch irgendwie zunächst zur Belohnung in Gestalt von guten Zensuren, dann ihrer weiteren, meist geldlichen, Belohnung durch Eltern und schließlich zu einer höheren Position in der Gesellschaft führt, wenn sie aus den entsprechenden Elternhäusern kommen und in jene Bereiche der Gesellschaft aufsteigen, in welche die Bürgerkinder bei entsprechendem Wohlverhalten durchaus durch eine Mischung von guter Arbeit, ein wenig den vorgegebenen Rahmen überschreitender Phantasie und entsprechenden Ellbogen und Protektion kommen können? So konnte auch der Psychologe D. C. McClelland (1953) ruhig schreiben, daß Leistungsmotivierte eher als andere dazu neigen, im ökonomischen Bereich, wo sich par excellence analoge Situationen anbieten, unternehmerische Rollen zu übernehmen. Die Unbewußtheit solcher theoretischer Aussagen in Bezug auf die Klasse, von der hier die Rede ist, hat die zweite Unbewußtheit, die in Bezug auf das Geschlecht, für die vielen Kritiker der Leistungsideologie verdeckt. Alle mir bekannte Kritik an Leistungsideologie, -gesellschaft und -normen bezieht sich auf den männlichen Einbau in die Leistungsgesellschaft, als sei er der allgemeine. Sie problematisiert bestenfalls das Selbstverständnis einer Gesellschaft, die in der Tat nur jene Verhaltensweisen als Leistung erklärt, die sie zu entlohnen bereit ist. (Vgl. u.a. Dieter Seibel, der (1973) ein ganzes Buch geschrieben hat zu der These, daß in unserer Gesellschaft die Leistungsideologie vorherrsche, wiewohl Berufsrollen primär nach Nicht-Leistungskriterien vergeben würden. Daraus diagnostiziert er einen Konflikt, der zu Entfremdung, abweichendem Verhalten oder Selbstmord führe. Zur Lösung des Leistungskonflikts wird vorgeschlagen, den Glauben an die Leistungsgesellschaft abzubauen. Geschlechtsdifferenzen kommen nicht vor). Dabei muß man eigentlich fast voraussetzen, daß Mädchen/Frauen praktische Kritik an der Realität von Leistungsgesellschaft haben, bis hin zur unbewußten Kritik am bestimmten Typ von Rationalität, der dem Leistungsdenken zugrundeliegt. Warum sollten sie annehmen, daß Leistung sich für sie lohne, wenn dies ganz offensichtlich gesamtgesellschaftlich nicht der Fall ist? Und wieder ist noch ganz offen, wie Personen beiderlei Geschlechts aus der ehemaligen DDR sich die Frage der Leistung angemessen haben, anmessen konnten.

Festzuhalten bleibt noch, in welcher Perspektive in den einzelnen Szenen Leistung eine Rolle spielte. Bei dem Jungen war es gesellschaftlicher Erfolg, Besitz; die Mädchenziele waren umfassend und vage: die Welt in ihren Zusammenhängen erkennen; die Liebe der Lehrerin nicht verlieren; der häuslichen Enge entkommen und in Freiheit draußen spielen; im eigenen Zimmer Musik hören wol-

len. So sympathisch und menschlich uns diese Ziele der Mädchen spontan erscheinen, so ist zugleich offensichtlich, daß tatsächlich keines dieser Ziele durch Leistung erreicht werden könnte. Die Rätsselfrage ist daher nicht, warum Mädchen/Frauen ein so eigentümlich-unselbstverständliches Verhältnis zur Leistung haben, sondern warum in solchen Kontexten überhaupt von Leistung gesprochen wird, wenn doch diese Ziele mit der Leistungsgesellschaft oder der Marktordnung in keinem einsichtigen Verhältnis stehen. Und weiter, was dieser Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Leistungsideologie und -wirklichkeit für die Produktion und Reproduktion unserer Gesellschaft eigentlich bedeutet.

Der Leistungsbegriff

Vielleicht tun wir gut daran, uns nach diesem Hin-und-Her noch einmal des Leistungsbegriffes selbst zu vergewissern. Dies auf der Ebene des Alltagsverständes als auch auf der der lexikalisch festgehaltenen Begriffsdefinitionen.

Befragen wir zuallererst Sprichwörter. Sie enthalten Volksweisheiten, in Jahrhunderten verdichtete und mit Moral versehene Erfahrungen. Sie geben uns einige Einsichten in kollektive Empfindungsweisen und manchmal in Erfahrungen der Unteren. Bei Erinnerungsarbeit führen uns die Sprichwörter zumeist in vielfältige Diskussionen über Herkunft und Praxis uns bekannter Weisheiten. Sie verfremden und vertiefen, erinnern selbst und entselbstverständlichen das Gewußte. Wir können also gespannt sein, was wir zum Stichwort »Leistung« finden werden.

Wir konsultierten fünf verschiedene Sprichwörterbücher. Das Ergebnis vorweg: in vieren gab es nichts dazu und im fünften einzig das folgende Sprichwort: »Viel tadeln und wenig leisten können die meisten« (Beyer 1989, 163). Das könnte die Auffassung bestärken, Leistung sei vielleicht eine Verhaltensweise, die wir besonders bei anderen suchen oder vermissen, die also negativ bestimmbar wäre und auf Gruppen, Kollektive, jedenfalls auf soziale Zusammenhänge verweist. Auf der anderen Seite verwirrt mich die weitgehende Abwesenheit eines Sprichwörterschatzes um ein Wort, das derart tragend für unsere Gesellschaft dargestellt wird.

Im Zitatenschatz, wo die Worte der Dichter und Denker, die sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen oder dies wenigstens könnten, aufgehoben sind, finde ich schließlich noch:

»Wer etwas Treffliches leisten will,
Hätte gern was Großes geboren,
Der sammle still und unerschläfft,
Im kleinsten Punkte die höchste Kraft.«
(Friedrich von Schiller. Gedichte. »Breite und Tiefe«).

Die Wortwahl kommt mir viel weiter entfernt vor als alle Erinnerungen daran, daß ich mich einmal glühend für Schiller begeistern konnte, alles direkt auf mich bezog, in seinen Gefühlen schwelgte. Kurz: die Worte stehen wie Stacheldraht um mich herum. »Trefflich«, das sagt mir nichts mehr, ein stummes Wort; und wieso benutzt er die Metapher »gebären« für produzieren? Seltsam verkehrt erscheinen die Eigenschaftsworte »still« und »unerschläfft« im gleichen Kontext.

Es will sich schließlich doch für mich reimen, daß »Leistung« in der ersten Zeile mit »Kraft« in der letzten zusammenkommen will. Verausgabung von Kraft — das scheint mir eine mögliche Zusammenziehung für Leistung, insofern dieser Begriff auf Abstraktion vom Nützlichen beruht.

Weiter auf der Suche nach der Leerstelle des Wortes Leistung in der Verarbeitung durch das Volk, finde ich noch folgende Eintragung:

»Ernst gemeint ist dagegen die Wendung: *eine schmissige Leistung!* für eine flotte schnell entstandene Leistung. Sie ist in einem Zuge hingeworfen, 'hingeschmissen'. Wer sie vollbracht hat, der hat 'Schmiss'; ähnlich die anerkennende Bemerkung *Das war (aber) eine reife Leistung*. Die Redensarten um Leistung und leisten sind recht jung. Ihr starker Gebrauch entspricht der anwachsenden Bedeutung des Leistungsbegriffs in der technischen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts, die diesen Begriff sprachlich über den engeren Bereich der Technik ausdehnt.« (Röhrich, 595)

Leistung hat also etwas mit Zeit zu tun und mit Arbeit, die mit entsprechendem Ergebnis in bestimmter Zeit verrichtet wird. Die Sache scheint jetzt wieder vollkommen ideologiefrei zu sein. Leistung ist ein Attribut moderner Industriegesellschaften. So definiert der *Große Brockhaus*: daß Leistung der Wert sei, den im betrieblichen Wertschöpfungsprozeß die innerhalb eines Zeitraums hervorgebrachten Sachgüter hätten — Leistungsergebnis. Es gibt eine Normalleistung, die von jedem hinreichend geübten und geeigneten Arbeiter ohne Gesundheitschädigung auf die Dauer im Durchschnitt erbracht oder erwartet wird. In der Schule wird man durch Notengebung dazu erzogen. Schließlich gibt es noch eine Leistungsfähigkeit, die psychologisch von Begabung, Übung, Kenntnissen und Motivation abhängt, wobei letztere wiederum vom gegebenen Umfeld bestimmt sei — Zeit, Pausen, Lärm, Klima, Ernährung werden hier genannt. Oder, wie der Psychologe McClelland dies formuliert (1953): »Leistungshandeln liegt vor, wenn zu erkennen ist, daß ein Tüchtigkeitsgrad maßgebend ist, d.h. wenn das Handlungsergebnis etwas besser, ebenso gut, nicht viel schlechter sein soll als ...« Und schon sind wir wieder in einem so dichten Ideologiegestrüpp, daß es mehrerer Wissenschaften bedürfte, um da wieder herauszukommen. Offensichtlich finden wir uns mit dem Leistungsbegriff im umkämpften Feld, in dem Deutungsversuche für unsere Gesellschaft gemacht werden. Zusammengeschmolzen sind moralische und politische Positionen mit profitlogischen Mechanismen, sind soziale Errungenschaften mit gesellschaftlichen Kontrollmechanismen.

Man kann eine Erkenntnisschneise schlagen, wenn man von der Logik des Gegenteils ausgeht. Was ist einer, der nichts leistet? Er — es muß in diesem Fall ein Mann sein, um es sich wirklich gesellschaftsgemäß vorstellen zu können; dies überrascht nicht mehr, da wir bis hierher schon zu sehen vermochten, daß der Leistungsbegriff insofern selbst männlich ist, daß er wesentlich für Männer Geltung hat — er also könnte folgende Gründe haben: er ist ein Versager, er ist ein Aussteiger, er ist widerständig, er entzieht sich repressiven Normen, möglicherweise im Streik, er ist ein Nichtskönner, unfähig, er ist faul, er widmet sich Spaß, Spiel und Vergnügen, ist also ein Hedonist, er ist schlicht unproduktiv, das heißt zu langsam, krank, zu jung, zu alt. Er ist jedenfalls kein allgemein akzeptierbares Mitglied dieser Gesellschaft im Sinne umfassender männlicher Normalität. Vielleicht können wir vereinfachend hier folgendes festhalten: anders und

zumeist im Gegensatz zu Begriffen wie sinnvolle Arbeit, selbstbestimmtes Tun, zweckhaftes Handeln, gesellschaftlich notwendige Tätigkeit — Begriffen, zu denen der Leistungsbegriff aber ein spezifisches Verhältnis hat, — wird mit Leistung zum einen der rein quantitative Output an Arbeitsergebnissen gemeint, zum anderen die Bereitschaft, sich selbst mit allen Kräften und Sinnen solcher Indienstnahme der eigenen menschlichen Kräfte zu unterwerfen, effektiv zu sein. Leistung ist immer noch steigerungsfähig. Dies gleichgültig gegen die bestimmten Ziele und ohne die Notwendigkeit eigenen Anspruchs auf Einmischung in das Was und Wie des Tuns, auf Sinn und Nutzen. Solche neutrale Bereitschaft, das eigene Leben zu verausgaben, setzt zugleich auf die selbstbewußte Autonomie der Subjekte in Bezug auf sich selbst, auf Selbstdisziplinierung, und auf Heteronomie, auf die fraglose Akzeptanz der Leistungsziele; sie ist auf jeden Fall eine hohe Tugend eines Lohnarbeiters in fremdbestimmten Verhältnissen. Allerdings ist die umgekehrte Tugend, das eigene Leben keinesfalls zu verausgaben, sondern aufzusparen, überhaupt keine Haltung in menschlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen, bzw. notwendig parasitär. Es genügt nicht die einfache Negation.

Ohne dies an dieser Stelle beweisen zu können oder etwa schon bewiesen zu haben, scheint mir, als ob die fremde Position, die Frauen in unserer Gesellschaft zur Leistung haben, zugleich auch ein struktureller Grund für politische Enthaltensamkeit ist, daß sie aber auch Aufbruchsmöglichkeiten birgt. Frauen bezweifeln für sich zu Recht die Wirklichkeit der Leistungsbelohnung. Das könnte sie daran hindern, ihre Körper abstrakt zu verausgaben; vielmehr könnte es sie umgekehrt dazu bringen, bei der Aufforderung zur Verausgabung auf dem Sinn der Handlungen zu bestehen. Daß sie ihre eigenen Taten für gering erachten — wie dies gesellschaftlich üblich ist —, hindert den Anspruch, für die gesamte Gesellschaft einzuklagen, daß diese nach Maßstäben des Sinnvollen, des Nützlichen, des Sozialen und des Ökologischen geregelt werde. Es kommt mir dringlich vor, gemeinsam herauszuarbeiten, welch widersprüchliches Verhältnis Frauen zur eigenen Leistung — jetzt definiert als produktiver Einsatz für sinnvolles Tun — haben, um sodann aus diesem Widerspruch die eigene Unterschätzung, die gepaart ist mit einer realistischen Einsicht in die Unerreichbarkeit gesellschaftlichen Erfolgs für Frauen, in widerständige Erneuerungsbereitschaft umzubauen, an die Stelle des abgeforderten Leistungshandelns also emanzipatives zu setzen. Aus der Unangemessenheit weiblichen Leistungsverhaltens wäre die selbstbewußte Tugend zu entwickeln, sich Ziele zu stecken, deren Verfolgung allgemein einsehbar ist und daher geleistet werden will.

Literaturverzeichnis

- Beyer, Horst und Annelies: Sprichwörterlexikon. Leipzig 1989
 Haug, Frigga, 1990: Zur politischen Ökonomie der Frauenquote. In: Das Argument 181
 Herzberg, Frederic, 1968: Work and the Nature of Man. London
 McClelland, D.C. et. al., 1953: The achievement motive. New York
 Röhrichs Wörterbuch der sprichwörtlichen Redensarten
 Seibel, Dieter, 1973: Gesellschaft im Leistungskonflikt

YPSILON ZEITSCHRIFT AUS FRAUENSICHT

ANZEIGE



SINNLICH ♦ KRITISCH ANSTÖSSIG

AKTUELLE POLITIK • KÖRPER UND SEX • MODE • KUNST •
FILM, MUSIK, BUCH, THEATER • RECHTSBERATUNG •
LEBENSMODELLE • INFOS UND TAUSCHBÖRSE • Für 5 Mark
zu haben im Zeitschriftenhandel, in Frauenzentren, Buchläden und
über die Redaktion Ypsilon, Schliemannstr. 23, O-1058 Berlin.
Erscheint monatlich.

PSILON zur Probe portofrei ins Haus
3 Ausgaben für 10 DM nur gegen Vorkasse

in bar mit Scheck

Name / Vorname _____ Straße / Nr. _____

PLZ / Ort _____ Datum / Unterschrift _____

Mir ist bekannt, daß ich diese Vereinbarung
widerrufen kann, wenn ich
innerhalb von 10 Tagen eine kurze Mitteilung an:
Ypsilon, Leserservice, Schliemannstr. 23, O-1058
Berlin, absende. Dies bestätige ich mit meiner
zweiten _____

Unterschrift _____

Sozialismus

Marxistische
Monatszeitschrift

Es schrieben 1990 u.a.:

Lisa Abendroth, Louis Althusser, Manfred Balder, Pietro Barcellona, Karin Benz-Overhage, Theodor Bergmann, Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Manfred Bobke-v. Camen, André Brie, Michael Brie, Karl Burgmaier, Alexandr Buzgalin, Jochen Cerny, Hansgeorg Conert, Frank Deppe, Richard Detje, Horst Dietzel, Irene Dölling, Eberhard Fehrmann, Peter Glotz, Michail Gorbatschow, Bryan Gould, Gregor Gysi, Stuart Hall, Heinrich Hannover, Ingeborg Herold, Peter Hess, Eric Hobsbawm, Hasko Hüning, Pietro Ingrao, Mechthild Jansen, Christoph Jetter, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Sabine Kebir, Sonja Kemnitz, Dieter Klein, Arno Klönne, Lorenz Knorr, Otto König, Ulla Kriete, Jürgen Kuczynski, Walter Kuhn, Steffen Lehdorff, Andre Leisewitz, Gerd Loboda, Christa Luft, Ulrich Meditsch, Heinz-Rudolf Meißner, Michael Menard, Hans Modrow, Manuel Vasquez Montalban, Manfred Muster, Lothar Nicht, Hildegard Maria Nickel, Alexandr Ort, Lothar Peter, Klaus Pickshaus, Alfredo Reichlin, Rossana Rossanda, Peter Ruben, Bernhard Sander, Helmut Schauer, Peter Scherer, Eduard Schewardnadse, Josef Schleifstein, Horst

Schmitthenner, Werner Seppmann, Otto Singer, Theo Steegmann, Bruno Trentin, Mario Tronti, Hilde Wagner, Helmuth Warnke, Michael Wendl, Jochen Willerding, Alexander Wolgin, Karl Georg Zinn

Einzelheft: DM 7,50 · Jahresabo: DM 75,-

Probeheft: VSA-Verlag

Postfach 50 15 71 · W-2000 Hamburg 50

Christian Salazar-Volkmann

Weltbilder, Unternehmensbilder, Menschenbilder

Die Unternehmens-Philosophien transnationaler Konzerne

Unternehmensphilosophien, Unternehmensgrundsätze, Unternehmensleitlinien haben Konjunktur. Eine schriftliche Anfrage bei den 68 größten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland ergab, daß rund 47 % (31) ihr Selbstverständnis ausgearbeitet und schriftlich fixiert haben. Zehn der befragten Unternehmen gaben an, gegenwärtig an der Neufassung bzw. einer Erstfassung ihrer Selbstdarstellung zu arbeiten. Nur zehn Unternehmen verfügten über keine öffentlich zugänglichen Unternehmensleitlinien.¹

Unternehmensphilosophien als personalpolitische Instrumente

Besonderes Kennzeichen der untersuchten Unternehmensphilosophien ist die Tatsache, daß das Management mit ihrer Hilfe bewußt die Schaffung eines betriebsspezifischen kulturellen Arbeitsumfeldes anstrebt. Unternehmens-»Philosophien« sind die inhaltliche Basis für das, was in Wirtschaftskreisen mit dem Begriff »Unternehmenskultur« bezeichnet wird. Damit ist der Versuch gemeint, die 'Organisation' in eine 'Gemeinschaft' umzuwandeln. Angestrebt wird die Schaffung eines unternehmensbezogenen 'Wir-Gefühls'.² Diese Unternehmenskultur soll sich dadurch auszeichnen, daß die Beschäftigten einen firmenspezifischen Kanon gemeinsamer Wertvorstellungen teilen und leben.

Zunahme selbstbestimmter Handlungsspielräume. — Der Prozeß der »Vergemeinschaftung« von Unternehmen hat die Mobilisierung zusätzlicher Produktivitätspotentiale zum Ziel. Die effiziente Organisation der kapitalistischen Produktionsweise ist auf kulturelle Komplementärleistungen angewiesen. Die Unternehmen kaufen Arbeitskraft, die zur Herstellung von Produkten eingesetzt wird. Damit wird die Koordination, Motivation und Kontrolle der arbeitenden Menschen zu einer wichtigen Voraussetzung für die Organisation der Produktion und für eine optimale Nutzung des Produktionsfaktors 'Arbeit'.

Insbesondere die Bedeutung der Dienstleistungen und der fachübergreifenden Zusammenarbeit rücken das Subjekt und seine möglichst produktive Einbindung in eine den gewandelten Arbeitsbedingungen gemäß gestaltete organisatorische Struktur zunehmend in den Mittelpunkt ökonomischer Überlegungen. Die zentrale Bedeutung der 'Menschenführung' für den Produktionsprozeß tritt verstärkt in den Blickwinkel des Managements. Mehr Entscheidungskompetenzen, die Zunahme dispositiver Handlungsspielräume auf allen Ebenen der produktiven Tätigkeit und die Stimulierung kreativer Mitarbeit auf seiten der abhängig Beschäftigten setzen Selbstbestimmungsspielräume, setzen persönliche Entfaltungsmöglichkeiten voraus. Deshalb bemüht sich das Management darum, individuellen Freiraum zu schaffen und zugleich den Spielraum zur Nutzung dieses Freiraums durch die Etablierung eines managementorientierten Normengefüges im Betrieb festzulegen. Dieses Normengefüge wird in Unternehmensphilosophien und Unternehmensgrundsätzen schriftlich niedergelegt. Sinn wird darin

mit Erfolg, Ethik mit Leistung gleichgesetzt. Begriffe wie Erfolg, Leistung, Selbstverwirklichung, Kreativität werden in den untersuchten Unternehmensleitlinien der Großkonzerne nicht definiert. Dies ist nur folgerichtig, denn ihre konkrete Bedeutung wird von der Geschäftsführung und den Vorgesetzten immer neu bestimmt.

Im Arbeitsprozeß wächst also der Entscheidungsspielraum des Einzelnen. Der Anteil der sogenannten 'unselbständigen', lediglich Befehle ausführenden Arbeit nimmt demgegenüber ab. Ein System indirekter Koordination und Kontrolle wird notwendig; ein Orientierungsrahmen, nach dem die Beschäftigten ihr Verhalten und ihre Entscheidungen freiwillig und selbständig ausrichten. Markus Bierich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, betont die ökonomischen Vorteile der Förderung einer 'vertrauenstiftenden, solidarischen Unternehmensgemeinschaft':

»Denn an die Stelle solcher Gemeinschaftsbezüge müßten, wenn sie fehlten, vertragliche Regelungen mit umfangreichen externen Kontroll- und Sanktionsmechanismen treten. Dann aber fielen erheblich höhere Informations- und Transaktionskosten an, ohne daß wir sicher sein könnten, letztlich nicht doch übervorteilt zu werden. Die Folge davon wäre, daß Risiken gemieden und Chancen ausgelassen würden. Wo dagegen Bindung und Vertrauen gegeben sind, brauchen wir weniger externe Kontrollen. Unsere Fähigkeit zur internen Bindung prägt also wesentlich unsere Beweglichkeit nach innen und außen.« (Bierich 1988, 1)

Teamarbeit in Großorganisationen. — Ein weiterer Grund für die intendierte Etablierung von 'Unternehmenskulturen' ist die zunehmende Bedeutung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit für den Unternehmenserfolg. Wenn Produkte sich ähneln, wenn die Konkurrenz qualitativ gleichwertige Waren anbieten kann, dann läuft der Wettbewerb über das Detail. Deshalb bemühen sich die Konzerne darum, ihr kreatives »Detailpotential« bei Forschung und Entwicklung sowie bei Dienstleistungen zu erschließen. Sie zielen des weiteren darauf ab, die Arbeitsleistungen der Beschäftigten auf jeder Produktionsebene, vor allem aber im Dienstleistungsbereich, zu optimieren.

Das anvisierte Tätigkeitsspektrum reicht von der Produktion, der Beratung, der Organisation über kundenspezifische Planung und Entwicklung bis hin zur Finanzierung und Wartung von Maschinen, Anlagen und sonstigen Produkten. Das Know-How-Potential der Konzerne kann nur über flexible, je nach wirtschaftlichen Erfordernissen immer neu zusammensetzende Teams optimal erschlossen werden. Die Großunternehmen streben daher danach, ihre konzerninternen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit besser zu nutzen. Das Innovationspotential der Zukunft liegt in der fachübergreifenden Zusammenarbeit. Dies setzt eine abteilungs-, ja oftmals firmenübergreifende Kooperation voraus. Der holländische Chemiekonzern Akzo hat vor allem aus diesen Gründen eine einheitliche 'Corporate Identity' eingeführt.

»Einfach ausgedrückt besteht dieses Ziel darin, die innerhalb der Unternehmensgruppe verfügbaren menschlichen Fähigkeiten und das technologische Potential gemeinsam zu nutzen und die bestehenden Möglichkeiten der Zusammenarbeit voll auszuschöpfen.« (Akzo o.J., 5)

Die angestrebten konzerninternen Synergieeffekte sind in großen heterogenen Organisationsgebilden nur schwer zu erzielen. Die Motivation zur Zusammen-

arbeit in komplexen, anonymen Konzernstrukturen ist begrenzt. Sie verlangt von den Beschäftigten, vertraute persönliche Arbeitsbeziehungen aufzugeben und sich immer wieder in neue Themengebiete einzuarbeiten. 'Unternehmenskultur' soll hier emotionale Aufgehobenheit und berufliche Flexibilität verknüpfen helfen. Die psychische Bereitschaft zur organisationsinternen Mobilität, zur fachübergreifenden Zusammenarbeit — so das unternehmerische Kalkül — wächst möglicherweise, wenn der einzelne Mitarbeiter sich mit dem Organisationsganzem stärker identifiziert. Dann akzeptiert er vielleicht bereitwilliger die Zusammenarbeit mit Menschen aus anderen Konzernbereichen oder Tochterfirmen, denn diese sind für ihn dann nicht »Fremde«, sondern »Kollegen«.

Die Bedeutung von Dienstleistungen im oligopolistischen Wettbewerb. — Die Versuche, den Einflußfaktor 'Kultur' als personalpolitisches Steuerungsinstrument einzusetzen, resultieren desgleichen aus der absatzpolitischen Notwendigkeit, Produkte und 'Problemlösungen' mit einer Reihe von Serviceleistungen zu flankieren. Auf den oligopolistisch strukturierten Weltmärkten spielt vor allem die Güte der begleitenden Dienstleistungen eine große Rolle im Wettbewerb. Beim Einkauf, der Organisation und Abstimmung von Zulieferungen, beim Vertrieb, beim Verkauf, überall sind Dienstleistungen ein entscheidender Faktor für effiziente Koordinierung der Produktion und für ein erfolgreiches Marketing.³

Dienstleistungen stellen besondere Anforderungen an die mit ihrer Herstellung beschäftigten Arbeitnehmer. Ein bloßes »Funktionieren« im Arbeitsprozeß genügt nicht. Im Dienstleistungsbereich sind fertigungstechnische Eigenschaften wie Sorgfalt, Aufmerksamkeit, Genauigkeit für die Herstellung einer qualitativ hochwertigen Dienstleistung nicht ausreichend. Ein wesentliches Qualitätsmerkmal von Dienstleistungen ist die 'reibunglose' Kundenkommunikation. Ökonomisch effiziente (Dienstleistungs-) Kommunikation erfordert 'den ganzen Menschen'. Ein geglückter Kommunikationsprozeß ergibt sich nicht bloß aus einer korrekten Informationsübertragung zwischen den Kommunikationspartnern. Kommerziell erfolgreiche Kommunikation beinhaltet ebenso ein 'angenehmes', werbewirksames und Vertrauen erzeugendes Kommunikationsklima. Dienstleistungen sollten im Idealfall nicht nur präzise ausgeführt werden, sondern zugleich bei den Kunden menschliche Bindungen an das Unternehmen herstellen. Die geforderten Kommunikationsleistungen können nur Menschen schaffen, die sich mit ihrer Aufgabe identifizieren. Deshalb stehen viele Unternehmen vor der Aufgabe, das persönliche Engagement ihrer Beschäftigten zu fördern, sie für die 'gemeinsame unternehmerische Sache' zu gewinnen. Bloße Loyalität motiviert nicht ausreichend. Das Management versucht daher, bei den Beschäftigten eine intensive Identifikation mit dem Unternehmen durchzusetzen. Das Kapital braucht »Mitarbeiter«, nicht »Mietarbeiter«, wie Horst Burgard von der Deutschen Bank hervorhebt (1989, 7).

Transnationale Netze. — Die Internationalisierung der Produktion erfordert auch eine Internationalisierung der kapitalistischen Arbeitsmoral. Mit der Ausarbeitung von Unternehmensgrundsätzen wollen multinationale Konzerne den Schwierigkeiten bei der zentralen Steuerung weltweit angesiedelter Tochter-

unternehmen begegnen. Die Koordination transnationaler Netze setzt, neben der kommunikationstechnischen Infrastruktur, auch einen Konsens der Beschäftigten, einen gemeinsamen Orientierungsrahmen voraus, der das multinationale wirtschaftliche Organisations-Gefüge zusammenhält. Um das oft unübersichtliche internationale Firmengestrüpp auf einen unternehmenspolitischen Nenner zu bringen, bemühen sich die Konzernzentralen darum, einen eigenen Normen- und Wertekonsens unter den Beschäftigten aufzubauen. Die Deutsche Bank AG steht beispielsweise vor dem Problem, daß die wettbewerbspolitisch notwendige Globalisierung ihrer Geschäfte (Europa '93, Internationalisierung der Kapitalmärkte) grundlegende organisatorische Umstrukturierungen im Unternehmen notwendig macht. Dieser Wandel kann nur erfolgreich verwirklicht werden, wenn er, nach dem Motto 'alle ziehen an einem Strang', von den Angestellten akzeptiert und umgesetzt wird. Alfred Herrhausen (1988, 187) erklärte auf einem bankpolitischen Symposium:

„Wenn man Globalisierung ... will, braucht man eine andere, eine neue Unternehmenskultur. Dabei verstehe ich unter Unternehmenskultur ... das implizite Bewußtsein eines Unternehmens, das sich aus dem Verhalten der Organisationsmitglieder ergibt und das umgekehrt als kollektive Programmierung deren Verhalten steuert.“⁴

Die Konzerne versuchen, sich als quasi multinationale und multikulturelle Organisationsgemeinschaften zu konstituieren. Sie streben danach, dem japanischen Vorbild folgend die Lebensperspektiven der Beschäftigten ganz auf den Betrieb hin auszurichten. Bayer (1988, 10f.) spricht beispielsweise von den Möglichkeiten des Konzerns, den Beschäftigten »Lebenspläne« anzubieten und eine »Bayer-Familie« zu schaffen.

Soziokulturelle Einflüsse. — Der arbeitende Mensch ist gewissermaßen eine 'Schnittstelle' des Unternehmens zur gesellschaftlichen Umwelt. Kulturelle Einflüsse werden auf diese Weise ökonomisch relevant. Vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen bemüht sich das Management daher darum, kulturelle Integrationsstrategien zu entwickeln. Unternehmens-'philosophische' Sinnangebote sollen den Beschäftigten ökonomisch funktionale Antworten auf soziale und wirtschaftliche Entwicklungen geben. Die Unternehmen reagieren damit auch auf die tendenziell zu beobachtende Relativierung von leistungs- und arbeitsbezogenen Wertvorstellungen in der modernen Wohlstandsgesellschaft.⁵

Die kulturellen Integrationsstrategien des Managements sind daher nicht nur ein Ergebnis veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen, sondern auch eine Reaktion auf den sozialen Wertewandel in der Bundesrepublik. Ein Träger dieses Wertewandels war die Umwelt- und Friedensbewegung. Sie hat vielen Menschen die ökologischen Risiken der Industriegesellschaft zu Bewußtsein gebracht. Die Möglichkeit und teilweise Wirklichkeit einer Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit führt für viele Arbeitnehmer zur Frage nach Sinn, Nutzen und Umweltverträglichkeit der eigenen Tätigkeit. Die Umweltbewegung hat darüberhinaus Forderungen nach basisdemokratischer Partizipation und individueller Selbstverwirklichung auf die soziale Tagesordnung gesetzt. Auf diese Impulse muß die Wirtschaft reagieren. Sie greift sie um so rascher auf,

als ihre Einbindung in Arbeitsprozesse, wie oben beschrieben, ökonomisch notwendig, sinnvoll und nützlich erscheint.

»Mitarbeiter« oder »Mietarbeiter«? — Innerhalb der hierarchischen Strukturen eines Unternehmens haben die Vorgesetzten Leitbild-Funktionen: Sie setzen durch ihr Verhalten, ihre Entscheidungen, ihre Präferenzen und Abneigungen bei ihren Untergebenen Normen. Auch Passivität ist hier von Relevanz: Was der Vorgesetzte duldet, wird zur Norm (BASF o.J., 13). BMW schreibt in seinen Führungsgrundsätzen:

»Führen heißt Werte setzen. Zur 'Dienstleistung' der Führungskräfte gehören Fähigkeiten und Mut, Werte für das Zusammenleben zu definieren. Werte sind Regeln, die in einer Gemeinschaft allgemein anerkannt werden (können) ... Führungskräfte stehen im Spannungsfeld verschiedener Interessen und Werthaltungen. Sie müssen Wertvorstellungen der Mitarbeiter, des Ressorts, des Unternehmens, der Gesellschaft, des Marktes usw. zu erfolgsorientierter Übereinstimmung führen.« (Bonfig u.a. 1985, 7)

Die leitenden Angestellten verfügen über die psychischen und materiellen Druckmittel, um ihre bzw. die Absichten der Geschäftsführung im eigenen Verantwortungsbereich durchzusetzen. Sie können loben und kritisieren, können Karrieren durch Empfehlungen oder Beurteilungen fördern oder eben auch verhindern. Dennoch geht der personalpolitische Trend nicht in Richtung direkten Drucks. Im Vordergrund der personalpolitischen Grundsätze aller analysierten Unternehmenspublikationen steht eindeutig die Vorstellung, daß Motivation und Identifikation der Mitarbeiter eher über Mitbestimmung, Eigenverantwortung und gegenseitige Achtung gefördert werden können als durch einen autoritären Führungsstil. Diese Auffassung von Menschenführung wird in den untersuchten unternehmensphilosophischen Veröffentlichungen als 'Kooperative Führung' bezeichnet.

Bei einigen Grundsatzserklärungen zum Thema 'Kooperative Führung' kann der Eindruck entstehen, die Unternehmen befürworteten nahezu horizontale Hierarchiestrukturen in ihren Organisationen. In den Ausführungen des Vertreters der Deutschen Bank heißt es beispielsweise:

»Wir sind überzeugt, daß die wirkliche Vereinbarung von Teilzielen das Erreichen der gesetzten Ziele eher garantiert als die bloße Anordnung. Befehle muß man ausführen, Vereinbarungen will man einhalten. Es liegt wohl auf der Hand, mit welcher der beiden Möglichkeiten mehr Erfolg verbunden ist.« (Burgard 1989, 7)

Hoesch (o.J.) bringt seine Führungintentionen auf die Formel »Überzeugen statt Anordnen«, und Hochtief (1975, 3) ist überzeugt:

»Daß der sich frei in Eigenverantwortung entfaltende Mensch zu höchster Leistung befähigt ist...«

Kooperatives Führen heißt jedoch keinesfalls, daß vertikale hierarchische Strukturen abgeschafft oder Hierarchie grundsätzlich in Frage gestellt wird. Kooperatives Führen bedeutet ebensowenig, daß den Beschäftigten mehr Entscheidungsspielraum bei unternehmenspolitischen Fragen eingeräumt würde. Der eigentliche Zweck der Kooperativen Führung ist ja nicht eine Ausweitung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz, sondern eine effektivere Durchsetzung der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Unternehmensziele. Dabei geht

es darum, innerhalb hierarchischer Zusammenhänge, deren Strukturen im Interesse von Flexibilität und Effizienz so weit wie möglich vereinfacht werden sollen, Freiräume zur individuellen Entfaltung zu schaffen. Diese Freiräume sollen zu einer Verbesserung der Arbeitszufriedenheit beitragen und dadurch die Produktivität bzw. das Engagement bei der Verwirklichung von Unternehmenszielen erhöhen. Die Wirksamkeit dieser Form der Mitarbeiterführung beruht auf der Vorstellung, daß die Vorgesetzten Toleranz üben sollen, obwohl sie auch anders könnten. Dieser 'Großmut' ist ein entscheidender Faktor für die freiwillige disziplinarische Einbindung der Untergebenen in die unternehmerischen Zielsetzungen.

Konzerne contra Entfremdung? — Selbstverwirklichung im Beruf ist die Parole, mit der die Unternehmer 'zwei Fliegen mit einer Klappe' schlagen wollen: Sie streben danach, das Subjekt auf eine produktivitätssteigernde Leistungsideologie einzuschwören und den persönlichen Lebenshorizont auf das Unternehmen hin zu verengen. Die gesellschaftliche Dimension der Frage nach dem Sinn des Lebens, des Arbeitens soll auf den beruflichen Erfolg, auf Lob und Tadel des Vorgesetzten reduziert werden. Emanzipationssehnsucht soll als Produktionsfaktor genutzt werden. Eine höhere Stufe der Entfremdung der im Produktionsprozeß eingebundenen Menschen wäre die Folge.

Die Unternehmen sind jedoch noch weit davon entfernt, ihre 'kulturellen Ziele' verwirklichen zu können. Die untersuchten 'Unternehmensphilosophien' eignen sich angesichts ihrer dürftigen inhaltlichen Qualität bislang nicht als glaubwürdige ideologische Grundlage für eine Identifikation und Orientierung vermittelnde Unternehmenskultur. Allgemeinplätze, Leerformeln und Selbstlob kennzeichnen die überwiegende Anzahl der analysierten Veröffentlichungen. Lediglich Akzo, BASF, Bayer, Bertelsmann, BMW, Deutsche Bank, Esso, Hypobank, IBM, Nestlé und Unilever haben ausführlicher begründete Unternehmensgrund- oder -leitsätze ausgearbeitet. Des weiteren führt die Kluft zwischen Selbstdarstellung und faktischem Verhalten vieler Großkonzerne häufig zu einem Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust.⁶ Dies bedeutet jedoch nicht, daß die kulturellen Anstrengungen der Unternehmen längerfristig ohne Auswirkungen bleiben müssen. Der Arbeitsplatz ist ein sozial prägender Raum. Bedenkt man, welche tiefgreifenden Auswirkungen die Umgestaltung der Arbeitsbedingungen im Zuge der Einführung industrieller Produktionsweisen für die Arbeiter mit sich gebracht hat — Veränderungen im Zeitempfinden, beim Ernährungsrhythmus, bei den Schlafgewohnheiten usw. (Müller-Jentsch 1989, 228) —, dann bleibt eine (wenngleich wesentlich weniger tiefgreifende) Veränderung der innerbetrieblichen Arbeitsbeziehungen und Umgangsformen vermutlich gesellschaftlich nicht folgenlos.

Unternehmenskultur und Gesellschaft. — Die Unternehmensphilosophien sind deshalb ein Sinnangebot, das auf den ganzen Menschen, nicht etwa nur auf das Individuum in seiner Funktion als Arbeit-»nehmer« abzielt. Die unternehmerische Leistungs- und Qualitätsideologie muß sich, wenn sie zu den gewünschten Motivationserfolgen führen soll, im moralischen Selbstverständnis der Arbeiter

und Angestellten festsetzen. Das neoliberale Credo würde dann nicht nur das Denken und Handeln der Individuen im Beruf prägen, sondern auch das Freizeitverhalten bestimmen. In den Grundsätzen der BMW-Führungskultur heißt es dazu:

»Im Zusammenhang mit Leistung als ethischer Kategorie ist Qualität grundsätzlicher Anspruch und Handlungsnorm. Qualität umfaßt dabei die gesamte berufliche Sphäre mit allen Funktionsinhalten (nicht nur das Produkt) und die private Sphäre im Sinne gegenseitiger Abhängigkeit.« (Bonfig u.a. 1985, 9)

Der Versuch, nicht nur das Betriebsleben, sondern auch das Freizeitverhalten der Beschäftigten nach kapitalistischen Leistungsnormen zu gestalten, scheint W.F. Haugs Vermutung zu bestätigen, daß jede Produktionsweise sich nur durchsetzen kann, wenn eine mit den beruflichen Anforderungen vereinbare moralische und praktische Lebensweise, wenn ein den Produktionsbedingungen adäquater Subjekttyp entsteht bzw. geschaffen wird (Haug 1987, 672).

Das Kapital knüpft hier an die Tatsache an, daß die Arbeit eine zentrale Rolle bei der Formierung des individuellen Selbstverständnisses spielt. Aus den personalpolitischen Grundsätzen der Konzerne spricht deutlich das Bewußtsein einer »erzieherischen« Macht, die aus der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit entspringt. Dieses »pädagogische« Machtbewußtsein bringt BMW zum Ausdruck:

»Der Mensch ist seiner Natur nach aktiv. Seine Aktivität ist zielgerichtet. Dieser Vorgang ist als Arbeit definiert. Mittels Arbeit schafft der Mensch seine Lebensgrundlage und einen Teil seines Lebensinhaltes. Arbeit ist zudem für den Menschen eine Grundvoraussetzung für seine Persönlichkeitsbildung, sein Selbstwertgefühl und ein entscheidendes Bindeglied zur übrigen Umwelt ... Probleme der stark spezialisierten Tätigkeit in der modernen Industriegesellschaft entstehen u.a. durch das Gefühl, kein abgeschlossenes und sinnvolles 'Werk' erbracht zu haben oder erbringen zu können. Eine besondere Aufgabe von Führungskräften besteht u.E. darin, den Mitarbeitern Sinnstrukturen in der täglichen Arbeit mit Hilfe der Delegation von Aufgaben und Verantwortung zu vermitteln, d.h. dem Mitarbeiter das Gefühl zu geben, ein Werk vollbracht zu haben bzw. vollbringen zu können.« (Bonfig u.a. 1985, 8f.)

Was die Freizeit dank einer Kulturindustrie, die aus ökonomischen Gründen der Reproduktion immer gleicher Schemata huldigt, möglicherweise an persönlicher Befriedigung versagt, wollen die Konzerne nun im eigenen 'Haus', an den Arbeitsplätzen bieten. Offenbar liegt in kreativer Tätigkeit, in selbstbestimmter Arbeit eine Voraussetzung für innere Zufriedenheit, die passiver Medien- und Warenkonsum letztlich nicht zu bieten vermag. Das unerfüllte Bedürfnis nach Selbstverwirklichung will das Kapital ökonomisch erschließen. Es geht den Unternehmen nicht um die Unterdrückung von Subjektivität. Ganz im Gegenteil: Das subjektive Streben nach Selbstverwirklichung soll wirtschaftlich nutzbar gemacht werden. Es geht dem Kapital darum, das tätigkeitsbezogene Emanzipationsbewußtsein der Menschen auszubeuten.

Unternehmensphilosophien als Instrumente privatkapitalistischer Kommunikationspolitik

Umweltschutz. — Der ausgeprägte Trend zur Formulierung eines unternehmerischen Selbstverständnisses im transnationalen Kapitalismus ist auch eine Reaktion auf die Umweltdiskussion. In kaum einer unternehmerischen Selbstdarstellung fehlen Äußerungen zum Umweltschutz. Nahezu alle Unternehmen betonen

hier die besondere Verantwortung der Wirtschaft, ohne diese jedoch genauer zu definieren. Die intensive umweltpolitische Debatte hat dazu geführt, daß Unternehmen so unmittelbar wie nie zuvor von gesamtgesellschaftlichen Problemstellungen ökonomisch tangiert werden. Existierende oder zu befürchtende Umweltauflagen berühren die Wirtschaftsinteressen vieler Firmen unmittelbar. Gegen diesen ökonomisch relevanten gesellschaftlichen Druck setzen sich die Unternehmen zur Wehr. Unternehmensphilosophien fungieren in diesem Zusammenhang auch als kommunikationspolitische Instrumente. Sie dienen der kapitalistischen Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations) als inhaltliche Grundlage für die Beeinflussung der Meinungsklimas innerhalb der Bevölkerung, und zwar sowohl im Hinblick auf die Branche wie auf die gesamte Wirtschaft.⁷

Die kommunikationspolitische Offensive der Konzerne läßt einen erheblichen Legitimationszwang der betroffenen Unternehmen erkennen. In einer Rede über die PR-Arbeit von BMW wird, in quasi hegelianischen Dimensionen, die Frage der Legitimation der eigenen Produktion problematisiert.

»Sind die BMW-Produkte im Sinne der Weltvernunft sinnvoll, notwendig? Ist der Wunsch nach schnellen Automobilen ein hinreichender Grund, sie auch zu konstruieren? Diese Sinnfrage stellt sich heute — zum ersten Mal in der Geschichte — der gesamten Industrie. Diese ist angefochten durch Bürgerinitiativen, alternative Bewegungen, durch die Intellektuellen insgesamt und hier insbesondere die Frauen.« (Avenarius 1988, 15)

In Umweltfragen stehen vor allem chemische Industrie, Automobilindustrie und Energieversorgungsunternehmen unter 'Beschuß'. Diese Schlüsselindustrien nutzen daher ihre propagandistischen Möglichkeiten besonders intensiv, um die Kritik an ihrer umweltgefährdenden Produktion zu entschärfen. Dazu gehört die Betonung eigenverantwortlichen unternehmerischen Handelns, eine Argumentationstaktik, die darauf abzielt, staatliche Regulierungen zu vermeiden, sowie das Bekenntnis, der Gewinn dürfe nicht zu Lasten der Umwelt gehen. Hoechst (1989, 13) ordnet den Gewinn explizit der Sicherheit und Umweltverträglichkeit unter, Bayer (1986) betrachtet beide Ziele als »gleichrangig«, Akzo (1988, 17) sieht in den Umweltschutzforderungen der Gesellschaft eine Chance für neue Märkte. Unternehmen der Chemieindustrie — Bayer, Hoechst, BASF — sind bestrebt, sich als Wohltäter der Menschheit darzustellen. In den Unternehmensbroschüren von Bayer (1989, 3) wird beispielsweise immer wieder betont, daß Bayer-Produkte einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung bestimmter Geißeln leisteten: Arzneien gegen Krankheiten, Pflanzenschutzmittel gegen Hunger, Chemiewerkstoffe gegen den massiven Abbau von Rohstoffen.

Die Großkonzerne verharren jedoch nicht in defensiven Rechtfertigungen, sondern gehen zum politischen und ideologischen Angriff über. BMW betont:

»Häufig haben Unternehmen hinsichtlich politischer Äußerungen einen Grad der Betulichkeit, die ihrem sonstigen Auftreten nicht entspricht. Hier gehen wir andere Wege. Die dezidierte Stellungnahme im politischen Raum ist ein Bestandteil der BMW- Kultur.« (Bonfig u.a. 1985, 13)

In den BMW-Führungsgrundsätzen heißt es: »Wir sind bereit, alle Gesetze, die in den politischen Gremien beschlossen werden zu erfüllen. Im Vorfeld der Er-

arbeitung dieser Gesetze nehmen wir jedoch im Rahmen der bestehenden Spielregeln intensiven Einfluß.« (Ebd., 20)⁸

Die Public-Relations-Abteilungen der Großkonzerne haben besonders die kritische Intelligenz, die gesellschaftlichen Meinungsmacher im Visier. BMW ist zum Beispiel mit seiner »Gerätephilosophie« (Avenarius 1988, 15) bemüht, innerhalb der Gesellschaft eine Art Technikfetischismus zu fördern und gegen 'intellektuelle Kritik' zu rechtfertigen.

»Der Mensch sollte sich ... darum bemühen. Geräte gekonnt zu handhaben und zu meistern. Dies ist dem Menschen wesensmäßig angemessener, als sie unbeholfen und linkisch zu bedienen. Durch die Meisterschaft über eine ständig verfeinerte Gerätemwelt dem Fortschritt dienen: Das ist unsere BMW-Botschaft ... Solche Argumentationen helfen gegen das Kopfschütteln der Intellektuellen. Unsere Kunden haben sich — wie wir — gegen deren Anfechtungen zu wehren. Wir müssen ihnen ein Theorieangebot machen. Und wir müssen ihnen zeigen, daß uns mehr beseelt als Krämergeist und technisches Freaktum.« (Ebd.)

Auch Philip Morris (1988, 2; 1989, 9) zielt mit seiner Kultur- und Wissenschaftsförderung in diese Richtung. Die Tätigkeit der Philip-Morris-Stiftung (sie vergibt jährlich den höchstdotierten privaten Forschungspreis in der Bundesrepublik) soll dazu beitragen, die Technikakzeptanz, die Zustimmung der Bevölkerung zu neuen, innovativen Technologien und das Vertrauen zur technischen Lösbarkeit der Probleme der Menschheit zu fördern.

Politische und soziale Verantwortung. — Ihre gesellschaftliche Verantwortung definieren die meisten Unternehmen passiv. Für sie ist Gesetzestreue, gepaart mit 'verantwortungsvollem wirtschaftlichen Handeln', oberste staatsbürgerliche Pflicht. Im Zusammenhang mit dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft ist zwar häufig auch von der 'sozialen Verantwortung' der Unternehmer die Rede. Deren Bedeutung bleibt aber verschwommen.⁹ Der Großteil der Unternehmen zieht sich auf die ökonomische Position zurück: 'Soziale Verantwortung' besteht für sie in der möglichst effizienten Ausübung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, also in der Erzielung eines möglichst hohen Profits. Damit, so wird in vielen Broschüren geschrieben, leisteten die Unternehmen einen Beitrag zur Arbeitsplatz- und Existenzsicherung, zum Wohlstand, zur volkswirtschaftlichen Entwicklung und, über Steuerzahlungen, zur Finanzierung des sozialen Netzes sowie des Staates im Allgemeinen. Eine Grenze ihrer sozialen Verantwortung formulieren nur wenige Unternehmen ausdrücklich. Diese Grenze liegt dort, wo das Profitinteresse betroffen wird. Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG schreibt (o.J., 3):

»Wir bekennen uns zur sozialen Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Gesellschaft und Umwelt. Diese Verpflichtung darf die Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigen und hat ihre Grenzen dort, wo die Existenz oder die Zukunft des Unternehmens gefährdet ist.«

Demgegenüber offerieren einige Firmen dem Staat ein Gesprächsangebot, ein Angebot zur Mitarbeit, das jedoch nur eingeschränkte Gültigkeit hat. Aus einer Position der Stärke heraus wird verlangt, daß der Staat die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen zu achten habe. Dies gilt insbesondere für multinational operierende Konzerne wie Unilever, BASF und Nestlé (auch Spar äußert sich in diesem Sinne). Die genannten Unternehmen betrachten sich als gleichgewichtige

politische Akteure gegenüber Regierungen und multilateralen Regierungsorganisationen.¹⁰ Der fordernde Unterton der folgenden Zitate offenbart das Machtbewußtsein der Konzerne gegenüber den Staaten. BASF (o.J., 1) ist darum bemüht,

»... sich überall als zuverlässiger und loyaler Partner zu erweisen, der gute Zusammenarbeit sucht, die Gesetze achtet und in sozialer Verantwortung handelt. Die BASF erwartet aber auch die Anerkennung ihrer berechtigten Interessen in einem Umfeld, das eine erfolgreiche wirtschaftliche Entfaltung ermöglicht.«

Und Nestlé (1982, 8) schreibt:

»Nestlé ist bereit, an der Erstellung internationaler Regelungen mitzuwirken und sie anzuerkennen, soweit sie nicht unverzichtbaren Grundsätzen zuwiderlaufen.«

Auffallend ist, daß der Gewinn in neueren Unternehmenspublikationen gegenüber marxistischer Kritik nicht mehr gerechtfertigt wird. Diese Auseinandersetzung scheint für die Konzerne nicht mehr notwendig zu sein. Noch in den siebziger Jahren war eine solche Debatte durchaus verbreitet. Der damalige Bosch-Chef Hans Merkle (1971, 21f.) sagte über den Gewinn:

»Zunächst ist der Ertrag Maßstab für die erbrachte Leistung — dies ist seine Funktion im Blick auf die Vergangenheit. Sodann ist er Kriterium für das Setzen von Prioritäten und für die Auswahl der Investitionsvorhaben — seine Gegenwartsaufgabe. Schließlich ist er das Fundament für die Finanzierung der Investitionsvorhaben — seine Zukunftsaufgabe. Bei Bereitschaft zu nüchterner Betrachtungsweise bleibt für den bewußt abwertenden Begriff des Profits kein Platz. Ertrag und Kapital sind volkswirtschaftliche Wertbegriffe, die sich gegenseitig bedingen. Kapital aber ist die Voraussetzung für die Erneuerung der Produktionsanlagen, für deren Anpassung an die technische Weiterentwicklung und somit für die Erhöhung der Produktivität, abgesehen von der Anpassung an die wachsenden Weltmaßstäbe.«

Im unternehmensphilosophischen Diskurs der achtziger Jahre wird auf eine explizite Auseinandersetzung mit sozialistischen Wirtschaftssystemen meist gänzlich verzichtet. Von insgesamt 120 untersuchten Firmenpublikationen enthielt lediglich die Broschüre des Otto-Versands (1989, 10f.) entsprechende Bezüge.

»Allgemein hat der Versandhandel den größten Erfolg und den höchsten Marktanteil in Ländern, die über hochentwickelte Volkswirtschaften verfügen. Dort, wo in freien Marktwirtschaften schnell und flexibel geordert und disponiert sowie mittels eines gut ausgebauten Verkehrsnetzes zügig transportiert und geliefert werden kann und wo ein leistungsfähiges Bankensystem reibungslose Abrechnungen gewährleistet, hat der Versandhandel überdurchschnittliche Anteile am gesamten Einzelhandel. Eine Ausnahme stellt lediglich Japan dar, wo der Versandhandel traditionell bedingt bisher eine untergeordnete Rolle gespielt hat. In den zentral verwalteten Planwirtschaften konnte sich der Versandhandel nicht entwickeln, obwohl er eine zentralistisch organisierte Handelsform darstellt. Die Gründe liegen in der mangelnden Anpassungsfähigkeit langfristiger Produktionspläne an ein sich schnell änderndes individuelles Nachfrageverhalten der Verbraucher sowie generell in der mangelnden Flexibilität der erforderlichen Infrastruktur.«

Die Vermeidung von militant antikommunistischer oder antimarxistischer Rhetorik scheint, ähnlich wie bei den Ausführungen zum Gewinn, ein Anzeichen dafür zu sein, daß Sozialismus und Marxismus von der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr als Bedrohung empfunden werden. Offenkundig war das Kapital schon vor den tiefgreifenden Veränderungen in den sozialistischen Ländern Osteuropas der Meinung, die ideologische Konfrontation auf diesem Gebiet sei gewonnen.

Anmerkungen

- 1 17 Firmen gaben keine Auskunft über eventuell vorhandene, explizit formulierte Unternehmensphilosophien. Vier Firmen verweigerten die Übersendung. Ursprünglich waren 82 Firmen angeschrieben worden. Der Rücklauf umfaßte 68 Antwortbriefe (83 %). 48 Firmen schickten insgesamt 120 Veröffentlichungen, 27 davon waren Unternehmensphilosophien, Unternehmensverfassungen, Geschäftsgrundsätze und sonstige Leitlinien im engeren Sinne. Bei 93 Veröffentlichungen handelte es sich um Geschäftsberichte oder um allgemeine Unternehmensbroschüren (Salazar-Volkman 1989).
- 2 Vgl. Akzo 1988 und o.J.; Bayer 1988, 12ff; Bonfig u.a. 1985, 1; Bierich 1988; Herdt 1986, 62ff.; Burgard 1989; Herrhausen 1988a; Osenberg 1987, 25f.; Hochtief 1975; Hoesch o.J., 5; IBM 1988, 1).
- 3 Hier wird nicht die These vertreten, die wirtschaftliche Zukunft der Industriestaaten liege in einer »Dienstleistungsgesellschaft«. Dienstleistungen sind keinesfalls ein Substitut für die industrielle Produktion, sondern vielmehr ihr Surrogat, oder besser, ihr Komplement. Sie bekommen ihre besondere Bedeutung im Zusammenhang mit der industriellen (Über-)Produktion auf oligopolistischen Märkten. Übrigens stehen auch manche bürgerlichen Ökonomen der verbreiteten volkswirtschaftlichen Überschätzung von Dienstleistungen skeptisch gegenüber. Stephen S. Cohen und John Zysman von der University of California, Berkeley schreiben (1988, 4): »Es ist absolut illusorisch zu glauben, daß irgendeine große Wirtschaftsmacht ihre Produktion aus der Hand gleiten ließe und darauf setzen könnte, daß sie dafür hochwertige Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich erhalte. Der Kern unserer Argumentation ist die direkte Verknüpfung: Ein erheblicher Teil der Dienstleistungen und damit entsprechende Arbeitsplätze sind eng mit der Produktion verknüpft; ein Verlust an Produktion bedeutet einen Verlust — nicht einen Gewinn — an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich.«
- 4 Herrhausen bezieht sich an dieser Stelle auf Scholz (o.J., o.S).
- 5 Müller-Jentsch (1989, 225ff.) verweist auf die Sinndefizite der kapitalistischen Gesellschaft: »Bedeutsam für die Entfaltung kapitalistischer Produktivität waren die traditionellen Orientierungen erwerbsbezogener Leistungsethik, die von den religiösen und familialen Sozialisationsinstanzen vermittelt wurden. Sie haben in dem Maße an sinnstiftender Kraft eingebüßt, in dem vom 'Marktindividuum' eine Mobilität verlangt wurde, die seine Verwurzelung in Familie, Nachbarschaft und Region als arbeitsmarktpolitisch dysfunktional erscheinen ließen. Des Weiteren haben der Massenkonsum und das ihn stützende Marketing einen konsumeristischen Hedonismus erzeugt, der die 'Protestantische Ethik' unterminierte.« (Ebd., 232)
- 6 Ein Paradebeispiel bot in jüngerer Zeit Exxon, nachdem ein Exxon-Schiff im letzten Jahr eine schwere Umweltkatastrophe in Alaska verursacht hatte. Die mit der Untersuchung des Unglücks beauftragte Regierungskommission bezeichnete Mißmanagement als eine der Ursachen. Der Konzern entzog sich seiner Verantwortung und ließ die Säuberungsarbeiten der verschmutzten Küste Alaskas vorzeitig abbrechen. Nur etwa ein Viertel der insgesamt 41 Millionen Liter ausgelaufenes Rohöl wurde entsorgt. Tausende Tonnen Ölschlack blieben zurück, mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur (siehe beispielsweise den Bericht im Stern vom 21.9.1989, Nr.39, 274). In den Geschäftsgrundsätzen von Exxon steht geschrieben: »Die Exxon stellt an sich selbst hohe Anforderungen. Sie will bei dem, was sie tut und wie sie es tut, eine führende Rolle spielen. Sie ist bestrebt, bei allen ihren Unternehmungen die menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen auf Mitarbeiter, Kunden und Umwelt zu berücksichtigen ... Diese Grundsätze sollen mehr sein als hochtrabende Worte. Sie beschreiben die Maßstäbe des Verhaltens, zu deren Befolgung wir uns als Unternehmen verpflichten und deren Befolgung wir von unseren Mitarbeitern erwarten.« (Esso 1987)
- 7 Alfred Herrhausen (1988, 188) schreibt hierzu: »... ich erachte 'corporate culture' als konstitutiv, gleichsam als vierten Produktionsfaktor neben Kapital, Personal und Management. Sie besitzt deshalb strategische Bedeutung, weil sie das Material hergibt, nicht nur für Inhalt und Form dessen, was wir PR nennen, sondern auch für den Geist, in dem PR praktiziert wird.«
- 8 Diese Haltung muß auch als Bestandteil der Marketingstrategie von BMW verstanden werden. Die Firma bemüht sich, dem Image ihres Autos — rasant, offensiv, aggressiv — zu entsprechen. In der Automobilbranche ist dieses »Besetzen« von bestimmten Produkt- Eigenschaften das zen-

- trale Wettbewerbskriterium. Die Autokäufer erwerben nämlich nicht bloß ein Fahrzeug, sondern in erster Linie ein Statussymbol. Jeder Autohersteller ist daher bemüht, seine Marke mit bestimmten werbewirksamen Prestigemerkmalen 'aufzuladen' und auf diese Weise Marktsegmente zu schaffen bzw. zu verteidigen oder auszuweiten.
- 9 Unvermittelt und ohne weitere Erläuterung geschriebene Sätze wie »Daneben bekennt sich Stinnes ausdrücklich zu seiner sozialen Verantwortung« (Stinnes 1988, 5) sind dafür typisch.
- 10 Der vorliegende Beitrag klammert die Frage nach der Bedeutung von Unternehmensphilosophien für die Dritte Welt aus der Analyse aus. Es ist anzunehmen, daß Unternehmensgrundsätze in erster Linie für die betriebsinterne und -externe Öffentlichkeit in Industriestaaten geschrieben werden. In Entwicklungsländern verfügen die Konzerne über andere Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Notwendigkeit einer subtilen Bewußtseinsarbeit besteht daher nicht im selben Maße wie etwa in Europa und den USA, wo Gewerkschaften und Medien unter Umständen Hindernisse für die Verwirklichung der Konzernpolitik sind.

Literaturverzeichnis

- Akzo (Hrsg.), 1988: Geschäftsbericht 1988. Arnheim
- Akzo (Hrsg.), o.J.: Ein neuer Geist. Arnheim
- Avenarius, Dr., 1988: Vortrag AK über PR-Arbeit bei BMW. O.O.
- BASF Zentralabteilung Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), o.J.: Unternehmensleitlinien. Ludwigshafen
- Bayer AG (Hrsg.), 1986: Leitlinien für Umweltschutz und Sicherheit bei Bayer. Leverkusen Bayer AG Konzernverwaltung Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), 1988: Festakt zum 125jährigen Bestehen der Bayer AG. Leverkusen
- dies., 1989: direkt von Bayer 3/89. Ausgabe Bergisches Land
- Bierich, M., 1988: Solidarität in der Marktwirtschaft. In: Handelsblatt, 15.10., Nr. 190
- Bonfig, W., u.a. (Hrsg.), 1985: Grundsätze der BMW-Führungskultur. O.O.
- Burgard, H. 1989: Überlegungen zur »Unternehmenskultur«. Ausführungen anlässlich der Wiedereröffnung der Filiale Hanau der Deutschen Bank am 19.1.1989 in Hanau
- Cohen, S., und J. Zysman, 1988: Der Mythos der postindustriellen Gesellschaft. Siemens-Zeitschrift Nr.3
- Esso (Hrsg.), 1987: Grundsätze unserer Geschäftspolitik. O.O. (Nachdruck vom September 1978)
- Haug, W.F., 1987: Nach dem Fordismus: Postfordismus? Überlegungen im Anschluß an Häusler/Hirsch. In: Das Argument 165
- Herd, H.K., 1986: Bosch 1886-1986. Portrait eines Unternehmens. Stuttgart
- Herrhausen, A., 1988: Die strategischen Implikationen der Globalisierung für die deutschen Banken. In: G.Bruns und K.Häuser (Hrsg.): Banken und Börsen im internationalen Wettbewerb. Frankfurt/M.
- dies., 1988a: Our Corporate Culture. In: db-international. An english language journal for Deutsche Bank staff worldwide. H.3
- Hochtief (Hrsg.), 1975: Hochtief heute. O.O.
- Hoechst Zentralabteilung Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), 1989: Informationen '89 (1. Andruck 'Nur für die Presse'). Frankfurt/M.
- Hoesch AG, o.J.: Werk und Wir: Interview mit Dr. Rohwedder über Unternehmensgrundsätze. O.O.
- IBM (Hrsg.), 1988: Führungsgrundsätze der IBM Deutschland GmbH. O.O.
- Merkle, H.L., 1971: Geschäftspolitik der Bosch-Gruppe. Vortrag vor Mitarbeitern der Bosch Gruppe auf der Schillerhöhe am 10.2.
- Müller-Jentsch, W., 1989: Management und Industriekultur. In: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr.4
- Nestlé (Hrsg.), 1982: Wer wir sind, was wir wollen — Führungsgrundsätze der deutschen Nestlé-Gruppe
- Osenberg, A., 1987: Die Unternehmenskultur. In: Res Oeconomica. H. 10-11
- Otto Versand Direktion Wirtschaftspolitik und Kommunikation (Hrsg.), 1989: Otto Information. Hamburg
- Philip Morris Stiftung (Hrsg.), 1988: Philip Morris Forschungspreis '88. München

dies. (Hrsg.), 1989: Ideen verändern die Welt. München
 Salazar-Volkmann, Chr., 1989: Unternehmensphilosophien, Unternehmensgrundsätze, Leitlinien:
 Zum Selbstverständnis der 68 größten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Essen.
 Frankfurt/M. (unveröff.)
 Scholz, Chr., o.J.: Management der Unternehmenskultur. O.O.
 Stinnes AG (Hrsg.), 1988: Stinnes Unternehmensleitsätze. Mülheim/R.
 Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (Hrsg.), o.J.: ZF- Unternehmensleitlinien. O.O.

FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

*Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen,
Dokumente, Rezensionen, Bibliographie &
Infomarkt. 4 x pro Jahr auf 122 Seiten.*

PRAXIS MIT REFLEXION.
ANALYSE MIT SUBSTANZ.
KONZEPTE MIT KONTUREN.

Zukunft der Reformpolitik?
Die politische Gestaltung des
gesellschaftlichen Wandels bei
SPD und den Grünen Heft 1/91

Triumph der Verbände?
Bewegungen zwischen Gesell-
schaft und Staat Heft 3/91

Bewegung, Gegenbewegungen
und Staat
Heft 2/91

Power in der Provinz?
Ländlicher Raum und neue
soziale Bewegungen Heft 4/91

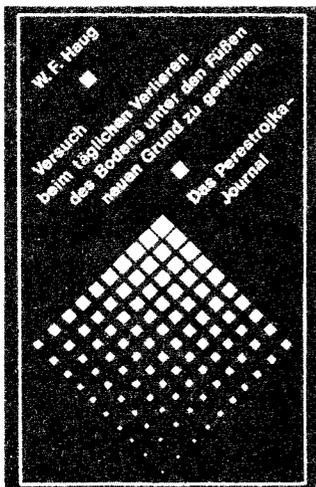
Joachim Raschke
**KRISE DER
GRÜNEN**
Bilanz und Neubeginn

Hrsg. Forschungsgruppe
Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag

ISBN 3-924800-47-2
224 Seiten
19,80 DM

Abo: DM 48,- (DM 36,- erm.); Einzelheft: DM 12,50
Bestellungen über den Buchhandel • Probehefte gratis beim Verlag
Verlag: Schüren Presseverlag, Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Redaktion: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, c/o Dr. Thomas Leif, Neubauerstr. 12, 6200 Wiesbaden





Wolfgang Fritz Haug
*Versuch, beim
täglichen Verlieren
des Bodens unter
den Füßen neuen
Grund zu gewinnen*

Das Perestrojka-Journal
Juni 1989-Mai 1990
510 S., br., DM 34,-,
geb. DM 44,-

West- und östliche Geländearbeiten

Wolfgang Fritz Haug, Professor für Philosophie an der Freien Universität Berlin, hat bereits in seiner umfassenden Studie über die Ideen und die Ideologie der Perestrojka (*Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, 1989*) die geistige und politische Situation der Sowjetunion analysiert.

In seinem jüngsten Buch verfolgt er den Prozeß der Umgestaltung weiter, notiert akribisch die Veränderungen, Brüche und Konflikte und konzentriert sich dabei in zunehmendem Maße auf den Wandlungsprozeß des staatlich verordneten Sozialismus insgesamt. Die ungeheure Schnelligkeit, mit der der im Fall der Mauer kulminierende Niedergang der östlichen Staatsmächte sich vollzieht, läßt keine distanzierende Analyse zu, zwingt den Beobachter vielmehr zum subjektiv-reflektierenden Nachvollzug der Ereignisse. So hat der Autor denn auch die Sichtweise des politischen Tagebuchs gewählt, um sich und anderen Rechenschaft abzulegen über das, was noch bis vor kurzem dem Reich der Phantasie zugehörig schien.

Dies Buch kann — und will — kein allumfassender theoretischer Wurf sein, es versteht sich als Materialsammlung, als täglicher Vergewisserungsprozeß eines linken Intellektuellen, der nicht bereit ist, dem Zeitgeist nachzugeben und den Marxismus — als Möglichkeit und Kritik — ad acta zu legen.

»Man muß Haug einräumen, daß er mit seinem jüngst publizierten ›Perestrojka-Journal‹ (...) die Wirklichkeit ziemlich ungefiltert an sich herangelassen hat.« (*Hans Martin Lohmann in der ZEIT*)

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Wolfgang Fritz Haug

Mutmaßungen über Gorbatschow und Perestrojka Aus dem Perestrojka-Journal von 1991

13. Januar 1991

Am Tag vor seinem Tod, am 14. Dezember 1990, hat Dürrenmatt seine am 25. November gehaltene Rede auf Gorbatschow überarbeitet. Logik und Ausgang des Kalten Krieges leitet er aus der epochalen Leit- Destruktivkraft, der Atom- bombe, ab, die »eine Kettenreaktion an Furcht« ausgelöst habe. Die Ideologien: nur Rationalisierungen eines »irrationalen Konflikts«, dessen Bewegungsförm die Unbeweglichkeit war, in der jede Seite sich lähmend in der andern spiegelte, die sich in ihr spiegelte usw. So kam es, »daß die beiden Gegner, im Versuch, ein- ander zu Tode zu rüsten, das Resultat des Zweiten Weltkrieges umkehrten, die Verlierer des heißen Krieges, Deutschland und Japan, wurden die Sieger des Kalten, und wenn der deutsche Bundeskanzler den tiefsinnigen Ausspruch tat, Karl Marx sei tot und Ludwig Erhard lebe, so vergaß er, daß die Bundesrepublik nur durch den Kalten Krieg zu dem geworden ist, was sie war und schon nicht mehr ist, weil sie sich dank eines Marxisten mit der deutsch-demokratischen Republik zu einem neuen Deutschland vereinigen konnte.«

Dürrenmatt, der Nichtmarxist, schärft ein, man müsse G. als Marxisten ernst nehmen, der den Marxismus zu erneuern versucht. (...) G. war einzig beim ersten Zug frei, aber das Bedeutende an ihm, daß er bei den folgenden Zügen *von seinem Plan nicht abwich*. Daher Auflösung des Ostblocks, Sturz der kommunistischen Regierungen. Die entprivilegierte KP »gleich jetzt einer frei schwebenden Pyramide, die in sich zusammenfällt«. Selbstapplikation, paradox: »Die Perestrojka überwindet mit marxistisch-leninistischer Logik die marxistisch-leninistische Ideologie. Diese war eine Arbeitshypothese. Sie hat ihre Arbeit getan und kann fallengelassen werden.«

Zum Schluß eine Apotheose Gorbatschows als eines praktisch gewendeten Kant: »Was wir brauchen, ist die furchtlose Vernunft Michail Gorbatschows. Was sie bewirken wird, wissen wir nicht, er steht der wirtschaftlichen und politischen Krise gegenüber, die er durch die Perestrojka hatte vermeiden wollen. Auch eine Scheinordnung, die zerstört wird, schafft eine Unordnung. Aber eine furchtlose Vernunft ist das einzige, was uns in der Zukunft zur Verfügung stehen wird, diese möglicherweise zu bestehen, uns, nach der Hoffnung Kants, am eigenen Schopfe aus dem Untergang zu ziehen.«

13. Januar 1991 (2)

Truppeneinsatz in Litauen. »Noch bevor Bagdad in Flammen steht«, wundert (entrüftet?) sich der ZDF-Kommentator. Es soll über zwanzig Tote gegeben haben, der erste ein sowjetischer Soldat mit einem Schuß im Rücken. Eine Parallele zu 1956, als die SU den britischen-französischen Krieg gegen Ägypten für die Niederschlagung des ungarischen Aufstands nutzte. Aber der Unterschied zu beachten: diesmal geht es um den Erhalt der SU selbst, und G.s Ultimatum, das

dem Truppeneinsatz vorausging, verlangte die Wiederherstellung der Verfassungsordnung. Aber was weiß ich, vielleicht großrussische Tricks, vielleicht spielt die Armee bereits mit. Die Sprecher des Westens, soweit sie heute vom ZDF gezeigt wurden, vermitteln den Eindruck, die Perestrojka sei beendet, eine neue Phase angebrochen. Ins Bild paßt Schewardnadses Rücktritt.

Seit Tagen liest es sich in der FAZ so: bislang war es im »deutschen« oder auch »westlichen« Interesse, G. zu stützen, jetzt steht er im Wege. Dies, weil er sich gegen die Auflösung der SU wendet (wenden muß, auch im Namen des rechtsstaatlichen Universalismus).

14. Januar 1991

Litauen: Der Militäreinsatz anscheinend vorbereitet von langer Hand und nach alten Mustern. Anzeichen: die Ersetzung des Innenministers Bakatin durch Pugo, Schewardnadses Rücktritt, die zeitliche Abstimmung mit dem Vortag des erwarteten Krieges gegen Irak. Jetzt nurmehr von halb so vielen Toten die Rede wie anfangs. Aber der nach Prunskienes Rücktritt gewählte neue Ministerpräsident über Nacht samt Familie verschwunden. Die Armee beherrscht jedoch das Feld nicht allein. Verfassungsorgane haben sich eingemischt. Das müßte im Sinne Gorbatschows sein, für den Gewalt nur als Rahmen für einen verfassungsmäßigen Rechtsstaat in Frage kommt.

22. Januar 1991

J. fordert mich auf, einen Appell von 166 russischen Intellektuellen zu unterschreiben, worin es heißt, daß »der Präsident und das Parlament die Demokratie verraten«. In Reaktion auf den Armee-Einsatz in Vilnius: »Der Umsturz hat bereits begonnen. Wenn er gelingt, erwarten uns wieder Lager, Terror, Angst, Hunger und Ruin.« — Ich finde den u.a. von Juri Afanasjew unterschriebenen Text maßlos, ein Dokument von Realitätsverlust. J. verharmlost, wenn er ihn »hart und bitter« nennt. Ich unterschreibe nicht.

23. Januar 1991

Krieg seit einer Woche, grausige Unterhaltung, elektronische Spielhalle, rund um die Uhr über CNN. Im Schatten dieses Krieges zerbricht Gorbatschows Politik und Position, wie es scheint, unaufhaltsam. Schewardnadses Rücktritt war nur der Anfang, die Auflösung des Präsidialrats scheint die Fortsetzung beschleunigt zu haben. Ausgerechnet Schatalin formulierte gestern ein Ultimatum an Gorbatschow: entweder Rücktritt oder Bruch mit der KPdSU, Auflösung der Sowjetunion, ökonomischer Liberalismus. Juri Afanasjews Sprache »extremistisch«: G. für ihn plötzlich ein Mann des Lagers, der Diktatur.

2. Februar 1991

Alexander Gelman aus dem ZK ausgeschlossen. Die SU spricht jetzt mit vielen Stimmen: durch- und gegeneinander. Noch immer zeichnet sich kein neuer geschichtskräftiger Block ab. Zerfall. Nachdem der Markt nicht eingeräumt und gestaltet werden konnte, herrscht der Schwarzmarkt, und gegen ihn wird der KGB eingesetzt.

3. Februar 1991

Lutz Hoffmann, Präsident des DIW, analysiert in der gestrigen FAZ sehr strategisch vom Standpunkt des Gesamtkapitalisten die ökonomischen Aspekte des DDR-Anschlusses. »Extrembeispiel« für einen Sieg der »auf Stimmenmehrheit zielenden politökonomischen Rationalität« mit chaotischen Folgen ist für ihn Gorbatschow.

5. Februar 1991

Verzweifelt bemüht sich Gorbatschow um einen neuen Unionsvertrag. Ich habe früher übersehen (wie G.), daß dies zu den Vorbedingungen der sozialökonomischen Umgestaltung gehört hätte. Ich habe immer verstanden, daß die politischen Reformen den ökonomischen vorausgehen müßten (natürlich Wechselverhältnis der Reformetappen in Politik und Ökonomie), aber auf die inneren Reformen geblickt, vergessend, daß auch ein solches »Innen« bei Lockerung der äußeren Zwangsfesseln erst geschaffen werden müßte. G. wirkt wie ein Gefangener seiner Gewaltapparate.

Lese jetzt erst, was G. am 28. November 90 bei einem Treffen mit »Kulturschaffenden« (u. a. mit Jewtuschenko) gesagt hat. Lockere Plauderei, bißchen philosophischer Würdezierrat (»die alten Griechen hatten wieder einmal recht: alles fließt, alles bewegt sich«). Dazwischen Protokollsätze wie Notschreie (»das ist eine schleichende Konterrevolution«) und jenes Bekenntnis zum Sozialismus, von dem ich seinerzeit in der Presse gelesen hatte, das er aber dadurch ins Vage wendet, daß er sich mit dem spanischen Regierungschef Gonzalez vergleicht, »einem ebenfalls überzeugten Sozialisten«. Zum Privateigentum sagte er: »Ich habe mich immer für Marktwirtschaft ausgesprochen und tue das weiter. Doch obwohl ich für Marktwirtschaft bin, akzeptiere ich beispielsweise kein Privateigentum an Grund und Boden. Machen Sie mit mir, was Sie wollen — ich akzeptiere es nicht. Pacht — selbst für hundert Jahre, sogar mit dem Anspruch auf den Verkauf und die Vererbung der Pachtrechte — bitte schön.« Das schützt selbstwirtschaftende Bauern und geht gegen Bodenspekulation. Ansonsten spricht sich G. für Privateigentum in der Produktion aus, glaubt aber nicht, daß es dominieren wird bzw. daß seine Dominanz vom Volk hingenommen würde. Sonderbares Wischibaschi: »Durch verschiedene Formen des Aktienbesitzes, durch Pacht und dann vielleicht durch vollen Erwerb wird der Betrieb zum Volkseigentum gemacht. Man (?) soll den Menschen (?) dieses Eigentum geben (?). Mögen sie es verwalten und über ihre (?) Produktion verfügen (?).« a) Wer ist Man?; b) »die Menschen« — ein bißchen viel, welche?; c) verkaufen nicht = geben; d) die Produktion eines Betriebes nicht = »ihre« (der Privateigentümer) Produktion, fehlen die Arbeiter; e) der Staat wird die Eigentümer (wie alle übrigen) doch wohl zur Kasse bitten, also einen Teil »ihrer Produktion« in Steuern verwandeln, über die sie mitnichten verfügen.

Dann spricht G. von Grenzen der Veränderung, Unantastbarkeiten, die er »letzte Bastion« nennt: »da darf man um den Tod nicht weichen, wie vor Moskau, wie vor Stalingrad.« Was er meint, ist die multinationale Gesellschaft der Sowjetunion. Soll etwa das Kriegspotential der Supermacht SU unter Nachfolgestaaten aufgeteilt werden?

Auf die Genese der Perestrojka zurückblickend, erwähnt er einen Spaziergang mit Schewardnadse im Dezember 1984, wo sie sich darüber verständigt haben, daß »alles verfault« ist. Er nennt keinen anderen. Sah also den Rücktritt Schewardnadses wohl auch nicht voraus.

6. Februar 1991

Gestern kam ein junger Geophysiker aus der vormaligen DDR, der seit vier Jahren in Leningrad studiert, in meine Sprechstunde. Er will zur Philosophie überwechseln. Erfährt sich im Vergleich zu den sowjetischen Studenten als mathematische Unbegabung, obwohl er von einem Spezialgymnasium kommt. Als sein Stipendium auf DM umgestellt wurde, kam das einer Verdreifachung gleich. Durch den Einzug der 50- und 100- Rubelscheine sei das Vertrauen in die Währung vollends zusammengebrochen. Er glaubt nicht, daß diese Maßnahme irgendwie den Schwarzhandel trifft. Studieren würde er gerne bei Mer Mamardashwili, wenn dieser nicht gestorben wäre. So höre ich zum zweitenmal von diesem Tod, an den ich nicht zu glauben vermag.

15. Februar 1991

G. soll »Diktatur des Gesetzes« ankündigen; der Rechtsstaat wird aufgezwungen.

16. Februar 1991

Mária Huber beschreibt in der ZEIT vom 1.2., was mir auch der Student aus Leningrad gesagt hat: die partielle Währungsreform in der Sowjetunion machte fast nur Ärger, schadete den Leuten, brachte das gesamte Leben durcheinander, traf jedenfalls die Mafia so gut wie gar nicht. Die ZEIT überschreibt den Artikel: »Alle Macht dem KGB«. Auf der Titelseite ein Artikel von Christian Schmidt-Häuer: »Ein halber Putsch? Gorbatschows Wende am Ende«. — Oder rückt jetzt der Sturz Gorbatschows ins Visier des Westens? Ist die Interessenübereinstimmung am Ende? Die Nachrichten aus der SU konfus-katastrophisch: ich entdecke keine Handschrift darin.

5. März 1991, Eßlingen

Der Oberste Sowjet hat ein neues Währungsgesetz verabschiedet, das schon wieder (noch immer) Staat gegen Geld (Eigenlogik des Marktes) einsetzt, derart wieder Wirklichkeit (und Eigentätigkeit der Leute) von sich abspaltend.

10. März 1991

In Moskau eine riesige Demonstration der »Demokraten« gegen Gorbatschow. Afanasjew, der in meinem Gorbatschow-Buch von 1989 noch als eine der Stimmen im Einklang mit G. wengleich sich in manchem vorwiegend, vorkommt, seit mehr als einem Jahr ein scharfer Gegner, ja Feind. Als mein Buch erschien, gingen die Flitterwochen der Perestrojka, als sich noch alle Unzufriedenheit hinter G. sammelte, eben zu Ende. Die Taktik Jelzins jetzt, Gorbatschows rechtsstaatliche Rekonstruktion der Sowjetunion zu durchkreuzen. Der Bürgerkrieg, vor dem G. warnt, sei dessen Krieg gegen das Volk, schreien sie.

17. März 1991

Im heute zur Abstimmung gestellten Entwurf zu einem neuen Unionsgesetz

besagt §4: »Die Republiken betrachten den Aufbau und die Entwicklung einer zivilen Gesellschaft als die wichtigste Voraussetzung für Freiheit und Wohlstand«.

19. März 1991

In der SU zeichnet sich eine Zweidrittelmehrheit für den neuen Unionsvertrag ab. In »Sowjetunion heute« lese ich einen Hinweis darauf, daß die Einheit der USA Ergebnis eines Bürgerkriegs war.

21. März 1991

In der SU endlich wieder Politik erkennbar. Mit der Dreiviertelmehrheit für die Beibehaltung der Union im Rücken verkündete Gorbatschow endlich den ersten Akt der Preisreform. Er hat dafür die Zustimmung aller Republiken (außer den baltischen) gewonnen, auch wenn Jelzin nur seinen Stellvertreter hat unterschreiben lassen, um aus einem eventuellen Mißerfolg Kapital schlagen zu können. Es läuft so, wie Gorbatschow es immer angestrebt hat: die staatlichen Subventionen werden zurückgenommen, was den »Gesamtpreis« um die gleiche Summe hochtreibt, und die freiwerdenden Mittel werden (zu 85 Prozent) auf die Löhne draufgeschlagen. Theoretisch gesehen, müßten jetzt die Marktmechanismen volkswirtschaftlich sinnvoll wirken. Was den Widerstand gegen die Preiserhöhungen angeht, der noch vor einem Jahr das Programm von Ryschkow im Vorfeld zum Scheitern gebracht hat, so scheint er zermürbt zu sein durch die Krise. Preiserhöhungen verlieren ihren Schrecken angesichts des größeren Schreckens, daß es zu regulären Preisen fast nichts mehr zu kaufen gibt und am Schwarzmarkt eh horrendere Preise verlangt werden. Auch könnte es sein, daß sich Widerstand verzettelt und erschöpft hat. Der Streik der Bergarbeiter muß also nicht zum Generalstreik werden, sondern könnte die Form werden, in der die Gesellschaft diffus das »Sinnlose« solcher Akte realisiert.

30. März 1991

Im Radio wird Schewardnadses warnende Empfehlung berichtet, »die beiden sowjetischen Führer« müßten sich arrangieren, weil es sonst keinen Weg gebe. Von wegen Zivilgesellschaft! Da sind zwei Führer wie Naturtatsachen, um sie herum muß das Land sich bauen. Zufällig übersetze ich zur Zeit an §75 aus dem zweiten der *Gefängnishefte*. Einen Artikel Robert Michels' lesend beschäftigt sich Gramsci dort mit charismatischen Führern und jenem Typ von Parteiung, der um sie herum aufgebaut wird. Nach Gramscis Einsicht »fällt das sogenannte 'Charisma' im Sinne von Michels in der modernen Welt immer mit einer primitiven Phase der Massenparteien zusammen, mit der Phase, in der die Doktrin sich den Massen als etwas Nebulöses und Inkohärentes darstellt«. Gramsci schreibt, mit Blick auf die faschistische Partei, die Nebulosität der Tatsache zu, daß hier eine absterbende Klasse sich mit vergangenem Ruhm bewußtlos gegen die Zukunft abschirmen will. Gorbatschow führt die rationale Programmpartei, Jelzin verschafft jenem glühenden Nebel Ausdruck, der den Bürgerkrieg birgt. Launisch, wechselnd, intensiv und unklar, folgt er dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Unzufriedenheit, um deren desartikulierenden Strahl just immer dorthin zu bündeln, wo G. an der Rahmenkonstruktion der Zivilgesellschaft und eines ihr dienenden Staates arbeitet.

30. März 1991 (2)

In der Wochenendbeilage der FAZ ein hintergründiger Erlebnisbericht von Sonja Margolina über eine riesige Demonstration gegen G. und für J. Sonderbare Perspektive, die den Phänomenen mit einem Ja begegnet, in dem sie sich fangen und verlieren wie in einer Falle. Und sonderbare Kategorien. So die des Ästhetischen: »Gorbatschow als Haßobjekt. Daran muß man sich erst noch gewöhnen. Er hat die Ästhetik des letzten Schritts der Rettung des Imperiums und dem Machterhalt geopfert, nun verliert er wohl beides.« Die Demonstration schildert die Margolina als einen Karneval, den vor allem die 50-55-Jährigen betreiben und dem vor dem orgiastischen Höhepunkt die Luft ausgeht. Sie schildert sie als zum Absterben verurteilte Klasse, die bewußtlos am eigenen Untergang arbeitet: »Die Menschen sind überwiegend gut gekleidet: in Pelz, Lammänteln und schicken Mützen. Es sind keinesfalls arme Leute, die ungeachtet der Wirtschaftskrise über ihre Verhältnisse leben. Sie sagen 'nein', aber ahnen nicht, was auf sie zukommt. Sie haben das Wort 'Abwicklung' noch nicht gehört und können sich kaum vorstellen, daß ihre tollen Pelze vielleicht die letzte Pracht in ihrem Leben bleiben werden. In Moskau, der Residenzstadt, ist die Hälfte der Berufstätigen einfach überflüssig — ein offenes Geheimnis. Doch man kann es sich kaum vorstellen. Würden sie hierherkommen, wenn sie durchschauen würden, welches Schicksal ihnen Jelzins Programm der Privatisierung bereiten wird? 'Freiheit' — rufen sie. Freiheit von der Arbeit, vom gewohnten sozialen Status, Freiheit für die anderen — die Jungen, Arroganten, Schlaunen, die an ihre Stelle treten werden.«

Die Jungen schildert sie konformistisch, darauf bedacht, für sich etwas aus der Gesellschaft herauszuschlagen. »Von kleinen Randgruppen abgesehen, ist die heutige Jugend politisch indifferent und infantil.«

12. April 1991

Von Novosti ein paar Erklärungen, die Gorbatschow auf der »1. Parteikonferenz der Streitkräfte der Sowjetunion« (offenbar wurde hier eine neue politische Bühne eröffnet) abgegeben hat: kühl und knapp für Rechtsstaatlichkeit, gegen »Rückfall in Unterdrückung und Gewalt«, aber für eine Ordnungsfunktion der Armees. Läßt die Gefahr des Bürgerkriegs nach einem Putsch durchscheinen: »Man darf nicht zulassen, daß sich unter der Parole der Verteidigung des Sozialismus oder unter irgend einer anderen Parole die Jahre 1937-38, 1952-53 usw. wiederholen.« Sieht eine faschistische Gefahr, »Leute einer gewissen 'braunen' oder 'halbbraunen' Schattierung, die an die Macht drängen«. Er bekennt sich als Kommunist und artikuliert die sozialistische Perspektive »mit den Zielen, die dem Volk seit Jahrhunderten vorschweben. Das sind soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit, stabile und normale Beziehungen zwischen den Menschen und menschliche Solidarität«. Es könnte sein, daß er die Rechnung ohne das wirkliche Volk macht. Aber unzweifelhaft ist in seiner Position eine stabile Kontinuität zu erkennen. Dagegen hat Jelzin etwas Komödiantisch- Wechselfhaftes.

13. April 1991

G. als neuer Jaruzelsky? Nein, ungleich tragischer.

14. April 1991

Swetlana Askoldowa sagte immer wieder: Gorbatschow verliert. Die Leute sind verrückt. Sie verändern sich in ihrem Verhalten zueinander. Gorbatschows unsichere Entscheidungen. Keine greift mehr. Swetlana erzählt, daß Krawtschenko, Gorbatschows TV-Verantwortlicher, aus dem Journalistenverband ausgeschlossen worden ist.

20. April 1991

In der Prawda soll G. mit dem »gütigen« Zaren Alexander II. verglichen worden sein, der als liberaler Reformier freiwillig auf einen Teil seiner Macht verzichtet hat und schließlich umgebracht worden ist.

23. April 1991

Die Sojusgruppe forderte am Wochenende Ausnahmezustand mit Parteien- und Streikverbot, widrigenfalls G. abgesetzt werden soll. Aber inzwischen weiten die Streiks sich aus. Für heute ist ein Generalstreik in Weißrußland angekündigt, mit Gorbatschows Rücktritt als Streikforderung. Die Leute sollen nurmehr lachen beim Namen G., und zwar böse. So habe ich selbst es schon vor einem Jahr auf dem Polizeirevier des Arbat gespürt.

24. April 1991

Wechselbalg-Waren: Als Indikator für die Fäulnis der sowjetischen Gesellschaft berichtet Kerstin Holm (kein unverdächtiger Zeuge), daß es auf einem Moskauer Markt kaputte Glühbirnen zu kaufen gibt, das Stück zu 1 Rubel, deren »Gebrauchswert« darin besteht, daß man sie am Arbeitsplatz in eine Lampe schraubt und die funktionierende mitgehen läßt.

Der schlingernde und schwindende G. hat wieder einmal einen Kompromiß schließen können: der Antikrisenplan ist, mit Zugeständnissen versehen, von acht Republikchefs, darunter Jelzin, unterzeichnet worden. Noch immer beim Umstellen von der Befehlsadministration auf eher horizontale Vereinbarungen, die von beidseitigem Vorteil sind. Marx war zu schnell mit seinem Spott über Bentham. Gewiß fangen nun alle Probleme des Marktes wieder von vorne an, aber die Probleme der Despotie lauerten im blinden Fleck von Marx: dem *Wie* einer nicht marktförmigen großräumigen Vergesellschaftung der Produktion.

6. Mai 1991

Anscheinend geht der Umbau der SU weiter, und zwar mehr in Richtung auf einen Staatenbund als auf einen Bundesstaat. G. wie ein vielseitig belagerter Moderator des Prozesses. Rußland (und damit Jelzin) kriegt nun als Lohn fürs Einschwenken auf einen Kompromißkurs einen eignen Geheimdienst. Schwarznadse gibt G. noch drei Monate. Entweder gelingt bis dahin die Weichenstellung für eine Rekonstruktion des gesellschaftlichen Lebens — oder G. muß abtreten.

8. Mai 1991

Michael Stürmers FAZ-Leitartikel ist »Der Kreml nach dem Golf« überschrieben, meint aber »Der Kreml nach Gorbatschow«. Der Historiker benützt bereits den raunenden Imperfekt des Erzählers: »Die erste Perestrojka kam, einschließ-

lich Michael Gorbatschow, aus der Einsicht, daß ohne durchgreifende Modernisierung von Staat und Gesellschaft die Sowjetunion als Weltmacht abdanken müsse.« Hat die SU den Golfkrieg verloren? Ja, sagt Stürmer, mit »ihrer Technik von gestern« und ihrem Versuch, mittels eines diplomatischen Kompromisses den Krieg zu verhindern. Kurz, der Golfkrieg ist den Russen auch vor-geführt worden, um ihnen und der Welt zu zeigen, wer der Herr ist. Stürmer gibt sogar zu verstehen, das Abkommen zur deutschen Einheit sei vom Obersten Sowjet nur deshalb ratifiziert worden. Die BRD hat den Krieg gewonnen, auch diesen. Das Ganze läuft auf die Vorhersage hinaus, daß die militärische Niederlage, wie immer in der russischen Geschichte, »noch einmal in die Modernisierung von oben führen« werde.

14. Mai 1991

Von einer »reaktionären Wende« Gorbatschows spricht der Direktor des BIOST, Heinrich Vogel. Das ist die Perspektive jenes fiebernden und widersprüchlichen Gemischs, das sich rechts von sozialistischen Reformperspektiven formiert hat. Hinter der vermeintlichen »Wende« verbirgt sich der Verlust der Balance. Das zentristische Spielen mit und zwischen rivalisierenden Kräften war irgendwann zu Ende. Vogel hält eine Konsolidierung der Umgestaltung für unmöglich.

16. Mai 1991

Leonid Luks (»Droht der Sowjetunion ein Bürgerkrieg?«, FAZ): in Gorbatschows »Inkonsequenz liegt das Geheimnis seines Machterhalts, seiner Verwandlung in einen eigenständigen politischen Faktor, ja in eine Institution«. Dem liegt »das labile Gleichgewicht« ganz heterogener Kräfte zugrunde, die nicht mit einander können und deren keine stark genug ist, die andere unterzukriegen: G. der »Puffer«, Stärken und Schwächen sind kontrapunktisch verteilt: die KPdSU und ihr Apparat halten effektive Verwaltungsmacht, aber kaum nennenswerte Konsensmacht (nur noch 6 Prozent sollen sie stützen); die »Demokraten« sind insofern Erben der Dissidenten, als sie den Massen mißtrauen, eine These, der Jelzins Populismus zu widersprechen scheint. Jede der antagonistischen Formationen hält laut Luks die Perestrojka von ihrem Standpunkt für gescheitert. Die Krise des Landes scheint dem recht zu geben. »Das zerfallende Kommandosystem und die im Entstehen begriffene zivile Gesellschaft funktionieren nach völlig unterschiedlichen Mustern und lähmen sich gegenseitig. Das ist wohl die Hauptursache für den immer weiter voranschreitenden Zerfall der wirtschaftlichen und politischen Mechanismen.« Aber man solle sich davon nicht täuschen lassen: »Dennoch handelt es sich hier wohl um ein schöpferisches Chaos, in dem sich die Verwandlung der sowjetischen Gesellschaft von einem Objekt in ein Subjekt der Geschichte vollzieht.« — Luks ist Chef der Osteuroparedaktion der »Deutschen Welle«.

26. Mai 1991

Vor drei Tagen ist in Leningrad eine Börse aufgemacht worden. Am ersten Tag soll es zu 150 Transaktionen im Wert von rund 50 Millionen Rubel gekommen sein. Unklar, was da umgesetzt wurde. Im Juni soll darüber abgestimmt werden, ob Leningrad in St. Petersburg rückbenannt wird.

26. Juli 1991

Eine anscheinend instinktiv befolgte Machtlogik der FAZ-Schreiber: Stärkung der Einheit bei »uns« und den »uns« »befreundeten« Mächten (der katholischen Kirche, den USA...), Schwächung der andern, der tatsächlich oder möglicherweise in irgendeiner (oft unklaren) Weise konkurrierenden Mächte. Jugoslawien soll verschwinden, »wir« sind, wie selbstverständlich, auf der Seite der national ausscherenden Kräfte. Die Chaosdrohung des Bürgerkriegs geht — natürlich nur bei »den Anderen« immer von den größeren Einheiten aus, nicht von ihrer Zerlegung. Man muß den untergründigen Filiationen nachgehen, die solche instinktiven Parteinahmen tragen: der große Marktinteressent Bundesrepublik übt, in Wechselwirkung mit anderen seinesgleichen (ein Getriebener-Treibender) eine devastierende Wirkung auf Vergesellschaftungsformen aus, die sich auf niedrigerem Produktivkräfteniveau regulieren; ihre Desintegration setzt dort relative Marktinteressenten aus, die alsbald das Weite suchen möchten. So zunächst Slowenien, der höchstindustrialisierte und finanziell das ganze Land durchdringende Norden. Auf dem offenen Markt wird Slowenien es zu nicht viel mehr als zu einem Klientenstatus gegenüber den entwickelten Zentren der EG bringen. Hoffnung auf die Ankunft des jenseitigen Kapitals.

In der SU könnte zuwegegebracht werden, was Jugoslawien versäumt hat: ein neuer Unionsvertrag, der zwischen den Mitgliedsrepubliken ausgehandelt ist. Würde die Union zur bloßen Schattenunion, in der alle Macht bei den Republiken läge, könnte das Ganze sich wie das britische Commonwealth in irgendeine lockere Formation mit allen möglichen Übergangsformen zwischen Integration und völliger Auflösung verwandeln. Ob eine solche Struktur der multinationalen Realität der Bevölkerungen Rechnung tragen könnte? Ob sie in der Lage wäre, die nationalistischen Antagonismen notfalls mit Gewalt in rechtsstaatliche Bahnen zu kanalisieren?

G. proklamierte vorgestern den Abschied der KPdSU vom Klassenkampf. Nach Stalins »Staat des ganzen Volkes« nun die »Volkspartei«, aber diesmal sozialdemokratischen Typs, in einer Gesellschaft agierend, die weitgehend entstaatlicht ist und sich zunehmend kapitalistisch reguliert. Jedenfalls versucht G. den bisherigen Hauptakteur zu transformieren, um eine handlungsfähige Kraft »sozialistischer Orientierung« (mehr nicht) zu behalten.

9. August 1991

»Historischer« Fehler (im Doppelsinn), das Neue nicht aus dem Vorhandenen schaffen zu wollen. So in der SU: aus den vorhandenen Entitäten und Akteuren des Wirtschaftens müßten die neuen geschaffen werden. Privatkapitalismus zu wünschen töricht. Schon wieder ein Großer Sprung, aber diesmal rückwärts-vorwärts, zunächst das Gewesene überspringend, dann das Werden.

19. August 1991

Heute nacht um vier wurde Gorbatschow durch einen Putsch abgesetzt. Morgen wäre der neue Unionsvertrag unterschrieben worden. Ausnahmezustand. Möglich, weil G.s Position längst dishegemonial geworden war. Die Zwangseinheit wird das reorganisatorische Moment verspielen und Zerfall und Bürgerkriege ernten.

Kultur als Überlebensstrategie



Paul Willis

Jugend-Stile

Zur Ästhetik
der gemeinsamen Kultur
Aus dem Englischen
von Thomas Laugstien
200 S., br., DM 24,-

»Die Institutionen der hohen Kultur haben mit dem Leben der meisten Jugendlichen nichts zu tun. In diesem Buch wird gezeigt, daß es im Alltagsleben selbst eine pulsierende symbolische Lebendigkeit und Ausdruckskraft gibt — auch wenn sie meist nicht sichtbar ist oder von oben herab betrachtet wird. Das Leben der Jugendlichen ist voll von Ausdrucksweisen, Zeichen und Symbolen, durch die Individuen und Gruppen ihre Identität und ihre Bedeutung erarbeiten, erforschen und ausprobieren. Das ist die Sphäre der lebendigen, gewöhnlichen Gemeinkultur.«

(Aus dem Vorwort)

Diese Studie, die überkommene Auffassungen dessen, was unter Kultur zu verstehen sei, in Frage stellt, basiert auf einer breit angelegten Forschungsarbeit, die von Paul Willis und seinen Mitarbeitern (Simon Jones, Joyce Cannan und Geoff Hurd) in verschiedenen englischen Städten zwischen 1987 und 1988 durchgeführt wurde. Sie zeigt auf, wie sich die symbolische Kreativität von Jugendlichen in den kulturellen Medien, der Musik, der Mode und im Alltagsleben schlechthin äußert. Sie tritt dem weit verbreiteten Vorurteil entgegen, die Jugendlichen seien kulturlose Wesen, die am liebsten in Fußballstadien Randalen veranstalten. Diese selektive Wahrnehmung wird durch Willis' Forschungen auf eindrucksvolle Weise widerlegt.

Das Buch wendet sich an Kultur- und Gesellschaftswissenschaftler, sowie an alle, die im Bereich der Kulturpolitik und/oder mit Jugendlichen arbeiten.

Über den Autor

Paul Willis war von 1968 bis 1982 Mitarbeiter am *Centre for Contemporary Studies* (CCCS) in Birmingham und lehrt jetzt an der »School of Humanities and Social Sciences« in Wolverhampton. In Deutschland bekannt wurde vor allem seine Studie über Formen schulischen Widerstands (*Learning to Labour*, 1977; dt.: *Spaß am Widerstand*). Ferner veröffentlichte Willis Arbeiten über die subversiven Stile in der Jugendkultur (*Profane Culture*, 1978) und zur sozialen Lage der britischen Jugend (*The Youth Report*, 1988).

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Susan Willis

Die »Erdbeben-Ausrüstung« Zur Politik des Trivialen

Unsere Kultur hat Warencharakter, und das bedeutet, daß wir zu den sozialen Beziehungen und den historischen Prozessen keinen anderen Zugang als den über die Warenform haben. Es bedeutet aber nicht, wie manch einer behaupten würde, daß es keine Geschichte mehr gibt. Ebenso wenig bedeutet es die völlige Auflösung des Sozialen, die uns nur noch das schale Vergnügen von entfremdeten Verhältnissen und fetischisierten Bedürfnissen läßt. Im Alltag bündeln sich vielmehr die antagonistischen Kräfte, von denen die Geschichte geformt wird. Der Alltag, der uns in vielfältiger, aber routinemäßig eingespielter Form entgegentritt, der zufällig, aber doch vorprogrammiert scheint, ist für uns scheinbar von einer so geringen Bedeutung, so nahe, daß wir ihn gleichsam als zweite Natur leben. Aber wenn wir Geschichte wirklich begreifen wollen, müssen wir lernen, ihre Gegenwart im Diesseits zu erkennen. Der Alltag, der wegen seiner Angleichung an die Warenform als trivial, unzusammenhängend und fetischisiert abgetan wird, ist gleichwohl das Feld, auf dem wir uns dem Historischen nähern können. Die kritische Reflexion des Alltags kann dazu dienen, Widersprüche zu begreifen und Anstöße zur Veränderung kapitalistischer Kultur zu geben.

Die Herausforderung liegt darin, den Alltag dialektisch zu verstehen und auf diese Weise Zugang zu widersprüchlichen sozialen Bedeutungen zu gewinnen. Diese Methode hat Theodor W. Adorno in den *Minima Moralia* praktiziert. Adorno betrachtete das Triviale als ein Feld von historischen Konvergenzen, und die Erscheinungen mit dem höchsten Veränderungspotential erwachsen für ihn aus dem kindlichen Spiel. So veranlaßt ihn ein Kind, das mit einem mit Ölfässern beladenen Lastwagen spielt, zu der Bemerkung, dieses Spiel kopiere die kapitalistische Produktion, aber als Allegorie. »Der kleine Rollwagen fährt nirgendwohin, und die winzigen Fässer darauf sind leer.« (Adorno 1951, 306) Das Spiel ist »zwecklos«. Es imitiert Produktion, ist jedoch selbst nicht produktiv, da es lediglich Vergnügen erzeugt. Wichtig ist für Adorno, daß Zweckmäßigkeit die phänomenologische Dimension des Tauscherts ist. Als zweckfreies ist das Kinderspiel die Produktion von Gebrauchswert. Um wirklich zu begreifen, was Adorno meint, müssen wir uns der Tatsache bewußt werden, daß die Spielsituation den Kapitalismus zugleich affirmiert und negiert. Diese 'unmögliche' und doch so wirksame Erkenntnis kann nicht unterdrückt oder gefügig gemacht werden, sondern eignet sich dazu, die utopische Phantasie zu beflügeln. Adornos Allegorie ist ein Mittel zur Problematisierung nicht des Spiels, sondern der Arbeit selbst.

Nicht alle Instanzen des Alltags enthalten utopische Möglichkeiten. Meist ist die Wiederholung kapitalistischer Sozialstrukturen im Ideologischen so vollständig naturalisiert, daß wir sie nicht mehr als Allegorie begreifen. Dennoch ist keine von ihnen so umfassend fetischisiert, daß sie umstandslos mit dem Kapitalismus identifiziert werden könnte. Schließlich benötigt gerade die Warenform — per definitionem die Negation sozialer Beziehungen der Produzenten — das

Soziale für ihre Produktion. Dies ist ihr Grundwiderspruch, auf dessen Basis wir beginnen können, Objekte und Praktiken des täglichen Lebens zu problematisieren. Die folgenden Beobachtungen versuchen, eines der gewöhnlichsten Objekte des täglichen Lebens in seinen historischen Dimensionen zu entschlüsseln: das »earthquake kit«, eine Art Überlebenstornister für den Ernstfall.

Die Erdbeben-Ausrüstung: Ein postmoderner Atombunker

Viele öffentliche und private Schulen (einschließlich der Vorschulen) in kalifornischen Vorstädten verlangen neuerdings von den Eltern, ihre Kinder mit einem Tornister für Notfälle, einer »Erdbeben-Ausrüstung«, auszustatten. Die Werbematerialien, die den Kindern mitgegeben oder per Post nach Hause geschickt werden, zielen auf die Angst um die Sicherheit der Kinder und bezeichnen Eltern als nachlässig, wenn sie die empfohlene Ausrüstung nicht anschaffen.

Von Eltern/Lehrerorganisationen verschickte Flugblätter formulieren diese Aufforderung in Begriffen, die elterliche Schuldgefühle hervorrufen. Ein Flugblatt zeigt zum Beispiel das tränenüberströmte Gesicht eines Kindes: »Papi ist in L.A. bei der Arbeit, und Mami krieg' ich nicht ans Telefon. Wer kümmert sich jetzt um mich?« Solche Familiendarstellungen zeigen, wie eine antifeministische Rollback-Strategie in alltägliche Wurfsendungen übersetzt wird. Das Flugblatt akzeptiert Papis Arbeit in Los Angeles als den Normalfall — schließlich lebt man ja in einer Vorstadt. Aber es wirft zugleich die Frage auf, warum Mami nicht zu Hause ist, und macht sie für die Angst des Kindes verantwortlich.

Die späten achtziger Jahre haben eine Reihe von antifeministischen Rollbacks erlebt, darunter die Streichung von Bundeshilfen für Abtreibungen und eine enorme Zunahme von Anti-Abtreibungskampagnen, die sich zur Sensationsmache eigneten. Gleichzeitig begab sich die Presse aufs »Mami-Gleis«, um berufstätigen Frauen zu demonstrieren, wie zwecklos ihre Bemühungen sind, gleiche Berufschancen zu erringen. Auf der alltäglicheren Ebene fand die Verdammung des verstärkten Eintretens von Frauen in den Arbeitsmarkt Eingang in die Klatschspalten, wo Frauen vorgeführt wurden, die lieber zu Hause für ihre Familien Brot backen 'als sich von 9 bis 17 Uhr irgendwo zu Tode zu schuften'. Diese weitverbreitete antifeministische Rollback-Strategie stellt die arbeitende Mutter in einen Kontext, in dem sie entweder dem gesellschaftlichen Druck nachgeben und mehr als Mutter funktionieren oder für ihre Entscheidung, zu arbeiten, die Schuld auf sich nehmen muß. Indem Müttern und Vätern das Gefühl gegeben wird, sie hätten die Kinderbetreuung untereinander, d.h. als Individuen, auszuhandeln, und indem den Frauen Schuldgefühle wegen ihrer Berufstätigkeit vermittelt werden, verhindern die Herrschenden eine radikale Gesellschaftskritik und die Möglichkeit, sich Alternativen des Alltags auch nur auszumalen.

Das gilt auch für die Erdbeben-Ausrüstung. Die Flugblätter stellen Naturkatastrophen als »drohend« dar, befördern Ängste mit Bildern von Erdbebenwellen und 8,8-Werten auf der Richter-Skala und zeigen schließlich mit dem Finger auf die schuldigen Mütter, die, wenn die Katastrophe eintritt, nicht zu Hause sind. Fragen, die die soziale Bedeutung der »Ausrüstung« enthüllen könnten, werden nicht gestellt — ja nicht einmal gedacht.

Was ist überhaupt drin in so einer Erdbeben-Ausrüstung? Obstkonserven, Saft, Bifis, ein Plastiklöffel und ein paar Erfrischungstücher: das sind die Zaubermitel fürs Überleben. Jedes Kind im Klassenraum hat seine eigene Ausrüstung, jede einzeln verpackt und beschriftet.

Trotz seiner Trivialität verweist die Erdbeben-Ausrüstung auf eine der wichtigsten Eigenschaften der Warenform: Sie verkörpert den Inbegriff demokratisierten Konsums und demonstriert damit eindringlich, was Marx mit dem Begriff des Warenfetischismus meinte. Die Warenform ist als Negation der Arbeit und der sozialen Produktivkräfte definiert. »In ihr erscheint der soziale Charakter der menschlichen Arbeit als objektive Eigenschaft, die sich dem Produkt dieser Arbeit eingeschrieben hat: die Beziehung der Produzierenden zum Endergebnis ihrer Arbeit wird ihnen nicht als soziale Beziehung untereinander, sondern als eine zwischen den Produkten ihrer Arbeit präsentiert.« (Tucker 1978, 320). Durch ihre Existenz und Zirkulation werden die Waren zu dem Medium, durch das wir das Soziale erfahren. Einheitlich in Regalen aufgereiht und frei zugänglich, immer wieder ersetzt und allgegenwärtig, sind sie die entfremdete und fetischisierte Verkörperung des Begehrens nach sozialer Demokratie — und damit zugleich ihre Beseitigung.

Der Begriff des demokratisierten Konsums findet in der Erdbeben-Ausrüstung seinen trivialsten Ausdruck. Es gibt weder Elite-Tornister für die Kinder aus Beverly Hills noch bekommen die reicheren größere Ausrüstungen. Eine ist wie die andere. Durch sie erlangt die Warenform eine Allgemeinheit, die sie in der realen Welt des Warentauschs, in der die Waren jeweils Massen- oder Eliteprodukte repräsentieren, nie ganz erreicht. Ihre Form ist durch die Angst ums Überleben bestimmt, in einem Land, in dem Zerstörungphantasien die Einebnung der Gesellschaft mitsamt ihren Bauwerken ausmalen. Ich würde sogar behaupten, daß die Standardisierung der Erdbeben-Ausrüstungen, die sich nicht etwa einer Firmenentscheidung, sondern den Aktivitäten von tausenden von Eltern, welche die Ausrüstung zusammenstellen verdankt, den utopischen Begriff einer klassenlosen Gesellschaft verkörpert — einer Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt mit Waren handeln. Die Einebnung sozialer Unterschiede ist Teil des Katastrophenbildes, das in den »Katastrophenfilmen« der späten siebziger Jahre empirisch vorweggenommen wurde. Was die Erdbeben-Ausrüstung für Schulkinder zur bündigen Metapher des Warenkapitalismus macht, ist die absolute Gleichsetzung des Überlebens mit dem Überleben der Warenform und sein Entwurf einer neuen Gesellschaft, die gänzlich durch die Warengemeinschaft definiert wird. Letztere ist ein widersprüchlicher Begriff, da es keine Gemeinschaft auf der Basis der Warenform geben kann. Das schließt aber nicht aus, daß utopische Sehnsüchte artikuliert und doch zugleich begrenzt, ja negiert werden können.

Ich betone die utopischen Möglichkeiten der Erdbeben-Ausrüstung, weil ihre Charakteristika in den unseren Alltag bestimmenden Waren sonst selten vorkommen. Obwohl in Massenproduktion hergestellt, werden die meisten Waren für einen bestimmten Konsumentenkreis produziert und enthalten oftmals stilistische Merkmale, die Klassen-, Rassen- und Geschlechtsunterschiede bezeichnen. Solche Unterscheidungen haben ihre Wurzeln in einer Gesellschaft, in der mit

Unterschieden stets soziale Ungleichheit gemeint ist. Da die stilistischen Merkmale von Waren für selbstverständlich gehalten werden, dienen sie der Normalisierung und reproduzieren Ungleichheit und Unterordnung. Als Beleg für diese These möchte ich die Erdbeben-Ausrüstung mit einem anderen Alltagsgegenstand vergleichen, der von Millionen von Schulkindern benutzt wird, der Brotdose. Wo die Erdbeben-Ausrüstung die Nivellierung sozialer Unterschiede suggeriert, zeigen Brotdosen die Verfestigung von Geschlechtsunterschieden an. Die Dosen für Jungen sind in den Primärfarben rot, gelb und blau und mit militaristischen, meist männlichen Roboter- oder Mutantenfiguren versehen, die superangetriebene Fahrzeuge steuern und mit entsprechenden Waffen schießen. Im Gegensatz dazu bekommen Mädchen Brotdosen, die in hellblau, türkis und rosa Motive wie Barbie, My Little Pony, Care Bears und eine Vielzahl von Herzen, Blumen und Regenbogen zeigen. Nur wenige Motive liegen 'quer' zu dieser Grenze, etwa Bilder von Tweetie und Bugs Bunny. Die Kinder lernen jedoch, diese angesichts eines Massenmedien-Spielzeugmarkts, der pro Jahr eine neue Generation von Comic-Figuren hervorbringt, als altmodisch anzusehen. Darüber hinaus würde die Wahl von Bugs Bunny Geschlechtsambiguität in einer Kultur markieren, in welcher der Warenkonsum ansonsten eindeutige Zuweisungen von Geschlechtsrollen vornimmt.

Impliziert also die Standardisierung und Allgemeingültigkeit in der Erdbeben-Ausrüstung eine klassen-, rassen- und geschlechtslose Gesellschaft, so werden diese potentiell 'gleichmachenden' Sozialcharakteristika zugleich zurückgedrängt von einem anderen Merkmal der Ausrüstung, das diese utopischen Möglichkeiten durchkreuzt: von ihrer absoluten Individualisierung. Es gibt genau eine Ausrüstung für jedes Kind. Teilen, Tauschen oder Zusammenlegen des Inhalts sind selbst innerhalb einer Klasse verboten. Zu retten sind nach der Katastrophe nur Individuen, die ihre Autonomie durch die Beziehung unter Beweis gestellt haben, die sie mit ihren Waren verbindet.

Die Erdbeben-Ausrüstung entwirft eine ganz andere soziale Vision als ihr Vorgänger, der Atombunker. In vielerlei Hinsicht stellt die Erdbeben-Ausrüstung den für seinen vereinzelt Konsumenten/Überlebenden gleichsam auf handliches Maß gebrachten Vorstadtbunker dar. Der Atombunker seinerseits war bereits auf den Kreis der Kleinfamilie beschränkt. Karikaturen machten sich während des Kalten Krieges über den ausschließenden Charakter dieser Atombunker lustig: Familien mußten sich entscheiden, ob sie die Nachbarn in ihren »Privatbunker« hereinlassen wollten oder nicht. Der Konsens schützte das heilige Recht auf Privateigentum, so daß die Knappheit von Platz und Lebensmittelreserven zur Grundlage einer Überlebensideologie auf der Basis der Kleinfamilie als der kleinsten Verbrauchereinheit werden konnte. Und in der Tat, ähneln die Atombunker mit ihren säuberlich bestückten Regalen und ihren vielen Konservendosen nicht kleinen Supermärkten?

Camping am Ground Zero¹

Der Atombunker ist nicht bloß ein Mini-Supermarkt, er ist auch eine verzerrte Wiederentdeckung des Camping. Viele Bunker sind mit den Erste-Hilfe-Koffern

und der Campingausrüstung ausgestattet, die man für das Zelt oder den Wohnwagen angeschafft hatte. Als die Angst vor dem nuklearen Holocaust zurückging, veranstalteten die Familien 'Dämmer-Feten' (*slumber parties*) in ihren sonst ungenutzten Bunkern. Die Kinder spielten »Haus«. Die Grillparty ist wie das Camping im Garten ein typisches Vorstadtvergnügen. Indem sie im Vorgarten ein Zelt aufschlagen und dort kochen, definieren die Familien ihre Räume neu und gewinnen ihrem Grundbesitz neue Bedeutungen ab. Die Mittelklasse stellte die territorialen Grenzen des Eigentums durch das Ausheben von Swimmingpools und Atombunkern in Frage und untermauerte damit ihren Anspruch auf das Erdreich: die Obergrenze ihres Eigentums markierte sie durch immer höhere Fernsehantennen. Im Vergleich dazu hat die Mittelklasse der neunziger Jahre viele deterritoralisierte Mitglieder. Es gibt zwar nach wie vor die Vorstadtsiedlung, doch leben viele Familien und Singles aus der Mittelklasse inzwischen in abgeschirmten Gemeinden, in Stadt- und Eigentumswohnungen. Statt ihr Recht auf Privateigentum zu propagieren, kehrt diese Klasse das Recht auf einen kontinuierlichen Fluß von Waren und Freizeitaktivitäten aggressiv heraus. Die Erdbeben-Ausrüstung steht dabei für den Übergang vom Eigentum zum postmodernen Begriff des Raums, der zugleich den Raum zur Ware werden läßt. Das Zelten im Garten holt die Wildnis in die denaturierten Landschaften zurück, besonders nachts, wenn die Konturen verschwimmen und Nachbars Lumpi wölfisch heult.

In seinen physischen Eigenschaften und seinen imaginären Dimensionen ermöglicht der Atombunker also die Erzeugung sozialer und kultureller Bedeutungen, die vielschichtiger sind als die nur auf den Kalten Krieg bezogenen. Für die meisten US-Amerikaner beschwört das Campen auch Praktiken herauf, die von den amerikanischen Ureinwohnern übernommen wurden. Die Ideologie und Ikonographie der Indianer ist so sehr zum Bestandteil der Campingkultur geworden, daß wir dazu neigen, den eigentlich wichtigsten Einfluß zu verkennen, den des Militärs. Viele von uns haben das Camping als Pfadfinder kennengelernt, kaum jemand hat jedoch in der Geschichte des Kolonialismus, im Manöver und in der militärischen Ausrüstung die Grundprinzipien des Camping erkannt. Meine eigenen Erinnerungen an die Pfadfinderzeit beinhalten Spurenlesen, Knotenknüpfen, Zeltaufschlagen und das Aufschneiden von Arm oder Bein der besten Freundin, um Schlangengift daraus zu entfernen.

Neben dieser allgemeinen Verbindung zwischen Camping und Militär gibt es noch eine fundamentale zwischen dem Camping und der Atomkriegskultur. Diese Beziehung reicht tiefer als der Bunker im Vorgarten, der letztlich eine ihrer Ausdrucksformen ist. Einer meiner Freunde, Alexander Wilson, hat ausgiebige Forschungen über Landschaften im Spätkapitalismus des 20. Jahrhunderts betrieben. Seine Beobachtungen zeigen, wie die Natur zu einem Designelement geworden ist, dessen Gebrauch in Industrie- oder Freizeitanlagen die künstliche Umgebung naturalisieren soll. Wilsons Forschungen demonstrieren die enge Beziehung zwischen der Entwicklung von Freizeitparks und der Atomindustrie. Der Modellfall ist der Tennessee-Valley-Authority-Komplex (TVA), wo eine ehemals natürliche Landschaft mit Flüssen, Seen, Bergen, Schluchten und Tälern zu einem riesigen Netzwerk umgestaltet worden ist, das zur Produktion von Waffen, Wasser- und Atomenergie, zur Kernforschung und als Mülldeponie dient.

Diese Landschaft wurde mit Campingplätzen, Wanderwegen, Bootsanlegern und Angelplätzen durchsetzt. Die 'natürliche' Umgebung stellt also einen Kontext her, in dem die Produktion von Atomenergie als ein natürlicher Prozeß der Umwelt erlebt werden kann. Gleichzeitig verleihen die mit dem Camping assoziierten Begriffsfelder der Atomindustrie einen Hauch von Sicherheit. Wir würden zwar davor zurückschrecken, auf Three Mile Island zu zelten; aber Millionen von Amerikanern zelten im TVA-Komplex und schwimmen an einer Küste, deren Freizeitwert sekundär ist gegenüber ihrer eigentlichen Funktion als Kühlsystem eines nahegelegenen Atomkraftwerks.

Der Bunker im Vorgarten ist nicht die bloße Negativ-Version der gesünderen Erfahrung des Familien-Campings. Er löst vielmehr die individualisierte und auf ihren Kern reduzierte Freizeiterfahrung aus den öffentlichen Landschaften heraus und versetzt sie in den Vorgarten. Da das Camping aber als soziale Praxis eine Vielzahl von Menschen, Aktivitäten und Situationen einschließt, bietet es auch die Möglichkeit alternativer Handlungsweisen. Das Frauenzeltlager in Greenham Common stellt zum Beispiel eine wichtige kulturelle Form dar, deren radikales Potential von Frauen und Männern an vielen anderen, weniger bekannt gewordenen Orten wie dem Atomkraftwerk im kalifornischen Diablo-Canyon erkannt und wiederholt worden ist. Solche Zeltlager nutzen die Praxis des Campings, um Militarisierung, Vereinzelung und männliche Vorherrschaft in der Gesellschaft aufzudecken und zu kritisieren. Eine solche radikale Umkehrung ist aber nicht mehr möglich, sobald die Sozialformen in die Warenform hineingepréßt sind. Die Erdbeben-Ausrüstung beseitigt die Aktivität des Camping in seiner alternativen Form und damit die Möglichkeit, Sozialbeziehungen neu zu definieren. Das Zeltlager in Greenham Common stellt eine Form des Guerillatheaters dar, die auf der Basis der Warenform nicht realisiert werden kann. Wenn wir eine Erdbeben-Ausrüstung öffnen, entdecken wir nur die Waren, aus denen sie besteht. Saft, Suppe und Labello verkörpern die simulierte Erinnerung daran, wie sie hätten verwendet werden können, wenn sie für einen Campingausflug gekauft worden wären, aber sie geben keinen Zugang zu sozialer Praxis oder zu ihrer eigenen Umdeutung zum Guerillatheater.

Kartoffelsack und Vorstadtstraße

Unterstützt wird die Umwandlung eines Atombunkers der fünfziger in die Erdbeben-Ausrüstung der neunziger Jahre durch die Art und Weise, wie der Warenfetischismus historische Differenzen tilgt, indem ein von den Supermächten geführter Atomkrieg gleichgesetzt wird mit einer Naturkatastrophe. Auch die Angst vor dem Atomkrieg in den fünfziger Jahren war nie eine ausschließlich politische Erfahrung, sondern eine neue Form der Angst vor einer Naturkatastrophe, deren furchteinflößender Atompilz das kulturelle Sinnbild und der Inbegriff der Kalten-Kriegs-Paranoia war. Die im Babyboom der Nachkriegszeit geborenen Kinder waren die erste Generation, die mit dem Fernsehen — und auf diese Weise mit der Ausbreitung kleiner Atompilze im Wohnzimmer — aufgewachsen ist. Viele dieser Kinder, die heute selbst Eltern sind, haben während ihrer Sozialisation die Erfahrung der Hilflosigkeit angesichts einer Katastrophe

gemacht, die mit einer Naturkatastrophe gleichgesetzt wurde und daher als unkontrollierbar erschien.

Die Berliner Mauer ist abgebrochen, ihre Einzelteile sind abtransportiert und als Souvenirs in der »freien« Welt verkauft worden. Aber die Ängste, aus denen sich die Paranoia des Kalten Krieges speiste, sind nicht beseitigt. Sie geistern vielmehr umher als ein diffuser postmoderner Zustand, dessen Beständigkeit sich in der Wiederkehr des Atombunkers manifestiert — seiner Wiederauferstehung als Parodie in der Erdbeben-Ausrüstung. Um die Präsenz der Geschichte in der Parodie zu begreifen, brauchen wir nur an Marx' *18. Brumaire des Louis Bonaparte* zu denken, an jene Stelle, wo die Geschichte, die Parodie und die Erfahrung der Entmachtung der Klassen zusammenkommen. Der Hegelschen Annahme folgend, daß wichtige historische Ereignisse und Personen »sich sozusagen zweimal ereignen« (MEW 8, 115), behauptet Marx, sie präsentierten sich zuerst als Tragödie und beim zweiten Mal als Farce. Zu den Zielen des *18. Brumaire* gehört es, Louis Bonaparte als die groteske Parodie seines Onkels zu zeichnen. Darüber hinaus geht es darum zu zeigen, wie diese Parodie aus der Manipulation und der Unterdrückung von etwas hervorging, was sich unter anderen Umständen in revolutionäre Klasseninteressen hätte verwandeln können.

Zu den Faktoren, die zur Niederlage des revolutionären städtischen Proletariats geführt haben, rechnet Marx die Rivalitäten zwischen den landbesitzenden und den Handel treibenden Fraktionen der Bourgeoisie, die Louis Bonaparte gegeneinander ausspielen konnte, und die Behinderung der sozialistischen Tendenzen innerhalb des Kleinbürgertums. In erster Linie macht er aber für das endgültige Scheitern eines umfassenden Versuchs der sozialen Umwälzung die Unfähigkeit der Landbevölkerung verantwortlich, sich mit dem städtischen Proletariat zu verbünden. Marx erinnert an die Revolution von 1789 und stellt fest, daß die Landbevölkerung in der Tat einen dramatischen Wandel von »halbhörigen Bauern in freie Grundeigentümer« (MEW 8, 200) durchgemacht hatte. Nichtsdestoweniger sieht er 1848 im Kleinbesitz den entscheidenden Faktor für die Fesselung der potentiell revolutionären Landbevölkerung. Die Parzellenbauern bilden »eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen.« (MEW 8, 198) In der Tat genügt »(j)ede einzelne Bauernfamilie (...) beinahe sich selbst, produziert unmittelbar selbst den größten Teil ihres Konsums und gewinnt so ihr Lebensmaterial mehr im Austausch mit der Natur als im Verkehr mit der Gesellschaft.« (MEW 8, 198) Marx macht die ökonomische Grundlage verantwortlich für die Unfähigkeit der Landbevölkerung, Klassenbewußtsein zu entwickeln. Völlig isoliert und in einzelne Produktionseinheiten zersplittert, verfügte sie über keine materielle Basis für einen Klassenzusammenschluß, über keine Produktionspraxis, die ihre Mitglieder über die Grenzen von Familien und Regionen hinaus hätte verbinden können.

»Die Parzelle, der Bauer und die Familie; daneben eine andre Parzelle, ein anderer Bauer und eine andre Familie. Ein Schock davon macht ein Dorf, und ein Schock von Dörfern macht ein Departement. So wird die große Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet« (MEW 8, 198).

Wenn dieses letzte Bild abschätzig gemeint ist, dann in der Absicht, mit romantischen Vorstellungen von der ländlichen Gemeinschaft aufzuräumen. William Faulkner zeigte in seinem Roman *The Hamlet*, daß die Vorstellung von kleinstädtischer Gemeinschaft und von kleinbäuerlicher Solidarität eine nur außerhalb dieses Systems vertretene Sicht ist. In seinem Dorf hat der ökonomische Mangel eine Bevölkerung von Schwindlern, Trickbetrügern, Hausierern und gefühllosen Händlern hervorgebracht. Für die Pächter hat die Vereinzelung nicht anders als für den französischen Bauern um die Mitte des 19. Jahrhunderts Machtlosigkeit erzeugt. Marx beschreibt eine große Menschenmenge, deren Lebensumstände eigentlich den Anstoß für revolutionäre Handlungen hätten geben sollen, deren Produktionsweise aber die soziale oder bewußte Realisierung von Gemeinschaft verhinderte.

Vor gut einem Jahrzehnt haben Marx' Bemerkungen zur französischen Landbevölkerung eine wichtige Debatte unter marxistischen Intellektuellen in Gang gesetzt. Es ging um die Frage, ob der Spätkapitalismus des 20. Jahrhunderts die Bedingungen für die Entstehung einer neuen Klasse herbeigeführt hat. Barbara und John Ehrenreich haben die Auffassung vertreten, daß wir tatsächlich die Entstehung einer neuen Klasse erleben, die sie die »Professional/Managerial Class« (PMC) nannten (Walker 1979). Den Klassenstatus beanspruchen sie für die PMC aufgrund einer erkennbaren politischen Geschichte, die in der Vergangenheit von liberalem Reformismus bis zum Radikalismus der Neuen Linken reichte, und aufgrund des spannungsreichen Verhältnisses der PMC zum Kapital, das ein gewisses Maß an Autonomie einschließt, obwohl diese Klasse insgesamt in ihrer Arbeit und ihren Gehältern vom Kapital abhängig ist. Dagegen vertrat Stanley Aronowitz (1979) die Ansicht, daß es sich bei Facharbeitern und Managern um keine neue Klasse, sondern eher um eine Reihe sozialer Schichten mit unterschiedlichen Loyalitäten handelt. Im Mittelpunkt seiner Kritik der Ehrenreichs steht die von Marx vorgenommene Unterscheidung zwischen einer Klasse, die sich als solche erkennt und ihren Interessen gemäß handelt, und einer Klasse wie der französischen Landbevölkerung des 19. Jahrhunderts, die ihre Interessen an eine übergeordnete Autorität abtritt. Die besondere Art und Weise, in der die PMC eine Klasse bildet, ohne sich selbst als eine solche zu verstehen, bietet ein Mittel zum Verständnis der Beziehung zwischen Machtlosigkeit und Parodie, die wir in der Erdbeben-Ausrüstung wiederfinden. Marx formulierte dies so:

»Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse.« (MEW 8, 198)

Es ist einsichtig, daß die PMC sich aus Millionen von Familien zusammensetzt, die sich aufgrund ihrer ökonomischen Situation in der Lebensweise, den Interessen und Wertvorstellungen sowie in ihrer dominanten Kultur von anderen Klassen unterscheiden. Man könnte sogar sagen, daß die PMC anderen Klassen feindlich gegenübersteht, obwohl polarisierte Klasseninteressen, wie Aronowitz betont, an der oberen Grenze der Klasse — wo leitende Angestellte mit Vor-

standsmitgliedern selten im Clinch liegen — ein wenig verschwimmen; ebenso an ihrer unteren Grenze, wo sich Krankenschwestern, Lehrer und Sozialarbeiter eher mit noch stärker unterdrückten Gruppen verbünden. Wie dem auch sei, der Grund, warum die PMC es nicht schafft, einen Klassenstatus zu erlangen, ist eben derselbe Mangel an Einheit, den Marx der französischen Landbevölkerung zuschrieb. Die von ihm beschriebene ländliche Provinz findet ihre Parallele in der Vorstadtsiedlung der Mittelklasse. Obwohl wir darauf verweisen können, daß die Politik von Reagan und Bush den Interessen vieler Mitglieder der PMC gedient hat, besitzt die Klasse als ganze keine politische oder soziale Institution zur Formulierung von Klasseninteressen. Außerhalb der Elternabende in der nahegelegenen Grundschule oder außerhalb von kirchlichen Gruppen sehen sich Mittelklassefamilien höchstens auf dem Weg zur Arbeit oder auf dem gemeinsamen Schulweg der Kinder. In vielen Vorortgebieten stehen mittlerweile Schilder mit der Aufschrift: »Geschützt durch Nachbarschaftsüberwachung«. Das heißt, daß die Bewohner nach »verdächtigen« Individuen auf ihren Straßen Ausschau halten und sich bereit erklären, die Polizei zu rufen, wenn das Haus des Nachbarn ausgeraubt wird. Diese Nachbarschaftsüberwachung ist eher eine Proklamation des heiligen Rechts auf Privateigentum als der Ausdruck gemeinschaftlicher Solidarität. Die Bewohner bleiben völlig isoliert, während sie gleichzeitig das Eigentum und die Besitzverhältnisse des anderen überwachen.

Das Fehlen einer entwicklungsfähigen Mittelklassegemeinschaft ist besonders in Los Angeles deutlich geworden, wo die Stadt nachts Malathion über die Privatgrundstücke sprüht und sich deswegen Proteste der Anwohner eingehandelt hat. Seit über fünf Jahren führt der Staat Kalifornien einen totalen Pestizidkrieg gegen die Fruchtfliege, die bis heute nur in Vorstadtgärten angetroffen wird, aber dennoch als große Gefahr für die millionenschwere staatliche Obstindustrie betrachtet wird. Trotz der aufwendigen Bekämpfung per Helikopter, bei der — auf eine Gemeinde nach der anderen — knapp 400 Tröpfchen Pestizid pro Quadratmeter versprüht werden, erfreut sich die Fruchtfliege bester Gesundheit. Der Konsument wird für das Wohl von weit entfernten Obstfirmen eingesprüht. Die Mittelklasse legt Plastiksäcke auf die Dächer, deckt die Autos ab, holt die Tiere ins Haus und ruft die Stadtgerichte um Hilfe an. Die aber stellen sich taub. Die Klasse, die in den fünfziger Jahren ihre Eigentumsrechte per Gartenzaun, Fernsehantenne und Swimmingpool deklariert hatte, findet nun die Sicherheit ihrer Häuser durch die Vietnamisierung des Luftraums völlig aufgehoben. Individuelle Eigentumsrechte werden beiseitegefegt, um die mächtigen Agrarinteressen zu wahren, die die staatliche Politik dominieren.

Wie Marx die französischen Bauern von 1848 in einzelne, an den eigenen Landbesitz gebundene, voneinander getrennte Produktionseinheiten zersplittert sah, die auch gemeinsame Produktionsmethoden nicht kannten, so möchte ich die berufliche Mittelklasse als zersplittert hinsichtlich ihrer sozialen Reproduktionsweise betrachten. Ich will damit nicht die Bedeutung der Beziehung von Menschen zu ihren Produktionsmitteln verleugnen. Die Zersplitterung des täglichen Lebens hat ihre Ursache in der hohen Arbeitsteilung, die die Berufe charakterisiert. Das soziale Leben geht der ökonomischen Organisation des Kapitalismus nicht etwa voran, sondern ist mit ihr eng verbunden. Für viele von uns

macht sich die unmittelbare Erfahrung des Kapitalismus als die Struktur unseres Alltags geltend, und hier können wir ansetzen, um Verbindungen zu den ökonomischen Charakteristika des Kapitalismus herzustellen. Die kleinste soziale Einheit der PMC ist die Familie, egal ob es sich dabei um Alleinerziehende, um Doppelverdiener oder um die traditionelle patriarchale Kleinfamilie handelt. Jede Familieneinheit existiert zum Zwecke des Recyclings von Tauschwert. Wo die Bauernfamilie als Produktionseinheit in direktem Austausch mit der Natur stand, dient die PMC-Familie als nicht-produktive Einheit dazu, einen autonomen Konsumkreislauf auf der Basis von privatem Zuhause, Privatwagen und örtlichem Einkaufszentrum herzustellen. Die PMC-Familie braucht dabei keinen »Austausch mit der Gesellschaft« zum Überleben. Eine PMC-Familieneinheit existiert neben anderen. Mehrere davon bilden eine Wohneinheit mit eigener Einkaufszeile und Tankstelle. Mehrere von diesen wiederum bilden eine Vorstadt, vielleicht sogar eine Kleinstadt. Diese einfache Addition von gleichartigen Einheiten bringt zwar Reihen von Häusern hervor, sie bildet aber noch lange keine Gemeinschaft.

In dem Maße, in dem die Vorstadt durch den Konsum definiert ist, könnte die Transformation des Alltags durch das Aufkommen von gemeinsamem Konsum beginnen. Der Konsum bleibt jedoch auf jede Familieneinheit beschränkt; darüber hinaus funktioniert jedes Familienmitglied noch als Einzelkonsument. Das Taschengeld verschafft den Kindern Unabhängigkeit in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse und Wünsche. Fertigmahlzeiten erlauben es den Familienmitgliedern, sich zu jeder Tageszeit selbst zu verpflegen. Die Vervielfachung der Freizeitechnologie und die Verbreitung von Audio- und Videotheken machen die Familien zu Ansammlungen von isolierten Freizeitkonsumenten. Die extreme Vereinzelung des Konsums und die Art und Weise, in der Befriedigung als etwas angesehen wird, das nur Individuen (und zwar innerhalb des einzelnen Gehirns oder in einzelnen Körperteilen) erleben können, macht es für jeden Angehörigen der Mittelklasse schwierig, sich vorzustellen, wie sozialer Konsum aussehen und welche Art von Lustgewinn er hervorbringen könnte. Fast alles, was wir täglich tun, tun wir als Individuen. Jeder von uns fährt allein zum Waschsalon, zum Supermarkt, zur Videothek. Die Atomisierung des Konsums schließt die Entwicklung von Sozialbeziehungen unter KonsumentInnen aus, während sie die Profite und das allgemeine Recycling von Tauschwerten maximiert. Sobald soziale Formen des Konsums ins Leben gerufen werden, werden sie herabgesetzt oder als abartig deklariert. So sind Fahrgemeinschaften vielleicht für Mütter, die ihre Kinder zur Schule fahren und abholen, oder für Fußballmannschaften akzeptabel, kommen aber als Transportmöglichkeit für erfolgreiche Männer nicht in Frage. Erfolg ist die Bestätigung des Individuums in der Maximierung seines Konsums. Dementsprechend treten nur unverbesserliche Hippies einer Einkaufskooperative bei. Ein Netzwerk von Familien, die gemeinsam beim Großhändler kaufen, wird als rückständige Zeit- und Energieverschwendung angesehen. Dabei gibt eine solche Konsumhaltung den Menschen die Möglichkeit, gesundes Essen billig zu kaufen, ihre Bemühungen in gemeinsamen Anwendungen für Zeit und Arbeit zu organisieren und in gegenseitige Sozialbeziehungen einzutreten. Ich betone den sozialisierten Konsum, weil besonders die

Bildung von Kooperativen den Einfluß des Kapitalismus auf den Alltag reduziert. Solche Praktiken bieten außerdem eine radikale Alternative zu den verarmten Möglichkeiten, die uns zur Zeit im Bereich der populären Kulturkritik angeboten werden.

Herrschender Konsens ist, daß Individuen »zurechtkommen« (Fiske, 25) oder »mit etwas fertig werden« (ebd., 30), aber nicht in der Lage sind, die Warenkultur zu verändern. Als KonsumentInnen erzeugen wir zugleich Bedeutungen aus dem vom Kapitalismus produzierten Waren. Manchmal entstehen auch subversive Bedeutungen, sie werden aber vom Kapitalismus allesamt der Produktion neuer Waren assimiliert. Wie John Fiske es ausdrückt, widerstehen wir den bürgerlichen Kulturwerten, indem wir unsere Jeans zerreißen, aber Calvin Klein verkauft sie uns in zerrissener Form wieder und profitiert von unserem Widerstand. Im Vergleich dazu ist der sozialisierte Konsum kein Widerstand, aber immerhin eine Alternative. Er kann nicht in den Kapitalismus zurückassimiliert werden.

Der eigentümlichste Effekt der Konsumgesellschaft ist ihre Entstellung unserer sozialen Realität. Wir leben nach der verdrehten Vorstellung, daß Unabhängigkeit darin besteht, den Alltag allein zu bestreiten. Je mehr Aufgaben wir als Einzelne vollbringen, und je mehr Waren wir dafür vorweisen müssen, desto mehr haben wir unser Leben angeblich unter Kontrolle. Die Ideologie der Konsumgesellschaft definiert Vereinzelung als Stärke, während das Bündnis mit anderen zur Bewältigung der sozialen Reproduktion als Zeichen von Schwäche und Untauglichkeit gedeutet wird. Stuart Ewen (1988) hat die Beziehung zwischen der Konsumideologie und ihrer politischen Ausformung in der Demokratie untersucht. Er will zeigen, wie die Ausdehnung des Massenmarktes den Alltagsglauben verfestigt hat, daß die Klasse etwas mit dem Status zu tun hat und ganz und gar durch die eigene Konsumfähigkeit definiert wird. »Mitte des 19. Jahrhunderts half der expandierende Markt der Erscheinungen, den Klassenbegriff mehr in Begriffen des *Konsums* als der Produktion zu definieren, wobei Individualität über Gruppenidentität gestellt wurde.« (Ewen 1988, 62; Hervorhebung S.W.). Weiter zeigt er, daß die Konsumideologie mit Demokratie gleichgesetzt worden ist. Die Verfügbarkeit massenproduzierter Waren hat es der expandierenden Mittelklasse ermöglicht, Accessoires zu kaufen, die zuvor mit der Elite in Verbindung gebracht worden waren. Demokratie wurde eher zur Stilfrage als zu politischer Praxis. Die Mittelklasse brauchte Erfolg nur darzustellen.

Die Machtlosigkeit der Mittelklasse zeigt sich nicht nur in der spaltenden Rivalität zwischen ihren Mitgliedern und einzelnen Gruppen, die sich eigentlich »miteinander identifizieren« sollten, sondern am ausgeprägtesten in ihrer Angst vor der Zukunft. Da sie unfähig ist, Klasseninteressen zu vertreten oder auch nur zu formulieren, strebt sie nach der Erhaltung ihrer Einzelmitglieder. In Ermangelung einer klassenspezifischen Zukunftsperspektive, die nur erfahren werden kann, wenn eine Klasse mit historischen Erfahrungen lebt, projizieren die einzelnen Mitglieder die Zukunft auf das Leben ihres Nachwuchses. Die tägliche Politik der Mittelklasse besteht darin, die Sicherheit ihrer Kinder auf individueller Basis sicherzustellen. Jedes einzelne muß vor Drogen, Krankheiten, der Gewalt

von Banden und schließlich vor Erdbeben geschützt werden. Diese Beobachtung soll nicht etwa Mitleid für die geplagte Mittelklasse erheischen, die ihr Leben mit Besitztümern füllt, die zum bloßen Zeitvertreib essen geht und im Saab ins Büro fährt, vorbei an arbeitslosen Jugendlichen mit Schildern, auf denen »Ich habe Hunger. Arbeite für Essen« steht. Es geht vielmehr darum, zu erkennen, wie Privilegien Machtlosigkeit verdecken und wie diese Machtlosigkeit den Interessen des Kapitals und der Klassenherrschaft dient.

Barbara Ehrenreich (1989) ist der Ansicht, daß die in der Geschichte der Mittelklasse erzeugten Ängste um den eigenen Fortbestand das Gefühl der Konkurrenz zu anderen sozialen Gruppen, also eine Art Klassensinn, heraufbeschwören. Das Interesse besteht darin, ein gutes Vorankommen des Nachwuchses in der Schule zu sichern, Karriere zu machen, innerhalb der Klasse zu heiraten und schließlich das Einkommen der Eltern zu übertreffen. Die Orientierung auf die Familie als Schauplatz der Definition von Klasseninteressen führt dazu, daß jede Bedrohung, die außerhalb der Familie in Politik und Geschichte besteht, ihrer metaphorischen Übersetzung ins Familiäre bedarf. So erinnert Ehrenreich daran, daß die Paranoia des Kalten Kriegs der fünfziger Jahre ihre familiäre Übersetzung in den Ängsten vor der Gewalt durch jugendliche Banden gefunden hat. Da sie dem internationalen Sektor gegenüber machtlos ist, sah die Klasse nur das Problem, ihre eigene Reproduktion von einer Generation zur nächsten zu sichern. Ihr Nachwuchs konnte »abweichen«, es versäumen, »sich dem großen Ganzen (dem Mittelklassenschema) anzupassen« (ebd., 23) und in einen proletarischen Lebensstil mit Entenschwanzfrisur und schwarzer Lederjacke abrutschen. Entsprechend hat sie in den sechziger Jahren ihre Anpassung an die nationale Politik der weltweiten Aggression in einen Selbstzweifel übersetzt, der durch ihre selbstsüchtige Jugend hervorgerufen wurde. Eltern aus der Mittelklasse empfanden die gegenkulturelle Jugendbewegung als eine Strafe für ihre »lockeren« Erziehungsmethoden (ebd., 68-74). Der jugendliche Straftäter der fünfziger, der gegenkulturelle Jugendliche der sechziger und die neue Unschuld der neunziger Jahre, die jeden Augenblick der blinden Gewalt von Straßengangs oder Drogen zum Opfer fallen oder plötzlich im Kieselbelag eines Schulhofes verschwinden kann, sind die hysterischen Phantasien einer Klasse, deren einzige Zukunft ihre nächste Generation ist.

Familienphotos

Zuguterletzt wurden die Eltern darum gebeten, ein Familienphoto in die Erdbeben-Ausrüstung zu legen. Sind wir so sehr zu einer Bildkultur geworden, daß alle Erinnerung auf das Photo reduziert wird? Die zwischen Konservenwaren eingezwängte Familie entspricht den fetischisierten Beziehungen und materialisierten Erinnerungen. Das Photo hat aber nicht nur mit der Anpassung von Sozialbeziehungen an die Warenform zu tun. Die Bitte um ein Familienphoto wehrt die Bedürfnisse und Ängste der Eltern ab — nicht die des Kindes. Als Rückversicherung für das Kind ausgegeben, dokumentiert das Familienphoto die Angst der Klasse, die Familie könne gefährdet sein. Gelänge es nicht, die Familie auf den

Begriff zu bringen und ihre Existenz zu dokumentieren, wie fetischisiert auch immer, so müßte man erkennen, daß diese Klasse außer ihren Bildern keine Politik hat.

Aus dem Amerikanischen von Uwe Schäfer

Anmerkungen

1 »Ground Zero« ist der Fachterminus für die Explosionshöhe einer Atombombe (Anm. d. Übers.).

Literaturverzeichnis

Adorno, Th.W., 1951: *Minima Moralia*. Frankfurt/M.
 Aronowitz, S., 1979: *The Professional-Managerial Class or Middle Strata*. In: Walker 1979
 Ehrenreich, B., 1989: *Fear of Falling*. New York
 Ehrenreich, B. und J., 1979: *The Professional-Managerial Class*. In: Walker 1979
 Ewen, S., 1988: *All Consuming Images*. o.O.
 Faulkner, W., 1940: *The Hamlet*. Dt. 1957: *Das Dorf*. Stuttgart
 Fiske, J., 1989: *Understanding Popular Culture*. Boston
 MEW = Marx-Engels Werke. Berlin/DDR 1953ff.
 Tucker, R.C. (Hrsg.). 1978: *The Marx-Engels Reader*. New York
 Walker, P. (Hrsg.), 1979: *Between Labor and Capital*. Boston

<p>Gulliver 21</p>  <p>Amerik(k)a »The Sixties«</p> <p>Argument</p>	<p>Amerik(k)a: »The Sixties« Hrsg. v. L.Gunter, D.Herms, I.Kerkhoff</p> <p>Die Sechziger in den USA — passé oder nur Nostalgie? Eine Erforschung dieser Bewegung — quirlige Verbindung von Hippietum und politischem Widerstand — hat es kaum gegeben. Ebensovienig eine Einschätzung ihrer Bedeutung für die Achtziger. Der Band untersucht den Niedergang sozialdemokratischer Ökonomie; Frauenbewegung; Vietnam und Film; Civil Rights; Literatur von Black und Native Americans; politische Lyrik. Dazu ein Theaterbericht zu überlebenden Gruppen sowie repräsentative Buchbesprechungen.</p> <p>gulliver 21 — Argument-Sonderband 156 168 Seiten, DM 18,50/15,50 f. Stud.</p>
--	---

Opposition in Deutschland?

Auch in den 90er Jahren sind die Blätter als größte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum ein Forum demokratischer
Gegenöffentlichkeit. Ein Muß.

Herausgegeben von Günter Gaus, Rudolf Hickel, Jörg Huffschmid, Walter Jens, Gerhard Kade, Walter Kreck, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Paul Neuhöffer, Ute Osterkamp, Jens G. Reich, Helmut Ridder, Rainer Rilling, Irene Runge, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby, Marie Veit und Rosemarie Will.

Ein gemeinsames Projekt
von Herausgebern,
Redaktion und
Leserinnen und Lesern,
im Eigenverlag der Redaktion.

**Blätter für
deutsche und
internationale
Politik**

Fordern Sie ein kostenloses Probeheft an.
Für einen Verrechnungsscheck über 10 DM
oder den gleichen Betrag in Briefmarken
gibt es die nächsten beiden Hefte als
unverbindliches Probeabo.
Ein Jahresabo kostet 85,80 - ermäßigt 72,60 - DM inkl. Porto.

Sie sollen uns kennenlernen!

Blätter Verlagsgesellschaft

Bertha-von-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1, Telefon 0228/650133, Telefax 0228/ 650251

Kunst und Politik – Selbstverwirklichung oder Auftrag? Heinrich Vogeler, die hohe Kunst und die große Politik*

Das Selbstverständnis der Kunst der Moderne

Kunstgebrauch als Kunstmißbrauch

Jede unmittelbare politische Einflußnahme auf sowie Inanspruchnahme von Kunst durch den Staat, politische Organisationen (Parteien und Verbände), gesellschaftliche Interessengruppen und marktwirtschaftliche Interessen gilt dem modernen (=bürgerlichen) Kunstverständnis als Mißbrauch der Kunst. Die Unterordnung von Künstlern oder von Kunst unter politische Ansprüche und Zielsetzungen gilt diesem Kunstverständnis geradezu als Vergewaltigung der Kunst. Mißbrauch und Vergewaltigung bewirken demselben Verständnis zufolge eine Degeneration der Kunst. Als Beispiele gelten die Kunst z.Z. des Nationalsozialismus und der Sozialistische Realismus des Sowjetkommunismus.

Von *Freiheit der Kunst*, konnte in beiden, politisch sehr verschiedenen, Systemen nicht die Rede sein. Die künstlerischen Gestaltungsweisen waren eingeschränkt, politisch erwünschte bzw. geforderte Inhalte überwogen. Unerwünschte Inhalte und Gestaltungsweisen wurden verboten oder durften öffentlich nicht gezeigt werden. Kunst wurde als Medium genutzt und nur die Kunst zugelassen, die geeignet war, das Gewünschte bzw. Geforderte zu vermitteln.

Die Kunst in den genannten Systemen konnte sich nicht frei entfalten, weil die individuellen Freiheiten eingeschränkt waren. Insofern die – moderne – Kunst individuell geprägt ist, wird Kunst von einer Beschränkung individueller Freiheit in besonderer Weise getroffen.

Das Ideal der (modernen = bürgerlichen) Kunst, die Idee von der freien Kunst, wird mit Füßen getreten, wo nur die Kunst zugelassen wird, die politisch opportun ist bzw. unmittelbar wie mittelbar gebraucht werden kann. Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus (Stalinismus) hatten nur zugelassen, was ihren politischen Zielsetzungen diente. Der Reale Sozialismus und »moderne« (Militär-)Diktaturen lassen (ließen) dagegen zu, was ihren politischen Zielsetzungen nicht entgegensteht. Von: »Wer nicht für uns ist, ist wider uns!« zu: »Wer nicht wider uns ist, ist für uns!«

Voraussetzungen für die Bewertung des Gebrauchs als Mißbrauch

Kunst ist, dem modernen (=bürgerlichen) Verständnis zufolge, nicht nützlich. Objekte, die in ihrem Gebrauch, auch der Verehrung, Repräsentation oder als Medium aufgehen, gelten nicht als Kunst. Künstler stellen nicht, wie andere Handwerker, Gebrauchsgegenstände her. Diese gehen in ihrem, gleichsam neutralen, Gebrauch auf. Der Stuhl dient Knecht und Herrn gleichermaßen, mögen Stühle auch unterschiedlich ausgestaltet werden. Der Stuhl hat seinen Gebrauchswert, der sich auf das Sitzen, u.U. auch auf Repräsentieren bezieht,

* Schriftliche Fassung eines Vortrags auf dem III. Heinrich-Vogeler-Symposium (1989) der Heinrich-Vogeler-Gesellschaft Worpsswede

und einen Tauschwert. Das Erzeugnis des Künstlers, Kunstwerk genannt, beansprucht – unabhängig von Fragen des Gebrauchs- und Tauscherts – als Kunst einen Wert zu verkörpern. Diesem Anspruch folgend hat Kunst ihren Zweck in sich, verfolgt keine Zwecke und dient keinem Gebrauch.

Diesem Kunstverständnis folgend verkörpert der Künstler das Idealbild *des* – modernen – Menschen. Er ist frei und selbstbestimmt. Er hat sich frei zu halten von gesellschaftlichen Rücksichtnahmen und unabhängig von gesellschaftlichen Zwängen. Er ist, der Projektion zufolge, nicht ausgerichtet auf die Erfüllung von Zwecken, arbeitet demzufolge auch nicht um des Lohnes willen, sondern findet seine Befriedigung im Tun (seines Werks). Insofern verkörpert er den Traum der Menschheit von der nicht-entfremdeten Existenz.

Künstler tun, was sie wollen, wozu sie sich berufen fühlen. Andere tun, was von ihnen erwartet, führen aus, was ihnen aufgetragen wird, arbeiten, um Ihre Existenz fristen zu können, Geld zu verdienen, ihren Wohlstand zu mehren, sich Vergnügen leisten zu können. Ihre Arbeit ist dabei ein Mittel, das mit dem Zweck der von ihnen ausgeführten Tätigkeit nichts zu tun hat.

Anders beim Künstler: Von Mittel und Zweck kann man nicht sprechen, wenn der Künstler nicht um des Lohnes, sondern um der Kunst willen arbeitet. Er richtet sich nicht aus auf ein von der Tätigkeit abgeordnetes Ziel, sondern verwirklicht sich in seinem Tun. Insofern ein Künstler daran zugrunde geht, stellt er unter Beweis, daß er das Ideal des Künstlers in vollkommener Reinheit verwirklicht. Er hat Aussicht darauf, als *verkannter* Künstler in die Geschichte einzugehen. (Die Chancen dafür sind heute allerdings gleich Null, der *verkannte* Künstler ist ein Kind der Moderne, die Postmoderne gebiert andere Phantome.)

Der *verkannte* Künstler geht, in den Augen der Nachwelt, an der Borniertheit seiner Zeitgenossen zugrunde. Indem die Nachwelt einen einst *verkannten* Künstler als Künstler *erkennt*, hält sie die – skizzierten – Ideale von Kunst und Künstler hoch, unabhängig vom Umgang mit Kunst und Künstlern der Gegenwart. Der *verkannte* Künstler ist ein Produkt des der bürgerlichen Gesellschaft immanenten Fortschritts. Dieser schließt den »Fortschritt« in der Kunst, die Entwicklung der Kunst ein. Damit ist immer wieder etwas neu, also tendenziell zu *verkennen*, was die nächste Generation dann *erkennen* kann. Das *Erkennen* des vormals *Verkannten* ist dann ein Nachweis dieses Fortschritts.

Das Ideal vom Künstler wird überwiegend in der Figur des Avantgardisten gefeiert. Der Avantgardist revoltiert gegen das, was ist, gegen die Kunst seiner Zeit wie auch gegen die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte bzw. Strukturen. Selbstverwirklichung kann für ihn nicht im Einklang mit dem Bestehenden gelingen; die Aufhebungen von Entfremdung setzt die Negation des Hier und Jetzt voraus. Die Avantgarde will Kunst und Leben in einer neuen, nicht-entfremdet-sinnlichen Existenzweise in eins bringen. Sie wendet sich mit Vehemenz gegen jede harmonisierende Stilisierung und Versöhnung mit dem Hier und Jetzt.

Die Avantgarde in diesem Verständnis gehört, wie der *verkannte* Künstler, der Vergangenheit, d.i. der Moderne, an. Der Reale Postmodernismus kennt weder Revolte und Negation noch Verkennung. Die Kunst des Realen Postmodernismus ist affirmativ. Die Avantgarde war, das Bestehende negierend, dem Freiheits-

ideal und der Fortschrittsidee verbunden. Eine solche Haltung, die Inanspruchnahme von künstlerischer Freiheit, treibt die als Fortschritt aufgefaßte – künstlerische – Entwicklung voran.

Freiheit der Kunst beinhaltet, dem Verständnis der Moderne zufolge, daß ein Künstler Kunst jeglicher Art hervorbringen und veröffentlichen darf, daß eine Kunstzensur nicht stattfindet. Der Staat darf Künstler nicht zu bestimmtem Gestalten zwingen. Zunehmend beinhaltete Freiheit der Kunst, die »Freiheit« der Künstler, sich von aller bisherigen Kunst abzusetzen, die »Freiheit«, sich von allen äußeren Einflüssen und Einwirkungen frei zu halten. Freiheit der Kunst beinhaltet darüber hinaus, daß sie sich von jedem Gebrauch fern=frei zu halten hat. Sie stellt ihre Freiheit unter Beweis, indem sie ihrer »Prostitution« (ihrem Gebrauch als Mißbrauch) vorbeugt, also unbrauchbar ist. Kunst und Gebrauchs-künste sind folglich streng geschieden.

Der Künstler, des Bürgers liebstes Kind

Heinrich Vogeler entspricht in keiner seiner Schaffensphasen dem skizzierten Künstlerideal und dem Kunstverständnis der Moderne. Gleichwohl konnten Leben und Werk des Künstlers um 1900 als Verwirklichung des Künstlerideals aufgefaßt werden. Seinem Publikum erschien der junge und erfolgreiche Vogeler als Inkarnation *des* Künstlers. Kunst und Leben schienen sich bei ihm zu verbinden, um schließlich eins zu werden. Er zeigte sich als das Ideal vom Künstler, wie es seinem Publikum gefiel – und profitierte davon.

Das Leben Vogelers auf seinem Anwesen Barkenhoff in Worpswede stellte sich als gelebte Kunst dar. Haus und Garten, der Künstler und seine Frau, Diener, Tageslauf, Geselligkeiten und Feste verbanden sich miteinander zu der harmonischen Komposition eines lebendigen Bildes. Das zu Kunst stilisierte Leben erschien als nie versiegende Quelle des künstlerischen Schaffens von Vogeler. Der Künstler war – seinem eigenen Anspruch zufolge – eins mit seiner Existenz. Er lebte als Künstler in einer nach künstlerischen Gesichtspunkten gestalteten Welt, hob – individuell – die Entfremdung auf.

Er verwirklicht – in den Augen seines Publikums – die hohen und hehren Ideale des wahren Künstlers: er ist frei, unabhängig und selbstbestimmt; er tut, was er will, folgt allein seinem inneren Antrieb; Mittel und Zweck sind ungeschieden, er verwirklicht sich in seinem Werk; Kunst und Leben sind eins, sein künstlerisches Schaffen ist ungebrochen Teil seines Lebens; seine zu gebrauchenden Arbeiten gehen im Gebrauch nicht auf, sind nicht nützlich, sondern Kunst. Sie formen das Leben zu Kunst.

Der junge Vogeler hatte Erfolg. Er konnte (Kunst-)Bedürfnisse einer gehobenen, keineswegs schlicht reaktionären Schicht befriedigen. Er bot Bilder, Grafik, Zeichnungen, letztere insbesondere als »Buchschnuck« an, die eine versponnene Kunstwelt vorführten. Die fein durchgestalteten, von der rauhen Wirklichkeit unberührten Bildwelten kamen dem allgemein verbreiteten, bürgerlichen Harmoniebedürfnis ebenso entgegen wie dem skrupelloser Geschäftsleute, hartgesottener Unternehmer und hochnäsiger Beamter. Gleichzeitig bekundeten diese als Liebhaber seiner Kunst ihre Abscheu gegenüber der gemeinen, durch

die Industrialisierung geprägten, verrohten Welt. Seine Kunst, nicht nur seine Raumausstattungen und Einrichtungsgegenstände, war brauchbar. Kunst und Leben verbanden sich. Kunst bot sich der Gestaltung der Lebens- bzw. Wohnwelt an.

Vogelers Kunst »prostituierte« sich, ließ sich gebrauchen. Damit steht er im Widerspruch zu dem oben skizzierten Kunstverständnis. Daß Vogeler trotz alledem nicht kunst-moralisch verurteilt wird, hat seinen Grund auch darin, daß er an dem Anspruch, Kunst und Leben zu versöhnen, festhielt, allerdings nicht in avantgardistischer Pose, sondern reformerischer Anpassung. Hierin ging er überein mit Künstlern, Gestaltern, Architekten des Jugendstil, Art Nouveaux oder wie die künstlerische Ausformung lebensreformerischer Ansätze auch immer genannt wurde. Was bei ihm einen etwas provinziellen Anstrich hatte, das versuchten andere in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der Industrie zu verwirklichen. Gemeinsam war allen diesen »Reformern« das Bemühen, eine einheitliche und Einheit stiftende *neue* Kultur zu gestalten.

Vogeler gilt, und das scheint sein weiteres Leben zu bestätigen, als ein Träumer, als ein liebenswerter, hochkultivierter Naiver. Für einen Künstler beinhaltet das keine Dequalifikation, eher im Gegenteil. Ihm wird damit bescheinigt, daß er den Anspruch, Kunst und Leben hier und jetzt zu versöhnen, ernst nimmt, damit am Anspruch auf die Aufhebung der Entfremdung festhält. Doch Naive und Traumtänzer verschieben die Verwirklichung nicht auf die Zukunft, sondern wollen das Himmelreich schon auf Erden. So verträumt, wie von Freund und Feind gern dargestellt, war der Künstler jedoch nicht. Er setzte alles daran, sein Leben auf dem Barkenhoff künstlerisch zu gestalten, Sein und Sollen zu versöhnen, Entfremdung individuell aufzuheben. Er präsentierte das Gewollte als gelungen, sowohl in seiner zur Schau gestellten Existenz als in seiner diese ausgestaltende und spiegelnde Kunst.

Eine solche – künstlerische – Position, die von der Verwirklichung des Ideals hier und heute ausgeht bzw. als verwirklicht vorstellt und in der Kunst zum Ausdruck bringt, ist grundsätzlich affirmativ. Die Verwirklichung des Ideals gelingt nur isoliert, nur abgehoben von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, und auch da nur als Schein. Die inselhafte Idylle des Barkenhoff präsentiert sich als heile Welt. Diese Art sich abgrenzender und damit ausgrenzender harmonischer Kleinwelten individualisierten Glücks stehen um 1900 hoch im Kurs. Das *Heim*, die von der rauen Wirklichkeit abgeschirmte Idylle, ist in einer Zeit, da auch der bürgerliche Haushalt sich industriegesellschaftlich auflöst, ein Bild für ein Glücksversprechen.

Die Verwirklichung des Ideals, des Traums der Menschheit, Selbstverwirklichung und nicht-entfremdete Existenz ist hier und heute möglich. Der Künstler lebt es vor. Wie sollte er nicht des Bürgers liebstes Kind sein? Es bedarf »lediglich« der Konzentration auf das Wesentliche und damit der Ausgrenzung alles dessen, was diesen Stand menschlicher Kultur noch nicht erreicht hat. Das 19. Jahrhundert mit seinen rohen Formen der Industrialisierung, unmenschlichen Arbeitsbedingungen, grausamen Ausbeutungsverhältnissen scheint überholt in den harmonisch ausgestalteten Produktionsstätten, Büros und insbesondere Wohnungen. (Der Deutsche Werkbund steht dafür ebenso wie die Arbeit von

Peter Behrens bei der AEG, das Schaffen von Henry van de Velde, Die Gartenstadtbewegung usw.)

Heinrich Vogeler erscheint in seiner ersten und zugleich erfolgreichsten Schaffensphase als ganz und gar unpolitisch. Aber, was so unpolitisch, so fern von jeder Aktualität scheint, sein Werk wie sein Leben, kann doch, wie angedeutet, alles andere als unpolitisch sein. Was affirmativ ist, was den Status quo stärkt, braucht sich gerade nicht politisch zu artikulieren. Der Stabilität des Bestehenden dient, wer bestehende Abhängigkeits- oder Herrschaftsverhältnisse nicht anspricht. Der Künstler macht sich um den Status quo verdient, der das Sollen als Sein, das Ideal als Wirklichkeit darstellt bzw. zum Ausdruck bringt.

Heinrich Vogelers Anspruch ist hier von besonderem Gewicht, insofern er nicht allein in seiner Kunst Idyllen als Bilder von der Wirklichkeit anbietet, sondern sein Leben selbst als Verwirklichung des Ideals, als gelungene Verbindung von Kunst und Leben, als individuelle Aufhebung von Entfremdung.

Der Künstler, der Realität ausgesetzt

Das Allgemeine – individuell gesehen

Die Welt des Publikumsliebblings Heinrich Vogeler war nicht heil. Es ist daher auch falsch, zu sagen, daß seine Welt zusammengebrochen sei. Eher läßt sich davon sprechen, daß es Vogeler immer weniger gelang, sich das Bild (s)einer heilen Welt zu bewahren. Das gelang, so lange das Geschäft lief, er seine Idylle auf- und ausbauen bzw. zukunftsorientiert stilisieren konnte. Als die Nachfrage nachließ, die Schulden drückender und die Freunde rarer wurden, die häuslich-familiäre Idylle auch beim besten Willen nicht mehr glaubhaft zu machen war und die Selbstzweifel zunahmen, war die Grundlage seiner Existenz, einschließlich seiner künstlerischen Identität, nicht mehr gegeben.

Vogeler bedurfte immer einer heilen Welt, oder anders ausgedrückt: er mußte sich immer mit seiner Existenz(weise) identifizieren können. Er gab den Anspruch auf das Ideal, auf die Verwirklichung einer nicht entfremdeten Existenz hier und jetzt nicht auf. Das Aufrechterhalten dieses Anspruchs, der mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, bewirkt seine weltanschaulichen bzw. gesellschaftspolitischen und, damit verbunden, seine künstlerischen Wandlungen.

Seit Anfang der zwanziger Jahre findet er seine geistige Heimat in der Sowjetunion, identifiziert er sich mit dem Sowjetkommunismus. Diese existenzielle Identifikation gibt ihm für sein künstlerisches Schaffen eine neue Sicherheit. Er gelangt zu einer bildlichen Ausdrucksweise, die es ihm ermöglicht, die Identifikation mit dem Sowjetkommunismus anschaulich zu machen. Ein Beispiel dafür ist das Bild »Rote Metropole. 1. Mai 1923« aus dem Jahr 1924. Der Kreml, kathedralhaft aufgetürmt und auf einer Anhöhe gelegen, wird von einem sonnenhaft riesigen, Himmel und Erde mit seinen Strahlen formierenden, (Sowjet-)Stern gekrönt. Über die, auf dem Gemälde am Kreml vorbeiführende Brücke, damit quer über die ganze Bildfläche, zieht eine Demonstration. Im unteren Drittel des hochformatigen Bildes kommen Formationen marschierender Soldaten und eine Kutsche auf den Betrachter zu. Auch wenn dieser Teil des Gemäldes von den

Strahlen des Sterns weitgehend unberührt bleibt, so gliedert dieser doch, auf sich zentrierend, das gesamte Bild: der Stern, das Licht der Welt. Das heißt nichts anderes, als daß alle Macht von dem einen Zentrum ausgeht, alles auf dieses eine Zentrum – das Licht der Welt – ausgerichtet ist.

Später (wahrscheinlich 1927) hat Vogeler das Bild unten abgeschnitten und damit die isoliert von dem Demonstrationszug marschierenden Kolonnen und die Kutsche eliminiert. Der Demonstrationszug auf der Brücke scheint die Richtung gewechselt zu haben und vom Kreml (herab) zu kommen. Vogeler erzielt diesen Eindruck durch Übermalungen in der Weise, daß die Menge mit den roten Fahnen und Transparenten links im Bild die Kurve nimmt und, den Rest der marschierenden Truppe unmerklich vereinnahmend, von der Brücke her kommend dem Betrachter entgegenzieht. Das Ergebnis ist *eine* weitgehend homogene Menschenmenge unter roten Fahnen und *eine* Bewegungsrichtung. Das Bild wird dadurch in einem sehr traditionellen Sinn harmonisch. Differenzierungen, Widersprüchlichkeiten entfallen. Die das Bild auf das Zentrum ausrichtenden Strahlen des Sterns dringen jetzt bis an den unteren Bildrand. Die hinzugefügten, demonstrierenden Menschen werden damit dem Bildganzen unmittelbar untergeordnet.

Die Form der künstlerischen Stilisierung ist eine ganz andere als in seinem malerischen und zeichnerischen Frühwerk. Aber hier wie dort gestaltet er im Bild eine heile Welt. Das Ideal, die Aufhebung der Entfremdung ist verwirklicht. So stellt es sich für Vogeler dar, so stellt Vogeler es im Bild dar. Das künstlerische Resultat ist eine neue Form der Idylle. Wie in den Idyllen seines Frühwerks grenzt er die Realität aus, gestaltet eine in sich abgegrenzte Welt mit eigener Bildlogik. Beides – das Ausgrenzen wie die Unterwerfung unter *eine* Gesetzlichkeit – sind gängige, man kann wohl sagen: unerläßliche künstlerische Verfahren der Moderne. Denn wie anders könnte das, was als autonome Kunst bezeichnet wird, entstehen. Ausgrenzung und Unterwerfung, im Reich der Ideen und der Kunst selbstverständlich und von hohem Ansehen, erweisen sich – endlich unübersehbar – in ihrer gesellschaftlichen Realisierung als menschenverachtend.

Mit den sogenannten Komplexbildern hat Vogeler für sich eine Gestaltungsweise gefunden, um seinen künstlerischen und existenziellen, jetzt gesellschaftlich artikulierten Anspruch in Übereinstimmung und zum Ausdruck zu bringen. Kunst und Leben verbinden sich für den Künstler nicht nur darin, daß er das Leben thematisiert, sondern auch darin, daß er mit den Bildern unmittelbar politisch tätig ist und für die fortschreitende Verwirklichung des Ideals, Aufhebung der Entfremdung im Kommunismus, arbeitet. Er will die Bilder als große Wandgemälde ausführen und damit als weithin sichtbare, didaktische »Tafeln« der Lebensumwelt integrieren.

Die Komplexbilder setzen sich aus einer Vielzahl von einzelnen Szenen, Ansichten, Details zusammen, die einem Thema zugeordnet sind. Eine geradlinige grafische Struktur teilt die Bildfläche in eine Vielzahl von Feldern und hält diese gleichzeitig zusammen. Die gliedernde wie zusammenfassende Struktur geht immer von einer die gesamte Bildstruktur bestimmenden, dekorativen symbolischen Form, meistens dem Sowjetstern, aus. Seine Strahlen fassen folglich

das Bild, die realistisch gegebenen Szenen zu einer zentrierten Einheit zusammen, beziehen die Vielfalt der dargestellten – noch divergierenden – Lebensformen und Lebensäußerungen auf das vereinheitlichende Zentrum.

Auf dem Bild »Agitationstafel für die Produktionssteigerung in der karelischen Republik« (1926) ist rechts unten eine Fabrik dargestellt und auf gleicher Höhe im Vordergrund einer Hafenszene eine Männergruppe, die als Agitatoren gelten. Darüber sieht man Transparente, die zur Produktionssteigerung aufrufen, eine Kundgebung und rechts davon Neuankömmlinge, die in Eisenbahnwagen wohnen. Über solchen Bildern, die vom Neuen in der noch jungen Sowjetrepublik zeugen sollen, sieht man Landschaftsausschnitte, einen Fischereihafen, ländliche Siedlungen, eine Lappländerin mit Rentieren usw.. Ein großer roter Stern sendet seine, z.T. als Eisenbahntrassen ausgestalteten Strahlen, über das Bild. Die der Sternform folgende, geradlinige Struktur zerteilt das Bild nicht wie bei Futuristen und Expressionisten, sondern bindet vielmehr die Teile zusammen. Nach oben hin vervielfältigt sich der Stern und trägt in seiner obersten Spitze, am Bildrand, Hammer und Sichel. Dieses Bild demonstriert, wie andere seiner Art, nicht allein die politische sondern auch die – angestrebte – wirtschaftliche Umgestaltung des Landes. Agitatoren. Spruchbänder. Kundgebung, Laden einer Arbeitergenossenschaft, Neuangekommene verweisen auf die durchzusetzenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Das Komplexbild »Zentralasien« von 1927 wird ausdrücklich als Agitationstafel bezeichnet. Es ist streng symmetrisch aufgebaut. Unterhalb des großen roten Sterns, dessen Zacken den Bildrand oben wie rechts und links berühren, sieht man in einer Kreisfläche einen (armen) Hirten vor (armen) Dorfbewohnern die ausbeuterischen Methoden der Kulaken anklagen. Darunter ist, den Kreis partiell überdeckend, in einem, auf der unteren Bildkante aufsitzenden Halbkreis ein »noch im Dunkel der Nacht liegendes Industriegelände« (Hoffmeister 1980) dargestellt. Die Industrialisierung gilt hier, wie im Karelienbild, als Voraussetzung für die angestrebte Form der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Szene im Kreis darüber soll das Aufbrechen der alten Strukturen zeigen. Daneben und darüber sind Landschaft und Szenen des »noch« zurückgebliebenen Landes dargestellt, in den Zacken des roten Sterns Szenen, die von dem, sich in die richtige Richtung verändernden, gesellschaftlichen Leben zeugen sollen: Versammlung usbekischer Frauen, Gesundheitsfürsorge, Kooperativladen, Agitation. Aus der obersten Zacke des Sterns blickt M.W. Frunse auf die erhoffte Entwicklung herunter, der Feldherr, »der die Rote Armee zum Sieg ... in den asiatischen Territorien geführt hatte« (Hoffmeister) und damit die Gründung der zentralasiatischen Sowjetrepubliken ermöglichte.

Bezogen auf die Komplexbilder kann man von einer Doppelcodierung sprechen. Einerseits bildet Vogeler ab, erzählt in realistischen oder realistisch gemeinten Bildern, Szenen, Details, andererseits unterwirft er die gesamte Bildfläche einem streng formalen Gestaltungsprinzip, fügt die Vielzahl realer bzw. real scheinender Szenen zu einer dekorativen Form zusammen. Damit finden alle Einzelheiten, die als solche hervorgehobenen Besonderheiten ihren Zusammenhang, das Differentielle seine Negation in einem allumfassenden, unentrinnbar-

en Ordnungssystem. Dieses erhält seine vereinheitlichende Formung von dem überdimensionalen Emblem, dem Sowjetstern. Die zentralisierende Ordnungsstruktur mit dem Emblem des verstaatlichten Sowjetkommunismus versinnbildlicht den Allgemeinheitsanspruch des politischen Systems.

Die übergreifende und Einheit stiftende Gestaltung, die im Bild den Allgemeinheitsanspruch des Sowjetkommunismus kennzeichnet, ist zugleich das Künstlerisch-Individuelle des Bildes. Die einzelnen Szenen beziehen sich auf erlebte oder mögliche Realität. Die vielen einzelnen, räumlich und zeitlich heterogenen Bilder scheinen realistisch, der Künstler tritt hinter dem Dargestellten zurück. Die Übergreifende, von einem Emblem ausgehende Struktur dagegen ist Erfindung des Künstlers. Sie und die ihr eingeschriebene (An-)Ordnung der Bilder entspringen künstlerisch-individueller Willkür. Wie Vogeler im Bild alles *einem* Gestaltungsprinzip unterordnet, so versucht der verstaatlichte Sowjetkommunismus in seinem Machtbereich alles *einem* Ordnungs- (=Herrschafts-)Prinzip unterzuordnen. Mit dem spezifischen, im Bild harmlosen, weil nur-künstlerischen Willkürakt findet Vogeler einen adäquaten künstlerischen Ausdruck für das Herrschaftssystem in der Sowjetunion. Es bietet, wie Vogeler das auch in den Komplexbildern darstellt, den Anschein von Gesetzmäßigkeit und übergeordnet-allgemeinen Wertvorstellungen.

Vogelers Komplexbilder können, weil von künstlerisch-individueller Willkür geprägt und getragen vom Ringen um individuellen Ausdruck für ein Allgemeines, der Moderne zugerechnet werden. Geschieht dies, dann treten die Inhalte, die Gegenstände hinter der individuell-künstlerischen Gestaltung zurück. In ihr sind die Bilder durchaus originell, auch wenn es die verwendeten Mittel (wie Facettierung, Mehrschichtigkeit, Simultaneität) nicht sind. Originell ist die Art ihrer Verarbeitung (z.B. in Verbindung mit einem Emblem) und ihre positive bzw. affirmative Verwendung. Aus der Affirmation ergibt sich sehr bald eine plakativ-dekorative Gestaltung. Das Bild »Die Geburt den Neuen Menschen« von 1923, in dem Vogeler im Prinzip die gleichen Mittel verwendet, wird noch von expressivem Pathos und nicht von rationalem Einverständnis und aufklärerischem Kalkül getragen. Aufgrund der Doppelcodierung entgeht der Künstler aber immer noch dem Abgleiten in die ungebrochene Idylle. In den Komplexbildern legt sich die vereinheitlichende, formale Struktur über Bilder einer differrenten Wirklichkeit. Das Differente ist *noch* nicht ausgeblendet, *noch* nicht eliminiert und das Willkürliche der Vereinheitlichung wird *noch* sichtbar gemacht.

In der Sowjetunion stoßen seine – doppelt codierten – Komplexbilder zunehmend auf Widerstand. Das politische System, das nach Vogelers Auffassung die Herausbildung des Neuen Menschen ermöglicht und dem er Ausdruck verleihen will, lehnt seine Form der Gestaltung schließlich ab. Warum? Das (Herrschafts-) System, das die bestehenden (Herrschafts-)Verhältnisse erhalten und sichern will, kann nur die ungebrochenen Darstellung der Idylle gebrauchen. In den Komplexbildern dagegen kommt, wenn auch in harmonisierter Form, das Differente, das Gegensätzliche und besonders auch der Allgemeinheits(=Herrschafts)anspruch des politischen Systems *noch* zur Anschauung.

*Aufhebung des Individuellen im Typischen oder
Sozialistischer Realismus als Idyllenmalerei*

Vogeler glaubte an das Projekt Sowjetkommunismus. Er glaubte trotz unerfreulicher Erfahrungen mit dem System, trotz des Ausschlusses aus der KPD (1929). Er war darum bemüht, sich dem System einzufügen, weil er an das Projekt glaubte, weil er der Identifikation mit seiner Existenz bedurfte. In ähnlicher Weise hatte er, um seiner Existenz=Identität willen, an dem Projekt seiner häuslichen Idylle des Barkenhoff festgehalten und das Projekt trotz »besseren« Wissens über lange Zeit nicht aufgegeben.

Er suchte Enklaven und gestaltete sie sich zu heilen Welten aus. In Worpsswede war es die private Idylle, das Heim, später nahm er gesellschaftliche Modelle fürs Ganze, verallgemeinerte das gesellschaftlich Besondere und nahm in der Sowjetunion das Sollen als gesellschaftliches Sein wahr. So konnte er den Neuen Menschen bereits erleben und an der Verwirklichung des Kommunismus sich beteiligen. Damit kam er den Forderungen des Sozialistischen Realismus entgegen: Das, was als typisch für die Neue Gesellschaft gilt, das, was sein soll, wird als bereits verwirklicht, als Sein dargestellt. Der Sozialistische Realismus ist die künstlerische Form der Idyllen des Sowjetkommunismus.

Vogeler malt die Idyllen einer neuen Zeit aus eigenem Antrieb, nicht anders als die Idyllen seiner frühen Jahre. Diese waren, absichtsvoll und sichtbar stilisiert, Bilder von einer unwirklichen Wirklichkeit, gemalte und gezeichnete Träume, gerahmt oder mit Randleisten versehen und damit betont herausgehoben aus der gemeinen Wirklichkeit. Die gemalten sozialistisch-realistischen Idyllen (insbesondere seit Mitte der dreißiger Jahre) präsentieren sich demgegenüber ungebrochen als Bilder einer schönen neuen Welt.

Der Maler sieht, wie die Maschinen den Menschen die schwere Arbeit abnehmen (»Holztransport in Karelien« 1935), daß die Menschen auch in den äußersten Regionen des Riesenreichs ihr Schicksal im Sinne des Sowjetkommunismus selbst in die Hand nehmen (»Versammlung kurdischer Hirten vom Kolchos Lenin« 1940), wie Wohlstand und Zivilisation das Leben der Menschen auch hier verändern (»Das neue Haus der kurdischen Hirten D.« 1939), daß Arbeit zu reinem Vergnügen wird (»Frauen bei der Weinlese im Karl-Marx-Kolchos, Gnadenburg« 1940), weil die Arbeiter zur herrschenden Klasse aufgestiegen sind (»Flößler« 1936: auf den Stämmen stehend, stoßen die etwas von unten gesehenen, monumentalisierten Männer am oberen Bildrand an) und daher das Bild beherrschen: Das unter dem Titel »Deutscher Stachanowarbeiter im Erholungsheim Sotschi« (1936) geführte Bild zeigt einen theatralisch angestrahlten – im Scheinwerferlicht – sitzenden Arbeiter, richtiger: einen Heroen der Arbeit, der – dabei noch etwas unbeholfen – offensichtlich das Selbstbewußtsein einer ganzen, angeblich herrschenden Klasse zu verkörpern hat.

Die Idyllen seiner frühen Jahre waren bewußt gestaltete Traumwelten. Seine Lebenswelt war eine bewußt gestaltete Kunstwelt, mit der er sich existenziell identifizierte. Die neuen – jetzt gesellschaftlichen – Idyllen sind sehr bewußt gestaltete Bilder von einem besseren Morgen, das der Maler in beobachteten oder möglichen Situationen hier und jetzt sich verwirklichen sieht. Heinrich

Vogeler, der sich in den Marxismus eingearbeitet und sich die Weltanschauung des Sowjetkommunismus zu eigen gemacht hat, sieht die Sowjetunion so, wie er sie ins Bild bringt. Er sieht das Sollen im Sein, die Zukunft in der Gegenwart sich entfalten. Deswegen kann er sich mit seiner Existenz hier und jetzt identifizieren, ist die Entfremdung für ihn aufgehoben. Was er malt, sind für ihn keine Traumwelten, sondern ist sich herausbildende Realität.

Heinrich Vogeler befindet sich als Künstler in der Sowjetunion in einer ähnlichen Lage wie um 1900 in Deutschland. Er malt, was er will, und indem er malt, was er will, malt er, was gebraucht wird, was der Erhaltung des Status quo dient: Die scheinhafte Verwirklichung des Ideals, die ästhetische Aufhebung der Entfremdung – hier und jetzt. Mit seinen jugendstilischen Idyllen diente er, der bürgerlichen Gesellschaft und der Form ihrer Vergesellschaftung entsprechend, indirekt der Erhaltung des Status quo. Mit den sozialistisch-realistischen Idyllen stellt der Maler sich, der direkten Form der Vergesellschaftung (= Herrschaft) entsprechend, unmittelbar in den Dienst des Sowjetkommunismus und arbeitet im Auftrag staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Organisationen. Ein solcher unmittelbarer Gebrauch von Kunst schließt künstlerischen Individualismus als künstlerische Willkür, wovon noch die Komplexbilder gelebt hatten, aus. Aufgrund des Gebrauchs klammert Vogelers Kunst, wie der Sozialistische Realismus allgemein, die herrschende Realität, insofern die Menschen von ihr negativ betroffen sind oder sie aus andern Gründen nicht ins Konzept paßt, aus. Das macht diese Malerei zu einer Idyllenmalerei.

Die Freiheit der Kunst funktionalisiert

Von Freiheit der Kunst im Sowjetkommunismus kann nicht gesprochen werden, Die Kunst wird vielmehr funktionalisiert. In demokratisch verfaßten Gesellschaften kann man von Freiheit der Kunst sprechen, auch wenn Kunst durchaus gebraucht wird. Sie kann sich jedoch dem Gebrauch verweigern – sei es auch um den Preis, daß die Künstler kein Auskommen mit dem Einkommen haben. Kunst dient, wenn sie sich dafür »hergibt«, der Dekoration, Illustration, Werbung, Repräsentation. Wichtiger als die Möglichkeit des Gebrauchs ist jedoch für das Selbstverständnis der Kunst ihre Freiheit.

Hat der Gebrauch von Kunst für Systeme unmittelbarer Herrschaft einen hohen Gebrauchswert bezogen auf die Legitimation des Systems, so die Freiheit der Kunst für die Legitimation demokratisch verfaßter Gesellschaften. Die Freiheit der Kunst, ihre Freiheit von allen Zwängen, steht – stellvertretend – für die, so nicht gegebene, Freiheit in diesen Gesellschaften. Die Freiheit der Künstler, tun und machen zu können, was sie wollen, steht – stellvertretend – für die, so nicht allgemein verbreitete, Möglichkeit der Selbstverwirklichung. Dementsprechend dient die staatliche und verfassungsmäßig (hierzulande: grundrechtlich) abgesicherte Freiheit der Kunst und ihre privilegiert-elitäre Nutzung der Legitimation des Systems. Die Freiheit der Kunst vermittelt die Idee der Freiheit als verwirklichte, so wie die Idyllen des Sozialistischen Realismus die Idee des gesellschaftlich Neuen als hier und jetzt verwirklicht suggerierten.

Literaturverzeichnis

- Damus, M. und R. Damus, 1988: Kunstfreiheit, Zensur und Grundrechte. Von der Freiheit des Privilegs und warum es begrenzt werden muß. In: Kommune 6/1988
- Damus M., 1989: Die Verabschiedung der Moderne. von elitär-moderner zur affirmativ-post-moderner Kunst. In Kommune 11/1989, 12/1989, 1/1990
- Erlay D., 1979: Heinrich Vogeler und sein Barkenhoff. Künstler, Kinder, Kommunarde. Fischerhude
- Erlay D., 1981: Heinrich Vogeler. Ein Maler und seine Zeit. Fischerhude
- Groys, B., 1988: Gesamtkunstwerk Stalin. Die gespaltene Kultur in der Sowjetunion. München, Wien
- Hoffmeister, Ch., 1980: Heinrich Vogeler. Die Komplexbilder. Worpsswerde
- Hohmann, W., 1987: Heinrich Vogeler in der Sowjetunion 1931- 1942. Fischerhude
- Stenzig B., 1989: Worpsswerde - Moskau. Katalogbuch zur gleichnamigen Ausstellung. Worpsswerde
- Vogeler, H., 1973: Das Neue Leben. Ausgewählte Schriften zur proletarischen Revolution und Kunst. Darmstadt
- Vogeler, H., 1974: Reise durch die Sowjetunion. Gießen

HABEN SIE EINE/N KATZE ? (KATER)

Lassen Sie uns ein Foto Ihres Lieblings zukommen und Sie bekommen GRATIS - ein Exemplar der *Modernen...Zeiten* zugeschickt.

Wenn Sie Interesse an einem Abo haben wenden Sie sich bitte an die Redaktion: Pö Elman.



GRÜN ALTERNATIV VERLAGSGES.M.B.H. POSTFACH 11. A - 1052 WIEN,
FRANZENSGASSE 26/1.1 TEL.: 0222 / 587 18 62. FAX.: 0222 / 586 24 01

FORUM

Wissenschaft



**Endlich
angekommen?**

Von Ulfmanit
bundesdeutscher
LinksinTELLEKTUELLER

Es schreibt sich
Ulrich Mühsch,
Günther Kähler,
Karl-Dieter Meyer,
Helmut Peitsch,
Klaus-Dieter Schulze

**Renaissance der Atomenergie?
Fragebogen als Entzweiung?**

Forum Wissenschaft
erscheint vierteljährlich
mit 80-100 Seiten.

7,- DM kostet das Einzelheft,
25,- DM das Jahres-Abo, aber nur
20,- DM jährlich zahlen
Arbeitslose, Studierende und
Zivilistenleistende!

Herausgeber:
Bund demokratischer
Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler (BdWi),
Postfach 543, 3550 Marburg.
Tel.: (06421) 2 13 95

Kostenlos
Probeheft anfordern!

Neu! Heft 2/91

Ende der Linksintellektuellen?

Beiträge zur neuen Grundsatzdebatte von:

E. Altwater: Schimpf und Schande • D. Boris / P. Imbusch: Der Golfkrieg und die deutschen Intellektuellen • G. Fülberth: Zweite Amerikanisierung • U. Kessing / V. Klier / R. Weitkamp: Zwang der Verhältnisse • C. Knobloch: Die links Intelligenz – eine vorläufige Grabrede • B. Meurer: Das Ende der Linken – ein Männerproblem? • M. Lauer mann: Nach dem Sieg der Linken • W.-D. Narr: O weh, die bundesdeutschen Intellektuellen • H. Peitsch: Ästhetisierung der intellektuellen • R. Riffing: Nein, kein Endspiel • M. Schneider: Die einfache Umpolung • J. Schiefelstein: Kein Klima für Utopien? • A. Steil: Die Wirklichkeit des Linksintellektuellen.

Weitere Themen dieses Heftes:

Wissenschaftspolitik: T. Bultmann berichtet über Recht und Realität der Abwicklung; K. Chemnitz macht Anmerkungen zur neuen deutschen Fragezeit • **F&T-Politik:** Chr. Küppers betrachtet Aussichten im Reaktorgeschäft; A. Schaper schreibt über zivile und militärische Nutzbarkeiten der F&T-Politik; A. Seiler analysiert Forschungsstrategien • **Wissenschaft & Demokratie:** W. Pohl und M. Scheifele über Probleme von Demokratie und anwendungsorientierter Forschung u. v. a. m.

Christiane Schindler

§218 — eine nachholende Debatte

Im »Manifest für eine autonome Frauenbewegung«¹ vom Dezember 1989, das die Grundgedanken eines von Frauen formulierten alternativen Gesellschaftsmodells beschreibt, findet sich zum Schwangerschaftsabbruch, zu Situation und Forderungen keine einzige Zeile. Das Programm des Unabhängigen Frauenverbandes, verabschiedet im Februar 1990, sieht die Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper mit dem »Recht auf kostenlosen selbstentschiedenen Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche« gesichert.² Es entsteht die Frage, warum die sich feministisch verstehende Frauenbewegung in der ehemaligen DDR, deren Ausgangspunkt die grundsätzliche Kritik des Emanzipationsprozesses von Frauen in der DDR bildete, bezogen auf den Schwangerschaftsabbruch die bisherige rechtliche Regelung völlig kritiklos in ihren Forderungskatalog übernahm. Zugleich ergibt sich die Frage nach ihrer jetzigen Position.

Rechtssituation und Praxis in der DDR bis 1973³

In der sowjetischen Besatzungszone trat zunächst das Strafgesetzbuch (StGB) von 1871 und damit der §218 in der Fassung von 1926 wieder in Kraft. Die in der Nazizeit verfügten Verschärfungen dieses Paragraphen wurden aufgehoben und die medizinische um die soziale Indikation erweitert. Die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches erfolgte in den einzelnen Ländern der SBZ in den Jahren 1947/48 unter Aufhebung des §218 StGB. Die gesetzlichen Regelungen erlaubten einen Schwangerschaftsabbruch bei Vorliegen einer medizinischen, ethischen (kriminologischen) oder sozialen (außer in Sachsen-Anhalt) Indikation. Bei Eigen- oder Fremdbtreibung durch unbefugte Personen drohten Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren. Mit dem »Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau« von 1950 war ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten nach der Befruchtung zulässig, sofern eine medizinische oder eugenische Indikation vorlag (§11). Die Zurücknahme der sozialen Indikation beruhte auf der (irrigen) Auffassung, daß die Nachkriegsprobleme, die eine entsprechende Indikation beim Schwangerschaftsabbruch notwendig gemacht hatten, nunmehr gelöst wären, so daß keine Frau aus sozialer Not zum Abbruch gezwungen sei. Der Ausschluß sozialer Gründe aus der Indikationsstellung führte zwar zu einer Abnahme der legalen Abbrüche, aber gleichzeitig stiegen die illegalen Aborte mit den entsprechenden Folgen für die Frauen. Die Gesetzgebung reagierte darauf, indem soziale Aspekte 1965 wieder in die Indikationsregelung hineingenommen wurden.⁴ Untersuchungen in Berlin und im Bezirk Rostock deuten auf eine uneinheitliche Bewertung der sozialen Indikation zu jener Zeit hin. Während in Berlin 1970 ca. 71 % der Anträge auf Schwangerschaftsabbruch genehmigt wurden, waren es im Bezirk Rostock im gleichen Jahr 80 % und im Jahre 1971 bereits 83,2 % — Zeichen für eine zunehmende Liberalisierung der Einstellung der entsprechenden Kommission (vgl. Klessen/Schorr 1973, Mehlau/Stolzenburg-Ramos 1973). Das Wissen um die strengen Bewer-

tungsmaßstäbe der Kommissionen hatte Einfluß auf die Gründe, die Frauen in ihren Anträgen auf Interruptio angaben. Vielfach wurden medizinische Gründe in den Vordergrund gestellt, um eine Genehmigung zu erwirken. Krankheiten wurden benutzt, um sozialen Gründen durch eine medizinische Indikation mehr Gewicht zu verleihen. Da der Entscheidungsprozeß in den Kommissionen für die betroffenen Frauen nicht nachvollziehbar war, zogen viele den Weg zum Kurpfuscher oder nach Polen der Ungewißheit und der demütigenden Antragstellung vor. Folge ist, daß die Zahl der illegalen Aborte die der genehmigten Schwangerschaftsabbrüche weit übertraf.⁵ Auffallend ist der hohe Anteil der durch Abort abgebrochenen Schwangerschaften nach Ablehnung des Antrages. Ca. 60 bis 70 Frauen starben jährlich an den Komplikationen, die durch unsachgemäße Eingriffe oder durch septische Bedingungen hervorgerufen wurden. Das 1968 in Kraft getretene Strafgesetzbuch der DDR löste die bis dahin geltenden Strafbestände der Ländergesetze von 1947/48 ab. Nach den §§153 und 154 des StGB macht sich strafbar, wer entgegen den gesetzlichen Vorschriften bzw. gegen den Willen einer Frau einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt. Damit ist die grundsätzliche Straffreiheit der abbrechenden Frau gegeben.

Recht und Praxis des Schwangerschaftsabbruches seit 1972

1972 wurde das »Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft« von der Volkskammer verabschiedet (Gbl. I Nr.5, 89). Mit diesem Gesetz reagierte der Staat zum einen auf die beschriebene Abbruchsituation. Zum anderen wollte »Vater Staat« den letzten unerledigten Punkt im Katalog der Forderungen der Arbeiterbewegung zur Lösung der Frauenfrage Geschichte werden lassen. Dementsprechend heißt es in der Begründung: »Die Gleichberechtigung der Frau in Ausbildung, Beruf, Ehe und Familie erfordert, daß die Frau über die Schwangerschaft und deren Austragung selbst entscheiden kann«. Die Fristenregelung (12-Wochen-Frist) sollte es Frauen ermöglichen, »zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung« die Anzahl, den Zeitpunkt und die zeitliche Aufeinanderfolge von Geburten selbst bestimmen zu können. Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit des Schwangerschaftsabbruches ist der ausdrücklich erklärte Wille der Frau. Ein Abbruch ist nach diesem Gesetz unzulässig, wenn die Schwangerschaft länger als 12 Wochen besteht, wenn die Frau vor weniger als sechs Monaten bereits einen Abbruch hatte oder wenn sie an einer Krankheit leidet, die im Zusammenhang mit dem Abbruch zu schweren gesundheitsgefährdenden oder lebensbedrohenden Komplikationen führen kann. In diesen Fällen können jedoch Fachärztekommisionen Ausnahmen genehmigen, insbesondere wenn die Fortdauer der Schwangerschaft das Leben der Frau gefährden würde oder wenn »andere schwerwiegende Umstände« vorliegen. Ein Abbruch, der nach diesen gesetzlichen Regelungen nicht zulässig ist, ist nach den §§153 bis 155 des DDR- Strafgesetzbuches strafbar. Die Frau unterliegt in keinem Falle der strafrechtlichen Verantwortlichkeit.

Ausgehend von dem bereits in den siebziger Jahren eingetretenen Geburtenrückgang wurde das »Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft« mit

einer Reihe von Maßnahmen zur »Förderung der jungen Ehen, der Geburtenentwicklung und der berufstätigen Mütter« verbunden.⁶ Das nach wie vor formulierte Ziel staatlicher Politik, die Bedingungen für die Emanzipation der Frau zu schaffen, wurde in engster Weise mit bevölkerungspolitischen Zielstellungen verknüpft. Propagiert wurde das Leitbild der 2-3-Kinder-Familie, das nach Auffassung der Familienplaner »den individuellen sowie gesellschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt« (Mehlan 1970, 429).

Mit Einführung der Fristenregelung stieg die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sprunghaft an, während die nicht entsprechend den gesetzlichen Regelungen erfolgten Krankenhausaborte bereits in den ersten 7 Monaten nach Erlass des Gesetzes um mehr als 50 % zurückgegangen waren. Wurden 1971 18713 Interruptionen genehmigt, so entschieden sich 1972 115625 Frauen für einen Schwangerschaftsabbruch — eine Zahl, die bereits im darauffolgenden Jahr stark rückläufig war. Im Zeitraum von 1972 bis 1989 verringerte sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche um rund 40 %. Wichtige Ursache für die sinkenden Abbruchzahlen ist die Verbreiterung der per Gesetz geregelten kostenlosen Vergabe von Antikontrazeptiva. Im DDR-Maßstab verhüten fast 50 % aller Frauen im gebärfähigen Alter mittels Pille (vgl. Hennig 1990b).

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß sich die Struktur der von den Frauen angegebenen Gründe für die Antragstellung gegenüber der Zeit vor 1972 stark wandelte. Hauptgründe sind jetzt »fehlender oder erfüllter Kinderwunsch« bzw. allgemeine familiäre Gründe. Gesundheitliche Gründe spielen nur noch eine untergeordnete Rolle (vgl. ebd.). Abbrüche wurden durch die Krankenkassen finanziert, es gab ein »flächendeckendes« Netz an Abbruchmöglichkeiten. Das Recht und die Möglichkeit für Frauen, in den ersten 12 Wochen selbst über Austragen oder Beendigung einer Schwangerschaft entscheiden zu können, hat in der DDR dazu geführt, daß Schwangerschaftsabbrüche selbstverständlich geworden sind und als geburtenregelndes Mittel gesellschaftlich akzeptiert wurden. Es entstand ein gesellschaftliches Klima, das eine offene Diskriminierung für eine solche Entscheidung nicht zuließ. Zu diesem Klima gehört auch, daß nach Ablauf der 12-Wochen-Frist ÄrztInnen im allgemeinen im Interesse der Frauen entschieden. Eine Entwicklung gegen den Widerstand der MedizinerInnen?

Die Einführung der Fristenregelung hat nicht wenige ÄrztInnen gekränkt, frustriert, empört. Weder in der Öffentlichkeit überhaupt noch unter den ÄrztInnen hatte eine Diskussion zu dieser Regelung stattgefunden, ebensowenig wurden sie in den Entscheidungsprozeß einbezogen. Tabuisierungstendenzen im Umgang mit dem Thema (bis zur Wende waren nicht einmal die Zahlen der jährlichen Schwangerschaftsabbrüche zugänglich — ein günstiger Nährboden für Phantasien aller Art) führten dazu, daß ÄrztInnen sich nicht selten als Dienstleistende mißbraucht sahen. Und trotzdem: Mit der Fristenregelung schwanden die Komplikationen und die Todesfälle nach illegalen und septischen Aborten, reduzierten sich deutlich die Suizide von Frauen im gebärfähigen Alter und fand der Abtreibungstourismus nach Polen ein Ende — viele ÄrztInnen überzeugte dies, trotz aller Ambivalenz, von der Richtigkeit dieser Entscheidung. Eine Befragung im Herbst 1990 weist aus, daß für 72 % der Ärzte die Möglichkeit der Abruptio auf Wunsch der Frau zu ihrem Selbstbestimmungsrecht gehört (Busch 1991).

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Schwangerschaftsabbruches als eine Entscheidungsmöglichkeit von Frauen war die eine Seite der Realität. Auf der anderen Seite gab es Vorurteile, Schuldgefühle und verdeckte Diskriminierung. Die kostenlose Abgabe von Antikontrazeptiva machte die Verhütungsmöglichkeit zur Verhütungspflicht für Frauen. Es existierte ein soziales und gesellschaftliches Umfeld, das — auch in Ermangelung anderer Alternativen — von Frauen und Männern erwartete und es in einem bestimmten Maße auch ermöglichte, ein Lebenskonzept anzunehmen, in dem Berufstätigkeit, Partnerschaft und natürlich Kinder vereinbar waren. Viele Frauen erlebten einen teilweise diskriminierenden Umgang seitens des medizinischen Personals in Kliniken sowie eine latente Schuldzuweisung an ausschließlich sie als »Versagerin« in Fragen der Verhütung. Es gibt Klagen von Frauen über die als unzureichend empfundene Beratung. Doch richtet sich diese Kritik nicht — wie sie vor allem im Westen zuweilen bewußt mißverstanden wird — darauf, daß die Frauen zum Austragen einer ungewollten Schwangerschaft gedrängt werden sollten (oder gar wollten). Auch die im Westen vorgeschriebene Beratung über »soziale Hilfen« ist damit nicht gemeint. In dem Ruf nach mehr oder »besserer« Beratung kommt eher zum Ausdruck, daß Frauen sich vielfach vor, während und nach einem Abbruch alleingelassen fühlten, daß sie häufig freundliche, verständnis- und respektvolle Zuwendung von Ärzten, Pflegepersonen und anderen vermißten. Was gefehlt hat, ist ein Angebot für jene Frauen, die sich eine kompetente Gesprächspartnerin wünschen, vor der sie auch ambivalente Gefühle und Ängste zulassen können, die sie als Person mit individuellen Schwierigkeiten, Wünschen und Hoffnungen ernst nimmt, und ihnen, falls nötig, hilft, den für sie persönlich richtigen Weg zu finden und vor sich zu verantworten. Diese Seiten des Schwangerschaftsabbruches wurden nicht öffentlich reflektiert. In diesem Sinne kann von einem Abbruchtabu gesprochen werden.

Bei allen unterschiedlichen Erfahrungen, die Frauen in der DDR mit der Fristenregelung machten, sie konnten mit ihr leben und wollen in keinem Falle dahinter zurück.

Die Regelung zum Schwangerschaftsabbruch — Machtpoker im Vereinnahmungsprozeß

Die öffentliche Diskussion zu diesem Thema begann erst, als im Volkskammerwahlkampf die »Allianz für Deutschland« den Anschluß der DDR an die BRD nach Artikel 23 forderte. Die Frage nach der Regelung des Schwangerschaftsabbruchs wurde zu einem der Hauptthemen im Wahlkampf und in der folgenden Auseinandersetzung um die Einigungsverträge. Gefordert wurde eine Regelung, die nicht hinter die DDR-Fristenregelung zurückfällt. Es ist den Aktionen der Frauenbewegung zu verdanken, daß es in dieser Frage nicht automatisch zur Überstülpung bundesdeutscher Verhältnisse kam. Der Einigungsvertrag schreibt vor, daß bis Ende 1992 eine einheitliche gesamtdeutsche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch gefunden werden soll, eine Regelung, »die den Schutz vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen« gewährleisten soll.⁷ Gelingt dies nicht, gilt das bisherige Recht auf den jeweiligen Territorien fort.

Gegenwärtig erleben Frauen in der ehemaligen DDR, wie die Fristenregelung ausgehöhlt wird. Die Bedingungen, um einen Abbruch durchführen zu lassen, verschlechtern sich. Ärzte und ganze Kliniken beginnen Frauen den Abbruch zu verweigern; die Ausstellung und Durchführung von Indikationen wird erschwert. Abtreibungsgegner versuchen ein Klima zu erzeugen, das bei Frauen, die abtreiben, Schuldgefühle und ein schlechtes Gewissen erzeugen soll. Frauen wird zunehmend ihre DDR-Identität genommen, indem ihre bisherige Lebensplanung — in der Berufstätigkeit, Partner- und Mutterschaft als Zusammenhang Realität war — als »widernatürlich« dargestellt wird. Unter dem Druck der Arbeitsmarktsituation werden Frauen zielstrebig aus dem Erwerbsleben gedrängt und bekommen als Ersatz ein erfülltes »Muttleben« angeboten. Die Debatte um Fristen und Beratungszwang macht erkennbar, welches Frauenbild mit Hilfe der rechtlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch transportiert werden soll. Die Botschaft ist: Frauen sind unselbständig, nicht in der Lage, Verantwortung zu übernehmen, und bedürfen der ständigen Hilfe und Orientierung. Mit den vorliegenden »Richtlinien zur Förderung von Schwangerschaftsberatungsstellen« werden bereits jetzt die Bedingungen für eine »lebensschützende« Beratung nach §218 geschaffen.

Waren wir nicht im Herbst 1989 angetreten, endlich als mündige Individuen respektiert zu werden, aus Fremdbestimmung und Bevormundung auszubrechen und unser Leben in die eigene Hand zu nehmen? Wenn Frauen unter den jetzigen Bedingungen nur annähernd so selbstbestimmt über ihr Leben und damit auch über ihre Schwangerschaft entscheiden wollen, wie sie es zu DDR-Zeiten konnten, dann ist dazu eine Fristenregelung, wie wir sie hatten, nicht mehr geeignet. Dementsprechend verständigte sich der Kongreß des Unabhängigen Frauenverbandes im März diesen Jahres in Leipzig auf die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218. Eine Folge der fehlenden Problematisierung dieses Themas ist die Ratlosigkeit und Verwirrung, mit der nicht nur DDR-Frauen auf das nunmehr inszenierte Gesetzesspektakel reagieren. Partei- und machtpolitische Erwägungen lassen eine sachbezogene Debatte nicht zu. Es ist eine politische Entscheidung, in einer für die bestehenden Machtverhältnisse so entscheidenden Frage nichts zuzulassen, was an DDR-Verhältnisse erinnert und sogar einmal die Bezeichnung »Errungenschaft des Sozialismus« trug. Da spricht Frau Rönsch »Leuten wie den Ostdeutschen, die in einem atheistischen Staat großgeworden sind«, das Recht ab, in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs überhaupt mitzureden: erklärt Frau Merkel in ihrem Demokratieverständnis Regierungspolitik zum Mittel, um Minderheitenpositionen durchzusetzen; negiert die Regierungskoalition die Meinung von 80% der DDR-Bevölkerung und 70% der Alt-BRD-Frauen, die sich klar gegen eine Indikationsregelung und für das Recht der Frau, selbst zu entscheiden, ausgesprochen haben. Die gegenwärtige Situation zeigt, daß die Forderung nach selbstbestimmter Schwangerschaft nicht verwirklicht werden kann, wenn die Debatte und das Recht zur Entscheidung den Parteien und ihren Fraktionen im Bundestag überlassen bleibt.

Anmerkungen

- 1 Rede vom 3. Dezember 1989 in der Volksbühne, die als Manifest für den zu gründenden Unabhängigen Frauenverband angenommen wurde; abgedruckt in *Argument* 180 (Merkel 1990)
- 2 Abgedruckt in *Argument-Studienheft SH 71 (Frauen in der Offensive 1990, 24)*
- 3 Vgl. zum folgenden: Berghahn/Fritsche 1991, Henning 1990a
- 4 Vgl. Instruktion des Ministeriums für Gesundheitswesen zur Anwendung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz vom 22.10.1965
- 5 Ca. 60 % aller Abbrüche wurden illegal vorgenommen (vgl. Henning 1990a, II)
- 6 Zu diesen Maßnahmen gehörte: die Verlängerung der bezahlten Freistellung bei Geburt eines Kindes auf insgesamt 18 Wochen; die Festsetzung der Geburtenhilfe ab dem ersten Kind einheitlich auf 1000 Mark; die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche und die Erhöhung des Mindesturlaubs für vollbeschäftigte werktätige Mütter mit mehreren Kindern (vgl. Gemeinsamer Beschluß 1972).
- 7 Einigungsvertrag Kap.VII, Art.31 Familie und Frauen (Einigungsvertrag 1990, 27).

Literaturverzeichnis

- Berghahn, S., und A.Fritsche, 1991: *Frauenrecht in Ost und West*. Berlin
- Busch, U., 1991: *Arzt und Schwangerschaftsabbruch. Beitrag zum Tribunal »Kein § 218 in Ost und West« am 8.6.1991 in Berlin (unveröff.)*
- Einigungsvertrag. Baden-Baden 1990
- Frauen in der Offensive: *Das Programm [angenommen auf dem Gründungskongreß des Unabhängigen Frauenverbandes, Berlin 17.2.1990]. In: UFV der DDR und Argument-Frauenredaktion (Hrsg.): Ohne Frauen ist kein Staat zu machen (Argument-Studienheft SH 71), Hamburg 1990*
- Gemeinsamer Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen vom 27.April 1972. In: *»Was der VIII.Parteitag beschloß, wird sein!« Neue sozialpolitische Maßnahmen*. Berlin 1972
- Henning, G., 1990a: *Wieder § 218? Erfahrungen eines Frauenarztes*. Berlin
- ders., 1990b: *Zur Interruptiosituation in der DDR. Arbeitsmaterial*. Leipzig
- Klessen, G., und R.Schorr, 1973: *Bevölkerungspolitische Aspekte der Schwangerschaftsunterbrechung*. In: *Zeitschrift f. ärztliche Fortbildung* 67, H.2
- Mehlan, K.-H., 1970: *Die Integration der Familienplanung in den Gesundheitsschutz der DDR*. In: *Zeitschrift f. ärztliche Fortbildung* 64, H.9
- ders., und A.Stolzenburg-Ramos, 1973: *Abortsituation, Fertilität und Familienplanung im Bezirk Rostock in den Jahren von 1962 bis 1971*. In: *Zeitschrift f. ärztliche Fortbildung* 67, H.11
- Merkel, I., 1990: *Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Einige Frauen-Fragen an ein alternatives Gesellschaftskonzept oder: Manifest für eine autonome Frauenbewegung*. In: *Argument* 180

Johann S. Ach

Abtreibung und Tötungsvorwurf

Eine Kritik feministischer Antwortversuche zur Frage nach dem moralischen Status von Embryonen und Föten

Anders als in den angelsächsischen Ländern haben PhilosophInnen in der Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch im deutschsprachigen Raum bislang kaum eine Rolle gespielt. Sie war eher eine Domäne von MedizinerIn, Juristen und Theologen. Das könnte sich jetzt — nicht zuletzt durch das Überschwappen der »Bioethik«-Welle in die hieszulande geführte Diskussion¹ — ändern. Im Zentrum dieser Diskussion steht die Frage nach dem moralischen Status von Embryonen und Föten. Die Frage mithin, ab wann ein (menschliches) Lebewesen ein »Recht auf Leben«² besitzt bzw. der Besitz welcher Eigenschaften ihm dieses Lebensrecht verschafft.

In dieser Diskussion stehen sich die beiden Extrempositionen unvermittelt und unversöhnlich gegenüber: Auf der einen Seite diejenigen, die dem menschlichen Leben schon in seinen ersten Anfängen, also bereits ab der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle das gleiche Lebensrecht zugestehen wollen wie jeder normalen erwachsenen Person (als dem paradigmatischen Fall eines mit einem Recht auf Leben ausgestatteten Wesens)(vgl. Löw 1986; Nonnan 1973 u.a.). Auf der anderen Seite jene, die wie Tooley (1983 u.ö.), Singer (1979 u.ö.) u.a. glauben, daß für den Besitz eines Lebensrechtes Konzepte der Zeiterfahrung und des Selbstbewußtseins konstitutiv seien, die beim Menschen erst irgendwann im Prozeß nach der Geburt ausgebildet werden. Für sie haben deswegen nicht nur Embryonen und Föten, sondern auch Neugeborene kein intrinsisches Lebensrecht. Zwischen diesen Extrempositionen gibt es eine Vielzahl weiterer, mehr oder weniger gut begründeter Vorschläge (vgl. dazu Ach 1991).

Die Frauenbewegung hat sich mit dem Tötungsvorwurf³ in der Abtreibungsdiskussion immer schon schwergetan. Eine akzeptable feministische Position⁴ dagegen, das ist die diesen Überlegungen zugrundeliegende These, ist nicht in Sicht. Das hängt z.T. vermutlich mit den schon genannten Besonderheiten der Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch (zumindest im deutschsprachigen Raum) zusammen. Die starke Präsenz von Theologen oder doch mit religiös-theologischen Mitteln argumentierenden Abtreibungsgegnern ließ zu leicht den Eindruck entstehen, daß die konservative Position zur Abtreibung untrennbar mit einer religiösen oder gar katholischen Weltanschauung verknüpft ist. Man hat sich deshalb schnell auf eher pragmatische Argumente gegen das Abtreibungsverbot konzentriert. Im Vordergrund standen so z.B. Argumente, die die leidvollen Konsequenzen eines Abtreibungsverbot für die betroffenen Frauen betonen. Eine solcherart pragmatisch geführte Diskussion lag auch aufgrund der historischen Erfahrung des Kampfes für ein Recht auf Abtreibung nahe. Ein kurzer Blick auf die Diskussion in den USA, in Australien usw. hätte freilich zeigen können, daß eine rigide Position gegen Abtreibung auch mit nichttheologischen Argumenten begründet werden kann.

Zudem läßt sich — zumindest auf den zweiten Blick — erkennen, daß einer solcherart pragmatisch orientierten Position die Fiktion zugrundeliegt, beim Embryo-Fötus handle es sich um ein mit einem – zumindest relativ – starken Lebensrecht ausgestattetes Wesen. Daß die AbtreibungsbefürworterInnen einem »Rechtfertigungszwang« unterliegen, liegt ja nicht »nur« am gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, sondern auch daran, daß sie Abtreibung als eine Handlung ansehen, die tatsächlich einer Rechtfertigung bedarf. Mit anderen Worten: Sie setzen diejenige Position bzgl. des Embryo- Fötus voraus, die sie eigentlich kritisieren wollten.

Dasselbe gilt für die schon eher philosophisch gefärbten Argumente, die man unter dem Stichwort »reproductive rights« subsumieren könnte. Hier wird vor allem die Autonomie der Frau betont und ihr Recht, über ihren Körper und damit auch über ihr Fortpflanzungsvermögen selbst zu entscheiden. Der Schwangerschaftsabbruch wird dann oft als ein Akt von Notwehr beschrieben bzw. als Inanspruchnahme eines Rechts auf Selbstverteidigung. In einem berühmten Aufsatz »A Defense of Abortion« hat Judith J. Thomson 1971 zu zeigen versucht, daß man den Abtreibungskonflikt nicht unbedingt als einen Konflikt konkurrierender Grundrechte, nämlich des Rechts auf Selbstbestimmung einerseits und des Rechts auf Leben andererseits, bestimmen muß. Sie behauptet, und das ist der springende Punkt, daß ein Recht auf Leben zu haben nicht automatisch bedeutet, das Recht zu haben, den Körper eines anderen zur Verwirklichung des eigenen Lebensrechtes zu benutzen. Eine Frau hat danach zwar kein Recht, den Embryo-Fötus zu töten; sie hat aber das Recht, ihm den Gebrauch ihres Körpers zu verwehren, selbst wenn das (den derzeitigen Stand der Technik vorausgesetzt) den sicheren Tod des Embryo-Fötus bedeutet.

»Ich sage nur, daß ein Lebensrecht haben weder ein Recht auf den Gebrauch noch ein Recht auf die Erlaubnis des längerfristigen Gebrauchs eines anderen Körpers garantiert — auch wenn man ihn gerade zum Überleben benötigte. Die Abtreibungsgegner werden sich deshalb nicht so ganz einfach und klar auf das Lebensrecht stützen können, wie sie selbst offenbar geglaubt haben.« (Thomson 1990, 117)

Thomsons Aufsatz hat damals v.a. unter Abtreibungsgegnern großes Aufsehen erregt, kommt sie doch unter der (von ihr selbst freilich nicht geteilten) Prämisse, daß der Embryo-Fötus ein vergleichbares Lebensrecht besitze wie eine normale erwachsene Person, dennoch zu einer relativ liberalen Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch. Darin liegt allerdings auch die Crux ihrer Position: Sie kann zwar zeigen, daß auch unter der Voraussetzung, daß der Embryo-Fötus ein intrinsisches Lebensrecht besitzt, nicht alle Abtreibungen unmoralisch sind; sie ist aber gleichzeitig weit davon entfernt ein tatsächliches Recht auf Schwangerschaftsabbruch begründen zu können.

Deutlicher erkennbar wird das Problem, wenn man mit Sumner (1981, 10) zwischen den beiden die Abtreibungsdiskussion prägenden Problemen unterscheidet: auf der einen Seite die Beziehung zwischen dem Embryo-Fötus und der Schwangeren und die sich daraus ergebenden Konflikte; auf der anderen Seite der moralische Status des Embryo-Fötus. Moralische Konflikte der ersten Art treten nur dann auf, wenn man die zweite Frage in dem Sinne beantwortet hat,

daß man dem Embryo-Fötus einen besonderen moralischen Status zuschreibt. Tut man dies nicht, gibt es auch das moralische Problem nicht, da es keine dem Selbstbestimmungsrecht der Frau entgegenstehenden Rechte anderer gibt. Es handelt sich also bei diesen Argumenten, die die Autonomie der Frauen betonen und ihr Recht auf Selbstverteidigung, nicht im eigentlichen Sinne um »Umgehungsargumente« (Leist 1990b, 32ff.), also um Argumente, die die Frage des fötalen Lebensrechtes ausklammern. Sondern im Gegenteil um Argumente, die ein solches fötales Lebensrecht explizit oder implizit, hypothetisch oder tatsächlich immer schon voraussetzen.

Einen weiteren Versuch, den beschriebenen Problemen aus dem Weg zu gehen, hat Christine Overall vorgelegt. Sie versucht, den Schwangerschaftsabbruch von der Tötungshandlung abzukoppeln. Man müsse unterscheiden zwischen

»(1) der vorzeitigen Entleerung des Uterus (d.h., der Austreibung des Embryo-Fötus) und (2) der Verursachung des Todes des Embryo-Fötus.« (Overall 1987, 68)

Die Probleme, die eine solche Unterscheidung mit sich bringt, liegen auf der Hand: Zum einen ist die logische Unterscheidungsmöglichkeit nicht gleichbedeutend mit den technologischen Möglichkeiten. Und letztere sind beim derzeitigen Stand der Technologie in den allermeisten Fällen (noch) nicht vorhanden.

»Die Beziehung zwischen Abtreibung und dem Tod des Fötus ist daher keine logische, sondern eine kausale.« (Sumner 1981, 8)

Zum anderen ist unklar, ob die Entwicklung von Technologien, die eine solche Unterscheidung praktisch möglich machen würden, überhaupt wünschenswert wäre. Jedenfalls brächte sie eine Fülle weiterer schwerwiegender Probleme mit sich.

Andere Teile der — vor allem US-amerikanischen — Frauenbewegung, die ebenfalls für »reproductive autonomy« und für eine »freie Wahl der Fortpflanzungsmöglichkeiten« eintreten, leiten dieses Recht mehr oder weniger direkt daraus ab, daß sie den eigenen Körper als Eigentum definieren. So fordert etwa Lory Andrews (1986), nicht nur die reproduktiven Körperteile, also Uterus, Embryonen, Gameten, Samen, Eier usw., sondern alle Körperteile oder Substanzen als veräußerbares Privateigentum anzusehen. Denn nur als EigentümerIn habe das Individuum eine legale Basis, von der aus es den Mißbrauch der eigenen Körperteile verhindern kann. »Reproductive rights«, so hat Maria Mies dagegen eingewendet, heißt dann aber nichts anderes als die Durchdringung des weiblichen Körpers durch den bürgerlichen Eigentumsbegriff. Autonomie, so hat sie diese Dialektik beschrieben, verkomme zur Wahlfreiheit im »reproduktiven Supermarkt«, die von den Frauen bezahlt wird:

»Frauen waren bisher eben noch nicht Eigentümerinnen 'ihrer Person'. Nun aber soll das geändert werden. Endlich sollen sie auch Eigentümerinnen ihres Körpers werden, und dadurch werden sie 'frei'. Nur dadurch haben sie eine Chance auf Gleichheit. Allerdings um den Preis ihrer Zerstückelung.« (Mies 1987)

Maria Mies, und mit ihr viele Frauen in der Frauenbewegung, fordern deshalb ein neues, »nicht-kapitalistisches, nicht-patriarchalisches, nicht-technokrati-

sches Verhältnis zum eigenen Körper« (Mies 1985, 61). Eines, das die auf dem »Recht«⁵ auf Eigentum basierenden bürgerlichen Rechtsbegriffe transzendiert. *Our bodies — our selves*: Wir besitzen unseren Körper nicht, wir sind unser Körper. Konsequenterweise hält Mies die Forderung nach einem »Recht« auf Abtreibung für absurd,

»denn dieses 'Recht' setzt ja voraus, daß sich der Staat zunächst mal das Eigentum an allen Frauenkörpern genommen hat und daß wir es jetzt vom Staat wieder als Privateigentümerinnen zurückfordern.« (ebd.)

Unklar bleibt bei den Überlegungen von Mies, ob sie sich mit dieser Position aus dem moralischen Diskurs überhaupt verabschieden will, oder — wenn das nicht der Fall ist — wo dann der normative Bezugspunkt einer moralischen Kritik liegen soll.

In ähnlicher Richtung argumentiert Renate Sadrozinsky für eine andere Sicht des weiblichen Körpers. Ihre Überlegungen orientieren sich am Begriffspaar Selbst- vs. Fremdbestimmung und an den mit den jeweiligen Handlungen verbundenen Interessen/ Zwecken. Während der Schwangerschaftsabbruch Sadrozinsky zufolge ein Akt reproduktiver Selbstbestimmung sein kann, dem der §218 entgegensteht, sieht sie in Fortpflanzungsmedizin und Embryonenexperimenten einen zu Lasten vor allem der Frauen gehenden Akt der Fremdbestimmung.

»Fortpflanzungsmedizin und Embryonenexperimente verändern den Menschen — als Gattung und als einzelnen. Die Veränderung ist insgesamt nicht abschätzbar, letztlich nicht beherrschbar. Aber auch da, wo die Ergebnisse überschaubar sind, sind die Ziele nicht wünschbar: Menschenzüchtung und Zuchtwahl. Die Frauen werden in diesem Arrangement schließlich zu (Ersatz-)Teile-Lieferantinnen bzw. Brutgefäßen degradiert, oder sie sollen Kinder zum 'Aus-schlachten' produzieren.« (Sadrozinsky 1988, 39)

Diese »abzulehnenden Zwecke« sind es, die den angeblichen Zusammenhang von Abtreibung und Embryonenforschung auflösen. Eines Embryonenschutzgesetzes bedarf es nicht,

»weil der Embryo kein Träger eigener Rechte ist (...), ihm kommt kein eigenes, schutzwürdiges Lebensrecht zu« (ebd.).

Der »Sündenfall« der Debatte sowohl um Abtreibung als auch um Embryonenschutz liegt für sie in der dieser zugrundeliegenden

»Isolation des 'Embryos' aus der biologisch-sozialen Einheit mit der schwangeren Frau. Dies geschieht durch den Paragraphen 218 rechtlich und moralisch, bei der In-vitro-Fertilisation, beim Embryonen-Transfer und bei den Experimenten mit Embryonen technisch-stofflich« (ebd.).

Leider sagt Sadrozinsky nichts weiter darüber, was es mit dieser »biologisch-sozialen Einheit« auf sich hat.⁶

Die Psychologin Conny Hühn vertritt eine Position, die ebenfalls nicht untypisch ist für die feministische Diskussion zum moralischen Status von Embryonen und Föten, und die ich »feministischen Kreatianismus« nennen möchte: Sie spricht zwar nicht von einer biologisch-sozialen Einheit des Embryo-Fötus mit der Schwangeren, sondern vom Embryo-Fötus als »Leibesfrucht«, meint damit

aber etwas ähnliches. Sie benutzt diesen Ausdruck, um nicht schon vom Wort her den Embryo-Fötus von der Frau zu trennen, von dem er ein Teil sei. Die »Setzung des Embryos als vorab definiertes Wesen gegen die Frau« stellt in ihren Augen eine »psychische Vergewaltigung und Absurdität« dar, eine Leugnung und Enteignung ihrer »kreativen Tätigkeit«. Letztere ist für sie aber gerade entscheidend.

»Es ist unsere kreative Entscheidung, was wir aus unserer Leibesfrucht werden lassen wollen, die biologisch in einem parasitären Verhältnis zu uns steht, d. h. einseitig von uns abhängig ist. Dieses kleine lebendige Etwas wird dann zu einem Kind, wenn wir ja dazu sagen, wenn wir ihm Platz in uns schaffen, es wachsen lassen wollen, wenn wir wollen, daß ein Kind daraus wird. Unsere Beziehung zu uns selbst und unserem Körper ist entscheidend, unsere Wünsche und Entscheidungen über unseren Körper, aus dem ein anderes Wesen entstehen und hervorgebracht werden kann — wenn wir es wollen. Wenn die Frau das Gefühl hat, ihr fünf Wochen alter Embryo ist ein Kind, dann ist er eins — durch ihren kreativen Phantasieakt. Wenn sie das Gefühl hat, er ist ein lästiger Zellhaufen, dann ist er das auch.« (Hühn 1989, 90)

»Kreatianismus« ist eine spezielle Variante der Lehre von der Beseelung, die behauptet, die Eltern würden die materielle Komponente, den Leib, erzeugen, und Gott die die Materie formende und erst zu einem Menschen machende Geistseele. Der von Hühn vertretene »feministische Kreatianismus« ersetzt schlicht den göttlichen Gnadenakt durch den weiblich-kreativen Phantasieakt ...

Doch damit zurück aus den Höhen feministisch-mystischer Spekulation in die Niederungen philosophischer Reflexion. Rosalind Pollack Petchesky ist die einzige mir bekannte Feministin, die biologisch-reduktionistische Argumente in der Abtreibungsdiskussion ebenso ablehnt wie theologische — und daraus die entsprechenden Konsequenzen zieht. Mit der angelsächsischen Diskussion um Abtreibung vertraut, weiß sie, daß die Ablehnung biologischer Tatsachen (wie z. B. der Geburt) als moralischer Kriterien in schwerwiegende Probleme führt. Vor allem findet man sich mit dem Problem konfrontiert, wie man zwischen Föten und Neugeborenen (in moralisch relevanter Weise) unterscheiden soll und, wenn Abtreibung als erlaubt angesehen wird, warum für Infantizid nicht dasselbe gelten soll. Für die an Locke oder Kant orientierten »klassischen« Argumente, die nur Personen ein Recht auf Leben zuerkennen wollen, scheint diese Konsequenz unausweichlich.

Pollack Petchesky nun hält an der Bedeutung des Person-Begriffes zwar fest (»Moralphilosophie kann die Unterscheidung zwischen menschlich und 'wirklich menschlich' nicht vermeiden.« [Pollack Petchesky 1986, 344]), doch lehnt sie das ihrer Ansicht nach statische bürgerliche Personkonzept ab.

»Personalität' oder 'Menschlichkeit' sind in dieser Sicht keine statischen Konzepte, keine Mengen von physischen oder auch nur intellektuellen 'Eigenschaften'; vielmehr sind sie ein Prozeß, ein Prozeß kontinuierlicher Bewußtwerdung. Wir werden zu Menschen gemacht (*humanized*), in einer nicht endenden Entwicklung, die die Entwicklung von Bewußtsein, rationalen und 'moralischen' Fähigkeiten ebenso umfaßt, wesentlicher aber die Entwicklung von Gefühlen, Empfindungen, den Leib — und immer im Kontext von Beziehungen mit anderen. Es ist diese Beziehung, diese gegenseitige Abhängigkeit, die uns zu Menschen macht.« (343f.).

Die Schwangere wird so zur »aktiven Urheberin der 'Personalität' des Fötus«:

»Was an diesem Prozeß der Menschwerdung (der Entstehung der 'Person') nicht reduzierbar und unverzichtbar ist, ist die Subjektivität der schwangeren Frau, ihr Bewußtsein davon, in einer Beziehung mit dem Fötus zu existieren. (...) Denn es ist ihr Bewußtsein, das die Bedingung ist für seine Menschwerdung, dafür, daß sich sein Bewußtsein vom Potential zu einem tatsächlichen entwickelt.« (347)

Bleibt die Frage, ab welchem Zeitpunkt diese Beziehung der Schwangeren zum Embryo-Fötus besteht. Für Pollack Petchesky sind die ersten für die Schwangeren spürbaren Kindsbewegungen (»quickening«) das einzig plausible und mit den Erfahrungen der Schwangeren vereinbare Kriterium.

»Es ist nicht überraschend, daß noch bis vor kurzem (und vielleicht noch immer) von den meisten Frauen der Moment des 'quickening' als die Trennlinie zwischen der Nicht-Existenz und der Existenz eines 'Kindes' angesehen wurde. Die Bewegungen des Fötus sind Signale, Mitteilungen, die der Schwangeren ihr Leben, ihre Abhängigkeit und ihre Beziehung zu sich selbst anzeigen. Zweifellos ist die Schwangere bis zu dieser Zeit in keinem Sinn eine 'Mutter', aus dem einfachen Grund, daß Mutterschaft eine sozial konstruierte Beziehung ist und nicht nur ein biologischer Zustand (die Adoptions-Situation ist ein offenkundiges Beispiel). Sie ist genauso wenig eine Mutter, wie ein Mann, der mit seinem Spermium eine fruchtbare Eizelle befruchtet, von dem Moment an ein 'Vater' ist. Mit dem Beginn der Bewegungen im Uterus beginnt die Frau ein Bewußtsein für die gegenseitige Beziehung zu entwickeln. Dieses Bewußtsein, das aus einer wechselseitigen sensorischen Aktivität hervorgeht, markiert den Beginn von sozialen Beziehungen, die die notwendige und alleinige Basis sind, die die Entwicklung eines 'Selbst' des Fötus, seine Menschwerdung, möglich macht.« (346f)

Einen der möglichen Einwände gegen ihren Vorschlag nennt Pollack Petchesky freilich selbst, nämlich die — beim derzeitigen Stand der Technologie noch rein hypothetische — Möglichkeit der »Aufzucht« von Embryo-Föten im künstlichen Uterus (Ektogenese).⁷ Die »Lücke«, während der der Embryo-Fötus auf den weiblichen Uterus angewiesen ist und nicht technisch am Leben erhalten werden kann, wird allerdings immer kleiner. Würde aus Pollack Petcheskys Überlegungen nicht folgen, daß ein solcher Embryo-Fötus keine Chance hätte, jemals 'wirklich menschlich', eine Person, zu werden? Unklar ist auch, warum gerade »quickening« das gesuchte Kriterium sein soll. Die neuen Möglichkeiten der pränatalen Diagnostik erlauben ja bereits zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt das »Kind« zu hören und zu sehen (Ultraschall), sein Geschlecht zu bestimmen, es medizinisch oder operativ zu behandeln usw. — mit anderen Worten: eine Beziehung zu ihm herzustellen. Sollte diese von derjenigen, die beim »quickening« entsteht, tatsächlich so grundverschieden sein, daß sie die ganze Last der moralischen Unterscheidung tragen kann?⁸ Bei der Beziehung der Schwangeren zum Embryo-Fötus kann von Pollack Petchesky nicht nur eine positive Beziehung gemeint sein (andernfalls würden »ungewollte« Kinder wohl auch keinen Personenstatus besitzen). Heißt das aber nicht, daß ab dem »quickening« jede Abtreibung, ungeachtet der je besonderen Beziehung der Schwangeren zum Embryo-Fötus, (*ceteris paribus*) »Mord« wäre? Die ersten Kindsbewegungen werden von jeder Schwangeren und bei jeder Schwangerschaft anders und zu unterschiedlichen Phasen der Schwangerschaft wahrgenommen. So gilt in der Regel, daß eine Frau während einer zweiten Schwangerschaft zu einem früheren

Zeitpunkt Kindsbewegungen feststellen kann als bei der ersten. Heißt das aber nicht, daß das »quickenig«- Kriterium ein starkes Willkürmoment enthält?

Das Ergebnis dieser Überlegungen ist ernüchternd⁹: Ein auch nur annähernd plausibel zu machendes Argument gegen den Tötungsvorwurf ist nicht in Sicht. Wer nicht nur — wie in der Debatte um Singers Rechtfertigungsversuche einer »Euthanasie« an (schwerst)behinderten Neugeborenen allzuoft geschehen¹⁰ — Denkverbote und Tabus errichten will, sondern um eine rationale Klärung der Probleme bemüht ist, wird sich diesen Problemen jedoch stellen müssen. Vier Möglichkeiten scheinen mir dabei prinzipiell offen zu stehen.

Erstens kann man, wie Brockmann fordert, »den Mord- und Tötungsvorwürfen die Eigenbehauptung« (Brockmann 1990, 249) offensiv entgegensetzen. Wenn damit gemeint sein sollte, daß im Falle konkurrierender Grundrechte das Recht der Frauen auf (reproduktive) Selbstbestimmung grundsätzlich Vorrang haben soll, ist allerdings schwer zu sehen, wie dieses begründet werden soll. Tooley (1983, 40ff.) zeigt in seiner Auseinandersetzung mit Thomson gerade, daß es gute Gründe dafür gibt, im Falle konkurrierender Grundrechte, also des Rechts auf Leben vs. des Rechts auf Selbstbestimmung, ersterem den Vorrang zu geben. Das hängt u.a. damit zusammen, daß eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts grundsätzlich kompensierbar ist, eine Verletzung des Rechts auf Leben dagegen nicht.

Zweitens kann man bestreiten, daß die Abtreibungsfrage überhaupt in terms of morals geführt werden sollte, wie es die Position von Mies nahezu legen scheint, und behaupten, daß es sich vielmehr um eine gesellschaftliche Auseinandersetzung handle (wobei allerdings nicht klar ist, warum dies ein Widerspruch sein soll).

Drittens kann man versuchen zu zeigen, daß der Embryo-Fötus keine Person ist, i.e. kein Recht auf Leben hat. Dies scheint allerdings außerordentlich schwierig, insbesondere, wenn man gleichzeitig Infantizid ausschließen will.

Und viertens kann man die Berechtigung der oben eingeführten Unterscheidung zwischen der Frage nach dem moralischen Status des Embryo-Fötus einerseits und dem Interessenkonflikt zwischen dem Embryo-Fötus und der Schwangeren andererseits anzweifeln. Es reicht dann allerdings nicht, statt Embryo-Fötus von »Leibesfrucht« oder von einer »biologisch-sozialen Einheit« zwischen Embryo-Fötus und der Schwangeren zu sprechen. Das gesuchte Argument müßte im Gegenteil derart »mystische« und tendenziell biologistische Rede gerade vermeiden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. Leist 1990a; Leist 1990b; Löw 1990; Sass 1989 u.a.
- 2 Genau genommen ist die Frage nach dem moralischen Status von Embryonen und Föten eine weitergehende. In der Literatur hat sich jedoch die Einschränkung auf eine Begründung des Tötungsverbotes und die Fragen seiner Reichweite durchgesetzt.
- 3 Strenggenommen müßte man von einem Mordvorwurf sprechen, doch hat sich die Redeweise von: Tötungsvorwurf durchgesetzt. Daß es sich bei einem Schwangerschaftsabbruch in aller Regel um eine Tötungshandlung handelt, dürfte allerdings schwerlich bestreitbar sein.
- 4 Unter einer feministischen Position in der Abtreibungsdiskussion verstehe ich hier Überlegungen, die nicht nur eine liberale Handhabung des Abtreibungsparagrafen begründen, sondern ein (moralisches wie juristisch-kodifiziertes) Recht der Frauen, eine unerwünschte Schwangerschaft vorzeitig zu beenden.
- 5 Es ist wichtig, in der Abtreibungsdiskussion jeweils darauf zu achten, ob von einem moralischen Recht oder einem juristisch-kodifizierten Recht auf Abtreibung die Rede ist. Obwohl sie sich in irgendeiner Weise aufeinander beziehen müssen, heißt das nicht, daß sie immer kongruent wären. So kann man ohne weiteres Abtreibung als moralisch falsch ansehen und dennoch ein Abtreibungsverbot ablehnen, weil dieses etwa statt des gewünschten Rechtszustandes ungewünschte negative Folgen haben würde. Die Frage, wie juristisch-kodifiziertes Recht aussehen soll, ist selbst eine vorrangig moralische. Wer allerdings, wie hier Maria Mies, aus einer marxistischen Position argumentiert, wird zu der Unterscheidung zwischen moralischen und juristisch-kodifizierten Rechten quer liegen. Mies geht es ja gerade darum, die bürgerlichen Rechtsbegriffe überhaupt zu »transzendieren«.
- 6 Der zitierte Text läßt allerdings noch eine andere Lesart zu. In der *taz* erschien Sadrozinskys (gekürzter) Aufsatz mit dem Untertitel: »Der Embryo ist kein Träger eigener Rechte, denn er existiert außerhalb der Frau nur, wenn Zwecke verfolgt werden, die abzulehnen sind.« Daß dieses Argument, sollte es von Sadrozinsky so gemeint sein, schlechterdings unsinnig ist, liegt m.E. auf der Hand. Man überlege sich die Konsequenzen, die folgten, würde man jedem (menschlichen) Lebewesen das Recht auf Leben deswegen absprechen, weil es zu »abzulehnenden Zwecken« gezeugt wurde. Möglicherweise würden diesem Argument alle Kinder zum Opfer fallen, die (ausschließlich) gezeugt wurden, um eine kriselnde Ehe zu »retten«. Oder, wenn man dies nicht als »abzulehnenden Zweck« akzeptieren möchte: Wollte man dem zweiten Kind von Abe und Mary Ayalen aus den USA das Lebensrecht absprechen, weil es von diesen (nur) gezeugt wurde, um mit seinen Knochenmarkszellen ihr erstes Kind vor dem Krebsstod zu retten, also quasi als Organspender gezeugt wurde? (Vgl. FR vom 19.02.90)
- 7 Vgl. zum Problem der Ektogenese: Singer/ Wells 1984, 131- 149.
- 8 Die durch Pränataldiagnostik veränderten Beziehungen von Frauen zu ihrer Schwangerschaft hat Katz Rothman (1989, 101ff.) hervorgehoben. Sie berichtet u.a., daß von den 60 von ihr befragten Frauen, die eine Amniozentese hatten durchführen lassen, sich 13 überhaupt nicht daran erinnern konnten, wann sie das erste Mal fötale Bewegungen wahrgenommen hatten. Im Gegensatz dazu wußten alle Frauen, die die Amniozentese abgelehnt hatten, wann sie das erste Mal fötale Bewegungen gespürt hatten.
- 9 Das gilt allerdings ebenso für nicht feministische Argumente über den moralischen Status von Embryonen und Föten. Vgl. Ach 1991
- 10 Zur Rechtfertigung der Singer-Debatte vgl. Ach/ Gaidt 1990.

Literaturverzeichnis

- Ach, Johann S., 1991: Über den moralischen Status von Embryonen und Föten. Münster (Ms., unveröffentlicht)
- Ach, Johann S., und Andreas Gaidt, 1990: Kein Diskurs über Abtreibung und »Euthanasie«? Zur Rechtfertigung der Singer- Debatte. in: *Das Argument* 183, 769-776
- Andrews, Lori B., 1986: My Body, My Property. In: *The Hastings Center Report* 17, 28-38
- Brockmann, Anna Dorothea, 1990: »Leibhaftige Risiken«. Die Herausforderung weiblicher Selbst-

- bestimmung durch pränatale Diagnostik. In: Schindele, Eva: Gläserne Gebärmütter. Vorgeburtliche Diagnostik — Fluch oder Segen. Frankfurt/M., 239-259
- Hühn, Conny, 1989: Die bedrohte Würde der Frau und deren Negation als Subjekt. In: Die Grünen: Neue Aspekte: Bevölkerungspolitik und Tötungsvorwurf. Bonn, 83-94
- Katz Rothman, Barbara, 1989: Schwangerschaft auf Abruf. Vorgeburtliche Diagnose und die Zukunft der Mutterschaft. Marburg
- Leist, Anton (Hrsg.), 1990a: Um Leben und Tod. Moralische Probleme bei Abtreibung, künstlicher Befruchtung, Euthanasie und Selbstmord. Frankfurt/M.
- Leist, Anton, 1990b: Eine Frage des Lebens. Ethik der Abtreibung und künstlichen Befruchtung. Frankfurt/M., New York
- Löw, Reinhard (Hrsg.), 1990: Bioethik. Philosophisch-theologische Beiträge zu einem brisanten Thema. Köln
- Löw, Reinhard, 1986: Genmanipulation. Die geklonte Natur. Rastatt
- Mies, Maria, 1985: Das Rechts-Links-Muster hilft uns nicht mehr. Eine Entgegnung. In: Kommune 12, 55-62
- Mies, Maria, 1987: Im Supermarkt der käuflichen Körperteile. In: taz, 01.08.
- Noonan, John T., 1973: An almost absolute value in history. In: Joel Feinberg (ed.): The problem of abortion. Belmont, 10-17
- Overall, Christine, 1987: Ethics and human reproduction: a feminist analysis. Boston
- Pollack Petchesky, Rosalind, 1986: Abortion and woman's choice. The state, sexuality, and reproductive freedom. London
- Sadrozinsky, Renate, 1988: »Kinder oder keine — entscheiden wir alleine«? Zum Zusammenhang von §218 und Embryonenschutz. In: Susanne von Paczensky und Renate Sadrozinsky (Hrsg.): §218: Zu Lasten der Frauen. Neue Auskünfte zu einem alten Kampf, Reinbek, 28-40 (eine gekürzte Fassung erschien in der taz vom 22.08.88)
- Sass, Hans-Martin (Hrsg.), 1989: Medizin und Ethik. Stuttgart
- Singer, Peter, 1979: Practical ethics. Cambridge
- Singer, Peter, und Deane Wells, 1984: The reproduction revolution. New ways of making babies. Oxford
- Sumner, L.W., 1981: Abortion and moral theory. Princeton
- Thomson, Judith J., 1990: Eine Verteidigung der Abtreibung. In: Leist 1990a, 107-131
- Tooley, Michael, 1983: Abortion and infanticide. Oxford



Pessimismus des Verstandes - Optimismus des Willens



Antonio Gramsci Gefängnishefte

Kritische Ausgabe auf Grundlage der von V. Gerratana im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition.

Band 2 (2. und 3. Heft)

Hg. von Wolfgang Fritz Haug
362 Seiten

Pressestimmen zu Band 1:

»... ein Wagnis für einen Kleinverlag...«

Der Tagesspiegel, Berlin

»Endlich!«

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

»... ein neuer Blick auf soziale Herrschaft...«

die tageszeitung

»... mit äußerster inhaltlicher und übersetzerischer Akribie...«

Utopie kreativ

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Bereits erschienen:

Gefängnishefte Band 1
(1. Heft)

Hg. von Klaus Bochmann

Vorwort von W.F. Haug

Einleitung von V. Gerratana

288 Seiten

Die Gesamtausgabe der *Gefängnishefte*, herausgegeben vom *Deutschen Gramsci-Projekt* unter Leitung von Prof. K. Bochmann (Leipzig) und Prof. W.F. Haug (FU Berlin), wird 10 Bände

(incl. Registerband) umfassen. Jeder Band mit kritischem Apparat (Manuskriptbeschreibung und Anmerkungen); in Linson geb., zweif. Schutzumschlag. Preis je Band DM 46,— bei Subskription DM 37,—

Die Subskriptionsfrist ist bis zum 30. Juni 1992 verlängert worden.

Die Bände 3 und 4 erscheinen im Laufe des Jahres 1992.

Hiermit subscribiere ich:

Antonio Gramsci, Gefängnishefte

(10 Bände, 1991 bis 1996, Band 1 bereits erschienen).

Ich erteile Einzugsermächtigung
Zusendung erfolgt portofrei)

Kto.-Nr.

BLZ

Bank:

Ich erbitte Zusendung mit Rechnung
(pro Band DM 2,— Porto)

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift: _____

Kongreßberichte

VI. Europäisches Forum sozialistischer Feministinnen

Norwich, England, 28. bis 30. Juni 1991

Wenn Frauen aus 20 Ländern zusammenkommen und abends wie verrückt zusammen tanzen, ist dies ein Zeichen dafür, daß es keinen anderen Grund für eine solche Konferenz gibt als den Wunsch und Willen dieser Frauen selber, sagte Cynthia Cockburn aus England und meinte dies keineswegs als Kritik. Niemand finanziert diese Treffen, niemand möchte ein Kapital daraus schlagen.

Vor 6 Jahren gründeten wir dieses Europäische Forum, um die empfundene Schwäche im eigenen Land durch Internationalen Zusammenschluß in Stärke zu verwandeln. Und wir wollten der damals sich abzeichnenden Tendenz einer Europäischen Linken - die sich wie selbstverständlich männlich gründete, mit weiblichen Tupfern - eine feministische Kraft entgegenzusetzen und hinzufügen. Inzwischen ist aus der Eurolinken wenig geworden, aber unser Feministisches Forum streitet in ermutigender Vehemenz. Es waren nicht so sehr die Länderberichte, die allesamt vom Niedergang der Rechte von Frauen, von der Verschlechterung ihrer Lage Zeugnis ablegten; und auch nicht die vorbereiteten Themen wie Staatsbürgerrechte für Frauen, Rassismus oder Abtreibungsgesetzgebung, welche mit Leidenschaft besetzt waren. Vielmehr wurde diese Konferenz mit ca. 100 Frauen aus allen Generationen aufgerüttelt durch das Verlangen einiger neuer Mitglieder aus der Sowjetunion, unterstützt von Frauen aus der Tschechoslowakei und auch vom nachdenklichen Zweifel westlicher Frauen, es möge der Zusatz »sozialistisch« aus dem Namen dieser Konferenz und dieser Vereinigung gestrichen werden. Gerade war nach langer Diskussion eine wirkliche Organisation gegründet mit Statut, Mitgliedschaften, einem Komitee und einem Mitgliedsbeitrag — anstelle der bisher losen Form der Adressenlisten und wechselnden Verantwortungen —, da stand die Identität der gesamten Gruppe in Frage. »Sozialismus ist ein negatives Reizwort, mit dem wir uns in unseren Heimatländern nicht blicken lassen können«, meinten einige Frauen aus den östlichen Ländern; andere wiederum hatten damit überhaupt keine Probleme, sahen sie doch bei aller Kritik am Bisherigen die wichtigsten Ziele von Sozialismus — Abbau von Herrschaft, horizontale Vergesellschaftung — ganz uneingelöst. Schwierig wurde es, dieses umkämpfte Terrain auf eine Weise zu diskutieren, die bei aller Einfühlung in die »Sozialismuserfahrenen« auch die Möglichkeit offenließ, daß das in Norwich Umkämpfte auch in den ehemaligen sozialistischen Ländern nicht bloß verabschiedet, sondern u.U. selber wiederum umkämpft ist.

Die Konferenz brach nicht auseinander. Statt dessen wurde fast einstimmig beschlossen, die nächste Konferenz 1992 in Brüssel ganz diesem Thema Sozialismus-Feminismus zu widmen. Erstritten werden soll, ob solche Zusammenfügung noch Zukunft haben kann, ob es überhaupt eine tragfähige und erneuernde Bedeutung hat. Zugleich hoffen wir, daß uns ein Jahr mehr Zeit die Möglichkeit gibt, die Bewegung des zusammenbrechenden befehlsadministrativen Sozialismus soweit zu überblicken, daß wir in den Fluten Inseln ausmachen und ausbauen können.

Frigga Haug (Berlin und Hamburg)

Technik — Kultur — Arbeit

2. Tagung der Reihe »Geschichte und Zukunft der industriellen Arbeit«, veranstaltet vom DGB-Bildungszentrum Hattingen, dem Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Recklinghausen und der Hans-Böckler-Stiftung, Hattingen, 27. bis 29. Mai 1991

Im Einleitungsreferat widmete sich *Gerd Hurrle* (DGB-Bildungszentrum) der Frage, welchen Anteil gewerkschaftliche Politik an Technik und Arbeitsorganisation hat. Er stellte die These auf, daß die Auffassung, Teilung der Arbeit sei die grundlegende Methode der Steigerung der Produktivität der Arbeit, zu den zentralen Bestandteilen westlicher Kultur gehörte. Der Taylorismus habe hier nur systematisieren müssen. Gewerkschaftliche Macht resultiere in Deutschland zu einem guten Teil aus dem Taylorismus. Denn dieser habe ein System hervorgebracht, das Arbeit und Leistung beurteil- und meßbar und damit verhandel- und mitbestimmbar macht. Heute kollidiere das daraus resultierende Tarifsysteem vielfach mit neuen Formen der Arbeitsorganisation. Die Gewerkschaften müßten sich fragen, mit welchen Leitvorstellungen sie brechen müssen, um ein »Projekt Zukunft« zu initiieren, das die Subjekte wieder ins Zentrum stelle. *Wolfgang Krohn* (Univ. Bielefeld) arbeitete sich am kulturell bedingten Wandel des Technikbegriffs und damit auch der Technik ab und zeigte, daß es nicht die Technik gibt, sondern daß Technik in der Geschichte auch ihre soziale Qualität ändert. *Hans-Ludger Dienel* (Deutsches Museum München) setzte sich an Hand der Genese amerikanischer und deutscher Kältetechnik mit der Frage nationaler Technikstile auseinander und konkretisierte an diesem Vergleich die sozialen und kulturellen Implikationen von Technik.

Am zweiten Tag beschäftigte sich die Tagung mit dem Problem Technik und Geschlechterverhältnisse. *Ilse Dröge-Modelmoog* (Univ. Oldenburg) wollte Sinnlichkeit, Ruhe und Intimität in einem »weiblichen« Gegenentwurf zu »männlichen« Technikkonzepten und männlich strukturierter Kultur gewahrt und gesellschaftlich gestärkt wissen. *Karin Zachmann* (TU Dresden) stellte an Hand der Entwicklung von Maschinerie und Arbeitsorganisation in der Textilindustrie heraus, wie Männer mittels Technik, Arbeitsorganisation und Regelungsformen ihre Dominanz in der Industrie strukturell sichern und dabei die herrschende gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verfestigen. *Gisela Dörr* (Univ. Frankfurt) setzte sich mit Haushaltstechnik auseinander. Motiv der Technisierung der Hausarbeit sei gewesen, sie abzuschaffen und die Frau für die Erwerbsarbeit freizusetzen. Die Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit zwischen den Geschlechtern und damit die Auflösung der herrschenden Geschlechterverhältnisse habe dabei nie eine Rolle gespielt. Entsprechend sei durch Haushaltstechnik auch keine Veränderung in diese Richtung bewirkt worden. In Kleinformen am Nachmittag wurde versucht, aus der Kritik an patriarchal strukturierter Arbeitsorganisation und Technik (*Brigitte Aulenbacher*, Univ. Frankfurt), an männlichen Lern- (*Brigitte Müthing*, Forschungsinstitut für Arbeiterbildung) sowie Vertretungskulturen (*Margareta Steinrücke*, ISO Köln) feministische bzw. androgyne Perspektiven bezogen auf eine gewerkschaftliche Praxis zu entwickeln.

Zum Abschluß diskutierten *Frigga Haug* (Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), *Peter Brödner* (IAT Gelsenkirchen) und *Bernd Kaßbaum* (Abtlg. Bildung beim IGM Hauptvorstand), moderiert von Andreas Blume (bit. e.V. Bochum), über die Frage »Sozialverträgliche oder sozialinnovative Technikgestaltung?« Brödner verwies auf die strukturierende Gewalt von Technik und zeigte Möglichkeiten ihrer sozialer Gestaltung. Frigga Haug hob hervor, ein feministischer Technikentwurf sei zwar nicht in Sicht, aber die geschlechtlich strukturierende Kraft, die aus- und einschließenden sowie die be- und entgrenzenden Wirkungen von Technik im gesellschaftlichen Kontext müßten im Prozeß der Technikgestaltung bewußt behandelt werden. Bernd Kaßbaum schließlich verwies an Hand des Tagungsthemas und der Fragestellung des Podiums auf die Beschränktheit einer auf den Betrieb verengten Gewerkschaftsarbeit.

Mit dieser Tagungsreihe scheint eine Form gefunden, interessierte Gewerkschafter/innen, Sozialwissenschaftler/innen, Historiker/innen und Techniker/innen in einen gemeinsamen Diskussionsprozeß einzubeziehen. Dies kann dem gewerkschaftlichen Technikdiskurs nur nutzen. Im Herbst 1991 wird der erste und im Frühjahr 1992 der zweite Tagungsband erscheinen. Die nächste Tagung findet vom 24. bis 25. Mai 1992 ebenfalls in Hattingen statt. Thema: »Technik — Beruf — Arbeit«. Auskunft: DGB- Bildungszentrum, Am Homberg 46-50, 4320 Hattingen. Gerd Hurrle (Hattingen)



DEMOKRATIE & SOZIALISMUS

IV. Tübinger Ernst-Bloch-Tage
8. — 10. November 1991

Mit: Cornelius Castoriadis, Elmar Altvater, Bob Jessop u.a.

Freitag, 8. November:

Eröffnungsveranstaltung mit Vorträgen und Diskussion

Samstag, 9. November:

Tagung der verschiedenen Arbeitsgruppen:

AG I: Utopie, Demokratie, Sozialismus

AG II: Entmännlichung der Utopie

(Vorbereitung: *Unabhängiger Frauenverband*)

AG III: Zur Logik demokratischer Institutionen

AG IV: Sozialismus & Markt

AG V: Innere Veränderungen des Kapitalismus —

Postfordismus oder Ende der Arbeitsgesellschaft?

AG VI: Selbstbestimmung und Menschenrechte im

Mittleren Osten

Sonntag, 10. November:

Abschlußpodium

UNTERSTÜTZER/INNEN: Sozialistisches Büro Offenbach, LINKS-Redaktion, Unabhängiger Frauenverband Berlin, Redaktion TUTE — Tübinger Termine, Fachschaftsraterversammlung der Ernst-Bloch-Universität Tübingen, GRÜNE/AL Tübingen. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Politische Ökologie. ANMELDUNG: Vorbereitungsgruppe Tübingen / Mathias Richter, Sigwartstr. 11, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/27321. Teilnahmegebühr incl. Materialien 25.-DM/15.-DM erm.

Dialektik ist eine philosophisch-wissenschaftliche Zeitschrift mit enzyklopädischem Anspruch und erscheint 3 mal im Jahr. Jedes Einzelheft konzentriert sich auf einen Schwerpunkt aus den Themenbereichen der Philosophie sowie der Natur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Zum Konzept der Zeitschrift gehört die systematische kontinuierliche Weiterführung des Programms der "Europäischen Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften".

Dialektik gibt orientierende Antworten auf die Frage, wie die Grundsätze der Humanität, der Emanzipation und der politischen Mündigkeit aller Menschen unter den Bedingungen des Pluralismus praktisch verwirklicht werden könnten und sollten.

Dialektik greift die erkenntnistheoretischen und wissenschaftlichen Denkrichtungen der Gegenwart auf und setzt sie in Korrespondenz zu den in der Moderne begründeten, auf die Ganzheit der Erkenntnis des Wirklichen gerichteten Theorien rationaler Weltauffassung. Die Marxsche Theorie und deren Kritik bildet in diesem Kontext in doppelter Hinsicht einen der Schwerpunkte.

Dialektik stellt sich der Thematik der Pluralität der Werte und Weltbilder im Denken der Gegenwart. Ziel ist die rationale Prüfung und konstruktive Zusammenführung philosophischer und wissenschaftlicher Erkenntnisformen und Erkenntnisse gegenwärtigen Denkens und Wissens unter der Perspektive, Wirklichkeit als Ganzheit zu fassen.

Dialektik erscheint in Zusammenarbeit mit dem Istituto Italiano per gli Studi Filosofici, Napoli, und wird herausgegeben von Hans Jörg Sandkühler, Hans Heinz Holz, Lars Lambrecht und Detlev Pätzold. Pro Jahrgang erscheinen 3 Hefte mit jeweils etwa 150 Seiten Umfang. Das Einzelheft kostet DM 30,-, der Jahrgang im Abonnement DM 78,- einschließlich der Versandkosten. Ihre Bestellung nimmt jede Buchhandlung oder der Verlag entgegen. Ein Sonderprospekt steht zu Ihrer Verfügung. Schreiben Sie an den Felix Meiner Verlag, Richardstr. 47, D-2000 Hamburg 76.

Meiner

Ab 1991

Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften

DIALEKTIK

Besprechungen

Philosophie

Hösle, Vittorio: Die Krise der Gegenwart und die Verantwortung der Philosophie. Transzendentalpragmatik, Letztbegründung, Ethik. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1990 (273 S., br., 39,80 DM)

Bedenkt man die epochalen Umbrüche der letzten Jahre und versucht, sich an ihren Widerschein in der medialen und universitären Öffentlichkeit zu erinnern, so fällt die (Selbst-)Marginalisierung (nicht nur) der akademischen Philosophie auf. Daß Hösle uns da spezifisch philosophische Lösungen für die »Krise der Gegenwart« verspricht, erscheint mutig — und ist doch nur Ausdruck »idealistischer« Voreingenommenheit, die die Krise primär als eine des Denkens faßt und folglich gegen die befürchtete globale Katastrophe eine Art »geistig-moralischer Wende« (Kohl), eine ideelle Restauration anbietet. So geht denn auch seine im ersten Kapitel skizzierte Diagnose der Gegenwartsphilosophie auf eine Expertise für das Bundeskanzleramt zurück. »Die Zerstörung der Vernunft seit 1830« (38) — man erinnert sich an Lukács und seine zur pseudoproletarischen Partei geflohene Vernunft — sieht der Autor wüten, wo andere mit Habermas »nachmetaphysisches Denken« begrüßen, um es dann freilich auf die sprachphilosophisch per »Universalpragmatik« gestützte Aufklärungsphilosophie à la Kant zu verpflichten. Hösle dagegen geht von Apels verwandtem, gleichwohl noch ambitionierterem Konzept einer »Transzendentalpragmatik« mit ihren Letztbegründungsansprüchen aus, um es in »immanenter Kritik« (11) zu einem objektiven Idealismus in der Tradition Hegels fortzuschreiben. Philosophieren gilt ihm ganz selbstverständlich als »die Suche nach dem Ganzen und Einem, in dem die Spaltungen des Bewußtseins einer Epoche zu einem Ausgleich gebracht werden« — per »System« (15).

Kritik an solcher Totalitätsphilosophie weist er zurück, besonders wenn sie sich (auch) politisch versteht: »jedenfalls ist nichts absurder als die Auffassung, eine philosophische Aufhebung des Christentums wie die Hegelsche trage für das abscheulichste Phänomen dieses Jahrhunderts — den Totalitarismus — irgendeine Verantwortung« (52). Zwar sei auch Hegel durchaus zu kritisieren — Hösle nennt u.a. einen »Bruch« »zwischen der Logik als Theorie einer absoluten Subjektivität und einer Realphilosophie, die in intersubjektiven Strukturen gipfelt« (47) sowie eine »theoretizistische Umdeutung der praktischen Philosophie (und der Ästhetik« (ebd.), der eine fehlende Zukunftsorientiertheit entspreche —, doch habe erst die wie eine »Infektionskrankheit« (27) sich ausbreitende Zersetzung des Glaubens an die Vernunft und die »sittliche Bestimmung« (26) des Menschen zum modernen Unheil geführt. So sieht sich denn der Autor als Petrus: Fels in der Brandung des Nihilismus und Kündler des Glaubens an absolute Werte und Pflichten zwecks Rettung des Volkes vor »Salonrelativisten« (29). Diese haben leichtes Spiel, da »die Menschheit in jene Situation einer kollektiven Adoleszenzkrise zurückgeworfen« wurde, »aus der sie das Christentum in der Spätantike befreit hatte« (53). Die erneute Befreiung hat, bei aller Bescheidenheit (»Auch bei der Letztbegründung sollte man nicht vergessen, daß man ein Sterblicher ist«: 173), der Welterzieher Hösle sich vorgenommen.

Von Apels »Transzendentalpragmatik« geht diese Befreiung qua ideeller Restauration eines Absoluten aus, weil sie als »reflexive (d.h. die Bedingungen der Möglich-

keit ihrer selbst reflektierend einholende, HF) Transzendentalphilosophie der Inter-subjektivität« bzw. als »Fichteanismus der Intersubjektivität« (109) endlich wieder emphatische Begründungsansprüche vertrete. Wichtig sei vor allem der Anspruch einer Letztbegründung der Ethik, da nur so der »Notwendigkeit ... , über die Sphäre der Zweckrationalität hinauszukommen« (173) und die Absolutheit des Sittengesetzes zu sichern, entsprochen werden könne. Gegen die Kritiker von Apels Konzept setzt Hösle eine eigene Variante des Beweises der Existenz notwendig wahrer nicht-empirischer (also letztbegründeter) Sätze, die das bekannte Verfahren der Aufdeckung eines »performativen Selbstwiderspruchs« — also eines Widerspruchs zwischen den Geltungsprinzipien eines Satzes und seinem Inhalt — am Satz »Letztbegründung ist unmöglich« vorexerziert (152ff.). Daß dieses ingeniose Verfahren leider seinerseits »einige Prinzipien der klassischen Logik« (164) voraussetzt — darunter so bezweifelbare wie das *tertium non datur* — gesteht er als »Problem« zu, ohne diesem Widerspruch zur angestrebten Voraussetzungslosigkeit mit mehr als vagen Andeutungen zum Verhältnis von transzendentaler und formaler Logik begegnen zu können. Zugleich bleibt die Frage, inwieweit mit der »Transzendentalpragmatik« und ihrer geliebten Allzweckwaffe »performativer Widerspruch« mehr geleistet wird, als bestimmte fundamentale Regeln und Voraussetzungen des Sprachspiels »rationales Argumentieren, in Europa dominante Variante« zu rekonstruieren. Solange ihm der universale Geltungsanspruch dieses Sprachspiels lediglich mit dem Hinweis auf die Aporien relativistischer Positionen glaubhaft gemacht wird, kann sich der Skeptiker jedenfalls entspannt zurücklehnen (vgl. Hösles Tiraden gegen die »relativistische 'leisure class'«; 31) und beobachten, wie am vermeintlichen Zenit der Philosophie weitergebastelt wird.

Daß auch Hösle mit der Letztbegründung auf der Basis eines (inter-)subjektiven Idealismus nicht zufrieden ist, zeigt sein Versuch, zu einem »objektiven Idealismus der Intersubjektivität« (181) überzugehen, der »das mit transzendentalen Argumenten erschlossene Absolute zugleich als ontologische Struktur« (110) deutet. So müsse der Letztbegründungsbeweis einen objektiven Geltungsanspruch unabhängig von seinem empirischen Vollzug durch Transzendentalpragmatiker erheben, ohne daß das reflexive Moment durch seine Objektivierung zerstört werde. Dies führte zu der Annahme, »daß der Beweis zwar eine objektive, jeder endlichen Subjektivität und Intersubjektivität vorausgehende Struktur aufdeckt, daß er aber gleichzeitig selbst das Werk einer absoluten Reflexion ist. Im Philosophen, der den Letztbegründungsbeweis denkt, ist das Absolute präsent; er hat teil an einer Struktur, die das Prinzip alles Seins, aller Erkenntnis, allen Wertes ist.« (178) Der Kern empirischer Subjektivität ist das Wesen des Denkens ist das Absolute: so »fallen Theonomie und Autonomie zusammen« (179).

Hösles hier nur skizzierter Weg zur Theologie erscheint konsequent, setzt man das Programm einer absoluten Selbstbegründung der Vernunft als durchführbar voraus. Für den Skeptiker freilich läuft die Technik des Nachweisens von »performativen Widersprüchen« nicht auf ein Beweisverfahren für Letztbegründungsansprüche (werden doch Rationalitätsstandards wie die formale Logik schon vorausgesetzt), sondern auf eine bloße Forderung nach Regelgehorsam hinaus: Wenn Du »rationales Argumentieren (definiert nach unseren Kriterien, die wir dem mainstream der europäischen metaphysischen Tradition entnehmen)« mit uns praktizieren willst, mußt Du rational argumentieren (definiert nach ... s.o.) — sonst benutzt Du die Begriffe »Wahrheit«, »Begründung«, »Widerspruch« etc. womöglich nicht wie wir, und wir müssen Dir einen »performativen Widerspruch« nachweisen. Dazu behaupten wir z. B. einfach, Deine Kritik an unserem Begriff der »Wahrheit« erhebe entweder einen

Anspruch auf »Wahrheit« gemäß unserem Wortgebrauch (womit ein Widerspruch evident ist), oder Du seist gar nicht diskussionswürdig, da Du ja keinen »Wahrheits«-Anspruch erhebst und wir folglich gar nicht verstehen, was Deine Sätze mit Philosophie zu tun haben. Reumütige Regelanerkennung oder Rauswurf aus der realen Kommunikationsgemeinschaft ist die Alternative. So wird zugerichtet auf die *eine* »Wahrheit« des *einen* (Meta-) Sprachspiels, und das — alltagssprachlich vertraute — Spiel der Ebenen und Bedeutungen, der taktischen und rhetorischen Kniffe und Positionswechsel dem philosophischen Denken im Wahn rationalistischer »Reinigung« ausgetrieben. Der Absolutheitsanspruch der metaphysischen Vernunft ist aber ebenso borniert wie ein abstrakter Relativismus: die Produkte diskursiver Praxen sind weder göttlich noch Monaden, sondern Leistungen konkreter, historisch-gesellschaftlich vermittelter endlicher Wesen — zu dechiffrieren im Kontext der anderen Praxisformen statt zu verhimmeln.

Helmut Fallschessel (Berlin)

Lübbe, Hermann: Der Lebenssinn der Industriegesellschaft. Über die moralische Verfassung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation. Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, New York u.a. 1990 (224 S., br., 32,- DM)

Die moderne westliche Zivilisation ist in »eine gänzliche neue mentalitäts- und bewußtseinsgeschichtliche Epoche eingetreten«(31). Lübbe sieht eine »neue Befindlichkeit« (1) in Form einer grundlegend veränderten — kritischen, abweisenden bis feindseligen — Einstellung zu den wissenschaftlich-technischen Grundlagen der Industriegesellschaft, die er an einer Vielzahl gesellschaftlicher Phänomene aufzuweisen sucht: Industrieanlagen als Festungsarchitektur, Demonstrationen gegen technische Großprojekte, das Technikbild in der Medien- und Literaturszene usw. Auf der Grundlage soziologischer und sozialpsychologischer Hypothesen leitet er diese Bewußtseinslage aus den »wissenschaftlich-technischen Lebensgrundlagen« (151) selbst als deren notwendige Begleiterscheinung her. Die Wechselwirkung von Charakteristika des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner sozioökonomischen Institutionen einerseits — wie zunehmende Eingriffstiefe und Lebensweltferne der modernen Wissenschaft, rapide Zunahme des Komplexitätsgrades und der Entwicklungsdynamik — und psychologischen Gesetzmäßigkeiten andererseits erzeugen Kompetenzverluste des common sense, Vertrauenskrise gegenüber Expertenwissen, zunehmende Risikoempfindlichkeit bei wachsendem Sicherheitsverlangen, Orientierungsprobleme und Rationalitätskrisen. Zu all dem kommt die ökologische Krise mit den damit einhergehenden Negativerfahrungen.

Drängend stellt sich damit die Frage nach den Faktoren. »aus deren Evidenz die Dynamik industriegesellschaftlicher Evolution einzig erklärbar ist« (190). Lübbes Antwort: »Die historisch beispiellose Dynamik der Industriegesellschaft erklärt sich aus der Evidenz der mit ihr verbundenen Lebensvorteile« (152): der Befreiung von Schwerarbeit und niederdrückender Armut, eines hohen Maßes an Wohlfahrt, sozialer Sicherheit und Dispositionsfreiheit, von Bürgerfreiheiten und Friedenssicherung. Trotz aller Krisenerscheinungen stelle der wissenschaftlich-technische Fortschritt somit keine Illusion dar. Mit sozialtechnischen Maßnahmen auf der Grundlage einer im allgemeinen guten moralischen Verfaßtheit von common sense und wissenschaftlich-technischer Expertenschaft müsse, so Lübbes Empfehlung, versucht werden, diesen Nebenfolgen behutsam gegenzusteuern.

Motiviert ist Lübbes sozialpsychologische Untersuchung durch die Gegnerschaft zur Theorie der instrumentellen Vernunft (178) und zu den »Moralisten« (145), die sich eine Verbesserung unserer Lage von bloßer Gesinnungsänderung versprechen.

Dem Versuch, die heutige Krise als moralische Krise zu erklären und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als Illusion zu entlarven, setzt er seine Erklärung der Krise als eine Art von Grenznutzenkrise entgegen: »Zivilisatorischer Fortschritt ... ist ... nicht zuletzt Fortschritt in der Verwandlung immer weiterer materieller und sonstiger Lebensvoraussetzungen in Arbeitsprodukte.« (140) Damit knüpft er an Marx' Begriff der Vergegenständlichung und historischen Selbsterzeugung des Menschen an (90). Wie jedoch Marx gegen Hegel einwendet, dieser stehe auf dem Boden der modernen Nationalökonomie und sehe nur die positive Seite der Arbeit, nicht ihre häßliche, entfremdungsbedingte, ließe sich gegen Lübbe einwenden, dieser nehme nur den gesellschaftlich nützlichen Aspekt der zivilisatorischen Hervorbringungen, nicht ihren objektiv entfremdeten Charakter wahr. So behauptet er z.B., die aufgewiesenen, von ihm keineswegs verharmlosten Nebenfolgen seien Folgen, die »im Regelfall neben den guten, lebensvollzugsorientierten Absichten (liegen), deren Realisierung über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erreichbar schien« (192). Diese Deutung der Krise beruht auf einem Bild der modernen Industriegesellschaft, das nach dem Modell individuellen Handelns entworfen ist (nicht zufällig benutzt Lübbe den subjektivistischen Grenznutzenbegriff): Das Subjekt, hier die Gesellschaft, realisiert seine unmittelbar lebensorientierten Absichten mit Hilfe eines Instrumentariums, hier des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; negative Nebenfolgen sind nicht-einkalkulierte bzw. nicht voraussehbare Folgen eines Tuns, das primär auf die Produktion gesellschaftlich nützlicher Güter gerichtet ist; Fortschritt ist, da Ergebnis eines absichtsvollen Tuns, »als solcher zustimmungsfähig, ja zustimmungspflichtig« (193).

Gegen diesen Begriff der modernen Industriegesellschaft muß eingewendet werden, daß wissenschaftlich-technischer Fortschritt durch sozioökonomische Prozesse vermittelt, möglicherweise durch ökonomische Strukturen in seiner eigenen Struktur formbestimmt ist. Unter Marktbedingungen und Kapitalverwertungszwängen ist das Wirtschaften nicht primär auf die Produktion lebensorientierter Güter gerichtet, sondern primär auf die Tauschwertrealisation und den Gewinn. Gesellschaftlich nützlicher Gebrauchswert besitzt nur Mittelfunktion, ja unter gewissen gesellschaftlichen Bedingungen, wie hochentwickelter Kaufkraft bei allgemeiner Befriedigung von Grundbedürfnissen, besteht die Tendenz einer ausschließlichen Orientierung der Produktion am Tauschwert bei gleichzeitiger Bedürfniserzeugung. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt ist in der westlichen Industriegesellschaft eingebunden in eine Produktion um der Produktion willen, dient der Steigerung der Produktivität. Das gesellschaftliche Subjekt wird tendenziell zum Objekt einer ökonomischen Eigendynamik verdinglicht. Wissenschaftlich-technisches Können und sozial-technologisches Benutzen bestehender Institutionen zum Zwecke einer die sogenannten »Nebenfolgen« reduzierenden Reform allein scheint demnach nicht zu genügen. Erforderlich ist das Einfordern weiterer »Lebensvollzüge«, die sich auf die Produktionssphäre selbst erstrecken: Mit- und Selbstbestimmung bei betrieblichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, um das gesellschaftliche Subjekt erst noch in den Zustand zu bringen, den Lübbe in seinem Gesellschaftsbild bereits als gegeben voraussetzt.

Bernd Lukoschik (Bonn)

Ebersberg, Thomas: Abschied vom Absoluten. Wider die Einfalt des Denkens. Eironeia-Verlag, Gundelfingen 1990 (217 S., Ln., 32,- DM)

Bereits mit dem Titel werden Assoziationen zu Odo Marquards »Abschied vom Prinzipiellen« wachgerufen, aber dennoch nicht bewußt hergestellt. Ebersberg vertritt den Alleinanspruch gegen die Jünger des sogenannten ganzheitlichen Denkens.

Er erkennt sich zum Desillusionisten, der seinen Lesern die Suche nach dem polaren Weltbild, nach dem erwachsenen Bewußtsein, erleichtern kann. Erst damit sind sie befähigt, ausgehend von der »polaren Struktur der Wirklichkeit« (87) die »prinzipielle Notwendigkeit des Gegenteiligen oder Negativen« (92) zu begreifen. Letztlich münden seine kritischen Einwände gegen »infantil-monistisches Denken« (136) in der schillernden Vision einer pluralen Weltgesellschaft (211). Übrigens vernachlässigt Ebersberg jeden Literatur- und Quellennachweis. Der Leser wird direkt beauftragt, seine kleine Welt in das Ganze zu integrieren. Also doch kein Abschied!

Provozierte Ebersberg in seinem 1987 veröffentlichten Buch *Zarte Stachel — Süße Ohrfeigen* durch eine reptoklose Sicht auf die Dinge, bleibt der neuerliche Text doch eher im Seichten. Weder das zu verabschiedende Absolute noch dessen vermeintliches Substitut — die polare Weltanschauung — vermögen ererkennendes Denken tatsächlich anzustiften. Kein Philosoph hat bei Ebersberg eine Chance. Vielmehr haben die Philosophen schlechthin das Denken in den Ruch des Unattraktiven gebracht (15). Staunend ist zur Kenntnis zu nehmen, daß es nur noch eine Möglichkeit gibt, den Fängen »postmodernistischer Gurus« (194) zu entkommen. Man muß sich dem polaren Weltbild verschreiben. »Das polare Weltbild bedeutet nicht die Abseignung der Realitäten. Es erkennt ... die Notwendigkeit des Negativen oder 'Bösen' an« (118). Obwohl es sympathisch ist, wenn Ebersberg gegen Leute antritt, die »genüßlich ihren Campari schlürfen und gleichzeitig auf den kitschig-süßen Limonadengeschmack einer Erlösungsutopie fixiert« (102) sind, mündet das Abschiednehmen vom Absoluten in einen ichtranszendenten Heroismus. »Nur in einem polaren Weltbild hat alles seinen Platz und seinen Sinn: die Lust und das Grauen, das Verlangen und die Abscheu, die Wahrheit und die Lüge. Da trägt selbst das Monströse und Skurrile, das Schäßige und das Miese zur Bereicherung des Schauspiels bei.« (106) Mag sein, daß der Umstieg vom monistischen Weltbild, dessen Gipfelpunkt die Marktideologie sein soll, zum pluralen Sache des einzelnen und der Geschichte ist (187). Aber das von Ebersberg geforderte Nebeneinander von Engagement und Toleranz, die ersehnte Oszillation zwischen kontrastierenden Polen, steht im scharfen Gegensatz zur Ausschließlichkeit des Textes. Die »Utopie nach der Utopie« (200), die in jeder Hinsicht polar strukturiert sein soll, die offen ist für die Zukunft, ohne die Vergangenheit zu verachten, die das Positive anstrebt, ohne das Negative zu leugnen, will sich mit dem Absolutheitsanspruch des Vorgetragenen nicht vereinbaren. Das Klageglied über falsche Weltbilder und klassisch-monistisches Denken mündet in der einzielligen Verabsolutierung einer »Meta-Utopie«. Geboten scheint in der Tat der Abschied von extremen Positionen, das setzt aber auch die Relativierung des eigenen Standpunktes voraus.

Therese Dietrich (Berlin)

Schneider, Ulrich Johannes: Die Vergangenheit des Geistes. Eine Archäologie der Philosophiegeschichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (374 S., Ln., 78,- DM)

Das Buch liest sich wie ein Bibliotheksroman. Ort der Handlung ist die Welt der Archive, ihre Helden sind die Gelehrten, die im Verlauf des 18. Jahrhunderts eine neue Technik des Lesens erfinden. Die traditionelle Gelehrsamkeit war bestimmt durch das Vertrauen in die Totalität des Wissens, welches in den Archiven aufbewahrt und verwaltet wurde. Man sortierte und ordnete. Die Verlässlichkeit der Überlieferung und die Verständlichkeit der Texte standen nicht in Frage. Aber dann findet langsam ein Umbau des Wissens statt, an dessen Ende die moderne Ordnung der Wissensproduktion steht. Aus dem Archivar wird der Leser, der die Bibliothek als Steinbruch benutzt, der keine Totalität des Wissens mehr hütet, sondern sich metho-

disch das für seine jeweilige Disziplin brauchbare aneignet und das unbrauchbare ausscheidet.

Diesen Bruch zeichnet der Autor an der Geschichte einer besonderen Disziplin nach: der Philosophie, genauer der Philosophiegeschichtsschreibung. Zwischen den beiden Extremen der zweckorientierten, eklektischen Aneignung historischen Wissens und der unterschiedslosen Aufbewahrung alles Vorhandenen liegt ein Abenteuer, das Schneider in seinen vielfältigen Details beschreibt: Die Entdeckung der Geschichte, die Genese des historischen Diskurses. Gegenstand des Buches sind die institutionellen und diskursiven Bedingungen, unter denen die Einheit einer philosophiehistorischen Erzählung möglich wurde. In deutlicher Anspielung auf Foucault kommt Schneider im Durchgang durch die Historisierung des Wissens im 18. Jahrhundert zu dem Ergebnis, daß die Historisierung von Philosophie mit ihrer Institutionalisierung als einer akademischen Disziplin einhergeht. Die akademischen Intellektuellen erfinden die Vorgeschichte ihrer Disziplinen und schreiben sie bis in die antiken Quellen zurück. Schneider führt uns vor, wie sie die Bestände der Archive sortierten, nach welchen Regeln sie dabei vorgegangen sind und wie sich diese Regeln im Laufe des 18. Jahrhunderts wandelten.

Wichtigstes Merkmal des historischen Diskurses ist die Anerkennung der Vergangenheit in der Differenz zur Überlieferung, seine Methode die Textkritik. Er versucht sich den Dokumenten anzunähern, er will ihre Fremdheit aufheben, und zwar durch die kriminologische Ermittlung von Handlungen und Biographien, von Sitten, Gebräuchen, Umständen, Verhältnissen. Die Aussagen des Historikers beziehen sich auf eine vergangene Wirklichkeit außerhalb der Bibliothek. Der historische Diskurs versucht, die Bibliothek, die massive Wand aus Schrift und das unfixierbare Gemurmel der Stimmen aus der Vorzeit entlang neuer Kategorien zu sortieren: Autoren, Handlungen, Wirkungen, Situationen, Umstände. Schneider spricht von der »Evidenz des Pragmatischen«, die nun den Blick dirigiert. »Die ursprüngliche Praxis der Geistesgeschichte ist die Darstellung von Handlungszusammenhängen.« (183) Was Handlungen zusammenhängend erscheinen und wahrscheinlich werden läßt, ist ihre Resonanz mit zeitgenössischen Praxisformen. Verstehen heißt etwas als eine Praxis denken können.

Der historische Blick auf Philosophie setzt die Abgrenzung der Disziplinen (Grenzen zwischen Alltagswissen und Wissenschaft, zwischen Religion, Philosophie, Mythologie, Politik, Kunst und Literatur) voraus. Die Einheit einer philosophiehistorischen Erzählung bemißt sich danach, was aus dem Kontinuum der überlieferten Wissensbestände weggelassen und ausgesondert werden muß. Philosophie wird durch das definiert, was nicht dazugehören darf. Die Historisierung des philosophischen Wissens beginnt mit der Konstruktion eines Autors, dem Texte zugerechnet werden. Die Ordnung von Autorschaft, Urheberrecht und geistiges Eigentum zieht in die Bibliothek ein. Eine archivalisch vorliegende Meinung ist nun einem Urheber zuzuordnen und an einer bestimmten raum-zeitlichen Stelle zu lokalisieren. Hier wird beispielsweise die Grenze zwischen Philosophie und Mythologie gezogen. Mythologie handelt von Ideen ohne Erfinder, von Texten ohne Autoren.

Schneider führt uns mit seiner Bereichsstudie in das Biotop der Gelehrsamkeit. Unser Bild vom Aufklärungszeitalter wird bereichert um die stillen Revolutionen, die sich im Staub der Bibliotheken abgespielt haben. Darin liegt das Verdienst des Buches — und zugleich seine Grenze. Wir hätten gerne noch mehr über die Resonanzverhältnisse zu den Umbrüchen außerhalb der Bibliotheken erfahren.

Michael Reiter (Berlin)

Fleischer, Margot (Hrsg.): Philosophen des 20. Jahrhunderts. Eine Einführung. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1990 (265 S., geb., 39,- DM)

Der Band tritt mit dem Anspruch auf, eine »repräsentative Auswahl der Philosophen des 20. Jahrhunderts« vorzustellen; er versammelt 13 Beiträge über 13 Philosophen, die ursprünglich für eine Vortragsreihe an der Gesamthochschule Siegen geschrieben wurden, eine Einleitung der Herausgeberin, eine Zeittafel und ein Namensregister.

Wie der Lehrer Keating in Peter Weirs Film »Der Club der toten Dichter« seine Schüler aufforderte, das Vorwort aus ihrer Lyrikanthologie wegzuschmeißen, so empfehle ich es auch den Benutzern dieser Einführung. Es ist ein Paradebeispiel für undurchdachte, trocken nachempfindende, Disparates kumulierende Schulphilosophie, die ihre Inkompetenz und Überflüssigkeit durch eine geschwollene Terminologie zu tarnen versucht. Zwischen den vielen altbackenen, tautologischen Sätzen findet der aufmerksame Leser grammatische, stilistische und terminologische Fehler. Vollends läppisch sind die fast ausschließlich auf andere Stellen des Vorwortes oder die Aufsätze des Bandes verweisenden Fußnoten.

Die Einzelbeiträge stammen jeweils von ausgewiesenen Kennern »ihres« Philosophen, was sich an den Eigenziten erkennen läßt, in der Regel von Lehrern an deutschsprachigen Hochschulen. *Wolfgang Künne* liefert eine thematische begrenzte, kluge und klar formulierte Hinführung auf George Edward Moores Kernproblem, die Begriffsanalyse. *Kurt Wuchterl* versteht es, auf 15 Seiten eine substantielle Einführung in Genese, Wesen, Anspruch, Grenzen und Wirkung Ludwig Wittgensteins klar zu formulieren. *Felix Mühlhölzer* paraphrasiert Willard Van Orman Quines Grundaussagen lediglich und ist von ihnen offenbar so beeindruckt, daß ihm die Distanz fehlt, um andere zu Quine hinzuführen. *Klaus Held* liefert eine klar aufgebaute, in jedem gedanklichen Schritt nachvollziehbare, terminologisch präzise Einführung in den komplexen Zusammenhang der Husserlschen Phänomenologie, eingeordnet in die philosophische Tradition seit der Antike und auf konkrete und aktuelle Lebensentscheidungen verweisend. Sein Artikel beweist, daß man auch komplizierte Zusammenhänge verständlich und ohne Fußnoten formulieren kann. Im Gegensatz dazu ist *Wolfgang Henckmanns* Einführung in Max Schelers Philosophie als Einführung unbrauchbar. Der Autor läßt sich auf alle möglichen Nebensächlichkeiten ein, renommiert mit entlegener Sekundärliteratur, relativiert alles, was er feststellt, jongliert mit nicht eingeführten Begriffen. Das gipfelt im unreflektierten Verwenden des »Rasse«-Begriffs, oder auch in folgendem Kapitelanfang, der in einer Einführung nicht vorkommen darf: »Bekanntlich kritisiert Scheler an Kant ...« (104). Dabei wird Schelers Leistung als Philosoph in keiner Weise deutlich. *Otto Pöggelers* Beitrag über Martin Heidegger ist ein wirres, raunendes, unsystematisch kreisendes, begriffsblindes, assoziatives, möglicherweise dem Gegenstand angemessenes Wortgeklingel; kein einziger Gedanke wird zu Ende geführt, die Fußnoten verweisen vor allem auf zusätzliche Arbeiten des Autors. *Annemarie Pieper* beschränkt sich auf den positiven Nachvollzug der Kerngedanken von Albert Camus. Der Beitrag von *Peter Kampits* über Jean-Paul Sartre ist unsystematisch und begrifflich unpräzise (»... dieser Sartre scheint immer auf der Höhe, zumindest des Sartreschen Zeitgeistes, einmal mit diesem, dann wieder gegen ihn«; 153). Sartres Entwurf sei ein »äußerst vielschichtiger und komplexer« (154); »jenes Nichts« nehme »dann in Sartres Ontologie eine gewaltige Bedeutung« an (156). Kampits' Anliegen ist es, Sartres Philosophie rein zu halten; dessen politisches und gesellschaftliches Engagement wird zwar theoretisch gebilligt, praktisch aber macht sich der Autor lustig über Sartres »manchmal zu Kopfschütteln Anlaß gebende Bereitschaft zum politischen Enga-

gement« (168f.) — Kopfschütteln, Kopfnicken, Verbeugung oder Abwendung sind die Grundbewegungen solcher Art Philosophiegeschichtsschreibung.

Erich Christian Schröder bietet mit seinem Beitrag über Maurice Merleau-Ponty die beste Einführung des ganzen Bandes: planvoll auf den unkundigen, aber interessierten Leser zugehend, das Vorgehen reflektierend, d.h. ankündigend, entfaltend und abrundend, sprachlich anspruchsvoll, aber dem Thema adäquat, das Nichtgeleitete aufzeigend, am Weiterdenken interessierend. *Bernhard Waldenfels* setzt in seinem Beitrag über Michel Foucault Vertrautheit mit Termini, Vorgehensweise, Genese und Umfeld Foucaults voraus, renommiert mit Wortkaskaden, Namenskaskaden und terminologischem Aufwand und hinterläßt nichts als Unverständnis oder Einverständnis, das der Autor einmal — offenbar unbewußt — in einem Kapitelanfang anruft: »Wie wir wissen, ist Foucault ...« (198). *Hermann Schweppenhäusers* geheimnisvolle, wichtigerische und kryptische Einführung in Theodor W. Adornos Denken ist eine Zumutung und ausschließlich für Eingeweihte verständlich. Ernst Bloch wird von *Wolfdietrich Schmied-Kowarzik* konzentriert und nachvollziehbar dargestellt. *Lothar Zahn* schließlich stellt engagiert Herbert Marcuse vor und versucht dessen Anliegen für heutige Leser nachvollziehbar werden zu lassen.

Der Band versammelt vollkommen unterschiedliche Texte, von denen nur wenige dem Anspruch einer Einführung für »eine breitere philosophisch interessierte Leserschaft« (Verlagswerbung) genügen. Oswald Burger (Überlingen)

Priest, Stephen: The British Empiricists. Hobbes to Ayer. Penguin Books, London 1990 (303 S., br., 6,99 £)

Der britische Empirismus — oder »Empirizismus« —, jene im deutschsprachigen Raum speziell in der politischen »Linken« noch viel zu wenig bekannte Tradition, zu deren herausragenden Vertretern die in diesem Band behandelten Hobbes, Locke, Berkeley, Hume, Mill, Russell und Ayer gewiß gerechnet werden können, zeichnet sich nicht zuletzt durch seine Skepsis gegenüber allen philosophischen »Systemen« und »Schulen« aus. Aus dieser Eigenheit erwachsen erhebliche Schwierigkeiten für jede Darstellung, die einen Überblick über »den Empirismus« oder die wichtigsten »Empiristen« intendiert.

Stephen Priest, Dozent in Edinburgh und einer der produktivsten unter den jüngeren britischen Philosophiehistorikern, legt nun eine ebenso flüssig geschriebene wie allgemeinverständliche Einleitung vor. Indem jeweils »key ideas« dargestellt werden, die wie etwa »causation«, »mind«, »language« oder »politics« von mehreren der behandelten Philosophen thematisiert worden sind, eröffnet sich eine doppelte Perspektive der Lektüre. Der Leser kann sich ebenso über die wichtigsten Gedanken eines einzelnen Philosophen wie über den Beitrag »der Empiristen« zur Lösung bestimmter, für ihre gemeinsame Fragestellung konstitutiver Probleme informieren. Ob es sich um Lockes Unterscheidung primärer und sekundärer Qualitäten, Russells Deutung propositionaler Funktionen oder Ayers emotivistische mit präskriptivistischen Momenten verbindende ethische Theorie handelt — Priest stellt das gesamte Spektrum der zu behandelnden Themen in souveräner, ebenso präziser wie verständlicher Weise dar, ohne dabei immanente Schwächen einzelner Argumente oder Theorien zu verschweigen. Knappe, doch instruktive Skizzen des historischen Hintergrunds und der Biographien ermöglichen es auch dem mit der britischen Geschichte weniger vertrauten Leser, beispielsweise die Konzepte von Hobbes' »Leviathan« oder Mills »On Liberty« in ihrem historischen Kontext zu verstehen.

Einige leider auf die englischsprachige Literatur beschränkte Hinweise zum »Further Reading« und ein ausführliches Register runden diese »Kritische Ein-

führung« ab, die ein Musterbeispiel dafür ist, daß auch komplizierteste Zusammenhänge in einer »populären« Weise dargestellt werden können, ohne daß es hierzu unzulässiger Simplifizierung bedürfte. Martin Drees (Bonn)

Bialas, Volker: Allgemeine Wissenschaftsgeschichte. Philosophische Orientierungen. Böhlau Verlag, Wien und Köln 1990 (222 S., br., 56,- DM)

Bialas, Professor für Wissenschaftsgeschichte an der TU München und Wissenschaftlicher Leiter der Kepler-Edition an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, sieht den gegenwärtigen Status der Wissenschaftsgeschichte ebenso »durch ein theoretisches Defizit wie durch methodische Armut gekennzeichnet« (7). Seine Bemühungen um eine philosophische Fundierung der allgemeinen Wissenschaftsgeschichte als jener Disziplin, in der »der bisher vernachlässigte Bereich der Erkenntnisziele, der Theorien und der Methoden des wissenschaftshistorischen Arbeitens erörtert werden« soll, nehmen ihren Ausgang von einer kursorischen Betrachtung des »neuzeitlich(n) Ursprung(s) der allgemeinen Wissenschaftsgeschichte in den geschichtsphilosophischen Auseinandersetzungen des 17., des 18. und des 19. Jahrhunderts« (8). Quasi auf der Suche nach »historischen Bausteinen« resümiert Bialas im ersten Hauptteil den Einfluß, den Gedanken des Rationalismus, der Aufklärungsphilosophie, des deutschen Idealismus, des Positivismus und des dialektischen Materialismus auf die theoretische Fundierung der Wissenschaftsgeschichte nehmen konnten. Während ihm der Historismus »aus der bloßen Negation, aus der ablehnenden Kritik der philosophisch begründeten Geschichtswissenschaft alten Stils« gespeist gilt (57), hebt er die »logisch stringente Geschlossenheit« der »Geschichtsauffassung des historischen Materialismus« hervor (43). Primär aus diesem und aus Hegels Philosophie bezieht er Anstöße zur Formulierung einiger thesenhafter »Präliminarien einer allgemeinen Wissenschaftsgeschichte«, die den ersten Hauptteil beschließen (63).

Im Anschluß daran wird die Entwicklung der Wissenschaftsgeschichte seit ihrer Etablierung als akademische Disziplin nachgezeichnet, wobei die französische Tradition vom Positivismus zur Epistemologie, der Einfluß von Historismus, Neukantianismus und Lebensphilosophie in Deutschland sowie jüngere Tendenzen einer materialistischen und neopositivistischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung im Vordergrund stehen. Sofern die disziplinäre Wissenschaftsgeschichte selbst einen wissenschaftlichen Anspruch erheben kann, hätte sich anläßlich dieser Darstellung einiger ihrer bedeutendsten Theoriestränge und Traditionen Gelegenheit geboten, das im dritten und letzten Teil der Untersuchung skizzierte Programm einer dialektisch-materialistisch orientierten Wissenschaftsgeschichtsschreibung praktisch zu erproben. Faktisch beschränkt sich Bialas jedoch auf eine typologisierende Betrachtung von Traditionen und Schulen, deren Zusammenhang und Konkurrenzverhältnis untereinander merkwürdig unbestimmt bleibt. Es finden sich nur spärliche Ansätze zu einer erklärungskräftigen Rekonstruktion der gesellschaftlichen Bedingungen für den höchst unterschiedlichen Erfolg, den etwa der historistische und der positivistische Ansatz in Deutschland und Frankreich verbuchen konnten. Insofern bleibt der Autor hinter seiner eigenen Forderung zurück, »die Wissenschaftsentwicklung in der logisch-historischen Einheit zu erklären« (135). Seine Reflexionen münden am Ausgang des zweiten Hauptteils erneut in »Thesen«, denen zufolge eine allgemeine Wissenschaftsgeschichte 1) »möglich und notwendig« ist; 2) den Zweck verfolgt, »das Wissen zu systematisieren und die Einheit des Wissens herzustellen«; 3) den »reale(n) Prozeß des Wissens im Werden« zum Gegenstand hat; 4) »wissenschaftlich und wertend zugleich« zu sein hat (116-118).

Leider bleiben auch die hieran anknüpfenden »Umriss einer Systematik« abstrakt und fragmentarisch. Nach der Unterscheidung von fünf Hauptaufgaben der Grundlegung einer allgemeinen Wissenschaftsgeschichte (1. »Aufbau eines Kategoriensystems«, 2. Erklärung der »Wissenschaftsentwicklung in der logisch-historischen Einheit«, 3. Erkenntnis der »inhaltlichen und prozessualen Verlaufsformen der Wissenschaftsentwicklung«, 4. Untersuchung der »kulturtragende(n) Dimension der Wissenschaft in der Geschichte«, 5. Hervorhebung des »wahr(e)n humanistische(n) Wesen(s) der Wissenschaft«) (134-137) beschränkt sich die Diskussion der Kategorien, die Bialas »über den Widerspiegelungsvorhang letztlich auf der Wirklichkeit« basiert sieht (142), auf die geschichtstheoretischen Implikationen der »der dialektischen Philosophie« entlehnten Kategorien »Zeit«, »Raum«, »Bewegung« und »Kausalität«. Aus diesen werden Bestimmungen wie »Periode«, »Entwicklung«, »Kontingenz« und »Notwendigkeit« hergeleitet, zu denen jedoch kaum mehr als »einige allgemeine Vorgaben gemacht werden« (141ff.). Die Ausführungen über »Wissenschaftsentwicklung in ihrer Komplexität« (156ff.) gelangen kaum über die an einen Gemeinplatz grenzende Feststellung hinaus: »Politik (Staat), Ökonomie, materielle Produktion, Technik, Weltanschauung und gesellschaftliche Praxis stehen untereinander in interdependenten Beziehungen, wobei in unterschiedlichen Epochen die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche eine je verschiedene Rolle spielen und innerhalb des gesellschaftlichen Rahmens eine unterschiedliche Dominanz besitzen. Das gilt im besonderen auch in bezug auf die Wissenschaft.« (159) Ob es zur Illustration dieser doch wohl nicht ganz neuen Erkenntnis einer zusätzlichen Abbildung bedürft hätte, mag man bezweifeln. Da sich auch die folgenden Erörterungen der Entwicklungsformen der Wissenschaft (162ff.), des Methodenbereichs und der Modellierungsproblematik (168ff.) auf einem hohen Abstraktionsniveau bewegen und durchweg programmatischen Charakter haben, kann an dieser Stelle nicht nachgezeichnet werden, auf welchem Weg Bialas schließlich dazu gelangt, den Begriff der allgemeinen Wissenschaftsgeschichte in Anlehnung an Novalis »als das in philosophischen Begriffen aussprechbare und in philosophischen Kategorien begründbare Prinzipielle an der Wissenschaft in der Entwicklung« zu bestimmen und inhaltlich zu konkretisieren (196).

Der Ertrag seiner — im Detail oft anregenden und auf einer gediegenen Kenntnis der Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte basierenden — Studie für die wissenschaftshistorische Praxis wird sich am ehesten dann beurteilen lassen, wenn diese seine Anregungen aufgreift und seiner Aufforderung folgt, »den hier skizzierten theoretischen Rahmen weiter auszubauen und ihn durch empirische Untersuchungen noch mehr abzusichern« (202). Ob und wann dies jemals der Fall sein wird, wagt der Rezensent angesichts der von Bialas zu Recht monierten, auch für die materialistische Wissenschaftsgeschichtsschreibung signifikante (vgl. 98ff.) Diskrepanz zwischen theoretischen Postulaten und Forschungspraxis nicht zu prognostizieren.

Martin Drees (Bonn)

Mehrtens, Herbert: Moderne — Sprache — Mathematik. Eine Geschichte des Streits um die Grundlagen der Disziplin und des Subjekts formaler Systeme. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (640 S., 10 Abb., Ln., 78,- DM)

Hat die Postmoderne nun auch die Mathematik erreicht? Mehrtens jedenfalls konstatiert definitiv das Ende der mathematischen Moderne und, wengleich behutsamer, den Beginn der Postmoderne (7, 320). Er erhebt den Anspruch, eine »umfassende Neuinterpretation« (13) der Grundlagendebatte in der Mathematik des 20. Jahrhunderts vorzulegen. Nach einem einführenden Kapitel über das 19. Jahrhundert

wendet sich die Untersuchung in ihrem Hauptteil einigen der profiliertesten Mathematikern um die Jahrhundertwende zu: Hilbert, Cantor, Zermelo, Hausdorff auf der einen Seite, Kronecker, Klein, Poincaré, Brouwer auf der anderen. Ausblicke auf die Grundlagendebatte der zwanziger Jahre, auf die faschistische »Deutsche Mathematik« und auf Bourbakis Strukturmathematik bieten knappe Ergänzungen zur weiteren Entwicklung. Ein ausführliches und materialreiches Kapitel (das beste des Buches!) zu den institutionellen Verflechtungen der Mathematik um 1900 (Berufsorganisationen, Arbeitsmarkt, Mathematik im Bildungssystem, Beziehungen zu Staats- und Industrievertretern) rundet die Darstellung ab. Ein sich anschließendes theoretisches Kapitel über Diskurs und Sprache der Mathematik versucht mit semiotischen Überlegungen eine »systematische Anleitung zur Interpretation« (415) mathematischer Texte zu geben. Im letzten Kapitel, das immerhin »Spekulationen« überschrieben ist, wird die intuitionistische Strömung der Grundlagendebatte unter Verwendung Lacanscher Assoziationen als männlich-chauvinistisch »entlarvt« (576).

Die interpretatorische Achse des Buches ist der Gegensatz »Moderne — Gegenmoderne«. Dabei werden die Anfänge der Moderne in das 19. Jahrhundert datiert; moderne Mathematik wird als Mathematik ohne Gegenstandsbezug gekennzeichnet, während die Gegenmoderne an der Anschauung festhalte, moralisch argumentiere und sich als letztlich offen für eine Entwicklung hin zur »Deutschen Mathematik« erwiesen habe. Nun mag der Vergleich zwischen Hilbert und Brouwer, den prominentesten Vertretern der Debatte, in der Tat einige Aspekte aufweisen, die mit dem Begriffspaar »Moderne — Gegenmoderne« beschrieben werden können. Mehrstens macht daraus eine generelle These, die er auch dann nicht aufgibt, wenn die Texte ihr widersprechen. Weil Hilbert Cantor verteidigt und Kronecker kritisiert hat, wird der vor theologischen Argumenten nicht zurückschreckende Cantor einfach zum Modernen und der in seinen Veröffentlichungen philosophisch sehr besonnene Kronecker unmotiviert zum Gegenmodernen ernannt. Die wissenschaftsimmanenten Maximen, die Kronecker und Hilbert aufgestellt haben, werden nur Kronecker als »moralisches« (198, 205) Argumentieren angerechnet. Der in vieler Hinsicht recht moderne Felix Klein, ein Förderer und später langjähriger Kollege von Hilbert, wird als »gegenmodern« etikettiert, weil er mitunter das Wort »Anschauung« verwendet. Umgekehrt wird Hilberts Rekurs auf »Anschauung« in erkenntnistheoretischen Bemerkungen und im Zusammenhang mit dem Zahlbegriff übergangen; im Vorwort der *Anschaulichen Geometrie* äußert sich Hilbert fast emphatisch über die Bedeutung der Anschauung für die Theorieentwicklung sowie als Mittel, die Nicht-Mathematiker für die Mathematik zu interessieren (eben dieser fachpolitische Argumentationsstrang wurde in Mehrstens' Interpretation von Felix Klein als Indiz für gegenmodernes Denken gewertet). Entsprechend wird das wichtigste Resultat der Grundlagenforschung, Gödels Unvollständigkeitssatz, zwar erwähnt, jedoch nicht inhaltlich mitgeteilt; Gödels Satz zeigt gerade, daß sich ausgehend von Hilberts modernen Annahmen die mathematische Relevanz von intuitiver Einsicht in einem gewissen Sinne nicht eliminieren läßt.

Schließlich fällt auf, daß Hermann Weyl — neben Hilbert und Brouwer fraglos der wichtigste Teilnehmer an der Grundlagendebatte — so außerordentlich knapp behandelt wird. Weyl, der Deutschland 1933 verlassen mußte, hat in seiner Schrift *Das Kontinuum* Hilberts Position kritisiert und in einer längeren Erörterung das anschauliche Kontinuum aus der Mathematik verwiesen. Weyls offenbar quer zu den Schulblättern von »modern« und »gegenmodern« liegende Kontinuumsschrift ist nach dem Zweiten Weltkrieg und bis zur Gegenwart ein Anknüpfungspunkt der Debatte geworden: die für die heutige Debatte wichtigen Arbeiten von Lorenzen, Feferman und

Bishop fehlen jedoch bei Mehrrens. Überhaupt ist das Desinteresse an den im Grundlagenstreit vorgetragenen Argumenten ein durchgehender (und vielleicht post-moderner?) Zug in Mehrrens' Buch: Es ist offenbar von vornherein klar, daß es sowieso nur um Macht und »Ideologie« gegangen sein kann.

Herbert Breger (Hannover)

Varela, Francisco J.: Kognitionswissenschaft — Kognitionstechnik. Eine Skizze aktueller Perspektiven. Mit einem Vorwort von Siegfried J. Schmidt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (121 S., kt., 14,- DM)

Ausgehend von den Jahren 1940 bis 1956, in denen die KWT (Kognitionswissenschaft und -technik) sich zu etablieren begann, zeichnet der Autor in chronologischer Vorgehensweise deren Forschungsergebnisse und Interdependenzen nach. Er versteht unter dieser Disziplin »die naturwissenschaftliche Analyse von Erkennen und Wissen in all ihren Dimensionen und Funktionsweisen« (15), die von verschiedenen Wissenschaftszweigen beeinflusst wird und somit ein relativ uneinheitliches Bild bietet.

Die Anfangsjahre, in denen sich dieses Forschungsgebiet als »Epistemologie« bezeichnete, konzentrieren sich v.a. auf das Massachusetts Institute of Technology und auf Princeton. Eine kleine Forschergruppe prägte den Namen »Kybernetik«, um eine »Naturwissenschaft des Denkens und Erkennens« (32) ins Leben zu rufen. Sie faßte das Gehirn als eine Art deduktiver Maschine auf. Erste Ergebnisse waren die Informationstheorie sowie frühe Formen von autonomen Robotern und autopoietischen Systemen. Ein Wandel trat nach 1956 ein. Kognition wurde nun als »Rechnen mit symbolischen Repräsentationen« (37) definiert, was zu der Bezeichnung »Kognitivismus« führte. Entscheidend war die Behauptung, daß intelligentes Verhalten darauf basiert, Welt in bestimmter Weise abzubilden, wobei angenommen wurde, daß die Repräsentation physikalisch als Kode im Gehirn bzw. der Maschine vorhanden sind. Varela hinterfragt, ob man Semantik syntaktisch abbilden kann bzw. woher symbolische Codes ihre Bedeutung erhalten. Gleichzeitig würdigt er den Innovationscharakter dieses Erklärungsansatzes.

Ausgehend von der Selbstorganisation von Neuronengruppen entstand als Alternative der »Konnektionismus«. Das Gehirn wird hierbei als ein »kooperatives System« betrachtet, das auf der Basis weitverzweigter Verknüpfungen von Neuronengruppen arbeitet, die sich auf Grund von Erfahrungen verändern. In diesem Paradigma ist dementsprechend Bedeutung nicht in einzelnen Symbolen angelegt, sondern ergibt sich aus der Funktion des Zustandes des gesamten Systems. Da die Synthese von Kognitivismus und Konnektionismus theoretisch noch unklar ist bzw. bestimmte Aspekte vernachlässigt, postuliert der Autor eine »handlungsbezogene Alternative«, die den »gesunden Menschenverstand« integrieren soll. Von der Phänomenologie her kritisiert er die von der KWT vollzogene Aufspaltung der Welt in den Bereich der Elemente und in den der Aufgaben. Die menschliche Lebenswelt lasse keine »scharfen Grenzen« zu, Kognition basiere auf Handlungszusammenhänge und alltäglichem Wissen. Außenwelt wird nicht länger abgebildet, sondern der Erkennende und das Erkannte bedingen sich, Welt wird produziert, abhängig von den Individuen. »Wissen ist folglich ein ständig ablaufender Verstehens- und Interpretationsprozeß, der nicht in irgendeiner angemessenen Weise als Menge von Regeln und Annahmen eingefangen werden kann, da er von Handeln und Geschichte unabhängig ist ...« (96) Varela ist sich bewußt, daß dies einen Bruch mit der bisherigen praktischen Ausrichtung der KWT darstellt, plädiert aber dafür, ihn zu vollziehen. Trotz oder gerade in Anbetracht der vorwiegend naturwissenschaftlichen Darstellungen könnte die The-

matik auch für Philosophen interessant sein, um neue Aspekte für Diskussionen zur Erkenntnistheorie zu gewinnen.
Tatjana Kirchner (Berlin)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Zimmermann, Peter (Hrsg.): »Interkulturelle Germanistik«. Dialog der Kulturen auf Deutsch? Verlag Lang, Frankfurt/M. 1989 (210 S., br., 54,- DM)

Im vorliegenden Band geht es um eine kritische Auseinandersetzung mit einem Konzept, das in den letzten Jahren im Bereich Deutsch als Fremdsprache und in der Auslandsgermanistik großen Einfluß gewonnen hat. Seine Vertreter sind zusammengeschlossen in der »Gesellschaft für Interkulturelle Germanistik (GIG)«. *P. Zimmermann* setzt sich auf dem Hintergrund der realen Kommunikationsprozesse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern mit der Hypothese auseinander, Kommunikationsprobleme könnten durch eine Art »diskursives Weltgespräch« ausgeräumt werden. Er kritisiert ebenfalls die Metapher vom »Dialog der Kulturen«, die verschiedene Kulturen gleichsam als Gesprächspartner erscheinen lasse und so suggeriere, die Analyse zwischen den Menschen verschiedener Kulturen sei überflüssig. Ähnlich argumentiert *H. Glück* in seinem Beitrag (»Meins und Deins = Unsers?«), dessen Ausgangsfrage eher rhetorisch gemeint ist. Er zeigt einmal die wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklungslinien einer interkulturellen Germanistik: andererseits verweist er nachdrücklich auf die realen Arbeitsbedingungen vieler Germanisten gerade in der dritten Welt: fehlende Bibliotheken, die Notwendigkeit von Nebenbeschäftigungen usw. Gerade auf diesem Hintergrund sei es notwendig, eine solide Arbeitsweise von deutschsprachigen wie anderen Germanisten zu fordern: Man könne nicht interkulturelles Vergleichen an die Stelle der ordentlichen Analyse der einen wie der anderen Kultur setzen, wolle man nicht dem Dilettantismus Vorschub leisten.

Eine Reihe von Beiträgen befaßt sich mit den Erfahrungen in verschiedenen Ländern. *J. Pleines* (Marokko) fragt nach den Aufgaben von Sprachunterricht und Linguistik; er bemängelt die starke literaturwissenschaftliche Orientierung der interkulturellen Kommunikation und plädiert dafür, die Sprachvermittlung nicht auf das Lernen eines Codes zu reduzieren. *R. Epp* (Uganda) problematisiert das Konzept »universeller Kulturthemen«; hier könnten sehr leicht westliche Germanisten in die Gefahr geraten, ihre Kultur zu universalisieren. Ähnlich diskutiert *P. Brenner* die Gefahr, aus einer interkulturellen Germanistik könne eine Gesinnungswissenschaft werden, wenn sie sich voluntaristisch aus dem europäischen Wissenschaftskontext herausbewegen will. Sie müsse sich als eine kritische Wissenschaft begreifen, die z.B. kulturell bedingte Vorurteilsstrukturen offenlegt, nicht aber als praktische Wissenschaft, die sich im Besitze von interkulturellen Kommunikationsrezepten wähne.

Insgesamt ein nützlicher Band, nicht nur für jene, die in der Auslandsgermanistik arbeiten. Gerade auch aktuelle weltpolitische Entwicklungen geben Anlaß, die Frage nach der »Stellung der deutschen Sprache in der Welt« (wie man wohl regierungsamtlich sagt) erneut zu stellen. Das bisherige Konzept der interkulturellen Germanistik war — aus politischer Sicht — wohl eher eines, das 'friedliches Nebeneinander verschiedener Kulturen' bei gleichzeitigem Zwang zur Kommunikation diskutierbar macht. Die interkulturelle Kommunikation im Rahmen dieses Konzeptes bleibt gleichsam zwangsläufig Metakommunikation. Die Autoren dieses Bandes zeigen hierüber hinausgehende Ansätze auf: Ansätze

Entwicklung *einer* gemeinsamen Kommunikation auf dem Hintergrund verschiedener Kulturen mit dem Risiko (oder dem Gewinn?) einer wechselseitigen kulturellen Durchdringung. Damit könnten die tatsächlichen Probleme von interkultureller Kommunikation im Sinne der Kommunikation zwischen Menschen verschiedener Kulturen in einen wissenschaftlichen Blick geraten.

Heinz W. Giese (Casablanca)

Glück, Helmut, und Wolfgang Werner Sauer: Gegenwartsdeutsch. J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1990 (218 S., br., 22,80 DM)

Im Gegensatz zu den maßgeblichen Grammatiken, die »schließlich das Falsche und das Richtige klar auseinanderhalten können« (73) möchten, wird in diesem Buch versucht, »die jüngste Entwicklung der deutschen Sprache« (X) mit ihren sozialen Verwendungsbedingungen darzustellen. »Die Sprachwissenschaft soll sprachliche Fakten beschreiben und erklären, aber nicht bewerten« (25f.). Dieses Motto wird ziemlich durchgängig befolgt. An Hand zahlreicher konkreter Beispiele aus unterschiedlichsten Quellen kann man einige relevante Aspekte des aktuellen Deutsch wiedererkennen, die im »Duden« zumindest bislang noch nicht zu finden sind. Man kann jedoch des weiteren auch darüber nachdenken, was für eine, sowohl negative als auch positive, Rolle die (oder eine) sprachliche Norm in der heutigen Gesellschaft spielt. Das Buch bietet nicht nur Informationen über das heutige Deutsch, sondern auch Ansätze zur Reflexion über die Sprache der Gesellschaft überhaupt.

In einem ersten Teil (»Deutsche Normen«) werden zunächst (Kap. 1) Themen wie die internationale Stellung der deutschen Sprache, die unterschiedliche Verwendung des Begriffs »deutsch«, die »BRD-Affäre« u.a. behandelt. Im Kapitel 2 geht es um eine kritische Auseinandersetzung mit den »Normen, die in den maßgeblichen Grammatiken und Wörterbüchern fixiert sind« (27). Unter dem Begriff »Norm« wird hier »Vorschrift« verstanden, nicht aber »Gewohnheit«. Kontextunabhängige Darstellung, mangelnde Unterscheidung von gesprochener und geschriebener Sprache und die beliebige Bewertung dieser »Norm« sind Anhaltspunkte der Kritik: als Beispiele, die manche Grammatiken nicht in Betracht ziehen, werden jugendliche Varietäten, »Hohl- und Hehlwörter« und »schmutzige Wörter« herangezogen.

Das Gefälle zwischen den »Normen« und dem tatsächlichen Gebrauch der deutschen Sprache heute wird im zweiten Teil (»Zur deutschen Grammatik der Gegenwart«) konkreter dargestellt. Im Kapitel 3 (»Zur Syntax«) wird konstatiert, daß man heute ziemlich oft entgegen der Norm die Hauptsatzwortstellung im Nebensatz (»... weil die machen jetzt zu«) verwendet. In den folgenden Kapiteln werden neuere Tendenzen des heutigen Deutsch bei den Nomina (Kap. 4), Verben (Kap. 5) und Wortbildungsmustern (Kap. 6) erläutert. Vollständigkeit der darzustellenden Bereiche kann man in einem solchen kleineren Buch von vornherein kaum erwarten, dennoch wären zusätzliche Kommentare zur Artikel- und Partikelverwendung wünschenswert.

Der dritte Teil (»Zur Sprachpraxis der Gegenwart«) behandelt den komplexen Zusammenhang zwischen der Sprachverwendung und ihrer Einbindung in eine sich verändernde soziale Umwelt. Dabei wird indirekt gezeigt, daß man im alltäglichen Leben die Sprache unbewußt verwendet und natürlich erst recht nicht merkt, welche sozialen und historischen Gegebenheiten auf die Sprachverwendung Einfluß ausüben. Kapitel 7 beschäftigt sich mit dem Sprachwandel seit dem Zweiten Weltkrieg, z.B. mit den Auswirkungen der englischen Sprache oder mit den Veränderungen, die die deutsche Sprache durch die Anwesenheit der »Gastarbeiter« erfahren hat. Nach der Darstellung des Prozesses, der von der Normabweichung zur Normlockerung

und unter Umständen zur Normveränderung führen kann (am Beispiel von Jugendsprache, Bewegungssprache und Anredeformen; Kap. 8), wird ein Kapitel dem hartnäckigen, anonymen Druck der Konsumgesellschaft auf das sprachliche Leben gewidmet. Einer kritischen Diskussion des gehobenen »Bildungsjournalismus« folgt eine Beschreibung der sprachlichen Realität im Computerzeitalter (Kap. 10). Weiter wird — schon veraltet — über »Das Deutsche in der DDR« (Kap. 11) informiert. Inzwischen hat sich gezeigt, daß sich die Gesellschaft viel schneller verändert, als eine Darstellung der »jüngsten Entwicklung« der Sprache antizipieren konnte. Jedoch könnte man die Frage stellen, wie sich das Bewußtsein in diesem Zusammenhang verhält. Ist die DDR nur in »Ostdeutschland« oder »neue Bundesländer« umbenannt worden? Oder gibt es wirklich schon ein auch sprachlich vereintes Deutschland? Im Kapitel 13 wird eine Anekdote über Konrad Duden wiedergegeben, der Mannheimer und der Leipziger Duden werden miteinander verglichen und es wird eine Rechtschreibreform gefordert. Die im abschließenden Kapitel erwähnten Zitate von Bundeskanzler Kohl haben einen Hauch von Humor, den auch ein Ausländer bemerken kann.

Trotz teilweise nachlässiger redaktioneller Bearbeitung ist das Buch auf Grund seiner kritischen Auseinandersetzung empfehlenswert. Gerade für uns Auslandsgermanisten, an die sich das Buch explizit ja auch richtet, ist es ein erwünschtes Hilfsmittel, um mit dem lebenden Deutsch vertraut zu werden.

Hitoshi Yamashita (Yokohama)

Antos, Gerd, und Gerhard Augst: Textoptimierung. Das Verständlichermachen von Texten als linguistisches, psychologisches und praktisches Problem. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M. 1989 (177 S., br., 41,- DM)

Biere, Bernd Ulrich: Verständlich-Machen. Hermeneutische Tradition — Historische Praxis — Sprachtheoretische Begründung. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1989 (287 S., br., 106,- DM)

Was meint das »Verständlich-Machen« von Texten? Dem Alltagswissen dürfte das Problem relativ leicht verständlich zu machen sein: Liest ein Leser einen Text, so nimmt er ihn vielleicht ohne Schwierigkeiten auf, vielleicht gelingt es ihm aber auch nur mühsam oder nur teilweise, die Gedanken des Autors nachzuvollziehen, oder vielleicht versteht er Teile des Textes falsch oder zumindest nicht ganz richtig. Um dem Leser zu helfen, müßte es möglich sein, den Text so zu verändern, daß der Leser (oder vielleicht sogar alle künftigen Leser?) den Text besser versteht, d.h. daß er den Inhalt, den der Text mitteilen will, leichter (oder überhaupt erst korrekt) aufnimmt. Aber wie wäre dabei vorzugehen?

Denkbar wäre ein Versuch, durch zusätzliche Informationen Hilfen begrifflicher Art zu geben, denkbar auch Hilfen auf syntaktischer oder stilistisch-argumentativer Ebene, durch Veränderung der Darstellungsweise. Woran aber — außer an seiner Intuition — kann sich der Autor oder ein anderer Vermittler bei der Textoptimierung orientieren? Wonach entscheidet er — wenn nicht introspektiv —, welche Veränderungen sinnvoll oder erforderlich sind, welche Version eines Textes jeweils verständlicher ist? Diese Fragen umreißen den Aufgabenbereich von Arbeiten, die unter dem Stichwort »Textoptimierung« ein Arbeitsfeld der angewandten Linguistik zu begründen versuchen. Nun ist zwar Verständlichkeitsforschung nicht neu, in der Psychologie ist unter diesem Stichwort längst ein Arbeitsfeld etabliert. Doch während dort die Rezipientenperspektive vorherrscht, geht es in dem Ansatz des »Verständlich-Machens« auch wesentlich um den produktiven Aspekt. Die Ermittlung formaler Merkmale, die das Verständnis eines Textes erschweren, enthält keineswegs schon

ausreichende Hinweise zu dessen Verbesserung. Diese aber ist Zweck und Ziel des Verständlich-Machens, und gerade das macht diese Arbeiten auch unter praktischen Gesichtspunkten vielversprechend.

Im dem von *Antos* und *Augst* herausgegebenen Sammelband finden sich Beiträge, die auf Referate während der 10. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprache zurückgehen. An der Themenstellung ist sowohl das Bestreben nach praktischen Bezugspunkten erkennbar wie auch die Tatsache, daß man noch nicht von einer in Aufgabenstellung und Methode klar umrissenen Schule reden kann. *Dietrich Meusch* konstatiert als Resümé seiner Kritik an der Aussagearmut bisheriger Lesbarkeitsformeln, daß eine verbessernde Umgestaltung von Texten entgegen der Auffassung von Verständlichkeit als Funktion einzelner Stilmerkmale immer nur »relativ zu ihren kommunikativen Absichten, relativ zu ihren dominanten Lesergruppen und relativ zu den Situationen, in denen diese Texte behandelt werden«, zu sehen sei. Er formuliert damit eine Einsicht, die *Beate Henn-Memmesheimer* am Fall der bewußten Verwendung von Nonstandard-Sprache als Optimierungsmoment exemplifiziert. Diese Relativität der Verständlichkeit oder des Grades an Optimiertheit in bezug auf die Adressaten und deren Erwartungen thematisiert *Ludger Hoffmann* am Beispiel der Textsorte »Grammatik«, während *Antos* in seiner Analyse der »Gesprächsoptimierung« bei scriptgeleitetem Telefonieren den funktionalen Aspekt textsteuernder Strategien hervorhebt. Die meisten dieser Beiträge zeigen bei aller Unterschiedlichkeit der Themen eines sehr deutlich: Auch wenn die Aufgabenstellung eine in der Linguistik nicht alltägliche Praxisnähe verspricht, werden begriffliche Vorklärungen zum Gegenstandsbereich keineswegs überflüssig.

Genau dies ist das Anliegen der Arbeit von *Biere*, der beabsichtigt, »ein mögliches Konzept des Verständlich-Machens theoretisch (systematisch und historisch) herzu-leiten und zu begründen« (139). Er stellt die scheinbare Plausibilität dieses Konzepts in Frage und will zeigen, »daß es auf einer Reihe von Grundannahmen beruht, die aus linguistischer Sicht problematisch sind« (576). Wir unterstellen — so *Biere* — dabei zunächst, daß der Autor einen Inhalt darzustellen versucht mit dem Ziel, diesen den Lesern in sprachlicher Form zu übermitteln. Mit der Annahme, daß es dabei verschiedene äquivalente sprachliche »Einkleidungen« — nämlich mehr oder minder verständliche — eines Inhalts gebe, unterstellen wir weiter die textunabhängige Existenz dieses Inhalts, was wiederum zeichentheoretisch zu erheblichen Komplikationen führt: Es ist eben die Frage, »wie weit wir das 'gleiche' sagen, wenn wir es anders sagen« (207). Wie aber wäre dann die Tätigkeit dessen zu beschreiben, der einen Text durch einen anderen ersetzt, um dem Leser die Absichten des ersten Textes besser zugänglich zu machen, als dieser selbst es vermochte? Der Autor spürt diesen Fragen in verschiedenen Traditionen und angrenzenden Disziplinen nach und versucht, aus der kritischen Diskussion Gesichtspunkte für eine angemessene begriffliche Darstellung zu gewinnen. Dabei bezieht er sich vor allem auf Traditionen der Hermeneutik und versucht schließlich, heuristische Anregungen für ein Modell des Verständlich-Machens aus einer Reflexion der jeweils unter einzelnen Gesichtspunkten verwandten Tätigkeiten des Boten, des Übersetzers und des Auslegers zu gewinnen. Er plädiert »für eine Art von Auslegung, in der der Ausleger die interpretativen Bemühungen des Lesers nicht ersetzt, sondern die Bedingungen dafür zu schaffen versucht, daß diese Bemühungen erfolgreich sind« (202).

Ein solcher Ansatz bestreitet die Möglichkeit zur Entwicklung bündiger Anweisungen zum Verständlich-Machen von Texten nachhaltig. Dies ist ihm schwerlich vorzuwerfen, ist doch die Begründung dieser skeptischen Haltung sein eigentliches Ergebnis. Er stellt die Mechanisierbarkeit des Verstehens (vgl. 266) explizit in Frage

und insistiert vor jedem formalisierbaren Verfahren auf einer Art permanenter, am Inhalt orientierter Reflexion des Subjekts. Daß dieser Verweis jedoch so pauschal bleibt wie im Zitat des vorigen Absatzes, wird den an praktischen Zielen interessierten Leser ziemlich ratlos lassen.

Walter Kühnert (Ennepetal)

Soziologie

Luhmann, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd. III. Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1989 (457 S., geb., 36,- DM)

Wanning, Frank: Diskursivität und Aphoristik. Untersuchungen zum Formen- und Wertewandel in der höfischen Moralistik. Max Niemeyer Verlag Tübingen, 1989 (213 S., kart., 76,- DM)

Niklas Luhmann hat sich bereits in den Bänden I und II mit dem Übergang von stratifizierten (Feudal-)Gesellschaften zu funktional differenzierten Gesellschaftsformationen in der frühen Neuzeit auseinandergesetzt. Der dritte Band ergänzt einige wesentliche Aspekte dieses frühneuzeitlichen Entparadoxierungsunternehmens durch funktionale Ausdifferenzierung von Subsystemen. So mußte, sobald z.B. auf den Kontext des Rechtssystems reflektiert wurde, begründet werden, warum und auf welche Weise das Recht nicht historisch und kausal auf einer Gewaltsetzung, d.h. auf Unrecht beruhte. Die Logik der Staatsraison mußte sich seit Machiavelli von moralistischen Urteilkategorien ablösen, ohne die Moral als solche außer Kraft zu setzen. Schließlich hatte sich die moderne Ethik auf die Weise von der Moral zu trennen, daß sie nur noch die Begründungsbedingungen moralischer Normen festlegte. In allen drei Fällen siedelt sich die neuzeitliche Theoriebildung auf einer Metaebene an, die die universalistische Geltung traditioneller Theoriesysteme zu nächst suspendiert.

Luhmann verfolgt allerdings kein historisches oder philologisches Interesse. Die 'frühe Neuzeit' erstreckt sich für ihn grob vom 16. Jahrhundert bis ca. zur Französischen Revolution, genauere Epocheneinteilungen werden zurückgewiesen. Aus diesem Zeitraum werden dann historisch und geographisch ganz verschieden determinierte Schriften zur Illustration der Thesen herangezogen. Luhmann verteidigt ausdrücklich seine Entscheidung, »eher zweitrangige als erstrangige Texte« zu benutzen, da er nur in ihnen auf eine »durchschnittlich verbreitete Semantik« zu stoßen hofft (9). Diese Vorentscheidung impliziert die Auffassung, die 'großen Autoren' der Epoche hätten jenseits ihrer Zeit gestanden, sodann aber erlaubt sie dem Interpreten beliebig mit seinem Textmaterial umzuspringen, das kontextuell nicht mehr verortet werden kann. Der Preis, den Luhmann für diese Freiheit zu zahlen hat, ist allerdings der nichtssagende Charakter der meisten seiner Textbelege, während die Begrenzung auf einen Standardautor es ermöglicht, aber auch erzwungen hätte, die Aporien frühneuzeitlicher Theorien historisch und philologisch genauer zu reflektieren. Luhmann zitiert beispielsweise mehrfach (99, 102) aus dem Buch *Difesa del savio* von Matteo Peregrini, eines italienischen Autors vom Beginn des 17. Jahrhunderts, wobei er nicht beachtet, daß dieses Buch die Antwort auf eine Kritik ist, die ein gewisser Manzini gegen ein früheres Buch Peregrinis gerichtet hat. Peregrinis Buch ist also nur dann relevant und überhaupt verständlich, wenn man diesen Kontext berücksichtigt. Was jedoch Luhmann aus diesem Buch gewinnt, ist nur der Gemeinplatz von den zwei Personen des Prinzen, der öffentlichen und privaten, für den man seit den

Studien von Ernst Kantorowicz einen Autor wie Peregrini gar nicht erst hätte bemühen müssen.

Eine ähnliche Unschärfe, wenn nicht Beliebigkeit in der Anhäufung historischer Selbstverständlichkeiten zeichnet Luhmanns Studien durchweg aus. Mehrfach weist er z.B. auf die Funktion des Buchdrucks hin (123, 168, 201, 221, 391), durch den die Theoriebildung individualisiert worden sei, ohne diese ganz richtige Einsicht jemals mit der erforderlichen Stringenz durchzuführen, obwohl gerade auf diesem Gebiet bahnbrechende angelsächsische Forschungen (z.B. von Walter J. Ong) vorliegen. An anderer Stelle wundert er sich, warum bei Machiavelli der Terminus 'ragion di stato' noch nicht auftaucht (82), obwohl längst bekannt ist, daß er erstmals bei G. Della Casa vorkommt. Die Rhetorik schließlich habe, so Luhmann, durch ihre Technik, in einem Streitfall beide Seiten gleich überzeugend vertreten zu können, bei der Auflösung ständisch begründeter moralischer Normen eine katalysatorische Funktion übernommen (100, 387). Auch hier erkennt Luhmann richtig ein Problem, führt es aber unzureichend oder überhaupt nicht aus. Zunächst ist es zweifellos falsch, zu behaupten, die Rhetorik stehe an sich schon quer zu stratifizierten Gesellschaftsformationen, schließlich war sie die zentrale Bildungsinstanz von den Sophisten bis zur Romantik. Sodann verweist schon die Definition der Rhetorik als Distinktion von der Normalsprache (Grammatik) auf ständische Gesellschaften. Richtig ist, daß die Rhetorik seit ihrer Begründung in der Antike Probleme mit der Ethik hatte, die aber schon in der Antike so durchreflektiert worden waren, daß Luhmanns abstrakte Behauptung an der Textlage weitgehend vorbeigeht.

Während der Leser in Luhmanns Studien zwar eine große Masse an Material vorgeführt bekommt, letztlich aber nichts Bestimmtes lernen kann, beschränkt sich Frank Wanning von vornherein auf eine begrenzte Gruppe von Texten: auf die französischen Moralisten des 17. Jahrhunderts, an denen er die allmähliche Auflösung vorgegebener (ständischer) gesellschaftlicher Verhaltensnormen und Urteilskriterien zu demonstrieren versucht. Systematische Gesellschaftstraktate müssen unter ständischen Bedingungen notwendig auf ein Problem stoßen, das sich paradigmatisch im *Art de plaire* (1630) von Nicolas Faret niederschlägt: der systematisch handlungsleitende Anspruch der Traktatform steht im Widerspruch zur notwendigen ständischen Abstufung der Normengeltung, d.h. »ständische Privilegien entscheiden über die praktische Relevanz der Normen« (54). Damit gerät die totalisierende Form des Traktats in eine Aporie, die innerhalb dieser Form nicht lösbar ist. Wannings Studie versucht daher, die Formgeschichte der Moralistik vom geschlossenen Traktat hin zu offenen Formen wie Aphorismus, Maxime etc. als Reaktion auf die Verschiebungen innerhalb der ständischen Gesellschaftsstruktur im absolutistischen Zeitalter zu schreiben. Faret hatte den gesellschaftlichen Erfolg an äußerliche, akzidentelle Handlungen gebunden und die zugrundeliegende Triebstruktur des Individuums zugleich unangetastet gelassen. Der Chevalier de Méré geht dagegen eine Generation später von der Feststellung aus, daß jede Norm ihrerseits gesellschaftlich auslegungsbedürftig ist, und zielt damit bereits auf offene Diskursformen, auf den Dialog, in dem sich bereits anerkannte Gesellschaftsmitglieder über die Normen allererst verständigen. Farets rein äußerlicher Anpassungsleistung stellt Méré eine Reform der substantiellen Qualitäten des Individuums gegenüber, die im Ideal der Natürlichkeit des Verhaltens ihren Zentralbegriff hat. Dieser Prozeß erreicht in den Maximen von La Rochefoucauld zugleich seinen Höhepunkt und seine Krise, denn sie verzichten auf jede Handlungsorientierung und biegen die moralistische Präzeptistik in eine Hermeneutik, eine Entschlüsselungskunst des Verhaltens anderer um (146f). Die Maximen reflektieren demnach auf die Bedingung der Möglichkeit moralischer

Urteile (121) und gelangen dabei in eine neue, moderne Aporie. Sie entdecken, daß akzidentellen Handlungen keine substantiellen Qualitäten zu entsprechen brauchen und umgekehrt (144), d.h. sie trennen das moralisch entkräftete öffentliche Urteil radikal vom privaten, für das nun aber keine allgemeinverbindlichen Wahrheitskriterien mehr angegeben werden können. Daher wählt La Rochefoucauld die Form des Aphorismus als einer »ideographischen Erfahrungsmethode« (113), bei der jedem aphoristischen Enthüllungsakt eine nicht notwendig nachvollziehbare, private 'Intuition' entspreche (198f).

Wannings Buch hat den großen Vorteil, über eine präzise entwicklungsgeschichtliche These zu verfügen und diese stringent durchzuführen. Eine Reflexion auf den Kontext der französischen Moralistik läßt diesen so plausibel erscheinenden Interpretationsstrang jedoch bis zu einem gewissen Grad fragwürdig erscheinen. So entgeht Wanning z. B., daß sich Farets Traktatform ihrerseits erst aus der Entwicklung 'offener' Formen, nämlich des humanistischen Dialogs in der italienischen Hofmannstraktatistik herausgebildet hat. Der Traktat ist also keineswegs nur Ausgangspunkt einer Auflösung, die dann zu offenen Formen führt, sondern seinerseits bereits Reaktion auf die Krise derselben. Die Lektüre der italienischen Vorlagen der französischen Moralistik, von der insbesondere Faret und Méré sich durchweg abhängig zeigen, hätte auch ergeben, daß Mérés Zentralbegriff der Natürlichkeit nicht notwendig auf die substantiellen Qualitäten des Individuums zielen muß, sondern als Schein seinerseits kunstvoll produziert werden kann. Die These schließlich, die Form des Aphorismus als Kulminationspunkt der Auflösung verbindlicher handlungsleitender Normen sei an sich schon moralisch nihilistisch, ist keineswegs neu und gewinnt auch durch Wannings Arbeit nur wenig an Überzeugungskraft. Es wäre immerhin denkbar, daß ein Autor von Aphorismen durchaus über ein systematisches Wertesystem verfügt, dasselbe aber wegen der oben skizzierten Entfaltungsschwierigkeiten in systematischen Traktaten sekundär in aphoristischer Form verschlüsselt. Die Aphorismen des spanischen Jesuitenpaters Baltasar Gracián, die zu La Rochefoucaulds wichtigsten Quellen zählen, scheinen uns genau diese Ansicht zu stützen. Auf solche kleinen Quellenfiliationen aber leistet Wanning zugunsten der Geschlossenheit seiner Darstellung Verzicht. Es drängt sich daher der Verdacht auf, er habe bei seiner Definition des Aphorismus eher dessen Apologie durch Nietzsche vor Augen gehabt als den Kontext des 17. Jahrhunderts. Manfred Hinz (Augsburg)

Auer, Frank von, Karlheinz Geißler, und Helmut Schauer (Hrsg.): Auf der Suche nach der gewonnenen Zeit. 2 Bde., Talheimer Verlag, Mössingen-Talheim 1990 (182 S., 190 S., 38,- DM)

Im September 1989 trafen sich in Stuttgart GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, Menschen aus Belegschaften, Bürgerinitiativen und Kirchen, um der »Krise der Zeiterfahrung« in rund einhundert Veranstaltungen nachzuspüren. Als Veranstalter trat die Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem DGB, der IG Metall, der ÖTV, der Gewerkschaft HBV und der Deutschen Postgewerkschaft auf. Als Zusammenfassung der Beiträge liegt dieses zweibändige, mit Holzschnitten von Frans Masereel gestaltete, »zeitpolitische Lesebuch« (II, 9) vor. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist die Verklüftung von individuell und gemeinschaftlich sinnvoll gestalteter Zeit im Nebeneinander von Hetze und Langeweile, die Rainer Zoll mit dem Begriff der »Krise der Zeiterfahrung« (II, 12ff.) zu fassen sucht. Während der erste Band die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen der Zeiterfahrungen zum Thema hat, arbeitet der zweite Band spezielle Fragen der Zeitkrise aus.

Karlheinz Geißler faßt die Ergebnisse der Zeitakademie mit dem Aufruf zusammen. »wir müssen nicht die Zeit verändern, wir müssen unser Verhalten in der Zeit ändern. Das aber heißt, daß wir unser Verhältnis zur Zeit und das zu zeitlichen Prozessen in uns und um uns herum korrigieren. Es geht nicht um eine optimale Nutzung der Zeit, die uns die gegen alle Inhalte gleichgültige Uhr anzeigt, sondern um die Entwicklung von Fähigkeiten, eigene Rythmen und Zeitbedürfnisse wahrzunehmen und diese gegen die abstrakte Zeit wirksam werden zu lassen.« (I, 16) Eingriffspunkte einer »Zeitpolitik« werden aber nach *Rinderspacher* erst deutlich, wenn »... klar ist, wo die Zentren der Verzeitlichung der Gesellschaft anzusiedeln sind und inwieweit ihre Durchdringung mit zeitwirtschaftlichen Maximen überhaupt politisch beeinflußbar sind« (I, 54). Als »Aspekte zeitstruktureller Innovation« (ebd.) begreift er Zeit als »Erfindung« oder besser als Ordnungsleistung des Menschen, um sich die Welt begreifbar und verfügbar zu machen« (ebd.), die erst mit »Bewegungsdifferenzen« (I, 55) von zwei sich gegeneinander ändernden Zuständen meßbar wird. Als »Bestimmungsfaktoren, von denen her das zeitliche Gerüst der Gesellschaft ständig reproduziert und dynamisiert wird und von denen ihre Durchdringung mit zeitlicher Rationalität ausgeht« (I, 57), bestimmt er die Dynamiken von wirtschaftlicher, technologischer, modischer und sozialer Entwicklung und Veränderung und die Dynamik von Verschleiß und Verfall (I, 57ff.). *Rinderspacher* konkretisiert so die These von *Ilse Brusis*, daß »die Geschichte unseres Zeitverständnis sich zugleich als Entwicklungsgeschichte industrieller Produktion nachzeichnen (läßt)« (I, 32). Die Antagonismen privat-arbeitsteiliger Produktion sind daher auch in die »kulturellen (Zeit-)Muster« (*Pasero*, I, 161) eingeschrieben. »In den dynamischen und wandelbaren sozialen Zeitordnungen drücken sich vielfältige Verhältnisse aus: vor allem Machtbalancen und Herrschaftsverhältnisse sowohl zwischen Ständen, Klassen und Schichten als auch zwischen Frauen und Männern, Erwachsenen und Kindern.« (Ebd.) In den »Zeitkollisionen« zwischen Arbeitszeit und Freizeit, Erwerbsarbeit und Hausarbeitszeit etc. werden »ungleichgewichtige Machtbalancen in der Verfügung über Zeit erkennbar. Gemeint ist die Art und Weise der Verfügung über eigene Zeit und die Vervielfältigung eigener Zeit durch die Verfügung über die Zeit der anderen« (I, 162). Zeitpolitik, die sich gegen die Machtverhältnisse durch Zeitverteilung stemmen will, muß hinausgehen über die bisherige Geschichte der Arbeitszeitverkürzung, die »dem männlich geprägten Normalarbeitszeitverhältnis verhaftet (war), welches nur auf der Grundlage der Übernahme der 'Reproduktionsarbeit' durch Frauen funktionierte« (*Seifert*, I, 112). Zum einen muß sie — da alle Zeit Lebenszeit ist — »immer verbunden sein mit der Befreiung in der Arbeit durch die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Ansätze zur Humanisierung der Arbeit« (*Zimmermann*, I, 79). Zum anderen kann »Zeitsouveränität'... kaum Wirklichkeit werden unter Bedingungen, in denen die lebendige Arbeit immer noch primär nur nach der Logik der systemischen Maschinenzeiten bedarfsgerecht ... einfließen soll sondern erst dann, wenn sie den biographischen und familialen Besonderungen der einzelnen und ihren Lebensperspektiven bzw. -entwürfen Rechnung zu tragen gestatten würde« (*Seifert*, I, 114).

Die Beiträge im zweiten Band vertiefen Einzelaspekte. *Christel Schachtner* untersucht die historisch-kulturell bestimmten Muster des Zeiterlebens, in dem das Altern und die Alten oft unversöhnlich einem an einseitiger Verwertbarkeit und linearem Funktionieren orientierten Leben gegenübergestellt und verachtet werden (vgl. II, 21ff.). Wie praktisch gegen die Plazierung der »Alten« auf dem Abstellgleis gehandelt werden kann, deutet ein Interview mit *Udo Wichert* über die Lage älterer Bergleute an. Die Organisation der Gewerkschafter, ob erwerbstätig oder nicht, in Orts

gruppen führe zu einer politischen Einbindung der Älteren, einem Erfahrungsaustausch, von dem gerade auch die jüngeren profitieren, indem die »kollektiven Erfahrungen der Arbeiterbewegung« weitergegeben werden (II, 159f.) Offenheit für eine Organisation von unten und Toleranz gegenüber verschiedenen Bedürfnissen sind Voraussetzung für die Attraktivität der Ortsgruppen für ältere Bergleute. Der Bericht von *Peter Grohmann* über »Das WERK. WERKstatt. GeWERKschaft. TriebWERK. KunstWERK« präsentiert ein gewerkschaftliches Kulturzentrum im Stuttgarter Osten, 1982 gegründet, das »Arbeiten und Wohnen, künstlerisches Schaffen und Alltag, gewerkschaftliches Handeln und Leben im Stadtteil« (II, 179) zueinander in Beziehung setzt (und für die Idee und Durchführung der »Zeitakademie« mitverantwortlich war). *Oskar Negt* widmet sich der aktuellen Frage nach Anfang und Ende des sozialistischen Zeitalters. »Wenn nun jemand sagte, die vor unseren Augen sich abspielende Selbstauflösung der vom Stalinismus geprägten, von menschlich ausgehöhlten Bürokraten mühsam am Leben erhaltenen Gesellschaftssysteme ziehe alles in diesen Absturz hinein, was je im Namen des Sozialismus geschah, ja mit dem Namen 'Sozialismus' verknüpft ist, so ist eine einfache intellektuelle Redlichkeit angesprochen, dagegen Einspruch zu erheben.« (II, 41) Denn auch wenn das Ende des stalinistisch geprägten Sozialismus anstehe, seien »die im ursprünglichen Wahrheitgehalt der Idee des Sozialismus enthaltenen Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht ausgestanden« (II, 42f.).

Die Bände bieten eine Fülle von Anregungen, Überlegungen, Untersuchungen, nicht zuletzt auch in ihren literarischen Teilen, zum sinnvollen Umgang mit Zeit. Wer vorhat, die Suche nach der gewonnenen Zeit zu beginnen, nutzt die seine bestens mit ihrer Lektüre.

Petra Dobner (Berlin)

Kantel, Heinz-Dieter: Computer im Sozialamt. Die elektronische Verwaltung der Armut. Klartext Verlag, Essen 1990 (160 S., br., 34,- DM)

Anliegen des Autors ist es, denjenigen ihre Illusionen zu nehmen, die die Verwaltungen — hier die Armutsverwaltung — durch den bloßen Einsatz neuer Technologien effizienter und menschenfreundlicher gestalten zu können glauben. Es ist eine immer wieder gemachte Erfahrung im Bereich öffentliche Verwaltung, daß längst nicht alles, was sozialpolitisch wünschenswert und technisch möglich wäre, auch umgesetzt wird. Sogenannte Sachzwänge modifizieren gutgemeinte Ansätze zur Gestaltung immer wieder fast bis zur Unkenntlichkeit.

Über die bisherige unbefriedigend gebliebene Diskussion zum Sachzwang soll hinausgegangen werden, indem »Sachzwänge« als *systemische* Antworten auf handelnde Eingriffe verstehbar gemacht werden. Dem Praktiker soll so ein theoretisches Verständnis der ablaufenden Prozesse angeboten und den Theoretikern sollen die praktischen Schwierigkeiten nahegebracht werden. Dazu wird zunächst an Hand der sozial- und technikpolitischen wissenschaftlichen Diskussion herausgearbeitet, daß sich hinter den subjektiv zweckrational Agierenden in den Verwaltungen ein konsistenter Prozeß aufrechterhält, der die Pläne der Handelnden systemisch durchkreuzt: »Sachzwänge«, die sich in den Struktur- und Funktionsprinzipien des gesellschaftlichen Prozesses festgesetzt haben und die Umsetzung von Gestaltungsvorstellungen zumindest be-, wenn nicht sogar verhindern.

Um Ursachen herauszufinden, werden zentrale politik- und verwaltungswissenschaftliche sowie soziologische Konzeptionen vorgestellt und daraufhin befragt, wie die in Gestaltungsprozessen wirkenden Hemmnisse zu umgehen oder gar zu beseitigen sind. Es wird vorgeführt, daß diese Theorien zu einer konzeptionellen Darstellung und Einordnung der »Sachzwänge« nicht in der Lage sind. Danach untersucht

Kantel am konkreten Beispiel Sozialamt die zentralen Wirkungsmechanismen verwaltungsinterner Restriktionen. Dafür entwickelt er ein »Restriktions-Analyse-Verfahren«, bei welchem die unterschiedlichen Beiträge der einzelnen Akteure (Sachbearbeiter, Amtsleiter u.a.) zusammengetragen werden, um zu untersuchen, wie aus den unterschiedlichen Handlungen der Herstellungsprozeß des Funktionalen in der öffentlichen Verwaltung (hier: gesellschaftliche Regulierung der Armut) hervorgeht. Er will verstehen, wie und warum die neuen Technologien in der Praxis benutzt werden. Wann werden bestimmte Möglichkeiten zur Gestaltung, obwohl technisch vorhanden, einfach nicht genutzt? Kantel kommt zu dem Ergebnis, daß Gestaltungsideen nur dann eine Chance haben, umgesetzt zu werden, wenn sie mit und von den Betroffenen und Beteiligten selbst entwickelte Regulierungsformen sind, die dann allerdings immer den funktionalen Notwendigkeiten einer gesellschaftlich bestimmten Armutsregelung entsprechen und auch entsprechen müssen.

Leider ist die Arbeit in weiten Teilen nur äußerst schwer zu verstehen, was weniger der Kompliziertheit der Materie als der Schreibweise des Autors geschuldet ist. Einfache Sachverhalte werden unnötig verkompliziert dargestellt, Behauptungen nicht immer begründet und zu wenig Sorgfalt auf die Klärung des Gebrauchs mancher Begriffe verwendet.

Stefanie Katz (Hamburg)

Roloff, Christine: Von der Schmiegsamkeit zur Einmischung. Professionalisierung der Chemikerinnen und Informatikerinnen. Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1989 (318 S., br., 34,- DM)

Dieses Buch ist eine Dissertation über Umfang und Verlauf von Verhaltensanpassungen von Informatikerinnen und Chemikerinnen während des Einstiegs in den Beruf. Die Autorin geht davon aus, daß im Studium neben fachlichen Kenntnissen auch soziale Qualifikationen vermittelt werden. Wenn dabei die in der Berufswelt vorhandenen Verhaltensweisen bereits in der Ausbildung vollständig angeeignet würden, wäre die sogenannte Professionalisierung umfassend. Die Studie zeigt jedoch, daß dies nicht stattfindet. Am Beispiel der Chemie wird offensichtlich, daß durch die im zeitlichen Verlauf sehr wechselhafte Anerkennung von Frauen in Universität und Beruf eine Professionalisierung von Frauen von der männlichen Umgebung letztlich verhindert wird. Die Situation ist in der Informatik etwas besser, da dieses Fach vergleichsweise jung ist und eine große Nachfrage nach Arbeitskräften besteht. Daher konnte sich bislang kein eindeutiges Berufsbild etablieren.

Die unvollständige Professionalisierung von Frauen erklärt die Autorin u.a. mit der ungleichen zahlenmäßigen Verteilung der Geschlechter in den betreffenden Arbeitsgebieten. Unter diesen Umständen ergibt sich ein Widerspruch zwischen den Verhaltensanforderungen des Berufs, die durch die in der Mehrzahl männlichen Kollegen erfüllt werden, und dem durch die Gesellschaft vorgeschriebenen Rollenverhalten von Frauen. Die von der Autorin befragten Interviewpartnerinnen bestätigen, daß die meisten Frauen in diesem Widerspruch stehen. Während der Berufseintrittsphase müssen sie von ursprünglichen Lebensentwürfen Abstand nehmen, da die Arbeitsverhältnisse diesen Entwürfen entgegenstehen. Darüber hinaus sind sie nicht in der Position, diese Verhältnisse maßgeblich zu ändern. Trotzdem hält die Autorin eine selbstbestimmte Professionalisierung von Frauen und damit die Einmischung in vorgegebene Verhaltensmuster für möglich. Denn es gibt ihrer Meinung nach Verhaltensspielräume.

Die folgenden Thesen zu den Chancen einer Professionalisierung erhärtet Christine Roloff durch Interviews mit Chemikerinnen und Informatikerinnen. »1. Die historische Herausbildung der industriellen Führungsberufe als Männerberufe ...

bringt ein Defizitkonzept der Frauenbeteiligung zum Tragen, das Frauen die Wahrnehmung formal gleicher Chancen aufgrund ihrer sozialen Lage auch heute erschwert. 2. Gleiche Zugangsvoraussetzungen und gleiche fachliche Qualifikationen verhindern nicht die aktuelle Reproduktion des ungleichen Geschlechterverhältnisses in den neuen industriellen Expertenberufen der Informationstechnologie, wenn nicht die soziale Differenz der Frauen erkannt und berücksichtigt wird. ...«

Die in den Interviews zur Sprache gebrachten Erfahrungen beziehen sich auf Berufseinstieg, Frau-Sein im Berufsalltag, berufliches Selbstverständnis, Familie und Beruf und Chancen einer Frauenförderung. Mit diesem sehr umfangreichen Material dokumentiert die Autorin die verschiedenen, sehr individuellen Strategien der Professionalisierung in einer männerdominierten Berufswelt. Chemie und Informatik wurden gewählt, weil sie einerseits ein in hohem Maße durch Männer geprägtes Studien- und Arbeitsumfeld besitzen, andererseits enorme gesellschaftliche Umwälzungen nach sich ziehen. Um so mehr sind die in dieser Untersuchung enthaltenen Erkenntnisse relevant für eine Einschätzung der erzeugten Technologien, weil diese die in den Fächern herrschenden Leitvorstellungen und Arbeitsweisen widerspiegeln.

Heiko Dörr (Berlin)

Geschichte

Nippel, Wilfried: Griechen, Barbaren und »Wilde«. Alte Geschichte und Sozialanthropologie. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1990 (218 S., br., DM 16,80 DM)

Der Band ist für die deutsche Altertumswissenschaft stilistisch wie inhaltlich außerordentlich unkonventionell. Aus wissenschaftstheoretischer und wissenssoziologischer Perspektive unternimmt Nippel in fünf Essays den Versuch, anthropologische, ethnographische und historiographische Diskurse im Abendland unter Berücksichtigung der zwischen ihnen bestehenden Wechselwirkungen an einigen für »einzelne[n] Epochen jeweils charakteristischen Diskussionszusammenhängen« (9) zu erschließen. Im Unterschied zu disziplingeschichtlichen Überblicken, die »die Geschichte der Sozialanthropologie ... erst mit dem Funktionalismus und der Etablierung von Feldforschung und teilnehmender Beobachtung als fundamentaler Methode (Ende des 19. Jhs., F.K.) beginnen lassen« (11), will der Autor exemplarisch zeigen, daß die *antike Anthropologie* und *Ethnographie* »eine bedeutende Rolle sowohl in der Aufklärung als auch in der Anthropologie des 19. Jahrhunderts« spielte (12). Die Essays sind gleichwohl nur als ein problemgeschichtlicher Aufriß »des disziplinären Konnexes zwischen (Alt-)Historie und (Sozial-)Anthropologie« zu verstehen, mit dem der Autor »mit viel Mut zur Lücke ... Materialien für entsprechende Erörterungen bereitstellen« möchte (9). Das von Nippel konstatierte Defizit an gesicherten Theorie- und Methodenstandards in der Sozialanthropologie war offenbar mit ein Grund dafür, daß er auf eine systematische Rekonstruktion anthropologischer und ethnographischer Diskurse verzichtet hat; statt dessen orientiert er sich an der Chronologie. Den im Vorwort formulierten Anspruch, »die theoretischen, methodischen und ideologischen Implikationen gleichzeitiger Distanzerfahrungen sowohl zur europäischen Antike wie zu jeweils rezenten 'barbarischen', 'wildem'... Völkern zu erörtern« (9), setzt er in den Essays mehr oder weniger konsequent um.

An Beispielen aus der Geschichtsschreibung, Philosophie und Poesie, vornehmlich aber an Herodots Historien erörtert Nippel im ersten Essay die Spezifika anthropologischer und ethnographischer Theoreme der Antike, die er sowohl zum Methodenbewußtsein als auch zu den ideologischen Annahmen der Autoren in Beziehung setzt. Er vergleicht Herodots Verfahren mit denen anderer antiker Autoren und hebt dessen ausgeprägtes Methodenbewußtsein hervor. Herodots »der Objektivität verpflichtetes wissenschaftliches Ethos« (15) erklärt Nippel aus seiner Distanz sowohl zu attischen Wertvorstellungen als auch aus seiner Skepsis gegenüber den geschichtsmythologischen Traditionen der verschiedenen Völker, von deren Sitten und Bräuchen er berichtet. Die von antiken Autoren entwickelten Genres rhetorischer Darstellung und sozialtheoretischen Konzepte (Klimatheorie, Polarisierungsmodelle, z.B. nomadisierende und Ackerbau betreibende Stämme, Sklavenbegriff, Rollenverschiebung zwischen den Geschlechtern, Relationierung von Sitten und materiellen Lebensbedingungen, ursprüngliches Kollektiveigentum), Klischees (fleischverzehrende Nomaden, Barbarenbegriff, Essentials primitiver Kulturen: Kannibalismus, tierhafte Promiskuität, Menschenopfer) und Wandermotive (der edle Wilde: Skythe, Germane) waren nach Nippel die wesentlichen Elemente anthropologischen und ethnographischen Denkens der Griechen und Römer.

Die Geschichtsmächtigkeit antiker Begriffe und Wahrnehmungsmuster demonstriert der Autor in den folgenden drei Essays an ihren Funktionen im Zusammenhang spanischer Kontroversen über die Kolonialherrschaft zu Beginn des 16. Jahrhunderts, in Lafiteaus Beschreibung der Gesellschaftsordnung der Irokesen und Huronen Anfang des 18. Jahrhunderts, in Entwürfen geschichtsphilosophischer Universalgeschichten, in den unterschiedlichen Rezeptionsweisen sozialwissenschaftlicher Theorien in der deutschen, englischen und französischen Altertumswissenschaft, in der Ausarbeitung einer dialektisch-materialistischen Geschichtstheorie und in der Bücher-Meyer-Kontroverse in der Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts. Neben dem Fortleben anthropologischer und ethnographischer Topoi und Theoreme der Antike und ihrem Vorrang gegenüber eigenen Erlebnissen mit fremden Kulturen schildert Nippel jedoch auch die Entwicklung neuer Methoden und Konzepte seit dem Spätmittelalter. Im letzten Essay werden Polanyis Überlegungen zur ökonomischen Anthropologie einer systematischen und historisch-kritischen Überprüfung unterzogen. Nippel will hier am Beispiel eines modernen sozialanthropologischen Ansatzes zeigen, inwiefern »durch verfremdende Perspektiven und Kategorien der antiken Tradition neue Erkenntnisse« (10) abgewonnen werden können. Welchen methodischen Wert operationalisierte sozialanthropologische Konzepte in der Althistorie haben können, demonstriert er an griechischen Handel- und Marktformen der archaischen und klassischen Zeit. Sein knappes Resümee: Über den Nutzen und Nachteil anthropologischer Ansätze in der Althistorie entscheidet allein »die Interpretationsleistung und Integrationsleistung gegenüber dem Quellenbefund«.

Der von Nippel unternommene interdisziplinäre Brückenschlag berührt das zentrale methodische Problem der Feinabstimmung zwischen hermeneutischen und sozialwissenschaftlichen Forschungsstrategien. Der Band stellt hierzu einen Diskussions- und Forschungsbeitrag dar. Frank Konersmann (Bielefeld)

Eurich, Claus: Tödliche Signale. Die kriegerische Geschichte der Informationstechnik von der Antike bis zum Jahr 2000. Luchterhand Verlag, Frankfurt/M. 1991 (243 S., br., 18,80 DM)

Der weit verbreitete Glaube, die Informationstechnologien seien — im Gegensatz

zur Atom- oder Gentechnologie — saubere Technologien, hat mit dem Golfkrieg jede Sicherheit verloren. Ohne High-Tech, ohne Informationstechnik, d.h. Computer, Satelliten und Fernmeldenetze, sind Kriege nicht mehr vorstellbar. Eurich geht es um den Nachweis, daß »die Informations- und Kommunikationstechnologien so gut wie ausnahmslos zu militärischen Zwecken entwickelt und zuerst militärisch genutzt wurden, ehe sie im zivilen Bereich Anwendung fanden« (II).

Daß Informationen notwendig sind, um Macht zu erlangen oder zu erhalten, war bereits in der Frühzeit menschlicher Geschichte bekannt: Um den Sieg des eigenen Heeres oder das Nahen des Feindes zu melden, entwickelten die Feldherren der Antike viel Phantasie. Doch erst mit der industriellen Revolution begann die eigentliche Entwicklung der Informationstechnik. Richtungweisend war die Erfindung des elektrischen Telegraphen, der entscheidend die Kriege in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestimmte. In dieser Zeit entstand auch, was Eurich den »militärisch-industriellen Informationskomplex« nennt. Zum einen beginnen die Kriegsministerien, systematisch informationstechnische Innovationen zu fördern und zu verwenden. Und abhängig davon übernimmt die informationstechnische Rüstungsindustrie eine Schlüsselrolle in der nationalen Wirtschaft. So beteiligte sich Werner Siemens als Artillerieoffizier an der Entwicklung der Telegraphie und gründete 1847 die Telegraphenbauanstalt, aus der sich später der elektrotechnische Weltkonzern entwickelte. Weitgehend unabhängig von militärischen Optionen vollzogen sich Erfindung, Entwicklung und Verbreitung des Telephons im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Nur zögernd führten militärische Stellen den Fernsprechtbetrieb ein — und mußten während des Ersten Weltkriegs feststellen, daß die zivile Technik den Anforderungen des Ernstfalls nicht gewachsen war. Erst der Zweite Weltkrieg markiert in dieser Hinsicht einen Wendepunkt: Militärische und staatliche Institutionen beginnen, den Zufall technischer Entdeckungen zu planen. Am Beispiel des Computers wird dieser qualitative Sprung ausführlich beschrieben. So baute der deutsche Ingenieur Konrad Zuse 1941 die erste programmgesteuerte Rechenmaschine im Zusammenhang mit den Arbeiten an den ferngesteuerten Bomben V1 und V2. Und auch heute ist die Arbeit an den Computern der »Fünften Generation«, an »Künstlicher Intelligenz«, an Neuronalen Netzen und Hochauflösendem Fernsehen fest integriert in die Forschungs- und Entwicklungsprogramme des Pentagon und der NATO.

Eurich, Journalistik-Professor in Dortmund und Gründungsmitglied des Instituts für Informations- und Kommunikationsökologie, hat die Technikdebatte um ein wichtiges Kapitel erweitert. Die Defizite in diesem Bereich sind bekannt: Die Vorstellung von den Informationstechnologien, die in den richtigen Händen den sozialen Fortschritt garantieren, hat lange Zeit eine kritische Betrachtung ihrer Geschichte verhindert. Nach dem Herrschaftscharakter von Technologie wurde nur zögernd gefragt, und der Zusammenhang von Wissenschaft, Militär, Industrie und Staat besaß häufig nur im Rahmen verschiedener Imperialismus-Theorien Gültigkeit. Um so mehr verdienen Eurichs »abschließende Bemerkungen zur Zukunft des Krieges« Aufmerksamkeit: Informationstechnik und Elektronik machen die Waffensysteme der Gegenwart (und der Zukunft) immer »leistungsfähiger«. Sie machen aber auch das Militär und damit die Gesellschaft abhängig von Systemen und Apparaten, die letztendlich unkontrollierbar und nicht beherrschbar sind. Der Besitz dieser Systeme und Apparate kann zukünftig nicht auf einige wenige Staaten beschränkt bleiben, ein »Krieg aus Versehen« rückt ein Stück näher. Die umfassenden Informationen — überwiegend aus militärischen und militärwissenschaftlichen Fachdiensten und Fachzeitschriften —, die Eurich vorlegt, schließen eine Lücke.

Jochen Robes (Tübingen)

Parker, Geoffrey: Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens 1500-1800. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1990 (232 S., 44 Abb., Ln., 68,- DM)

Der in den USA lehrende Historiker Parker legt seiner Arbeit die Frage zugrunde, wie es »dem Westen« (Habsburg-Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande) gelang, seine Armut an ausbeutbaren Naturressourcen durch militärische Machtentfaltung zu kompensieren. Diese Fragestellung spielte auch in Kennedys Werk »Aufstieg und Fall der großen Mächte« (1987, dt. 1989) eine Rolle.

Parkers Schlußfolgerung lautet, daß »der Schlüssel zum erfolgreichen Aufbau der ersten wirklich weltumfassenden Imperien durch den Westen zwischen 1500 und 1750 genau in jenen Verbesserungen der Kriegführung zu suchen ist, die als 'militärische Revolution' bezeichnet worden sind« (22). Den Begriff »militärische Revolution« wählte Michael Roberts 1955, um eine Reihe von Veränderungen in der Kriegführung zwischen 1560 und 1660 zu kennzeichnen: Einführung von Bogen und Musketen, Vergrößerung der Streitkräftezahl, Differenzierung der Strategie, gesellschaftliche Rückwirkungen von Rüstung und Krieg. Seine Untersuchung führt Parker, der durch mehrere Bücher zum dreißigjährigen Krieg und zur Kriegführung der Spanier in den Niederlanden als Kenner der Militärgeschichte der Epoche ausgewiesen ist, zur differenzierenden Bekräftigung des Roberts'schen Theorems, gegen das im Laufe der Zeit zunehmend Einwände erhoben worden waren. Als prinzipielle Triebkraft militärischer Innovation sieht Parker das Spannungsverhältnis zwischen Offensive und Defensive an (26). Durch den Bau »vertikaler« Befestigungen war bis ins 15. Jahrhundert ein »Übergewicht der Verteidigung« erreicht, das durch die Entwicklung von Feuerwaffen und deren Einsatz als Mauern brechende Geschütze (»Bombarden«) aufgehoben wurde. Die Einführung von Artillerie provozierte neue, aufwendigere Festungsbauten: Bastionen, »trace italienne« (30-36). Transportable Feuerwaffen, kombiniert mit dem neuartigen »Drill« der Soldaten, ermöglichten die »Revolution der offenen Feldschlacht« (37): »Taktiken roher Gewalt« wurden ersetzt durch geordneten Schußwaffeneinsatz (37-45). Danach wurden die aufgebotenen Heere stark vergrößert. »Im Laufe des 17. Jahrhunderts waren zehn bis zwölf Millionen Europäer Soldaten« (69). Das war möglich durch den rationalisierten Zugriff des absolutistischen Staats auf seine Untertanen und durch seine völlige Ausrichtung auf Rüstung und Kriegführung. Die Ausrüstung von Schiffen mit Geschützen zusammen mit Neukonstruktionen leistungsfähigerer Schiffstypen versetzte die europäischen Mächte in die Lage, global militärisch zu operieren, die ganze Erde zu ihrem Schlachtfeld zu machen (Kap. 3). Die durch ununterbrochene Kriegführung in Europa erworbenen »Kriegskunst«-Fertigkeiten verhalfen den Militärs dazu, sich in »Übersee« festzusetzen und die Grundlagen imperialistischer Weltreiche zu schaffen.

Diese hier in Stichworten benannten Entwicklungen stellt Parker sehr kenntnisreich dar. Die wesentlichen Elemente der »militärischen Revolution« sind allerdings auch schon, wirtschaftshistorisch eingeordnet, in Kennedys Arbeit nachzulesen (dort: 48-67). Den »Aufstieg« westeuropäischer Staaten zu Weltmächten allein von technischen und strategischen Innovationen abzuleiten, heißt sich der Grenzen wissenschaftlicher Spezialisierung nicht bewußt zu sein. Es scheint, daß die militärhistorische Perspektive zu eng ist, um den »revolutionären« Einstieg in die fortwährende Aufrüstung in seinen nicht unmittelbar militärischen Aspekten zu erklären. Welches sind z.B. die Gründe für die »unerreichte Grausamkeit europäischer Armeen« (Galtung)? Wie kommt es, daß der ständig ausgeweitete militärische Zugriff auf Territorien, Ressourcen und Menschen die Schrankenlosigkeit der Kapi-

talbewegung gleichsam vorwegnimmt? Hier könnte gesellschaftstheoretisch fundierte Forschung weiterarbeiten.
Ulrich Rasche (Hagen)

Dreyfus, François-Georges: Histoire de Vichy. Vérités et Légendes. Librairie Académique Perrin, Paris 1990 (818 S., br., 195 FF)

Dieser »Ziegel«, unterteilt in 28 Kapitel, die zu fünf Blöcken zusammengefaßt wurden, ist dem Vichy-Regime und seiner Vorgeschichte gewidmet. Seit Hitlers Machtantritt herrschte diesseits des Rheins Kontinuität, doch in Frankreich wechselten Minister und Regierungen: Von 1919 bis 1940 zählt Dreyfus 43 Regierungen, allein von 1933 bis Kriegsbeginn 20 Regierungen und 10 Außenminister (101). Über die Mehrzahl der deutsch-französischen Vermittler der dreißiger Jahre urteilt er: »Ohne es gewollt zu haben, ja ohne sich dessen bewußt zu sein, erleichtern diese Männer ab 1934 die Einrichtung des Propagandaapparates der Nazis in Frankreich.« (93) Am 10. Juli 1940 beschloß das Parlament das Ende der III. Republik. Dreyfus rekonstruiert eine Epoche, gestützt vor allem auf Zeitungsberichte und regierungsamtliche Texte. Viele Wertungen sind diskussionswürdig: Mit Faschismus hätten der damalige Staatschef Pétain und das (nach seinem Sitz benannte) Vichyregime nichts zu tun, um so mehr aber mit Technokratie und »Doppelspiel« (327, 529, 782 etc.). Nicht Vichy habe das Kollaborationstreffen Pétain-Hitler in Montoire gefordert, sondern Hitler (332, 338), behauptet Dreyfus. Er versucht, neuere Studien, die eine Neubewertung Vichys betrieben, zu entkräften. Er polemisiert gegen die bahnbrechende Arbeit von Robert Paxton, aber auch gegen Forscher wie Jean-Pierre Azéma, Yves Durand, Marc Ferro, Henry Rousso, Christian Faure. Seine Begrifflichkeit ist vage, seine Unterscheidung zwischen Pétainismus, Kollaborationismus, Nazismus, Faschismus spitzfindig und keineswegs überzeugend. Das Strickmuster ist simpel: Alle spielten das »Doppelspiel« außer Laval, dem er den Part des Bösen zuschiebt. Die Legion und ihre Spezialeinheit SOL bagatellisiert Dreyfus zu »lächerlichen Spielchen« (628), und die Freischärler-Résistance (maquis) gilt ihm — wie auch Laval — als Terrorismus, der den Nazis zupaß gekommen wäre, da er »Gegen-Terrorismus« ermöglicht habe (749). Fazit: Vichy sei kein »glorreiches Regime« gewesen (785). Leider haben sich zahlreiche Fehler eingeschlichen und sind exakte Quellenachweise ein Ausnahmefall.
Wolfgang Kowalsky (Berlin)

Faure, Christian: Le projet culturel de Vichy. Folklore et révolution nationale 1940-1944. Ed. du CNRS/Presses Universitaires de Lyon, Lyon 1989 (336 S., br., 192 FF)

Lange Zeit hatte sich die Forschung ausschließlich der Résistance-Kultur gewidmet und das Kulturprojekt des Vichyregimes vernachlässigt. Faure will die Diskurse und Folklorepraxen jener Zeit unter die Lupe nehmen, die Bilder einer ländlichen, religiösen und korporativen Gesellschaft. Die Effizienz einer Diktatur will er an der Zahl der kulturellen Institutionen und Programme evaluieren. Die »Nationale Revolution« des Marschall Pétain sollte unter Rückgriff auf die Jugend gegen die »Dekadenz« der dreißiger Jahre ankämpfen. In über 50 Reden 1940/41 hat Pétain, der als Sieger von Verdun großes Ansehen genoß, die Themen »Arbeit — Familie — Vaterland« beschworen: »Die Erde lügt nicht.« (17) Die nationale Identität findet ihren Ursprung im französischen Boden (119). Bis zur Besetzung der Südzone Ende 1942 durch die Nazitruppen verfügte das Vichyregime über einen großen Handlungsspielraum. Zunächst ging es der Vichy-Kulturpolitik um die Wiederherstellung der einstigen Bedeutung von Folklore und Region, nicht zuletzt im Schulunterricht. Erst 1937 war in Frankreich ein nationales Museum für Volkskunst und Volkstradition gegrün-

det worden (27). Sein Leiter, G.-H. Rivière, konnte unter Pétain Feldforschungen großen Stils über bäuerliche Traditionen, Wohnformen etc. durchführen lassen. Seine Folklore-Ethnographie reiht sich ein in das Vichy-Paradigma, das die Überlegenheit des ländlichen gegenüber dem städtischen Frankreich postuliert (39).

Regionale Propagandakommissionen dienten der kulturellen Einrahmung. Regionale Propaganditage wurden veranstaltet, u.a. über Mittelmeerlandschaften und -künste, das okzitanische Buch (54). Mehrere Universitäten eröffneten Lehrstühle für okzitanische Literatur und Sprache (207). Folkloregruppen beteiligen sich an offiziellen Zeremonien und traditionellen Festen. Jede Individualität sollte zugunsten einer Gemeinschaft der Provinzen, die die Grundlage der »Nationalen Revolution« bilden würden, verschwinden. Die Regierung stand vor der Notwendigkeit, Niederlage und Okkupation vergessen zu machen und eine »Neue Ordnung« einzurichten (69). Eine Änderung der Mentalitäten wurde anvisiert. Bauern und Handwerker wurden zur Archetypen des Menschen der Neuen Gesellschaft (105). Zur Erbauung fanden sich entsprechende Bildchen auf Kalendern, Lätzchen, Zigaretten- und Streichholzschachteln (159). Zahlreiche Abbildungen, die (in SW und Farbe) Fotos aus damaligen Zeitschriften oder Ausstellungen reproduzieren, illustrieren die Darstellung. Der Autor untersucht ebenfalls Film und Radio. Sein Fazit: In wenigen Monaten hat die Vichy-Gesetzgebung Strukturen geschaffen, die in ihrer Mehrzahl noch heute andauern (275).

Wolfgang Kowalsky (Berlin)

Gravenhorst, Lerke, und Carmen Tatschmurat (Hrsg.): Töchterfragen. NS-Fraugeschichte. Kore Verlag, Freiburg i.Br. 1990 (414 S., br., 40,- DM)

»Beteiligung und Widerstand. Thematisierung des Nationalsozialismus in der neueren Frauenforschung« war das Thema eines Symposiums, das die Frauenakademie München in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Deutschen Jugendinstitut München im Januar 1990 in Würzburg veranstaltete. Ihre Aufgabe sahen die überwiegend feministisch orientierten Sozialwissenschaftlerinnen — die nicht aus »Opferfamilien« kamen — darin, »Fragen an denjenigen Personenkreis zu richten, dem (ihre) realen Mütter entstammen« (12). Im Mittelpunkt stand nicht die Frage von Widerstand, sondern von Duldung und Unterstützung des NS durch Frauen. Im ersten Teil des Sammelbandes wird ein Überblick über theoretische Positionen in der Debatte um die Mit-Schuld von Frauen am NS gegeben. Das Anliegen der Autorinnen ist dabei die »Entmythologisierung, auch feministischer Interpretation des Handelns und der Erfahrungen von Frauen im NS-Patriarchat« (11). Der zweite Teil zeigt an Beispielen, wie »sich Frauen mit der NS- Ideologie identifizierten, welche öffentlichen Räume und Handlungsfelder in der Ausbildung, in der Erwerbsarbeit und in den NS-Frauenorganisationen sich ihnen öffneten — und um welchen Preis« (12). Im dritten Teil gehen die Wissenschaftlerinnen, Frauen der nachgeborenen Generation, auf Spurensuche nach Nichtvergangenem und dessen Niederschlag in ihren Lebensläufen.

Lerke Gravenhorst leitet die Theoriediskussion ein, indem sie die Schuldfrage von der Tatsache trennt, »daß es eine patriarchal strukturierte und abhängige Täterschaft, eben Mittäterschaft, (30) gegeben hat. Zusammen mit Karin Haubich zeigt sie an Hand feministisch-sozialwissenschaftlicher Veröffentlichungen der letzten Jahre, wie diese »moralische Wirklichkeit von Frauen im Nationalsozialismus« nachträglich herstellten. Fremd- oder Eigenbestimmung, Objekt- oder Subjektstatus sind in einem sehr interessanten Beitrag von Karin Windaus-Walser die entscheidenden Pole, zwischen denen sich die gesamte feministische Theoriebildung bewegt; ihr Ansatz sieht »Frauen nicht nur als Opfer, sondern auch als Akteurinnen von

Geschichte« und fordert, dies »auch auf die Barbarei der NS-Zeit zu beziehen« (62). Dagmar Reese und Carola Sachse bringen einen völlig neuen Aspekt in die Diskussion ein: Sie gehen davon aus, daß Frauen nicht auf Grund ihres Geschlechts von Schuld freizusprechen sind, daß ihre relative Mit-Schuld jedoch aus dem »Zugang zu Wissen, zu politischer Macht und gesellschaftlicher Einflußnahme« (105) hergeleitet werden müsse. Gudrun Brockhaus greift nochmals den entscheidenden Objekt-Subjekt-Aspekt auf und weist auf die »ambivalente Thematisierung der Frauen als Mitbeteiligte« (115) hin, die einerseits als Objekte im Rahmen einer Verwirklichung nationalsozialistischer Politik und andererseits als Subjekte im Widerstandskampf gesehen werden.

Margot Komann leitet mit der Lebenslaufanalyse einer überzeugten Nationalsozialistin den zweiten Abschnitt des Buches ein. Auf den Konflikt zwischen »NS-Haus-Frauenideologie« und den Bestrebungen bürgerlich-liberaler Frauenorganisationen, »Emanzipation-durch-Professionalisierung« herbeizuführen, weist Hiltraud Schmidt-Waldherr hin. Anka Schaefer liefert einen interessanten Einblick in die »Stellung der Frau im nationalsozialistischen Eherecht« und in dessen Zielsetzung: die Erzeugung »deutschen Nachwuchses«. Mit dem Beispiel der Postbeamtinnen berührt Ursula Nienhaus die Bereiche Frauenerwerbsarbeit und Arbeitsmarktpolitik und stellt die Frage nach Herkunft und Handlungsspielraum der Frauen. Ursula Aumüller-Roske beschreibt sehr ausführlich die »nationalpolitischen Erziehungsanstalten für Mädchen« (»Napolas«), wobei sie auf die Absichten und Zielsetzungen der NS nicht eingeht. Die schwierige Situation der Studentinnen zwischen Studium, Arbeits- und Kriegsdienst beschreibt Mathilde Anna Kohler am Beispiel Wiens.

Im letzten Abschnitt untersucht Susanne Grimm das politische Selbstverständnis von Töchtern der Kriegs- und Nachkriegsgenerationen; sie berücksichtigt dabei auch Einflüsse der am NS beteiligten Väter. Einen ebenfalls sehr spannenden Beitrag liefert Ursula Nissen, wenn sie nach spezifisch weiblichen Formen des Widerstandes und nach deren Grenze zur Anpassung fragt. Über das Fluchtrepertoire der feministischen NS-Forschung, die »Aneignung des Positiven« mit dem Herzen, die »Aneignung des Negativen« lediglich mit dem Verstand vorzunehmen, macht sich Annemarie Becker-Freyseng Gedanken. Elly Geiger stellt in einer Anmerkung den Bezug zu unseren »realen Müttern« her, zum typischen deutschen Frauenleben, »in dem subjektiv akzeptierte Subalternität schuldig macht« (348). Carmen Tatschmurats zentrale Frage ist: »Wie kann ich nach Auschwitz wissenschaftlich arbeiten, schreiben?« (359); sie versucht über den Weg der Identitätsfindung durch »tätige Teilhabe« eine Antwort zu finden, wobei es ihr nicht nur um »die eigenen Teilhabeakte, sondern auch um diejenigen derer, in deren Tradition jede/r einzelne steht — im Sinne einer an sie/ihn weitergegebenen Verantwortung« geht (360).

Mit dem umfangreichen und informativen, zudem optisch schön aufgemachten Sammelband ist es gelungen, »Neulingen« eine spannend zu lesende Einführung, und »ExpertInnen« einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion zu geben.

Christa Lang (München)

Eder, Klaus: Geschichte als Lernprozeß? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1991 (614 S., br., 28,- DM)

Das Buch, das schon 1985 erschienen ist und nun in der stw-Reihe vorliegt, kann aus heutiger Sicht besondere Aufmerksamkeit beanspruchen: Angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Ost- und Mitteleuropa und des tatsächlichen bzw. vermeintlichen Sieges »sozialer Marktwirtschaft«, die es nicht verlernt hat, sich in grandiosen Militärparaden zu feiern, gewinnt die Frage, inwiefern und

inwieweit sich Geschichten als Lernprozesse bzw. -blockierungen konstituieren, besondere Brisanz — zumal in Deutschland. Der argumentative Bezugspunkt der Studie ist die seit den sechziger Jahren in der BRD diskutierte These vom »deutschen Sonderweg«. Es geht vor allem darum, zu zeigen, daß es sich bei der »Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte politischer Modernität in Deutschland« nicht um einen »Sonderweg« (9), sondern um ein »gestörtes Lernen« (30) handelt.

Wenn empirisch kein »ausgezeichneter Weg« politischer Modernität auszumachen ist, stellt sich die Frage nach dem Status des Allgemeinen. Einerseits werden geschichtliche Besonderheiten der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse in Deutschland als ein Sonderweg neben anderen gedeutet: »Geschichte besteht nur aus Sonderwegen. Es gibt keinen ausgezeichneten Weg, an dem andere Wege gemessen werden können.« (482) Empirisch haben wir es demnach nur mit »Sonderwegen«, dem Besonderen zu tun. Demgegenüber wird andererseits ein Allgemeines entwickelt, das zunächst als ein evolutionstheoretisch begründetes Konzept »pathologischen Lernens« (Teil I) vorgeführt und in einem zweiten Schritt (Teil II) als »Strukturmodell egalitär-diskursiven Lernens« (115, 68) diskutiert wird. Die hiermit gewonnene Konzeption »der Geschichte als einer durch kollektive Lernprozesse ausgelösten Entwicklung« unterstellt, wie Eder bemerkt, »die Möglichkeit einer einheitlichen Geschichte«, wenn auch als »regulative Idee«. »Die einzelnen 'Geschichten' erscheinen dann als *Ausdrucksformen* dieser regulativen Idee« (114). Wie dieses Allgemeine als ein Invariantes in den einzelnen Geschichten aufscheint, wird Gegenstand empirischer Analysen — etwa zur Geschichte politischer Assoziationen als Lernmechanismus (152ff.) und zur Geschichte institutioneller Lernprozesse (329ff.). Entsprechend dem Strukturmodell egalitär-diskursiven Lernens sind Geschichten dann immer Lernprozesse, die normal oder pathologisch verlaufen. Was normal ist, bemißt sich nicht durch den Vergleich mit einem »ausgezeichneten Weg«, sondern durch die gegebenen Bedingungen der Möglichkeit, Lernprozesse in Gang zu setzen. Pathologisch ist ein Lernprozeß dann, wenn »eine Gesellschaft in ihrer Entwicklungsgeschichte ihre eigenen strukturellen Voraussetzungen teilweise oder gar völlig zerstört« (10).

Eine dieser Geschichten ist die des politischen Assoziationswesens seit dem 18. Jahrhundert in Deutschland. Hier, so Eder, finden die Strukturgesichtspunkte der Egalität und Diskursivität eine sozial folgenreiche Verkörperung. Bei den beteiligten Individuen werden Lernprozesse ausgelöst. »Auf dieser empirischen Behauptung ist die zentrale Entwicklungsthese dieser Studie gegründet: die Logik assoziativer Vergemeinschaftung liegt dem Rationalisierungsprozeß des moralischen Bewußtseins in der Moderne zugrunde. Es ermöglicht die Substitution der Idee eines letzten ontischen Grundes durch die Idee der Zustimmungbarkeit in der Begründung einer modernen Moral.« (87) Daß die Geschichte des politischen Assoziationswesens im 18. und 19. Jahrhundert in Deutschland (152ff.) als *Lernprozeß* von anderen (möglicherweise grundlegenden) abgekoppelt wird, liegt in einer konzeptionellen Vorentscheidung begründet: Arbeit wird nur als instrumenteller Umgang mit der Natur und die Erfahrung gesellschaftlicher Arbeit wird als Konstituante nur eines objektiven Erfahrungszusammenhangs (51) behauptet. Inwiefern und inwieweit mit der Entwicklung der Arbeit selbst jene Strukturelemente der Egalität und Diskursivität konstituiert werden, die die Utopie einer »freien Assoziation« (Marx) und damit eines Lernprozesses denkbar werden lassen, kann dann nicht thematisiert werden.

Aufschlußreich und zugleich lehrreich hinsichtlich gegenwärtiger Lernpathologien in Deutschland sind Eders Studien zu institutionellen Lernprozessen im 18. und 19. Jahrhundert (329ff.). Hinsichtlich eines Strukturwandels rechtsanwendender

Verfahren zum kontradiktorisch angelegten Verfahren im 19. Jahrhundert wird eine »Verzerrung der Rolle des Richters« konstatiert. Er wird nicht »zur Waage zwischen den streitenden Parteien«, sondern wird »selbst zum Strafverfolger, indem er (gleich dem Staatsanwalt) auf die Suche nach 'materieller Wahrheit' verpflichtet wird«. Diesen Gedanken abschließend stellt Eder fest: »Die enge Bindung beider Rollen aneinander legt bis heute die Karrierestruktur des Richters fest: der Weg zu höheren Richterämtern führt in Deutschland über den Staatsanwalt — im Gegensatz zu England, wo er über den Rechtsanwalt führt« (385). An Hand der Analyse von politischen Prozessen am Ende des 19. Jahrhunderts kommt er zu der Feststellung, daß die Modernisierung der Rechtspraxis nur instrumenteller Natur ist. Die formal- rationalen liberalen Formen werden für antiliberalen Zwecke benutzt (452). Der Polizeigeist wird in Polizeigeist verwandelt (442) und »er ist das in liberale Formen gegossene Gesinungsstrafrecht« (452).

Was Eder theoretisch anspruchsvoll und empirisch gehaltvoll zeigt, sind Chancen sowie vertane Möglichkeiten bürgerlicher Vergesellschaftung. Insofern kann dieses Buch, unterstellt man egalitär-diskursive Verfahren, einen Lerneffekt haben.

Christian Löser (Leipzig)

Soziale Bewegungen und Politik

Rödel, Ulrich, Günter Frankenberg, und Helmut Dubiel: Die demokratische Frage. Ein Essay. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (220 S., br., 14,- DM)

Rödel, Ulrich (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Aus dem Französischen von Katharina Menke. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (358 S., br., 18,- DM)

Die demokratische Frage: die Problematik des 20. Jahrhunderts (7). Auch wenn dieses Postulat des Frankfurter Autorenteam's etwas weit ausgegriffen erscheint, so berührt es zweifelsohne die zentrale Frage der zeitgenössischen Linken. Aus der Fundamentalkritik am Klasseninhalt des formaldemokratischen Parlamentarismus und der damit verknüpften Forderung nach Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche hat die Linke, abgesehen von rätedemokratischen Ansätzen, kaum eine Theorie der demokratischen Institutionen entwickelt.

An Hand einer Analyse der Praxis des Zivilen Ungehorsams in der Bundesrepublik der achtziger Jahre und dem darin aufscheinenden Konflikt zwischen Legalität und Legitimität versuchen Rödel und Kollegen einen erweiterten Demokratiebegriff zu entwickeln, der über eine reine Institutionenlehre hinauszugehen vermag. Ausgangspunkt ist das Prinzip der Öffentlichkeit als wesentliches Merkmal der Zivilgesellschaft zur Legitimierung staatlicher Institutionen (56): »Das Schicksal einer modernen politischen Institution wie zum Beispiel des Parlaments hängt gewiß auch von dem Maß ab, in dem es die ihm zugeschriebenen Funktionen erfüllt. Welche Funktionen, welche Ziele ihm zugeschrieben werden, ist freilich nicht auf immer in der Verfassung festgelegt, sondern eine Angelegenheit öffentlicher Auseinandersetzungen.« (20) Die Legitimität einer Institution unterliegt ihrer permanenten Infragestellung und Neubegründung auf der Grundlage einer gewaltlosen Konfliktaustragung innerhalb der Zivilgesellschaft.

Der Begriff »Zivilgesellschaft« meint hier nicht wie bei Gramsci die kulturelle Absicherung staatlich gefestigter Klassenherrschaft, er bildet die Grundlage, auf der Rödel et al. unter Rückgriff auf Hannah Arendt, aber insbesondere in Anlehnung an

Castoriadis, Lefort und Gauchet ihre Konzeption eines »symbolischen Dispositiv der Demokratie« (21) entwickeln. Mit dem Zerfall des Rechts- und Wahrheitsmonopols einer jenseitigen Ordnung zur Begründung der gesellschaftlichen Einheit tritt sich die Gesellschaft im nachmetaphysischen Zeitalter über die öffentliche Meinung gegenüber. Sie bestimmt ihre eigenen Ziele sowie das Recht und die Grenzen der politischen Machtausübung selbst. Die Instanz der Macht ist damit jeglicher Substantialität enthoben, sie wird eine Leerstelle, ein Ort symbolischer Repräsentation der temporär begrenzten Resultate zivilgesellschaftlicher Konfliktaustragung. »Dieses gesamte *symbolische Dispositiv*, d.h. die Selbst-Instituierung einer autonomen Zivilgesellschaft, vermittelt durch die Herstellung einer Sphäre des Öffentlichen und Politischen gegenüber der leeren Stelle der Macht, sowie die Disjunktion von Macht, Recht und Wissen, bildet die Grundlage einer demokratischen Republik und der Historizität der Gesellschaft.« (90) Diese formale Charakterisierung der demokratischen Republik bedarf allerdings einer zusätzlichen inhaltlich-normativen Bestimmung, welche Rödel et al. historisch und systematisch in der Erklärung der Menschenrechte lokalisieren: Menschenrechte werden hier nicht wie in der liberalen Tradition als individuelle Freiheitsrechte verstanden — die *civil society* beinhaltet mehr als die Ansammlung privater Rechtssubjekte außerhalb der republikanischen Öffentlichkeit —, vielmehr ist die Existenz persönlicher Freiheit unauflösbar an die freie politische Kommunikation geknüpft (101). Im Zentrum der Menschenrechte steht damit der Begriff der Anerkennung.

Originell an diesem demokratiethoretischen Ansatz ist nicht zuletzt der Versuch, Habermas' Begriff der Öffentlichkeit handlungstheoretisch an die im deutschsprachigen Raum nur wenig bekannten Ansätze von Castoriadis, Lefort und Gauchet anzuschließen. Mit dem Band »Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie« werden bisher unbekannte Texte dieser Autoren aus den siebziger und frühen achtziger Jahren einer deutschen Leserschaft zugänglich gemacht. Castoriadis und Lefort gehörten beide in den fünfziger Jahren zum engsten Kreis um die Zeitschrift »Socialisme ou Barbarie«, einer Gruppierung, die versuchte, eine marxistische Theorie des Stalinismus zu erarbeiten. Gauchet ist Schüler von Lefort. Alle drei Autoren klagen gegenüber der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie einen spezifischen Begriff des Politischen ein, der nicht an die materielle Basis in letzter Instanz zurückgebunden werden kann (90, 345). Castoriadis verabschiedet den Begriff des Sozialismus (329) und setzt in konsequenter Fortführung seiner in »Gesellschaft als imaginäre Institution« entwickelten Programmatik an dessen Stelle das Projekt einer »autonomen Gesellschaft« (334): die Instituierung der Gesellschaft im Modus der Selbstregierung, hervorgerufen durch kollektive imaginäre Schöpfung (300). Das Ziel dieser als Schöpfungsgeschichte entworfenen Geschichtskonzeption scheint allerdings weiterhin ganz traditionell in der Rousseauschen Utopie der Identität von Regierenden und Regierten zu liegen, in der »aktiven und egalitären Teilnahme an jeder Form der gesellschaftlichen Macht« (341). Lefort und Gauchet lehnen diese utopische Konzeption hingegen kategorisch ab. Eine Identität der demokratischen Gesellschaft könne nur über die symbolische Repräsentation der gesellschaftlichen Widersprüche in der außerhalb der Zivilgesellschaft liegenden Instanz der Macht gedacht werden (226). »Die demokratische Gesellschaft«, so Gauchet, »basiert darauf, daß sie insgeheim auf die Einheit verzichtet, die Konfrontation ihrer Mitglieder stumm legitimiert und stillschweigend die Hoffnung auf politische Einstimmigkeit aufgibt. Im Gegensatz zu ihrem gesamten expliziten Diskurs ist sie eine Gesellschaft, die ihre innere Zerrissenheit unsichtbar mit Sinn auflädt.« (222) Die Konzeption einer demokratischen Gesellschaft als einer prinzipiell in sich gespaltenen,

sowohl durch die pluralen Interessen der Individuen als auch in der Differenzierung von staatlicher Macht und Zivilgesellschaft, führt Lefort schließlich zu der These, »Reformismus« und »Revolutionismus« seien gleichsam falsche Alternativen, da beide letztendlich durch die Verwechslung des Symbolischen mit dem Realen von einer traditionellen Staatsauffassung ausgingen. In der Hoffnung auf Reform über die Besetzung der Machtposition wie auf Abschaffung der Macht durch die revolutionäre Tat vernachlässigten beide deren symbolische Funktion auf der Basis der Zivilgesellschaft, den Handlungen der Aktivbürger (273).

Nach der Lektüre der französischen Texte erscheint der Essay von Rödel et al. zwar weniger originell, doch ist Versuch, diesen Ansatz zu transformieren und auf bundesdeutsche Verhältnisse zu übertragen, für eine linke Demokratiediskussion trotz alledem innovativ. Sie eröffnen neue Perspektiven angesichts einer endlosen Reformismus- und Parlamentarismusdebatte. Im Rahmen der Konzeption von Demokratie als »militante Toleranz« (177) sehen sie die Hauptaufgabe staatlicher Macht gerade nicht in der Sicherung des Gewaltmonopols, sondern in der Erhaltung des öffentlichen Monopols durch die Herstellung der Bedingungen öffentlicher Freiheit zur Zivilisierung gesellschaftlicher Konflikte (178). Fraglich bleibt jedoch, ob dieser »radikale Reformismus von unten« tatsächlich eine Lösung der sozialen Frage — nach Ansicht der Autoren die Problematik des 19. Jahrhunderts — zu bieten vermag. Zur Regulierung der destruktiven Eigenlogik des kapitalistischen Marktes erscheint der Verweis auf »zivile Solidarität« (188) nur mäßig überzeugend.

Mathias Richter (Tübingen)

Busch-Weßlau, Johannes: Der Marxismus und die Legitimation politischer Macht. Campus Verlag, Frankfurt/M.. New York 1990 (248 S., br., 48,- DM)

Wenn der Verfasser in der Einleitung als das Ziel seiner Untersuchung angibt, herauszufinden, »was Marx, Kautsky und Lenin über die Legitimität staatlicher Herrschaft aussagten und aus welchen Kriterien sie ihre jeweilige Kritik der 'bürgerlichen Demokratie' entwickelten« (11), dann läßt diese unpräzise Formulierung eher auf ein klassisch ideengeschichtlich ausgerichtetes Unternehmen schließen, das ohne aktuelle Referenzen zur kritischen Lage des Marxismus auskommt. Und in der Tat unterbleibt — von ein paar unverbindlichen Hinweisen auf die durch »Postmoderne« (9) und ökologische Probleme aufgebrochene »Legitimitätskrise« (des Staates und der philosophischen Begründungen seiner Rechtmäßigkeit) — nahezu (235) jeder direkte Bezug auf den durch den Umbau und schließlich Niedergang der sozialistischen Staatsgesellschaften bewirkten Prozeß der Delegitimierung des marxistischen Diskurses über den Staat und das Politische.

Busch-Weßlau verfolgt zunächst im Durchgang durch die wichtigsten Stationen der klassischen politischen Theorie (Hobbes, Locke, Rousseau, Sièyes) den Wandel der Legitimationskriterien staatlicher Herrschaft von besitzindividualistischen (an der Selbsterhaltung und den Interessen der den Herrschaftsvertrag schließenden Individuen orientierten) Vorstellungen hin zu entfremdungskritischen (die politische Beseitigung der dehumanisierenden Effekte von Arbeits- und Klassenteilung fordernden) Ansätzen. Wenn sich die Wirkungen des epistemologischen Bruchs durchaus auch auf dem Gebiet der Marxschen Staatstheorie manifestieren, so kann doch Busch-Weßlau zufolge kein Zweifel an der für den späten Marx unverändert verbindlichen entfremdungstheoretischen Grundlage seiner Kritik auch der republikanischen Spielart des bürgerlichen Staates bestehen, die die offene Gewaltherrschaft der Bourgeoisie vermeidet. War der bürgerliche Staat für den noch im anthropologischen Schlummer befangenen Marx eine Form der »verkehrten Gesellschaftlich-

keit« (50), die den konkreten Menschen seines (Gattungs-)Wesens beraubt und ihn auf die Verfolgung seines privaten Interesses in der bürgerlichen Gesellschaft beschränkt, so weist der späte Marx der zunehmend durchgesetzten Rechtsgleichheit der Staatsbürger eine polit-ökonomische Funktion zu: die juristischen Fiktionen des modernen Staates verhindern systematisch die Einsicht der im kapitalistischen Produktionsprozeß Ausgebeuteten in ihre wahren Klasseninteressen, wie sie ihrer ökonomisch bedingten gesellschaftlichen Unterprivilegierung entsprechen (66).

Indem der maßgeblich durch Kautsky theoretisch ausbuchstabierte orthodoxe Marxismus der deutschen Sozialdemokratie das entfremdungskritische Motiv vollständig preisgab, machte er sich einer verhängnisvollen doppelten Verkürzung des klassischen Marxismus schuldig: er betrieb die Kritik der kapitalistischen Produktionsweise ausschließlich in der Perspektive einer optimalen Freisetzung der technologischen Produktivkräfte und nahm eine von Marx stets zurückgewiesene Gleichsetzung zwischen Demokratie und repräsentativer Republik (d.h. demokratischem Verfassungsstaat) vor, die als ein klassenneutrales Instrument zur Durchsetzung des aus Wahlen hervorgegangenen Mehrheitswillens begriffen wird. Unter diesen theoretischen Vorzeichen verkümmert Staatskritik zu bloßer Kritik der Regierung, die sich in dem Maße als legitim erweist, in dem sie sich zu einem »wirklich parlamentarischen Regime« (Kautsky) durchringt und zu einer grundlegenden Sozialreform bereit ist.

Der eigentliche Schwerpunkt der Untersuchung Busch-Weßblaus liegt in der legitimationstheoretischen Befragung der politischen Theorie Lenins. Methodisch setzt er sich dabei zu Recht von einer neuerdings wieder in Mode gekommenen finalistischen Lektürestrategie (Stichwort: Lenin, »der Schuldige«) ab, für die »der sowjetische Marxismus-Leninismus die authentische und erschöpfende Auslegung der Beiträge Lenins darstellt« (119). Die Ausarbeitung der konzeptionell eklektischen und inkonsistenten (zudem politpädagogische Rücksichten nehmenden) Imperialismustheorie versteht die Untersuchung als den fatalen Einschnitt in der politischen Theoriebildung Lenins, der die frühen, in »Was tun« kulminierenden antiökonomistischen und antiobjektivistischen Beiträge zu den Möglichkeitsbedingungen revolutionärer Politik von der späteren instrumentalistischen Reduktion des Staates auf seine repressiven Apparate (»Staat und Revolution«) sowie dem Plädoyer für die völlige Entkonstitutionalisierung politischer Macht nach der Eroberung des Staates durch das Proletariat trennt. »Was tun« darf keinesfalls als »technizistische Parteikonzeption« (118) mißverstanden werden, der eigentliche Einsatz des Textes liegt vielmehr in der Entwicklung eines Begriffs von *Hegemonie* (gegemonija), der den spezifisch politischen Sinn der Formierung von Klassenbewußtsein im Unterschied zur reformistischen Praxis der »Verallgemeinerung der urwüchsigen Arbeiterinteressen« (122f.) zum Ausdruck bringt. Der als »letzte Karte« des »sterbenden, faulenden« Kapitalismus interpretierte Imperialismus läßt den Zusammenbruch dieser polit-ökonomischen Formation als unvermeidlich erscheinen: der sie künstlich verlängernde bürgerlich-parlamentarische Staat verfällt einer prinzipiellen Illegitimitätsklärung. Den von »Was tun« bis zu »Staat und Revolution« sich durchhaltenden Verzicht auf die Ausformulierung von Legitimationskriterien politischer, besonders staatlicher Macht — Klassengesellschaften entbehren bei Lenin offenbar selbst unter den Bedingungen einer demokratischen Republik jeder Legitimität — begreift Busch-Weßblau als Erbe der normativen Abstinenz des technologischen Marxismus Kautskyscher Provenienz. Lenins Definition der revolutionären Diktatur des Proletariats als »eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist« (*Renegat Kautsky*, LW 28, 234) sowie seine Vorstellung einer Substitu-

tion zentraler Einrichtungen eines rechtsstaatlichen Verfassungsstaates (Parlament; Gewaltenteilung) durch das in einer fiktiven proletarischen Homogenität fundierte Sowjet- bzw. Kommunemodell unterschätzen die Gefahren einer radikalen Entformalisierung des Politischen. Trotz gegenteiliger Ansätze zu einer auf die »konsequente Verwirklichung der Normative der bürgerlichen Demokratie« (233) bezogenen Kritik des »parlamentarischen Kretinismus« wird dadurch nur der ungehemmten Macht des unkonstituierten Souveräns der Weg geebnet.

Es ist ein Verdienst der Untersuchung, auf die Unverzichtbarkeit der Legitimationsproblematik für eine marxistische Theorie des Politischen hingewiesen zu haben. Aber die spezifische Fassung, die Busch-Weßlau dieser Frage gibt, ist allzu sehr durch die Perspektive der klassischen Rechtfertigungslehren und -fiktionen der bürgerlichen Sozialphilosophie geprägt. Die Anreicherung der einschlägigen (konstitutionellen) Legitimationskriterien durch das »materialistisch« interpretierte Entfremdungstheorem läuft politisch auf die Neuauflage eines sozialistischen Humanismus hinaus, der mit seinem mythischen Spiel von Ent- und Wiederaneignung des menschlichen Wesens geeignet ist, den Marxismus auch noch um die letzten Reste von Operativität (»eingreifendes Denken«) zu bringen. Die stalinistische Deformierung des Marxismus mit der Ausschlagung des bürgerlichen »Erbes« durch seine wichtigsten Theoretiker zu erklären, ist eine schon häufiger vorgebrachte These, die — auf das Gebiet der politischen Theorie bezogen — zu einem Festschreiben der (konstitutionell gezähmten) Staatsmacht führt und das Denken ihres Absterbens verhindert. Eine materialistische Theorie des Politischen hätte das Problem der Legitimität weniger ideengeschichtlich als vielmehr diskurstheoretisch zu traktieren: ihr Erkenntnisinteresse müßte auf die Analyse jener diskursiven und medialen Mechanismen und Operationen fokussiert sein, mit deren Hilfe eine politische Kultur permanent Zustimmungsbereitschaft zu staatlichen Institutionen und ihrer Entscheidungsproduktion organisiert. Staatliches Handeln kann seinen Legitimitätsbedarf nicht allein durch den Rückgriff auf philosophische Prinzipien decken.

Friedrich Balke (Bochum/Siegen)

Bischoff, Joachim, und Michael Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus.

Der Dritte Weg. VSA-Verlag, Hamburg 1990 (170 S., br., 22,80 DM)

Warum »der Dritte«, nicht »ein dritter Weg«? Dritte Wege sind mit Sicherheit die theoretisch interessantesten und zum Überleben der Menschheit die praktisch einzig möglichen. Im Verlauf der Lektüre bestätigt sich der Verdacht, daß es Bischoff/Menard um die neue »Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« (31) geht: »Der Dritte Weg« zwischen (kapitalistischer) Marktwirtschaft und Sozialismus als normative Mischformation. Führen aber das Scheitern des Realsozialismus und die kapitalistisch verursachten Krisen (globale soziale, ökonomische und ökologische) nicht vielmehr zu multiformen Alternativen jenseits des dualen Formationsmodells Kapitalismus versus Sozialismus?

Die kritische Analyse der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft ist treffend bis hinein in die Alltagsphänomene (13ff.). Um so verwunderlicher die verklärte Sicht auf die NÖP (Kapitel 2). Die NÖP war eine Variante sozialistischer Politik für den Übergang einer unterentwickelten, vormodernen Gesellschaft zu einem Niveau moderner Industriegesellschaften. Sie liefert nichts, auch nichts Theoretisches, das zur Bewältigung der Probleme moderner Gesellschaften relevant wäre. Der Griff der NÖP nach dem Markt geschieht als »Rückgriff«, Fortschritt im Rückschritt. Die NÖP gründet sich durchaus nicht auf die theoretische Einsicht in die generelle Unverzichtbarkeit der Koordinationsleistungen des Marktes.

Bleibt die Glorifizierung Lenins (auch Bucharins) als Theoretiker sichtbar begrenzt, so begegnet Marx dem Leser als der eherne Sachwalter von Wahrheit, dessen Aussagen nirgends kritisiert, höchstens modifiziert werden. So wird aus Marx sogar der erste sozialistische Marktwirtschaftstheoretiker (61), der er nun wirklich nicht war. Ansonsten schreiben die Autoren das Marxsche Paradigma des klassischen Kapitalismus einfach fort, so daß man sich, am Ende des 20. Jahrhunderts lebend, plötzlich zurückversetzt fühlt in die dominant durch Ausbeutung und Maximalprofitmotiv charakterisierte, klassengegenseitlich strukturierte Gesellschaft des 19. Jahrhunderts (z.B. 41, 45f. und Kapitel 3).

Trotzdem stellen Bischoff/Menard zwei hochinteressante Denkansätze innerhalb marxistischer Theorietradition vor, die bisherige Verkrustungen aufbrechen können, wenn sie wirklich konsequent zu Ende gedacht werden. *Erstens* machen sie eine klare Trennung zwischen unmittelbarer Kooperation (Produktion) und mittelbarer Kooperation (Zirkulation) (155f.) und bestimmen für letztere die marktwirtschaftliche Koordinationsordnung als nicht hintergehbare Errungenschaft des Kapitalismus, deren Zukunft also nicht in ihrer Ablösung liegt, sondern in einer Symbiose mit Potentialen planwirtschaftlicher Ordnung, regionaler und globaler Steuerung usw. (56f.). Demgegenüber bleibt die Charakterisierung der unmittelbaren Produktion durch die Eigentumsordnung der traditionellen Reduktion auf die primär juristische Form des Eigentums an Produktionsmitteln verhaftet. Das von Marx selbst gemachte Angebot, Eigentum in seiner Wirklichkeit als Aneignung zu betrachten, wird nicht angenommen. Von da aus nämlich wäre eine Reformulierung des Eigentumsproblems denkbar, die Eigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung — als *ius utendi et abutendi*, Besitz- und Verfügungsrecht — und nicht als Aneignung, nämlich wirkliches Wesen der Produktion faßt. Das Hauptthema postkapitalistischer Produktion könnte dann lauten: Wie — und unter welchen Voraussetzungen pluraler gesellschaftlicher Formen des Eigentums (deren Gesellschaftlichkeit nichts weiter meint als ein Niveau jenseits der bornierten Grenzen der Privatheit) — können die Individuen auf je individuelle Weise das Weltganze sich als ihre Lebenswelt wirklich aneignen, also als ihnen eigene Welt? Damit geht es nicht mehr um das »Eigentum der unmittelbaren Produzenten an Produktionsmitteln« (38f.), sondern um die Demokratisierung der Entscheidungsordnung, um die Wiederankopplung der Wirtschaft an die lebensweltlichen Bedürfnisse, um sozial- und umweltverträgliche Technologien usw.

Zweitens wird in dem Buch das Marxsche Erklärungsmodell von Produktivkraft-Produktionsweise-Produktionsverhältnis vorgestellt (Kapitel 3), das zweifelsfrei ein auch aktuell immenses Erklärungspotential bereithält. Dieses Potential bleibt unausgeschöpft, weil der Fetischcharakter kapitalistischer Produktionsprozesse nicht konsequent auf Maschinerie, also Große Industrie bezogen wird. Marx konnte zeigen, wie die Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit als technologische Unterordnung der Arbeiter unter die Maschinerie erst wirklich wird. Ohne einen Themenwechsel zu vollziehen, ließe sich damit begründen, wie postindustrielle Produktivkraftentwicklungen (jenseits der durch Maschinen, Arbeitsteilung und tayloristische Organisation bestimmten Produktivkraft der Arbeit) die wirkliche Art und Weise des Produzierens evolutionär, aber fundamental so verändern, daß ein ebenso fundamentaler Wandel der sozialen Verhaltensformen (Verhältnisse) jenseits des kapitalistischen Produktionsparadigmas stattfinden kann. Sozialwissenschaft, die eingreifen will, sollte diesem Thema gegenüber offen bleiben.

Jürgen Jünger (Leipzig)

Conert, Hansgeorg: Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1990 (288 S., br., 36,- DM)

Der erste Teil des Buches, der ausführlich die dem alten Planungs- und Leitungssystem inhärenten Funktionsmängel behandelt, ist ein Rückblick auf die mittlerweile beendete Epoche des »Staatsozialismus« (Conerts Charakterisierung des bisherigen Gesellschaftssystems). Der Autor stellt in der Einleitung selber heraus, daß neue fachwissenschaftliche Erkenntnisse *hier* nicht beansprucht werden können. Arbeiten, in denen solche 'klassischen' sowjetischen Problemfelder wie die weitgehende Innovationsunfähigkeit oder die Tendenz zur 'Extensivierung' der Wirtschaftsentwicklung erklärt werden, gibt es bereits in erschöpfender Vielfalt. Selten wurde aber bei ihrer Darstellung — wie jetzt bei Conert — auf derart viele Zahlen und Beispiele aus sowjetischen Quellen zurückgegriffen. Gerade dem mit der realen Situation in der UdSSR weniger vertrauten Leser wird so geholfen, eine Vorstellung von Ausmaß und Ursachen der behandelten Probleme zu bekommen.

Weitere Stärken des ersten Teils resultieren aus dem Anspruch Conerts, systematisierende *Verständnisgrundlagen* für die sowjetische Wirtschaftsentwicklung bis zur Perestroika zu liefern: So gibt er eine Übersicht über Elemente und Organisationsstruktur der bisherigen Wirtschaftsbürokratie (14f., 19-24) und füllt die Schlagworte zur Charakterisierung des traditionellen Wirtschaftssystems (zentralistisch, direktiv, administrativ) mit erläuternden Inhalten (19). Auch eine Betrachtung der historischen Ausgangsbedingungen bei der Herausbildung der Planwirtschaft und ein knapper Abriss über die sowjetische Wirtschaftsgeschichte werden vorgenommen (16-19). Bei Lesern, die — wie Conert dies mit Blick auf die eigene Person feststellt (10) — über eine »noch immer nicht überwundene sozialistische Grundüberzeugung« verfügen, werden die politökonomischen Reflexionen (u.a. zum alten Thema der Warenproduktion im Sozialismus und zur Vereinbarkeit von Markt und Plan: 92-101, 104-106) Zündstoff für weitere Diskussionen liefern: Sicherlich nicht jeder dürfte sich der Einschätzung anschließen, daß »wie immer in seiner Rigidität pervertiert, ... das zentralistische, administrative, umfassende und direktive Planungs- und Leitungssystem eine gewisse Rechtfertigung im Marxschen Konzept einer kommunistischen Ökonomie [findet]« (106).

Hauptthema des zweiten Teils sind die Mitte der achtziger Jahre eingeleiteten Wirtschaftsreformen. Im Unterschied zu anderen Betrachtungen, die den Amtsantritt Gorbatschows oft für eine so tiefe Zäsur halten, daß die vorausgegangenen Jahre unterbelichtet bleiben, geht Conert dabei auch auf die 1965 und verstärkt ab Ende der siebziger Jahre unternommenen Reformbemühungen ein (114-126). Dadurch wird seine Aussage nachvollziehbar, daß die ökonomischen Reformansätze Gorbatschows eine verhängnisvolle Kontinuität zu früheren Reformen aufweisen: Wie bei diesen sei es bisher nur um die Ablösung der *direkt* zentralisierten Leitungsmethoden durch *indirekt* zentralisierte gegangen (158f., 162, 204). Eine stärkere Nutzung von Marktbeziehungen ist deshalb auch für Conert *ein* wichtiger Ansatz- und Ausgangspunkt zur Überwindung des derzeitigen Wirtschaftsdilemmas (105f.).

Seine Begründung dieser Ergebnisse ist notwendigerweise ökonomisch, jedoch keine mechanistische Modellbetrachtung: Kultur- und wirtschafts-soziologische Sachverhalte werden ebenso berücksichtigt (102, 162) wie der Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsreform und der Umgestaltung der staatlich-politischen Ordnung (209-222). Außerdem werden im zweiten Teil zentrale Reformdokumente wie das Betriebsgesetz von 1987 (147-154), aber auch weitere Wirtschaftsgesetze und Verordnungen vorgestellt — u.a. zu solchen expandierenden Wirtschaftsformen wie der

»Pacht« von Produktionsmitteln durch Beschäftigte und den Genossenschaften (188-204). Interessant und hilfreich ist der in dieser Ausführlichkeit meines Erachtens erstmals angestellte Versuch einer Periodisierung der Gorbatschowschen Wirtschaftsreformen (vgl. z.B. die Übersicht 8f.).

Wer selbst zu ökonomischen und politischen Entwicklungen der sowjetischen Gegenwartsgesellschaft arbeitet, stößt wegen der Breite der Darstellung immer noch auf interessante Einzelheiten und anregende Gedanken oder findet schnell einen Einstieg in solche Teilbereiche, die bisher nicht im Zentrum eigener Untersuchungen standen. Doch auch jenen Lesern, die sich erstmals detailliert mit den *aktuellen* Funktionsproblemen der sowjetischen Ökonomie befassen und dabei gleichzeitig ein umfassendes Verständnis für das *alte* Wirtschaftsmodell erwerben wollen, kann das Buch empfohlen werden. Uwe Krüger (Marburg)

Schirmacher, Frank (Hrsg.): Im Osten erwacht die Geschichte. Essays zur Revolution in Mittel- und Osteuropa. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1990 (239 S., br., 28,- DM)

Der Band versammelt Beiträge, die für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* geschrieben wurden. Die meisten dieser Artikel wurden zwischen Oktober 1989 und März 1990 veröffentlicht: also in einer Zeitspanne, die mit Gorbatschows Staatsbesuch in der DDR anhebt, aber die nachrevolutionären Wahlen seit März 1990 nicht mehr einschließt.

In den Betrachtungen zum Wandel in der DDR dominiert die Vorstellung, daß es sich hier um ein Votum für einen liberalen Kapitalismus gehandelt habe. Die Revolte sei »von den den Kapitalismus suchenden Fluchtmassen angestoßen« worden (*K. H. Bohrer*, 112). Der amerikanische Publizist *Melvin Lasky* argumentiert, daß der Kalte Krieg es wert gewesen sei, geführt zu werden: »Unser Kampf gegen Stalinismus und Kommunismus hielt das demokratische Ideal einer offenen Gesellschaft am Leben« (65). Der Kapitalismus, so *J. Fest*, sei die dieser Gesellschaft zugehörige Wirtschaftsverfassung (98). Überhaupt: »Einen Staat, der als Verfassungsziel 'Sozialismus' postuliert, kann es in der EG nicht geben« (*J. Gross*, 109). Diesem Versuch, durch Situationsdefinitionen Wirklichkeit zu konstruieren, korrespondiert das Bemühen, Intellektuelle in West- und Ostdeutschland, die diese Sichtweise nicht teilen, zu marginalisieren (z.B. *Fest*, 94f., 99). *Schirmacher*, läßt sich z.B. aus über die »scharfe und böse Rationalität eines Heiner Müller« (227) und seine »zynische Melancholie« (229). Paradigmatisch ist hier *Bohrer*, der zunächst die Rolle ostdeutscher Intellektueller in der Revolte in der DDR bestreitet und dann jenen »intellektuelle Verlogenheit oder Verblendung« vorwirft, die sich gegen Wiedervereinigung und für eine demokratisch-sozialistische DDR aussprechen. Solch eine Position reflektiert für *Bohrer* »die durchsichtige Interessenlage dieser älteren linken Literaten, denen über Nacht alle Felle wegschwimmen, im Osten sogar mit ernststen Konsequenzen, im Westen zumindest den Status ihres Prestiges betreffend« (112). Der Westen repräsentiert für ihn die »nichtreglementierte, nichtpatronisierte moderne Welt«; sie gelte es zu umfassen. Angst vor der Zerstörung lebensweltlicher Zusammenhänge im Prozeß der Wiedervereinigung seien ein Zeichen »keuscher Innerlichkeit« (114f.).

Außer in dem Beitrag von *Peter Glotz* wird die europäische Dimension aus der Diskussion des *deutschen* Umbruchs ausgeblendet. Für *Andrzej Szczypiorski* und *Milan Simecka* ist diese Dimension jedoch von grundsätzlicher Bedeutung für das Verständnis der osteuropäischen Veränderungen. *Szczypiorski* argumentiert, daß das polnische Drama des letzten halben Jahrhunderts die gemeinsame geistige

Errungenschaft des gesamten Kontinents bildet; das Europäertum müsse realisiert werden, indem die polnischen Erfahrungen zu universalem Rang erhoben werden (167). Die Erfahrungen erlaubten nachzudenken über »die geistige Souveränität der menschlichen Person, ihre Einzigartigkeit und Unwiederholbarkeit, ihr Recht auf ihre eigene Dummheit, ihren eigenen Weg, ihre eigenen Fehler« (169). Dieser Standpunkt wird geteilt von Simecka, dessen Ideal von Europa verbunden ist mit »Vorstellungen von den Rechten des Menschen, der Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und von einem ganz gewöhnlichen anständigen Verhalten des Staates seinen Bürgern gegenüber« (191). In einem Beitrag, der bereits im Juli 1988 erschien, faßte *György Konrád* diese Position in die Worte: »Der Schutz der grundlegenden Menschenrechte ist der neue Humanismus des zweiten Jahrtausends ... Die Philosophie der Menschenrechte verläuft quer durch die politischen Familien. Ob rechte oder linke Phrasen rechtfertigen, daß jemand oder etwas zum Schweigen gebracht werden muß, ist gleichgültig« (22). Dieser Vorstellung eines Europas der verwirklichten Menschenrechte korrespondiert die Idee eines vielsprachigen, vielgestaltigen, mehrdimensionalen und zivilen Europas. Europa ist für Konrád »ein verbaler Kontinent«, gekennzeichnet durch ungehinderte Kommunikation und abgesicherte Öffentlichkeit. Wie dieses Ideal angesichts ökonomischer, ökologischer und technischer Zerstörungen und Nivellierungen sowie nationalistischer und ethnischer Agitation und Mobilisierung verwirklicht werden könnte, bleibt offen.

Es ließe sich auch fragen, ob die Abwendung osteuropäischer Intellektueller von der Analyse politischer und sozialer Verhältnisse in den Kategorien von 'links' und 'rechts' endgültig ist. Die Neuformierung der Gesellschaftsstrukturen in den ehemaligen staatssozialistischen Ländern durch deren Einordnung in die kapitalistische Weltwirtschaft wird zu politischen und sozialen Konfliktlagen führen, zu deren analytischem Verständnis und zu deren politisch-praktischer Transformation man sich der Kategorien der marxistischen Kapitalismusanalyse und der »alten« (Klassen-)Politik wieder erinnern könnte. Vielleicht vermag ja die »Linke« in den westlich-kapitalistischen Staaten, deren begriffliches Instrumentarium durch die (Wieder-)Entdeckung der Zivilgesellschaft durch die osteuropäischen Dissidenten neu geordnet wurde, etwas von dieser intellektuellen Schuld zurückzuzahlen; zum Beispiel durch die Wiederaufnahme der marxistischen Diskussionen über die Grenzen des Liberalismus.

Trotz dieser Einwände entfalten die in dem vorliegenden Band zu Wort kommenden osteuropäischen Autoren ernst zu nehmende Ideen von Europa im nachtotalitären Zeitalter, die sich positiv absetzen von der nationalistischen und besitzstandswahrenden Polemik deutscher Rechtsintellektueller.

Roland Axtmann (Aberdeen)

Stölting, Erhard: Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten und Religionen in der UdSSR. Eichborn Verlag Frankfurt/M., 1990 (311 S., kt., 29,80 DM)

Stölting gibt einen Überblick über die Nationen und Nationalitäten der UdSSR und über die Nationalitätenpolitik der Partei. Die Abschnitte sind parallel angelegt — auf eine historische Skizze, vor allem der Kultur- und Religionsgeschichte, folgt eine knappe Darstellung der politischen Geschichte der jüngeren Zeit und eine meist ausgiebigere Beschreibung der Nationalbewegungen und insbesondere der Umweltbewegungen. Stölting hat also jeweils seinen Zettelkasten ausgekippt, den Inhalt chronologisch geordnet und flüssig in Text gegossen. Seine Zettelkästen sind oft ausgezeichnet: eine Vielfalt von Namen und Bewegungen wird vorgestellt (ein Register der Vereine und Personen wäre wünschenswert gewesen), und auch über die histori-

schen Hintergründe erhält man meist zuverlässige Basisinformation. — Naheliegenderweise gibt es zu manchen Einzelheiten Einwände. Mehr als eine Einzelheit ist jedoch Stöltings These, in der UdSSR sei »der gesamte muslimische Bereich eine Erbschaft Dschingis Chans« (144f.). Hier wird ein irreführender Bezug zwischen Islam und Mongolen hergestellt — das Reich der Wolgabulgaren war schon muslimisch, als die Rus noch gar nicht christlich war, und die (anfänglich schamanistischen) Mongolen haben an der Verbreitung des Islam im Gebiet der heutigen UdSSR wenig geändert, nachdem sie muslimisch geworden waren. Stölting übergeht auch die Nationalitätenproblematik der vormongolischen Völker des Wolgarraums in dem gesamten Abschnitt über die Tataren, d.h. er folgt der von manchen westlichen Islamisten (und auch dem alten Herrschaftsvolk der Tataren) vertretenen These der Gemeinsamkeit der muslimisch geprägten Nationen. Eine These, die in den ehemals von tatarischen oder usbekischen Chanan unterdrückten Nationen (Tschuwaschen, Tadschiken, Baschkiren u.a.) keine Begeisterung findet.

Enttäuschend an dem Buch ist, daß der Autor — Professor für Soziologie an der FU Berlin — keine soziologischen Kategorien in die Analyse der Nationalismen einbringt. Daß er die historiographische Debatte um Seton-Watson's »Nations and States« oder Anderson's »Imagined Communities« nicht verfolgt hat, ist verständlich; aber einen Rekurs auf Deutsch oder Gellner hätte man doch erwartet. Es ist also ein vom Ansatz her vor- oder meinetwegen auch post- modernes Buch — narrativ angelegt und zum Schluß durch Engagement, nicht Analyse verortet. Die Aussagen sind im einzelnen nicht nachprüfbar — anders etwa als in dem zuverlässigen Buch von Rudolf A. Mark (Die Völker der Sowjetunion, Opladen 1989), das eindeutig als Lexikon daherkommt und zu jedem Absatz die Quellen notiert. Fraglos aber ist Stöltings Buch interessanter geschrieben; manchmal ist es sogar vergnüglich zu lesen.

Hans- Heinrich Nolte (Hannover)

Saage, Richard: Das Ende der politischen Utopie? Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (113 S., br., 14,- DM)

Die hier gesammelten Aufsätze gewinnen durch ihre thematische Gruppierung den Charakter eines andauernden Selbstverständigungsprozesses des Autors über die Perspektiven politischer Utopie, insbesondere über die eines demokratischen Sozialismus. Vor allem in der Auseinandersetzung mit dem Werk Otto Bauers, dessen bleibendes Verdienst er darin sieht, entgegen dem in der Geschichte des Marxismus wirkungsträchtig tradierten »Bilderverbot« die Vision des demokratischen Sozialismus konkretisiert zu haben, sucht Saage Argumente für ein Festhalten an diesem Projekt zusammenzutragen. So lange die Solidargemeinschaft mündiger Bürger das Korrektiv der Gesellschaft des entfesselten Besitzindividualismus bleibt, so sein Fazit, so lange wirkt auch der demokratische Sozialismus als geschichtsmächtige Kraft (vgl. 60).

Den Nachweis allerdings, daß dieses Projekt tatsächlich als geschichtsmächtiges Korrektiv wirksam wäre, bleibt der Autor schuldig. Unter der Hand, und diese Argumentationsfigur wiederholt sich, wird Geschichtsmächtigkeit zur regulativen Idee zurückgenommen, wobei unklar bleibt, in welchen sachlichen Zusammenhängen, unter Überwindung welcher Widerstände und mit welchen konkreten Durchsetzungschancen solche Ideen wirksam wären. Statt dessen greift der Autor auf Kant zurück, dessen philosophischer Begründung des ontologischen Status regulativer Ideen die ganze Beweislast auch im konkreten Fall des demokratischen Sozialismus, der politischen Utopie oder auch des Projektes der Aufklärung übertragen wird. Dadurch gerät das Festhalten an der Unverzichtbarkeit emanzipatorischer Projekte zum trot-

zigen, aber ohnmächtigen Protest gegen eine Realität, deren Dynamik ganz offensichtlich diesseits regulativer Ideen verläuft.

Hier zeigen sich die Grenzen einer ausschließlich ideengeschichtlich argumentierenden Intervention, die freilich im vorliegenden Fall intellektuell anregend, differenziert vorgetragen und in ihrer Polemik treffend ist. So etwa wenn Saage am Beispiel der katholischen Rezeption der Postmoderne auf die Gefahren einer verkürzten Aufklärungskritik verweist (vgl. 77ff.) und dabei »die Säkularisierung des politischen Denkens, das induktiv-experimentelle Wissenschaftsverständnis und das Fortschrittsparadigma« (81) der Aufklärung als postmoderne Steine des Anstoßes herausarbeitet und als unverzichtbare Errungenschaften verteidigt. Aber auch hier ist es wieder der »Fortschritt der Vernunft« als regulatives Prinzip, das sich »der empirischen Wirklichkeit historischer Herrschaftssysteme« (91) bestenfalls annähert. Nach welchem Modus eine solche Annäherung erfolgt, wann und unter welchen Umständen dieser »beste Fall« eintritt, wann dagegen mit dem »schlimmsten Fall« zu rechnen ist, all das liegt schon außerhalb von Saages Überlegungen. Ohne die Rationalitätskritik der Postmoderne auch nur argumentativ aufzulösen, beharrt der Autor auf der spezifischen Rationalität der Neuzeit als der wichtigsten »Schranke, die der Wiederkehr politischer Mythen mit ihrer Tendenz zur Auslöschung des selbstverantwortlichen Ich, der Schaffung von Feindbildern und der Regression in den Okkultismus Einhalt gebietet« (92). So sympathisch dieses Beharren auch sein mag, argumentativ nachvollziehbar ist es nicht. Eher schon kann es von postmodernen Kritikern als Zeichen immer noch unreflektierter Rationalitätsgläubigkeit zitiert werden, als Ignoranz geübt der tiefen Krise, in die eben diese Rationalitätsform geführt hat.

Ganz ähnlich schließlich Saages Argumentation in seinem Beitrag zum Historikerstreit (vgl. 93ff.). Auch hier wieder operiert er mit einem Kantischen Modell, diesmal dem der »politischen Kultur«, das er als analytische Folie einsetzt, um den Niedergang der politischen Moral der traditionellen Macht- und Bildungseliten im Deutschland der Zwischenkriegszeit nachzuweisen (vgl. 94ff.). Dabei wird ein »politisch-ethischer Universalismus« im Denken der traditionellen Eliten als existent unterstellt, dessen Zerstörung dann an Carl Schmitts Theorie der Politik, einer äußersten Steigerung des bürgerlichen Machtstaatsgedankens, frei von moralischen Kriterien und pragmatischen Korrektiven exemplarisch wird (100). Folgerichtig ist es dann für Saage »völlig unerheblich, ob das Modell selbst jemals voll verwirklicht wurde oder verwirklicht werden kann« (97).

Wolfgang Bialas (Berlin)

Philosophie und deutscher Faschismus — mehr als nur ein »Fall Heidegger«



Thomas Laugstien

Philosophieverhältnisse im deutschen Faschismus

Ideologische Mächte im deutschen Faschismus 4
AS 169, br., 225 S., DM 18,50

Eine gründlich recherchierte empirische Studie, die in der Analyse philosophischer Institutionen (Gesellschaften, Zeitschriften, Kongresse, Seminare) das intellektuelle Klima vor und nach dem historischen Zeitpunkt »1933« untersucht. Wie und in welchem Ausmaß konnte die Philosophie zur Magd faschistischer Politik werden? Was hat es zu bedeuten, daß Philosophen wie Heidegger und Spranger für den autoritären Staat eingetreten sind?

Anhand von Daten, Namen und Fakten beschreibt der Autor minutiös das prekäre Verhältnis von Faschismus und Philosophie.

Weitere Titel dieser Reihe

Deutsche Philosophen 1933

Hg. von Wolfgang Fritz Haug
Ideologische Mächte im deutschen Faschismus 3
AS 165, 261 S., DM 18,50

»Wer sich mit den ... feuilletonistischen High-lights zu Heidegger nicht zufrieden geben mag, findet hier, handwerklich solide, stringente Argumentationen.« *links*

... setzt einen Standard, an dem die zukünftige Forschung gemessen wird.« *Widerspruch*

Wolfgang Fritz Haug

Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts

Ideologische Mächte im deutschen Faschismus 1
AS 80, 220 S., br., DM 18,50

Jan Rehmann

Die Kirchen im NS-Staat

Ideologische Mächte im deutschen Faschismus 2
AS 160, 160 S., br., DM 18,50

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

VerfasserInnen

A: = Arbeitsgebiet, **V:** = Veröffentlichungen, **M:** = Mitgliedschaften

Ach, Johann S.: siehe Argument 187

Axtmann, Roland: siehe Argument 185

Balke, Friedrich, 1961; Doktorand am Graduiertenkolleg der Univ.- GH Siegen. A: Politische Philosophie

Bialas, Wolfgang: siehe Argument 186

Breger, Herbert, 1946; Dr. phil., Wiss. Angestellter im Leibniz- Archiv. V: *Rechnen mit dem Unendlichen* (Mitautor, 1990); *Leibniz im philosophischen Diskurs über Geometrie und Erfahrung* (Mitautor, 1991). A: Philosophie und Wissenschaftsgeschichte

Burger, Oswald, 1949; Lehrer

Damus, Martin, 1936; Dr., Apl. Prof. an der Univ. Osnabrück, freiberuflicher Kunsthistoriker. V: *Funktionen der bildenden Kunst im Spätkapitalismus* (1973); *Sozialistischer Realismus und Kunst im Nationalsozialismus* (1981); *Das Rathaus. Architektur- und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne* (1988). A: Kunstform und Gesellschaftsform, Kunst und Öffentlichkeit

Dietrich, Therese, 1947; Dr. sc. phil., Wiss. Mitarb. der Akad. d. Wiss. der DDR. A: Philosophiegeschichtliche Forschungen 18. Jh., politische Doktrinen im 19. und 20. Jh.

Dobner, Petra: siehe Argument 187

Dörr, Heiko, 1962; Dipl.-Math., Wiss. Mitarb. am Institut für Informatik der FU Berlin. A: Funktionale Programmiersprachen, philosophische Aspekte der Informatik. M: FIFF, GI

Drees, Martin: siehe Argument 187

Fallschessel, Helmut: siehe Argument 185

Giese, Heinz W., 1949; DAAD-Lektor an der Univ. Hassan II in Casablanca. V: *Analphabetismus und Grundbildung in Europa* (Mithrsg., 1989). A: Schriftlichkeit, Textverarbeitung, Deutsch als Fremdsprache

Hall, Stuart, 1932; Prof. für Soziologie an der Open University, Milton Keynes (Großbritannien); Mithrsg. der Zeitschrift *Marxism today*. V: *State and Society in Contemporary Britain* (1984); *The Idea of the Modern State* (1984); *Thatcherism and the crisis of the left* (Mithrsg. 1988); dt.: *Ausgewählte Schriften* (1989)

Haug, Frigga: siehe Argument 187

Haug, Wolfgang Fritz: siehe Argument 186

Hinz, Manfred, 1952; Dr. phil., wiss. Ass. an der Univ. Augsburg. V: *Fichtes »System der Freiheit«* (1981); *Die Zukunft der Katastrophe* (1958). A: Politische Philosophie des 16. und 17. Jh. in Italien und Spanien, Faschismus

Hurrle, Gerd, 1949; Dipl.-Päd., Bildungsreferent am DGB- Bildungszentrum Hattingen. V: *Neue Techniken, Veraltete Gewerkschaften* (1990); *Automation und gewerkschaftliche Bildungsarbeit* (1988); *Vom tayloristischen zum evolutionären Management oder Was sucht der Manager auf der Matte des Guru* (1991). A: Neue Technik, Technikgenese, Management

Jünger, Jürgen: siehe Argument 188

Katz, Stefanie, 1952; Dipl.-Sozialökonomin. A: Frauen, Armut, Rassismus. M: MBV

Kirchner, Tatjana, 1968; Stud. der Philosophie und Erziehungswissenschaft an der FU Berlin

- Konersmann, Frank*, 1961; M.A., Doktorand. A: Konfessionalisierung, Staatsbildung, Aufklärung
- Kowalsky, Wolfgang*, 1956; Dipl.-Soz., Dr. phil., Wiss. Mitarb. an der FU Berlin. V: *Frankreichs Unternehmer in der Wende* (1989). A: französische Zeitgeschichte
- Krüger, Uwe*, 1960; Dipl.-Pol., Mitarb. im Amt für Umwelt und Naturschutz des Landkreises Marburg-Biedenkopf. V: *Die Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen in sowjetischen Betrieben während der 80er Jahre*, (1990). A: Arbeitsbeziehungen in der UdSSR
- Kühnert, Walter*, 1949; Dr. phil., päd. Mitarb. an VHS. V: *Die Aneignung sprachlicher Begriffe und das Erfassen der Wirklichkeit* (1983), *Vom alltäglichen Sprachverständnis zum wissenschaftlichen Sprachbegriff* (Mitautor, 1977). A: Sprachtheorie und -didaktik, Kunst und Literatur des 19. Jh.
- Lang, Christa*, 1959; Studium der Soziologie an der LMU-München
- Liepitz, Alain*, 1922; Ökonom am Centre d'études prospectives d'économie mathématique appliquées à la planification (CEPREMAP) in Paris. V: *L'audace ou l'enlèvement. Sur les politiques économiques de la gauche* (1984); *Mirages et miracles. Problèmes de l'industrialisation dans le tiers monde* (1985); *Choisir l'audace. Une alternative pour le vingt et unième siècle* (1989). A: Planungstheorie, Fordismus, Regulationstheorie. M: war Präsidentschaftskandidat der Französischen Grünen
- Löser, Christian*: siehe Argument 185
- Lukoschik, Bernd*, 1953; Dr. phil., Ausbilder (Informationselektroniker) und Lehrer (Philosophie und Sozialkunde). V: *Gesellschaftliche Formbestimmtheit von Naturbegriff und Erkenntnisobjekt. Dissertation* (1988). A: Naturphilosophie, Wissenschaftstheorie
- Nolte, Hans-Heinrich*, 1938; Dr., Prof. für Geschichte an der Univ. Hannover. V: *Weltsystem und Geschichte* (Hrsg., 1985); *Patronage und Klientel* (1989); *Rußland/UdSSR* (1991). A: Osteuropäische und Weltgeschichte. M: HDS, GEW
- Rasche, Ulrich*, 1956; Lehrer, Doktorand (Politikwiss.). A: Spanische Industrie und Wirtschaftspolitik
- Reiter, Michael*, 1958; M.A., Religionswissenschaftler. V: »Moralische Subjektkonstitution im deutschen Pietismus«, in: *Der innere Staat des Bürgertums*, AS III (1987)
- Richter, Mathias*, 1960; M.A., Maitre en philosophie. A: Marxistische Theorie, Kritische Theorie, neuere französische Philosophie. M: GEW
- Robes, Jochen*, 1960; Studium der Publizistik an der Univ. Münster. A: Materialistische Kommunikationstheorie, neue Medien bzw. Technologien
- Salazar-Volkmann, Christian*, 1961; M.A., Leiter der Presseabteilung für die Messen in Frankfurt. A: Internationale Kommunikationsforschung, Öffentlichkeitsarbeit, EDV in der Dritten Welt
- Schindler, Christiane*, 1957; Dr., Mitarbeiterin von MdB Christina Schenk (UFV/Bündnis 90/Grüne). A: § 218. Frauen und Erwerbsarbeit. M: Mitbegründerin des UFV
- Willis, Susan*; Dr., Ass. Prof. für Englisch an der Duke Univ. Durham, North Carolina. V: *Specifying. Black Women writing the American Experience* (1986); *A Primer for Daily Life* (1991). A: Interdisziplinäre Kulturkritik

blätter

links

Sozialistische Zeitung

176'91

Thema: Demokratisierung in Afrika

Lauffeuer Demokratie
 Wirtschaftskrieg gegen einen Kontinent?
 Demokratie — ein Geschenk Europas?
 Liberale Demokratie — ein Ausweg aus der Krise?
 Trockenzeit für Diktatoren
 Mythos Tribalismus
 Werden Diktatoren zu Demokraten?
 Solidarität mit wem oder was?
 Literatur aus Zimbabwe
 CDU-Stiftung finanziert Inkatha
 Die europäisch-afrikanischen Beziehungen

175'91

Thema: Peripherisierung Osteuropas

Europa: ein Kontinent, zwei Welten
 Marktwirtschaft ist keine Traumlösung
 Schuldentango in Osteuropa
 CSFR und Ungarn auf dem Weg nach Europa
 Rumänien — Rückbesinnung auf nationale Werte
 Zivilgesellschaft in Osteuropa

Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 6 DM, Jahresabo 48 DM (ermäßig 40 DM), Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 7800 Freiburg i. Br.

9'91

Aktuell

F.Schneider: Recht auf Asyl
 W.D.Narr: Flüchtlinge, Asylsuchende, die BRD und wir
 Sovieticus: Hintergründe des Putsches und politische Perspektiven nach seinem Scheitern
 Interviews: Von Sarajevo bis Sarajevo
 L. Lodovico: »Nationale Selbstbestimmung« heute

Thema: Sozialstaat BRDDR

H.-J. Maaz: Sozialpsychologische Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung
 R.Hürtgen: Zwei Varianten eines sozialen Grundverhältnisses.
 M.Frommel: Grundrecht auf Schwangerschaftsabbruch

International

M.Massarat: Krise und Krieg am Persischen Golf
 P.Lombroso: Armut in den USA
 A.Lamberti: Camorra in Neapel
 Golf: Aktuelle Debatte (V.King, C.Görg, M.Scharping)

Redaktion: N.Apostolidou, D.Behrens, P.Bonavita Lindloff, H.Burgwinkel, D.Claussen, D.Diner, J.Esser, C.Görg, H.Grün, J.Hirsch, P.-E.Jansen, P.Kern, H.-D.Köhler, E.-M.Krampe, T.Kunz, L.Lodovico, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider, R.Staudhammer, A.Werle. — AG Sozialistisches Büro, PF 10062, 6050 Offenbach 1. — Ersch. mtl., Einzelheft 6 DM, Jahresabo 62 DM, incl.Verand. — Verlag 2000 GmbH, Pf 102062, 6050 Offenbach 1

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

9 '91

Aktuelles

G.Schmid: Die Quadratur des jugoslawischen Kreises

Z.Djindjic: Jugoslawien — ein unerwünschter Staat

Gespräch mit G. Konrad: »Die Gelder der EG schaffen keine Kultur«

K.Bloemer: Deutsch-atlantische Kumpanei

Thema: Afrika — vergessener Kontinent

D.Johnson: Afrika auf der Suche nach Zukunft

B.Weimer: Über das Verschwinden Afrikas aus der Welt

W.Michler: Perestrojka in Schwarzafrika

W.Soyinka: Aké — eine Kindheit

Deutscher Sonderweg?

P.Glotz: Normalisierung — Sonderweg

J.Habermas: Der Golfkrieg als Katalysator einer neuen deutschen Normalität

W.Geiger: Droht uns eine Renaissance der Geopolitik?

Kontrovers

K.Lange: Egozentrik als Verfassungsprinzip?

42

Der zweite Golfkrieg: Umriss einer neuen Weltordnung?

R.Kößler: Verantwortungsethik: Klärstellungen aus Anlaß des zweiten Golfkriegs

F.Ibrahim: Staat und Gesellschaft im Irak unter der Baath-Partei

C.Sigrist: Bericht von der Rückseite (eurozentrisch gesehen) des Golfs

B.Young/C.Scherrer: Die kriegerische Erneuerung der »Pax Americana«?

Gedanken zu den innen- und außenpolitischen Dimensionen der US-Intervention am Golf

A.Heinemann-Grüder: »Neues Denken« im Golfkrieg? Sowjetunion: Weltmacht oder Statist?

W.Hein: Globale Vergesellschaftung, Nationalstaat und Formen internationaler Konfliktregelung

Dokumentation: Erklärung japanischer Bürger gegen den Golfkrieg

Rezensionen

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Hans-Jochen Vogel. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatlich. Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabo 90 DM frei Haus. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

Herausgegeben von der »Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.«. - Redaktion: C. Dziobek, D. Haude, W. Hein (verantwortl.), R. Köhler, H. Lebold, I. Lenz, H. Melber, Th. Mutter. Erscheint vierteljährlich. - Einzelheft 10 DM, Jahresabo 35 DM, Förder-/Institutsabo 70 DM. - Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bispinghof 5-6, 4400 Münster. LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und gesellschaftliches Publika

84

Neuaufteilung der Welt

E. Altvater: Universalismus, Unipolarität, Polarisierung, Widersprüchliche Strukturprinzipien einer »neuen Weltordnung«?

J.O'Connor: Mord im Orient-Express. Die politische Ökonomie des Golfkrieges

F. Rigaux: Reflexionen über eine neue Weltordnung

U. Menzel: Jenseits des Ost-West-Konflikts. Heißt die neue Trilaterale USA-Japan-Deutschland?

W. Karl: Das Ende der internationalen Nachkriegsordnung in Europa. Vom Ost-West-Konflikt zur hegemonialen Integration unter der Führung Deutschlands

A. Demirovic: Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie

J. Hoffmann: Freiheit und Demokratie gegen Ökologie?

E. Becker u.a.: »Civil Society« und die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

M. Heinrich: Der Streit um die MEGA

R. Hecker u.a.: Zu einigen Forschungs- und Editionsproblemen des ersten Bandes des »Kapitals« in der MEGA

Hrsg. v. d. Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E. Altvater, H. Ganßmann, M. Heinrich, K. Hübner, B. Mahnkopf, M. Mayer, D. Messner, S. Neckel, K.-D. Tangermann (geschäftsführend). – Erscheint mit 4 Nummern im Jahr. Einzelheft 16 DM, Jahrsabo 52 DM – Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30. – Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10.

PSYCHOLOGIE & GESELLSCHAFTS KRITIK

58

Thema: Computer, Systeme, Faszinationen

T. Krüger: Neue Produktionskonzepte zwischen Autonomie und Kontrolle

R. Hinkelmann/J.U. Palubeck: Von der Rechenmaschine zum »neurotischen Computer«

E. Tietel: »Künstliche Intelligenz« und Psychoanalyse: Eine »Mésalliance«?

C. Kumbuck: Computer: Leben oder Tod?

Th. Wehner/H. Reuter: Von der Ontologie des Schreibens und der Texterstellung

C. Schachtner: Es lockt das Spiel. Faszinationen am Computer

Einzelbeiträge

H. Hildebrandt: Luhmanns Theorie sozialer Systeme und die Entwicklung des bundesrepublikanischen Gesundheitswesens: eine Kritik

Th. T. Heinze: Im Banne des Balls. Fußball, der Traum vom Subjekt und die Ekstase der Enttäuschung

Rezensionen

Herausgeber: Initiative kritischer Psychologinnen und Psychologen e.V. – Redaktion: Ruth Großmaß, Siegfried Grubitzsch, Peter Mattes, Frank Nestmann, Christiane Scherml. – Erscheint mit 4 Heften im Jahr. Einzelheft 16 DM, Doppelheft 18 DM, Jahrsabo 40 DM (Stud. u.a. 34 DM) – Redaktion: Bürgerbuschweg 47, 2900 Oldenburg

psychosozial

Zeitschrift für Analyse,
Prävention und Therapie
psychosozialer Konflikte
und Krankheiten

47

Psychoanalyse als politische Psychologie

E.Reinke: Psychoanalyse zwischen politischer Psychologie und Medizinalisierung

M.Brumlik: Trauerrituale und politische Kultur nach der Shoah in der Bundesrepublik

U.Benz: Der Mythos Mutter im Hitlerreich und seine Folgen

M.A.Arnold: Zum Überleben mit der Todesangst

R.Hinrichs: Nazis und Deutsche. Psychologische Interpretationen 1933-1945 in angloamerikanischen Periodika

M.Clemenz: Die Renaissance der Völkerpsychologie in der Diskussion um den Golfkrieg

R.Haubl: Zivile Mobilmachung. Zur Psycho(patho)logie des Automobilmißbrauchs

H.-J.Wirth: Das Barschel-Pfeiffer-Syndrom

R.Kaufhold/W.Rügemer: Bruno Bettelheim

Th.Köhler: Zum Buch »Tiefenschwindel« des ZEIT-Reporters Dieter E. Zimmer

J.C.Aigner: Zu Alice Millers neuestem Buch

Rezensionen

Hrsg. von H.Becker, D.Beckmann, I.Fetscher, H.Friedrich, A.Köhl, A.Overbeck, H.-E.Richter, H.Strotzka, A.Uchtenhagen, E.Ulich, J.Willi, H.-J.Wirth. — Erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 18 DM, Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Psychologie Verlags Union, Postfach 1120, 6940 Weinheim. — Redaktionsanschrift: Friedrichstraße 35, 6300 Gießen

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

13

Gesellschaft — Analyse & Alternativen

V.A.Jadov: Soziale Prozesse der Perestrojka

G.Kohlmeier: Zwei Studien zur Weltlage

Demokratie und Rechtsstaat

G.Riege/F.Berg: Zur Verfassungsdiskussion in den neuen Bundesländern

U.-J.Heuer u.a.: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat

Nahost, Israel und die Deutschen

I.Fink: Nachdenkliches auf deutsch über Solidarität nach dem Golfkrieg

H.Thielen: Palästina und der Holocaust — ein deutsches Dilemma

Suche nach Alternativen

A.Schaff: Die industrielle Revolution und der Sozialismus der Zukunft

U.Kremer: Ausgangspunkt »1968«

Stalinismus-Diskussion

H.Bock: Es führt kein Weg zurück. »Stalinismus« in der DDR

Dokumentierte Geschichte

FTökei: Demokratie und Sozialismus in der politischen Philosophie von Georg Lukács

Hrsg. und Verlag: Dietz Verlag Berlin GmbH. Redaktion: Heimitz Seiner (Chefredakteur), Marion Kunze, Kim Schürumpf. — Erscheint monatlich. Einzelheft 5 DM; Jahresabo 60 DM + Porto. — Verlag und Redaktion: Wälstraße 76-79, O-1020 Berlin. — Einzelbestellungen: Vertrieb Gebr. Petermann, Kurfürstenstraße 111, W-1000 Berlin 30

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Z.

21

Neuer Rassismus

- E. Balibar: Rassismus und Politik in Europa
- W. Elfferding: Aggressive Toleranz und der Rassismus von Benetton
- S. Boos: Bemerkungen zur »modernen« Islamfeindlichkeit
- A. Kalpaka: Die Hälfte des (geteilten) Himmels: die »Ausländerin«
- J. Müller: Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus
- H. Siegfried: Kulturrevolution von rechts?
- H. U. Jost: Die radikale helvetische Rechte
- J. Frischknecht: Rassismus in der Schweiz — cui bono?
- U. Mäder: Armut und Fremdenfeindlichkeit
- B. Koprio: Anti-Rassismus in Frankreich

Diskussion

- G. Hischier: Die Krise der neolonialen Weltordnung
- H. Kleger: Was heißt »Zivilgesellschaft«?
- G. Fülberth: Zivilgesellschaft als Nationalreligion
- J. Rehmann: Gramsci und die Religionsfrage

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv Widerspruch: Martin Bondeli, Franz Cahannes, Peter Farago, Pierre Franzen, Susi Lindig, Giaco Schiesser, Walter Schöni, Urs Sekinger, Jakob Tanner, Reto Tognina. — Erscheint zweimal jährlich. — Einzelheft 12 Fr, im Abo 2 Hefte pro Jahr: 21 Fr. — Redaktionsanschrift: Redaktionskollektiv Widerspruch, Postfach 652, CH-8026 Zürich

7

Zivilgesellschaft: Analytische Kategorie der Gegenwart

- S. Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft — eine neoliberale Theorie?
- J. H. v. Heiseler: Bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft, Demokratie
- J. Bischoff: Zur Fordismus- und Zivilgesellschaftsanalyse bei Gramsci
- H. Burmeister: Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bei Marx und Gramsci
- H. Neubert: Die Dialektik von ziviler und politischer Gesellschaft bei Gramsci und deren Dysfunktion im »realen Sozialismus«
- R. Holub: Gramsci und die Intellektuellen der USA
- K. Füssel: Kapitalismus als Religion
- P. Vidal-Naquet: Die Mörder des Gedächtnisses
- E. Dal Bosco: Weltmarkt und Zusammenbruch des Realsozialismus
- H. v. Barga: Arbeiterklasse — Achse der Veränderung oder von der Geschichte überholt?
- M. Müller u. a.: Zur Erstveröffentlichung des Originalmanuskripts zum 3. Band des »Kapitals« in der MEGA
- W. Jahn: Ware, Wert, Geld und Sozialismus

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden). Redaktion: A. Engelhardt, H. Jung. Erscheint viermal jährlich. Einzelheft 15 DM, Jahresabo 45 DM. Redaktion und Vertrieb: Z — Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

112

Vorgänge

Zeitfragen, Kommentare

K.Schönwälder: Zu viele Ausländer in Deutschland?

F.Werkentin: Effektivität und Effekte der Ämter für »Verfassungsschutz«

S.Ott: Abschied vom Rechtsstaat?

U.Vultejus: Zum Justizentlastungsgesetz

Th.Rasehorn: Walter Dirks und Strömungen im Linkskatholizismus

Essay

O.Negt: Vom moralischen Dilemma des Golfkrieges

Thema: Über Minderheiten

N.Aziz: Auf den Spuren des kurdischen Volkes

W.Roth: 70 Jahre Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion

A.Pfahl-Traughber: Antisemitismus in der Sowjetunion

G.Saathoff: Die verweigerte Entschädigung für die osteuropäischen Zwangsarbeiter/innen

Kritik

S.Ott: Literarischer Maulwurf LV

U.Rasche: Militär muß sein!

Th.Rasehorn: Eine katholische Jugend im NS-Staat

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zuzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

WECHSEL WIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

50

Das Landesprogramm »Mensch und Technik — Sozialverträgliche Technikgestaltung« in NRW

H.Schatz: Sozialverträgliche Technikgestaltung in Nordrhein- Westfalen

M.Böckler/E.Latniak: Sozialverträgliche Technikgestaltung als politisches Programm

S.Peters u.a.: Lernstätten

Th.Weher: Fehlerfreie Sicherheit — weniger als ein günstiger Störfall

S.Grinda/M.Süthoff: Sozialverträgliche Gestaltung von Automatisierungsvorhaben

Naturwissenschaft & Technik

A.Knie: Wie der Verbrennungsmotor ins Auto kam und weshalb er dort immer noch ist

Gesellschaft und Politik

M.Birke/M.Schwarz: Umweltschutz in Betrieb und Kommune

R.Hitzler: Zur gesellschaftlichen Konstruktion von Natur

Frauen

Arbeitssystemgestaltung als Beziehungskiste

Redaktion: Suzanne Wagner, Carsten Freiberg, Rudy Kothe. — Erscheint zweimonatlich. — Einzelheft 8 DM, Jahresabo 48 DM. — Verlag und Redaktion: remember e.G., Mariabrunnstraße 48, 5100 Aachen

Summaries

Stuart Hall: The Problem of Ecology and the Necessities of leftist Politics

The article pleads for an offensive approach towards the ecological restructuring of industrial society but does not deny that this will only be possible through a general decline of (private) wealth and (private) income — which will lead to fierce fights about distribution. Adequate environmental politics demand a state with extensive regulation and considerably higher public charges in the form of tax increases. As environmental problems are transnational, forms of regulation will have to be found which transcend the form of national states. Which institutions of global environmental politics are necessary and which ones are possible? Neither eco-dictatorships nor attentistic faith in existing institutions but extension and deepening of democratic regulation and control open up new perspectives which might especially benefit by new communication technologies.

Alain Lipietz: Democracy after Fordism

The author first defines the theoretical place of the Democracy question within the framework of regulation theory. Then, bearing in mind the »crisis of Fordism«, he points out alternatives leading to a new »economico-social model of development«. The new norms of production, distribution and application of capitalist commodity economy, based on the paradigm of high technology, do not necessarily determine a certain »social paradigm«. The alternative to »liberal productivism« does not lie in a return to »solidarity of the administrative type«, but in developing institutions of a civil society. Lipietz proposes the creation of a »new sector of employment« corresponding to the extent of the unemployment rate, with »intermediary institutions for socially useful work« which up to now were either not done at all (like ecologically necessary ones) or done without payment (by women). This economic sector might become a field of experiment for new social and democratic relations.

Frigga Haug: Performance has to pay again

The discussion of equal proportions of men and women in jobs showed that the meritocratic ideology assists the reproduction of a male society. In fact, only a tenth of socially leading positions is open to meritocratic competition. The (neo-conservative and neo-liberal) formula »Performance has to pay again« gains a subversive meaning when viewed from a feminist perspective. Using the method of »memory work«, the author shows that »performance« in this meritocratic sense is a category foreign to women who do not articulate meaningful work, self-determined activities, and suitable behaviour as »performance«. This has a liberating aspect since what is self-evident to men, is estranged from and perceived by women as an alienating, a-socializing form. But this criticism also implies captivity, provided it leads to depoliticization.

Christian Salazar-Volkmann: On entrepreneurial philosophies of the 68 largest trusts in Germany

Entrepreneurial philosophies, principles, and regulations are important normative controlling instruments of personnel policy and management in big combines. A qualitative analysis of some of these philosophies and principles examines the reasons for introducing this kind of creeds as well as its most important aims and functions.

Wolfgang Fritz Haug: Conjectures about Gorbachev and Perestrojka

As socialist project of reorganisation the Perestrojka has failed, and the Soviet Union is falling to pieces. Western commentators take their own view of victors as granted. In the thunderstorm

of flag lights newest opinions normally leave historical recollection in the dark. The extracts from the continuation of the author's »Perestroika-Journal« document the events from the Gulf War to those in August, which ended the era of Soviet communism together with the attempt of its renovation.

Susan Willis: Politics of the Trivial

Analyzing the economic and discursive organization of everyday commodities and cultural practices, the author criticizes consumerism's ideological simulation of a classless society. In the Fifties one decided which neighbors would be allowed entrance into the familial fallout-shelter, thus establishing some rudimentary social cohesion. The earthquake kit of the Nineties, however, urges the child to search for individual strategies of survival and demonstrates the accelerated atomization of the middle class.

Martin Damus: Art and Politics — Self-realization or Instruction?

As an artist of the bourgeois Art Nouveau and of socialist agitation, the painter Heinrich Vogeler tried to harmonize art and life. Once he served the legitimation of capitalist industrial society, later that of Soviet communism. The ideal of modern art, putting freedom and self-realization into practice, proves to be equally impossible in both cases.

Christiane Schindler: § 218 : a recovering debate

The Unification Treaty provides the new regulation of termination of pregnancy until the end of 1992. Approximately 76% of women in the East German countries declare themselves in favour of a regulation that guarantees the woman's right of self-determination, and which takes at least the form of a period regulation. Starting out from the analysis of the changing administration of the period regulation in the GDR, the article describes where the Independent Women's Association stands in the issue.

Johann S. Ach: Abortion and Foeticide charges

The Women's Movement always found it difficult to deal with charges of foeticide in the discussion of abortion. The author analyzes feminist attempts to answer the question of the moral status of embryos and foetes and comes to the sobering conclusion that not even an approximately plausible argument against these charges is to be seen.

Zur Ideologie der Vergeblichkeit



Wolfgang Fritz Haug

Jean-Paul Sartre und die Konstruktion des Absurden

3., veränderte Auflage

196 S., Ln., DM 28,—

»Die geistige Situation der Zeit an der Schwelle zum dritten Jahrtausend ist durch ungeheure Enttäuschungen gezeichnet. Die Hoffnung scheint zerbrochen, die Verantwortung machtlos. Die beherrschende Figur des Negativen ist die Apokalypse, welche die für sich selbst ungestaltbar gebliebene Weltgesellschaft sich zu bereiten scheint. Die Titanic wird zum Narrenschiff des reichen Drittels der Menschheit.« (*Aus der Notiz zur dritten Auflage*)

Vor diesem Hintergrund wächst der 1966 in erster, 1976 in zweiter Auflage erschienenen Schrift von W.F. Haug ungeahnte neue Aktualität zu. Zwar scheint der Existentialismus heute passé und Sartres Leben interessanter als sein Werk. Dennoch steht die postmoderne Beliebtheit der Ideologie der Vergeblichkeit näher als der oberflächliche Blick eingestehen möchte. Heute wie damals geht es darum, der Enthistorisierung und Ontologisierung von Bewußtsein und Denken entgegenzuwirken und die konkreten gesellschaftlichen Momente zu bestimmen, in denen die Philosophie sich, als Täuschung und Ent-Täuschung gleichermaßen entfaltet. Haugs Buch ist auf der Höhe der Zeit, weil es, im souveränen Umgang mit dem Material, bestätigt, was der Frankfurter Philosoph Alfred Schmidt anlässlich der Erstausgabe schrieb: »Ein für die Analyse des modernen Bewußtseins wichtiges Buch.«

Über den Autor:

W.F. Haug (geb. 1936), seit 1959 (Mit) Herausgeber der Zeitschrift *Das Argument*, Professor für Philosophie an der FU Berlin, ist Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zu marxistischen und ideologietheoretischen Themen und von bedeutenden Publikationen zur Zeitgeschichte. Zuletzt erschien *Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Halt zu gewinnen. Das Perestrojka-Journal*. (Argument-Verlag 1990).

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Geschichte

<i>Nippel, Wilfried</i> : Griechen, Barbaren und »Wilde«. Alte Geschichte und Sozialanthropologie (<i>F.Konersmann</i>)	803
<i>Eurich, Claus</i> : Tödliche Signale. Die kriegerische Geschichte der Informationstechnik von der Antike bis zum Jahr 2000 (<i>J.Robes</i>)	804
<i>Parker, Geoffrey</i> : Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens 1500-1800 (<i>U.Rasche</i>)	806
<i>Dreyfus, Francois-Georges</i> : Histoire de Vichy. Vérités et Légendes (<i>W.Kowalsky</i>)	807
<i>Faure, Christian</i> : Le projet culturel de Vichy. Folklore et révolution nationale 1940-1944 (<i>W.Kowalsky</i>)	807
<i>Gravenhorst, Lerke, und Carmen Tatschmurat (Hrsg.)</i> : TöchterFragen. NS-Frauentgeschichte (<i>Chr.Lang</i>)	808
<i>Eder, Klaus</i> : Geschichte als Lernprozess? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland (<i>Chr.Löser</i>)	809

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Rödel, Ulrich u.a.</i> : Die demokratische Frage (<i>M.Richter</i>)	811
<i>Rödel, Ulrich (Hrsg.)</i> : Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie (<i>M.Richter</i>)	811
<i>Busch-Weßlau, Johannes</i> : Der Marxismus und die Legitimation politischer Macht (<i>F.Balke</i>)	813
<i>Bischoff, Joachim und Michael Menard</i> : Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg (<i>J.Jünger</i>)	815
<i>Conert, Hansgeorg</i> : Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow (<i>U.Krüger</i>)	817
<i>Schirmacher, Frank (Hrsg.)</i> : Im Osten erwacht die Geschichte. Essays zur Revolution in Mittel- und Osteuropa (<i>R.Axtmann</i>)	818
<i>Stöling, Erhard</i> : Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten und Religionen in der UdSSR (<i>H.-H.Nolte</i>)	819
<i>Saage, Richard</i> : Das Ende der politischen Utopie? (<i>W.Bialas</i>)	820

Argument-Rückschau

188: Nach dem Marxismus?

M. Brie: Marxismus und administrativer Sozialismus / A. Demirović: Ist die DDR an Marx gescheitert? / W. Ettl, J. Jünger: Kritische Sozialökonomie / M. Krätke: Politische Ökonomie ohne Marx? / E. Kandziora: Politische Ökonomie der Ost-West-Beziehungen / F. Jameson: Adorno in der Postmoderne / G.J. Bereciartu: Krise des Nationalstaats / W. Mackenbach: Fonseca und der Sandinismus / S. Andresen: Frauen, Karriere und Geld / Besprechungen: Kritische Theorie; Alltagskultur; Lebensräume für Kinder; Psychologiegeschichte; Weiblicher Masochismus; Parteien- und Gewerkschaftstheorie; Feministische Ökonomie

187: Krieg und Liebe

N.Hartsock: Nullsummenspiel der Ehre / F.Haug: Eintritt der Frauen in den Krieg / R.Schneider: Liebe bei Elfriede Jelinek / K.Hauser: Geschlechtertausch bei Irma Traud Morgner und Christa Wolf / G.Lindner: Frauenemanzipation und Individualität in der DDR-Literatur / R.Stefaniak: Wir haben die Kunst, damit wir nicht an der Wahrheit zugrunde gehen / E.San Juan: Symbolisierung des Widerstands auf den Philippinen / M.Wekwerth: Über eine Weiterarbeit des »Berliner Ensembles« / P.Jehle: Fragen zur Romanistik im deutschen Faschismus / Besprechungen: Moralphilosophie, Philosophiegeschichte; Intertextualität und Textphilologie; Künstliche Intelligenz; Erziehungswissenschaft; Frauen, Recht und Politik

186: Krieg und Nation

M. Kaldor: Der imaginäre Krieg / A.G. Frank: Politische Ökonomie des Golfkriegs / G.Auernheimer, J.Bidet, W.F.Haug: Fragen zum Golfkrieg / B. Anderson: Die Erschaffung der Nation durch den Kolonialstaat / R. Suny: Sozialismus und Nationalitätenkonflikt in Transkaukasien / G. Auernheimer: Nachdenken über Deutschland als Nation / Th. Gehrman: Fußball und Nationalismus / M. Schneider: Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie / W. Bialas: DDR-Identität im Umbruch / A. Weberling: Technikkritik und Geschlechterverhältnisse / Besprechungen: Nietzsche und der Faschismus; Sozialphilosophie; Literatur und Medien; Kulturpolitik; Bildungstheorie; Dritte Welt; Israel

185: Gramsci und die Zivilgesellschaft

J.A. Buttigieg: Gramscis Methode / A. Showstack Sassoon: Das Entstehen eines neuen Konzepts von Staatsbürgerschaft / A. Demirović: Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie / D. Boothman: Gramsci als Ökonom / Ch. Löser: Wolkogonows Stalin-Biographie / H. Behrend: Kollektivschuld oder Rechtsstaatlichkeit? / St. Krätke: Umbau der Städte / Interventionen zur Singer-Debatte / Besprechungen: Philosophie im Faschismus; Evolutionäre Erkenntnistheorie; Aufklärung; Literatur der Moderne; Identität in der Fremde; Computerlernen; Emanzipation und Mutterschaft; Antisemitismus; Bucharin; Sozialpolitik

184: West-Östliches Patriarchat

Ch. Schenk: Experiment Unabhängiger Frauenverband / H. Behrend: Aufbruch und Elend der DDR-Frauen / Ch. Klenner: Die Aneignung weiblicher Reproduktionsarbeit in DDR-Familien / I. Kurz-Scherf: Deutschland – einig Mutterland? / F. Haug: Neue Herausforderungen an einen sozialistischen Feminismus / K. Hauser: Zu Christa Wolf / O. Negt: Sozialismus und das Problem einer Deutschland-Utopie / M. Brie: Vom Ende des »Maulwurfs der Geschichte« / V. Domeyer, M. Funder, L. Voigt-Weber: Bestandsbedingungen einer »alternativen« Ökonomie / Besprechungen: Sinn und Bedeutung; Kulturpolitik; Medienwissenschaft; Mädchen und sexueller Mißbrauch; Linke Perspektiven

183: Sozialpolitik statt Sozialismus; Krise der Perestrojka

M. Krätke: Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat / B. Hansen: Der dänische Sozialstaat aus der Sicht der Frauen / F.O. Wolf: »Arbeitspolitik« und soziale Bewegungen / F. Haug: Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit / K. Segbers: Der letzte Parteitag der KPdSU / Th. Sauer: »Krise der Perestrojka« oder Krise der »Mangelwirtschaft«? / J. Busch-Weßlau: Sozialistischer Rechtsstaat und Demokratie / H.-H. Nolte: Perestrojka und Internationales System / J. Ach, A. Gaidt: Kein Diskurs über Abtreibung und »Euthanasie«? / Besprechungen: Computerlinguistik; Pädagogische Ethik; Freud; Sucht und Prostitution; NS und Nachkriegszeit; Rassismus, Arbeitszeit

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

- Augsburg »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/57 91 73
Berlin 12 Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/313 40 17
Berlin 19 Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel. 030/341 74 32
Berlin 33 Buchhandlung Tell, Thielallee 32; Tel. 030/832 40 51
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel. 030/831 50 89
Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/851 15 09
Berlin 41 Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel. 0421/720 73
Bremen 1 Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer-Platz 8; Tel. 0201/23 19 23
Essen Uni-Buch, Jügelstr. 1; Tel. 069/77 50 82
Frankfurt Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfeinstr. 77; Tel. 069/77 73 03
Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstr. 11, Tel. 069/77 88 07
Freiburg Jos Fritz, Politische Buchhandlung, Wilhelmstr. 15; Tel. 0761/2 68 77
Fulda Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/749 30
Gießen Buchladen Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9; Tel. 0641/718 50
Göttingen Rote Straße-Buchladen, Rote Str. 10
Hamburg ARGUMENTE, Rentzelstr. 1; Tel. 040/45 36 80
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel. 040/44 97 78
Heidelberg Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 64
Kassel ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel. 0561/77 70 4
Köln 41 Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel. 0221/42 02 14
Konstanz Zur Schwarzen Geiß, Obermarkt 14; Tel. 07531/1 54 33
Marburg Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel. 06421/24 787
München 40 BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel. 089/280 95 22
Münster ROSTA-Buchladen, Aegidiistr. 12; Tel. 0251/44 926
Nürnberg Bücherkiste, Jakobstr. 26
Oldenburg Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 0441/13 949
Osnabrück Autonomie-Buchladen, Martinistr. 9
Regensburg Ulrich Dombrowsky, Wollwürgergasse 4; Tel. 0941/5 15 35
Saarbrücken Der Buchladen GmbH, Försterstr. 4; Tel. 0681/3 11 71
Stuttgart Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 9; Tel. 0711/22 32 87
Tübingen Die Gruppe, Alternativer Buchladen GmbH, Münzgasse 15; Tel. 0707/2 33 58
Würzburg Werner Beyer, Sanderstr. 33/35; Tel. 0931/5 99 43
Schweiz Bern, Münsterergass-Buchhandlung, Münsterergasse 41; Tel. 031/22 82 18
Zürich, Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,
Froschaugasse 7; Tel. 01/25 12 674
Österreich Wien 1, Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel. 0222/43 32 21
Wien 10, Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel. 0222/42 12 34

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

- Berlin 12 Lilith Frauenbuchladen, Knesebeckstr. 86-87; Tel. 030/312 31 02
Berlin 62 Frauenbuchladen Labrys, Hohenstaufenstr. 64; Tel. 030/215 25 00
Bielefeld bambule e.V., August-Bebel-Str. 154, Tel. 0521/6 84 61
Bochum Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstr. 12
Bonn Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30; Tel. 0228/65 47 67
Braunschweig Frauenbuchladen im Magniviertel, Magnikirchstr. 4; Tel. 053/4 07 44
Bremen Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12; Tel. 0421/7 41 40
Dortmund frauenbuchladen zimpzicke, Adlerstr. 45; Tel. 0521/6 84 61
Düsseldorf Frauen-Bücher-Zimmer, Duisburger Str. 50, Tel. 0211/46 44 05
Frankfurt 90 frauenbuchladen gmbh, Kiesstr. 27, Tel. 069/70 52 95
Göttingen Frauenbuchladen Laura, Burgstr. 3
Hamburg 20 Frauenbuchladen »Von heute an«, Bismarckstr. 98; Tel. 040/420 47 48
Hannover Annabee Frauenbuchladen, Hartwigstr. 7; Tel. 0511/32 40 24
Heidelberg Frauenbuchladen GmbH, Theaterstr. 16; Tel. 06221/2 22 01
Kassel Aradia Frauenbuchladen, Reginastr. 14; Tel. 0561/1 72 10
Mainz Cardabela Buchladen GmbH, Frauenlobstr. 40; Tel. 06131/61 41 74
Mannheim Frauenbuchladen Xanthippe, T 3, 4; Tel. 0621/2 16 63
München 40 Lillemor's Frauenbuchladen, Arcisstr. 57; Tel. 089/272 12 05
Tübingen Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2; Tel. 0707/1/2 65 90
Schweiz Bern, Frauenbuchladen, Münsterergasse 41; Tel. 031/21 12 85
Zürich, Frauenbuchladen, Stockerstr. 37; Tel. 01/202 62 74
Österreich Innsbruck, Parnasse, Müllerstr. 6; Tel. 05222/2 39 80
Wien, Frauenzimmer, Langegeasse 11; Tel. 0222/43 86 78
Wien, Sprachlos, Badetzkystr. 6; Tel. 0222/75 24 245